



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

Politik der Widersprüche

Politische Beziehungen und Kontroversen
von SPÖ und FPÖ im Verlauf der Zweiten Republik
am Beispiel der Kleinen Koalition 1983-87

verfasst von / submitted by

Lino Heiduck BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the
degree of

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2017 / Vienna, 2017

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 333 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG UF Deutsch UniStG
UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg. UniStG

Betreut von / Supervisor:

Univ. Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

„[...]

Die Koalition von SPÖ und FPÖ ist nicht gegen irgend jemanden gerichtet, sondern sie entspringt ganz einfach der Logik des Wahlergebnisses. Da die SPÖ die absolute Mehrheit knapp um zwei Mandate verfehlt hat, war es ein notwendiger und in westlichen Demokratien durchaus üblicher Vorgang, sich nach einem Partner umzusehen, der bereit und willens war, eine faire und konstruktive Zusammenarbeit mit der SPÖ aufzubauen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Es ist die feste Absicht der beiden Regierungsparteien, sachlich und loyal zusammenzuarbeiten und dabei dort, wo es möglich ist, die Zustimmung aller drei Parlamentsparteien zu suchen, dort, wo dies nicht gelingen sollte, zu zweit die Verantwortung für notwendige Maßnahmen zu tragen.

Die Zusammenarbeit zwischen der stärksten und der drittstärksten Partei unseres Landes ist sicher eine neue politische Konstellation in Österreich.

Diese Zusammenarbeit hat auch einen politischen Generationswechsel eingeleitet. Und dennoch gibt es auch starke Elemente der Kontinuität – nicht nur im Bereich der Außenpolitik, wo dies besonders unterstrichen werden soll, sondern auch in vielen anderen Bereichen.

[...]“¹

Regierungserklärung Dr. Fred Sinowatz

vor dem Nationalrat am 31.05.1983

¹ Stenographisches Protokoll vom 31.5.1983, 4.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	5
Einleitung.....	9
I. ANFÄNGE	13
1.1 Die vierte Partei im Parlament	13
1.1.1 Gründung und Ausrichtung des VdU bzw. der WdU.....	13
1.1.2 Die Rolle der SPÖ bei der Etablierung des VdU und die Wahl 1949	15
1.1.3 Regierungsverhandlungen 1952/53.....	18
1.1.4 Übergang des VdU zur FPÖ.....	20
1.2 Bruno Pittermann und die FPÖ.....	21
1.2.1 Die FPÖ im Spannungsfeld der Großen Koalition.....	21
1.2.2 „Die Neuen“: Bruno Pittermann und Friedrich Peter	23
1.2.3 Der Ruf nach einer Wahlrechtsreform – geteiltes Leid ist halbes Leid?.....	26
1.3 „Gemeinsame“ Affären der 60er-Jahre: Habsburg, Olah und Borodajkewycz.....	27
1.3.1 Gemeinsame freiheitlich-sozialdemokratische Linie in der Habsburger-Krise.....	27
1.3.2 Einer gegen alle: Olah und die „Schillingmillion“ für die FPÖ	29
1.3.3 Rechts gegen links? Die Affäre um die Vorlesungen des Taras Borodajkewycz.....	32
II. DIE ÄRA KREISKY	35
2.1 Die Person Kreisky und seine politische Vergangenheit.....	35
2.1.1 Die Nationalratswahl 1966 und ihre Folgen: Kreisky wird Parteiobmann.....	35
2.1.2 Persönliche Vergangenheit als politische Grundausrichtung.....	37
2.2 Die wandelnde Ausrichtung der FPÖ.....	39
2.2.1 Erste Konzeptgedanken innerhalb der FPÖ: Liberal statt national?	39
2.2.2 Der Atterseekreis.....	41
2.3 Vorbereitungen auf eine gemeinsame Zusammenarbeit	43
2.3.1 Die Beziehung zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter	43
2.3.1.1 <u>Die neue Basis der SPÖ zur Freiheitlichen Partei</u>	43
2.3.1.2 <u>Das Verhältnis und Gesprächsklima zwischen Kreisky und Peter</u>	45
2.3.1.3 <u>Die Rolle Kreiskys in der Peter-Wiesenthal-Affäre</u>	47
2.3.2 Mehr oder weniger „gemeinsame“ Oppositionsarbeit.....	50
2.3.3 Nationalratswahl 1970 – ein unerwarteter Ausgang.....	51
2.3.3.1 <u>Unterschiedliche Erwartungen an den Wahlausgang</u>	51
2.3.3.2 <u>„Kein roter Kanzler, kein schwarzes Österreich“</u>	52

2.3.4	FPÖ-Unterstützung der Minderheitsregierung Kreisky	54
2.3.5	Die FPÖ auf der „Regierungsersatzbank“ der SPÖ?	58
2.3.6	Kurzzeit-Obmann Alexander Götz und die Gespräche mit der ÖVP	60
2.3.7	Am Ziel angelangt? Liberalismus an der Spitze der FPÖ – Steger wird Obmann	62
2.3.8	Vorwahlstimmung 1982/83 und der anstehende Rücktritt Kreiskys.....	65
III.	DIE KLEINE KOALITION 1983-87	69
3.1	Wahlergebnis, Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung	69
3.1.1	„Der Abschied von einer Epoche“	69
3.1.2	Koalitionsverhandlungen „light“ und die besiegelte SP-FP-Kooperation	73
3.1.3	Die Regierungsmannschaft und Entscheidungsträger	75
3.1.3.1	<u>Kaum SP-Zugeständnisse an die FPÖ</u>	<u>75</u>
3.1.3.2	<u>1983: „Der Fall Peter“ im öffentlich-politischen „Nachspiel“</u>	<u>76</u>
3.2	Hypothesen für eine erfolgreiche Regierungsarbeit	78
3.2.1	Kooperation der Wahlverlierer	79
3.2.2	Post-Kreisky-Ära	81
3.2.3	Die FPÖ – ein ernstgenommener Partner?	83
3.2.4	FPÖ-Neuland Regierung: Medien, personelle Ressourcen und Verankerung	85
3.2.5	Interne Ausrichtung der beiden Parteien	87
3.2.5.1	<u>Die SPÖ und die innerparteilichen Divergenzen nach Kreisky und vor Vranitzky</u>	<u>88</u>
3.2.5.2	<u>Steger vs. Haider – der Richtungsstreit der FPÖ</u>	<u>91</u>
3.3	Sand im Getriebe? – Zankäpfel der Regierungsarbeit	94
3.3.1	Ladenöffnungszeiten 8. Dezember	94
3.3.2	Energiegewinnung.....	97
3.3.2.1	<u>Errichtung des Wasserkraftwerks Hainburg</u>	<u>97</u>
3.3.2.2	<u>Erneute Diskussion um Atomkraft</u>	<u>99</u>
3.3.3	Ein umstrittener Handschlag: Die Affäre Frischenschlager-Reder	101
3.3.4	Die Krise der verstaatlichten Industrie	105
3.3.5	Einfluss der Waldheim-Affäre und der Rücktritt von Kanzler Sinowatz.....	107
3.4	Vorzeitiges Ende der Regierung	110
3.4.1	Der Höhepunkt des internen Machtkampfes und die Haltung der SPÖ.....	110
3.4.1.1	<u>Vorgeschichte in der FPÖ.....</u>	<u>110</u>
3.4.1.2	<u>Die Haltung der SPÖ im Vorfeld des Parteitags.....</u>	<u>111</u>
3.4.2	Der Innsbrucker Parteitag und die Wahl Haiders zum FPÖ-Obmann	112
3.4.3	Erklärung von Kanzler Vranitzky und die Beweggründe.....	114
IV.	Die Beziehung von SPÖ und FPÖ nach 1986.....	117
4.1	Eine Koalition des Übergangs	117

4.2	Die Neuausrichtung beider Parteien.....	118
4.2.1	Die FPÖ unter Haider.....	118
4.2.2	Die SPÖ und die notwendig gewordene Strukturreform.....	120
4.2.3	„Ausgrenzung vs. Abgrenzung“ – die Vranitzky-Doktrin und die Folgen	122
V.	Kontinuitäten und Brüche in der Beziehung der beiden Parteien.....	127
5.1	Machtpolitisches Kalkül als Kooperationsbasis?	127
5.2	Umgang mit dem Nationalsozialismus	129
5.3	Rolle der FPÖ als echter Partner.....	133
VI.	CONCLUSIO.....	137
VII.	QUELLEN UND VERZEICHNISSE	143
7.1	Abbildungsverzeichnis	143
7.2	Abkürzungsverzeichnis.....	144
7.3	Quellen	145
7.3.1	Interviews.....	145
7.3.2	Stenographische Protokolle.....	145
7.3.3	Sonstige Quellen	145
7.4	Bibliographie	147
VIII.	ANHANG.....	155
8.1	Lebenslauf.....	155
8.2	Eidesstattliche Erklärung.....	157
8.3	Danksagung	159
8.4	Abstract.....	161
IX.	INTERVIEWS.....	163
9.1	Interview mit Dkfm. Dr. Franz Vranitzky.....	163
9.2	Interview mit Dkfm. Ferdinand Lacina	175
9.3	Interview mit Dr. Norbert Steger	189
9.4	Interview mit Dr. Friedhelm Frischenschlager	205
9.5	Interview mit Dr. Erhard Busek.....	215

Einleitung

Die Regierungserklärung vom 31. Mai 1983 durch Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz vor dem österreichischen Nationalrat verkörperte nicht nur den Startschuss für die erste Regierungszusammenarbeit zwischen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) auf Ebene des Bundes, sondern repräsentierte eine, in europäischen Demokratien als Regelfall bekannte², aber in Österreich bis dahin noch nie dagewesene Form der Regierungszusammenarbeit zweier Parlamentsparteien, nämlich jene einer Kleinen Koalition. Eine Kleine Koalition, deren Verhandlungen schon binnen eines Monats zu einem Regierungsübereinkommen führten und eine Kleine Koalition, die in der Folge der Zusammenarbeit, bis zu ihrem vorzeitigen Ende im Jänner 1987, von Wirrungen, Affären und Auseinandersetzungen im politischen Alltag geprägt war. In der bislang einzigen SPÖ-FPÖ-Koalition in der Zweiten Republik werden nicht nur die unterschiedliche Grundhaltung der jeweiligen Partei und deren Mitglieder zum Regierungspartner in die gemeinsame Arbeit projiziert, sondern auch historische Gegebenheiten und politische Usancen aus der jüngeren Vergangenheit zu wesentlichen Hürden im Alltag der Koalition.

Die Forschungsfrage zur vorliegenden Arbeit wird sein, nicht nur die Zusammenarbeit der Bundesregierung um Bundeskanzler Sinowatz (SPÖ) und Vizekanzler Steger (FPÖ) einer politikgeschichtlichen Analyse zu unterziehen, sondern auch zu untersuchen, ob sich in dieser wesentliche Parameter der über die gesamte Zweite Republik interessanten Beziehung der beiden Parteien zueinander widerspiegeln. Dabei soll die Beziehung der beiden Parteien in den jeweiligen politischen Abschnitten der Zweiten Republik historisch skizziert und gleichzeitig wesentliche Elemente gefiltert werden, die bei späteren Ereignissen, insbesondere während der gemeinsamen Regierungszeit, inner- und außerhalb politischer Entscheidungsprozesse eine Rolle spielten. Beginnend mit der Gründung des Verbandes der Unabhängigen (VdU) im Jahre 1949, welcher am 8. April 1956 endgültig in die FPÖ übergegangen ist³, über die nicht nur für die FPÖ in ihrer Substanz brisanten 1960er-Jahre oder das gute Verhältnis der FPÖ zur SPÖ in der Ära von Kanzler Bruno Kreisky bis hin zur gemeinsamen Zusammenarbeit ab 1983 spielte

² Vgl. Pelinka, Anton, Die kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983-1986 (Studien zu Politik und Verwaltung 48, Wien/Köln/Graz 1993), 9.

³ Vgl. Höbelt, Lothar, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999), 239.

die wechselseitige Beziehung der beiden Parteien eine wesentliche Rolle in deren politischen Bestehen in der Zweiten Republik. Aber auch nach dem Ende der Kleinen Koalition, welches im Wesentlichen durch den Aufstieg Jörg Haiders in der FPÖ zum Bundesparteiohmann gekennzeichnet war⁴, gilt es zu untersuchen, ob dieser Paradigmenwechsel innerhalb der Freiheitlichen Partei eine Zäsur im Verhältnis zur SPÖ darstellte und inwiefern diese bis heute den politischen Diskurs der beiden Parteien beeinflusst. Anhand der Untersuchung einzelner historischer Ereignisse soll in dieser Arbeit ferner die These verifiziert werden, ob eine Annäherung der beiden Parteien vor allem dann einen parteipolitischen Nährboden fand, wenn es die jeweils gegenwärtige Beziehung zur Österreichischen Volkspartei (ÖVP) oder die begrenzte Möglichkeit etwaiger Kooperationsalternativen verlangte. Nicht nur aus diesem Grund ist es für die Untersuchung wesentlich, unterschiedliche Ereignisse aus dem Blickwinkel der jeweiligen politischen Gemengelage zum Zeitpunkt des Ereignisses zu beleuchten, sodass parteipolitisches Kalkül auch als solches verifiziert und damit von anderen – zum Beispiel ökonomischen oder soziokulturellen – Faktoren beeinflussten Entscheidungen unterschieden werden kann. Erst dann ist es in der Folge möglich, diese in einen Gesamtzusammenhang mit den Entwicklungen der beiden Parteien nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute zu stellen. Diese Arbeit soll nämlich auch, ausgehend von der Etablierung des Dritten Lagers im Parteienspektrum der Zweiten Republik bis hin zur heutigen politischen Situation, eine chronologische Abfolge des Verhältnisses der beiden Parteien skizzieren, wobei dabei stets eine Brücke zu den in der Zusammenarbeit 1983-87 wesentlichen Verknüpfungspunkten geschlagen werden soll.

Als wissenschaftliche Basis für diese Forschungsarbeit dienten vor allem geführte Interviews und Befragungen mit handelnden politischen Entscheidungsträgern aus der Zeit der Kleinen Koalition⁵. Hierbei galt es aber ebenfalls, nicht nur einzelne politische Ereignisse zu diskutieren, sondern vielmehr ein Stimmungsbild und den Einfluss einzelner politischer Ereignisse auf die Interaktion der beiden Parteien im Verlauf der Republik zu entwerfen. Dass dabei wesentliche historische Ereignisse aus dem politischen Alltag der Republik dabei zum Gegenstand der Arbeit wurden, erschließt sich ebenso aus der Logik und Historie, wie der, nicht nur für das öffentliche Bild der FPÖ wesent-

⁴ Vgl. Interview mit Dkfm. Dr. Franz Vranitzky, Wien, 3. April 2017, 5.

⁵ Als Interviewpartner standen zur Verfügung: Dkfm. Dr. Franz Vranitzky (SPÖ), Dkfm. Ferdinand Lacina (SPÖ), Dr. Norbert Steger (FPÖ), Dr. Friedhelm Frischenschlager (FPÖ) sowie Dr. Erhard Busek (ÖVP).

liche, Umgang Österreichs und vor allem der politischen Entscheidungsträger mit NS-Kriegsverbrechen. Die Form des Umgangs mit diesen und jene der „Vergangenheitsbewältigung“ des offiziellen Österreichs in Zusammenhang mit den Kriegsverbrechen im Dritten Reich sollte nämlich auch eine immer wiederkehrende und nicht unwesentliche Rolle in der Beziehung der beiden Parteien seit 1949 spielen.⁶ Neben den bereits erwähnten Interviews dienten der wissenschaftlichen Erschließung des Themas außerdem vorliegende, ausgewählte Forschungsliteratur zur Kleinen Koalition, aber auch Forschungsliteratur zur Geschichte und Entwicklung der beiden Parteien in der Zweiten Republik, politische Biographien und Rückblicke diverser Akteure, Chronologien der beiden Parteien und historische Standardwerke sowie partiell ausgewählte Medienberichte zu den Ereignissen während der und rund um die Kleine Koalition.

Während bislang in der Forschung zwar die Regierung 1983-87, einzelne politischen Ereignisse und handelnde Personen sowie die allgemeinen Ausrichtungen der beiden Parteien im Verlauf der Zweiten Republik behandelt wurden, fehlte allerdings eine durchgängige Untersuchung der wechselseitigen Beziehung von SPÖ und FPÖ. Diese Lücke soll die vorliegende Arbeit schließen und erstmals einen, selbstverständlich pointiert konzentrierten, jedoch die gesamte Zweite Republik erstreckenden, Querschnitt über das Verhältnis der beiden Parteien liefern.

⁶ Vgl. Tóth, Barbara, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder. Diss., Univ. Wien 2010, 11.

I. ANFÄNGE

1.1 Die vierte Partei im Parlament

1.1.1 Gründung und Ausrichtung des VdU bzw. der WdU

Die Gründung einer vierten Partei – neben der drei nach dem Zweiten Weltkrieg im Parlament vertretenen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ – war im politischen und gesellschaftlichen Alltag der Nachkriegszeit keine Selbstverständlichkeit: Bestrebungen zur Wiederbelebung des zerschlagenen Landbundes, vor allem in Form der „Verfassungstreuen Vereinigung“, welche zu Jahresbeginn 1947 als politischer Verein gegründet und im September 1948 wieder verboten und aufgelöst wurde, verliefen im Sand, nicht zuletzt aufgrund des bis dahin fehlenden Placets der Besatzungsmächte. Parallel zu „*einseitig national profilierten*“⁷ Entwicklungen, wie sie die „Verfassungstreue Vereinigung“ um Professor Ernst Schönbauer darstellte, schrieb der Journalist und Politologe Herbert Alois Kraus bereits ab dem Jahr 1946 in der „*ersten zeitkritischen Wochenschrift*“⁸, wie sie Kraus als Herausgeber selbst bezeichnete, „Berichte und Informationen“ über den aus seiner Sicht fälligen, tiefgreifenden, geistigen Wandel in der österreichischen Nachkriegsgesellschaft.⁹ Den Zweck der Wochenschrift ortete Herbert Kraus zum fünfzigsten Jahrestag der VdU-Gründung folgendermaßen:

*„Meine Mitarbeiter in der Zeitschrift leiteten mit mir den für den geistigen Wandel erforderlichen Meinungsbildungsprozeß ein, sammelten die Erneuerungswilligen aus allen politischen Lagern und schufen in der Medienlandschaft, in Presse und Rundfunk, eine neue Aufgeschlossenheit für humanitäres Denken.“*¹⁰

Der durch die Zeitschrift eingeleitete Meinungsbildungsprozess bewirkte nicht nur für Kraus eine Festigung seiner Ansichten und Standpunkte in der Öffentlichkeit, sondern auch eine breite Unterstützung von Personen, die sich im neuen politischen Dreiparteiensystem nach 1945 nicht wiedergefunden hatten, so etwa von ehemaligen Nationalso-

⁷ Kraus, Herbert, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987 (Wien/München 1988), 196.

⁸ Höbelt, Lothar, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999), 275.

⁹ Vgl. ebenda.

¹⁰ ebenda.

zialisten, Heimkehrern, Volksdeutschen und national-liberalen Bürgerlichen¹¹. Herbert Kraus beschrieb den Zweck des VdU in einer seiner Person gewidmeten Dokumentation im Jahr 2000 so:

„Der VdU war eine Hilfsorganisation in großer Not. Er war nicht die Gründung einer neuen Ideologie, war auch nicht die Fortsetzung einer alten Ideologie. Er ist denen zur Hilfe gekommen, die nach dem Jahr 1945 unter die Räder gekommen sind.“¹²

Neben einer „politischen Heimat“, die für all jene durch die Gründung einer vierten Partei geschaffen werden sollte, war ein weiteres Argument zur Gründung des VdU der Wille, dadurch auch den schon bald nach dem Wiederaufbau der politischen Parteienlandschaft klaren Lagergedanken zwischen SPÖ und ÖVP zu durchbrechen¹³ und das, wie es Kraus 1989 bezeichnete, „geistige Vakuum, das damals geherrscht hat“¹⁴ im politischen und gesellschaftlichen Alltag durch eine national-liberale Alternative auszufüllen.

Ab Mitte 1948¹⁵ führte Herbert Alois Kraus Gespräche „mit Leuten von Einfluß von und von politischem Gewicht“¹⁶ über die Gründung einer vierten Partei. Dass eine vierte Partei allerdings niemals ihre einzige Ausrichtung „im Nationalen“ haben dürfe, gab Kraus schon zu verstehen, als ihn Ernst Schönbauer zum Eintritt in die „Verfassungstreue Vereinigung“ eingeladen hatte.¹⁷ Gleichzeitig streicht Oliver Rathkolb in seiner Analyse hinsichtlich des Umgangs der österreichischen Öffentlichkeit mit der Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten¹⁸, mit NS-Verbrechen in der Nachkriegspolitik und zur Vorgeschichte und Etablierung des VdU hervor, dass „Kraus – seiner

¹¹ Platzer-Stessl, Eveline Maria. Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung in der Memoirenliteratur. Dipl., Univ. Wien 2008, 63.

¹² Mosser-Schuöcker, Birgit, Gerhard Jelinek, Herbert Kraus und die Wurzeln der FPÖ, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=pGekUUBAKLc> (21.05.2017), 45 min., Wien 2016, 14:52-15:08.

¹³ Vgl. Interview mit Dr. Friedhelm Frischenschlager, Wien, 8. März 2017, 2.

¹⁴ Mosser-Schuöcker, Herbert Kraus und die Wurzeln der FPÖ, 17:10-17:14.

¹⁵ Vgl. Kraus, „Untragbare Objektivität“, 193.

¹⁶ ebenda, 196.

¹⁷ Vgl. ebenda.

¹⁸ Hier ist das 2014 gestartete und sich bis ins Jahr 2017 erstreckende Projekt „Die „Ehemaligen“. Politische (Neu)Positionierungen von ehemaligen NationalsozialistInnen in Österreich nach 1945“ unter der Leitung der Zeithistorikerin Margit Reiter zu erwähnen, das sich u.a. mit der politischen Reorganisation ehemaliger NationalsozialistInnen am Beispiel des VdU sowie der FPÖ beschäftigt. – Vgl. dazu Giesser, Doris, Als die Hakenkreuzfahnen verschwanden. In: *derStandard.at* (17. 6. 2017), online unter <http://derstandard.at/2000038942852/Als-die-Hakenkreuzfahnen-verschwanden> (11. 10. 2017).

Sozialisation entsprechend – sicherlich keine liberale Einstellung im Sinne angloamerikanischer oder „altösterreichischer“ Traditionen“¹⁹ mitgebracht habe, was sich dann auch später in seiner Absicht, unterschiedliche, „unabhängige“ Gruppen – von parteiunabhängigen Gewerkschaftsmitgliedern und freiwirtschaftlichen Sozialisten bis hin zu „reformierten“ Nazis und Resten des Landbundes – , im VdU zu vereinen zu wollen, manifestierte.²⁰ Rathkolb charakterisiert die Basis, aus welcher der VdU dann auch tatsächlich entstehen sollte, folgendermaßen:

„Aus der Konstellation dieser Gruppen [Anmk. jener Gruppen, die Kraus im VdU vereinen wollte] wird deutlich, daß Kraus nicht wirklich klassisch-liberale Ideen realisieren, sondern primär konservativ-katholische Vorstellungen mit einer starken Basis ehemaliger „Nationaler“ durchsetzen wollte [...].“

Nach weiteren Gesprächen kam es am 4. Februar 1949 zu einer Pressekonferenz, bei welcher Herbert Kraus die Gründung des VdU ankündigte²¹, die dann am 26. März 1949 bei der ersten Generalversammlung in der Fronburg offiziell erfolgte²². Neben der rechtlich zuvor nicht bestehenden und 1948/49, zusammenfallend mit der Minderbelastetenamnestie, überhaupt erst geschaffenen Möglichkeit, neue „Wahlparteien“ zu gründen²³, war zur Gründung einer Wahlpartei, wie der eingetragene Verein VdU später als Wahlpartei WdU zur Nationalratswahl 1949 antrat, natürlich die Billigung der Besetzungsmächte sowie eine Unterstützung der bestehenden Großparteien nötig.

1.1.2 Die Rolle der SPÖ bei der Etablierung des VdU und die Wahl 1949

Obwohl die ÖVP im Rahmen eines Bundesparteitags im April 1947 erstmals die wünschenswerte Gründung einer vierten Partei, mit welcher man die intellektuelle Gruppe früherer Großdeutscher und Nationalsozialisten, aber auch jüdischer liberaler Rückkehrer ansprechen wollte,²⁴ diskutierte, wurde Herbert Kraus, als er die beiden Großpartei-

¹⁹ Vgl. Rathkolb, Oliver, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlt Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Wien 1986), 91.

²⁰ Vgl. ebenda, 95.

²¹ Vgl. Höbelt, Die Geschichte des VdU, 11.

²² Mosser-Schuöcker, Herbert Kraus und die Wurzeln der FPÖ, 13:30-13:41.

²³ Vgl. Höbelt, Die Geschichte des VdU, 11.

²⁴ Vgl. Rauchensteiner, Manfred, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966 (Wien 1987), 98f.

en vor der Gründung des VdU erstmals mit seiner Idee konfrontierte, von der SPÖ gar nicht empfangen und von der ÖVP durch Staatssekretär Ferdinand Graf angehalten, keine vierte Partei zu gründen.²⁵ Die Ausrichtung der ÖVP war es, auch in Hinblick auf die bevorstehende Nationalratswahl 1949, eine vierte Partei dadurch zu verhindern, indem sie sich selbst, vor allem bestärkt durch Funktionäre wie die ÖVP-Ländervertreter Alfred Maleta (Oberösterreich), Julius Raab (Niederösterreich) und Alfons Gorbach (Steiermark) im Rahmen des am 28. Mai 1949 abgehaltenen Treffen mit ehemaligen Nationalsozialisten in Oberweis bei Gmunden, den durch die Aufhebung des Minderbelastetengesetzes erstmals nach dem Weltkrieg zu Wahlrecht erlangten „Ehemaligen“ anbot und öffnete.²⁶ Weil die ÖVP also selbst versuchte, mit ehemaligen nationalsozialistischen Führungspersonlichkeiten ins Gespräch zu kommen und das „neue“ Wählerpotential an die eigene Partei zu binden, wäre aus Sicht der ÖVP die Gründung einer vierten Partei, die aus einem ähnlichen, bürgerlich-katholischen, unterschiedliche Gruppen vereinenden „Wählerreservoir“ schöpfte, im strategischen Vorhaben der VP vollkommen kontraproduktiv gewesen.²⁷

Bei der SPÖ war die Ausrichtung hingegen eine völlig andere: Man wollte durch die Etablierung einer weiteren Kraft im bürgerlichen Lager eine absolute Mehrheit der Volkspartei verhindern. Die Unterstützung des VdU seitens der Sozialdemokraten sah Kraus zu allererst in ihrer Rolle bei den Besatzungsmächten:

„Als am 4. Februar die VdU-Gründung bekanntgegeben wurde, beschloß die SPÖ-Führung, unsere Kandidatur bei den Alliierten abzusichern: Da die beiden westeuropäischen Besatzungsmächte gerade sozialistische Regierungen hatten, bot die SPÖ ihren ganzen Einfluß auf, ein Verbot des VdU im Alliierten Rat zu verhindern. Mit der englischen Regierung sprach der SPÖ-Vorsitzende, Vizekanzler Adolf Schärf, selbst, und nach Paris wurde der damals blutjunge Legationssekretär Bruno Kreisky entsandt.“²⁸

Es war neben Vizekanzler Schärf aber vor allem Innenminister Oskar Helmer, der zuvor schon die „Verfassungstreue Vereinigung“ unterstützt hatte und nun wesentlich die

²⁵ Vgl. Kraus, „Untragbare Objektivität“, 198f.

²⁶ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 135.

²⁷ Vgl. Rathkolb, Oliver, NS-Problem und politische Restauration, 87.

²⁸ Kraus, „Untragbare Objektivität“, 213.

Etablierung einer vierten Partei propagierte, wie Erhard Busek („*Die Gründung des VdU wurde vorwiegend von SPÖ-Innenminister Helmer unterstützt.*“²⁹) und Ferdinand Lacina („*[...] es war insbesondere Innenminister Helmer, der durchaus im Einvernehmen mit der Parteiführung, also damals mit Schärf, versucht hat, eine Spaltung des bürgerlichen Lagers zustande zu bringen.*“³⁰) in den geführten Interviews, aber auch Viktor Reimann, Mitbegründer des VdU („*Das sozialistische Konzept der Unterstützung des VdU stammt von Schärf und Helmer.*“³¹) in seinem Buch „Die Dritte Kraft in Österreich“ bestätigten. Reimann ortet außerdem die Unterstützung der vierten Partei als außer Zweifel stehende sozialistische Taktik:

*„Die SPÖ unterstützte jene vierte Partei, von der sie annahm, daß es sich um eine rein bürgerliche Partei handelte, deren Wähler aus dem alten nationalen Lager kamen. Sie hoffte, durch den Einzug des VdU ins Parlament, wie bei den letzten Nationalratswahlen in der Ersten Republik, die stärkste Partei zu werden, weil sie fast daran glaubte, der VdU werde fast zur Gänze der ÖVP Stimmen und Mandate wegnehmen.“*³²

So war die Absicht der führenden Sozialdemokraten augenscheinlich und auch den handelnden Personen klar: Unter Berücksichtigung der etwa 500.000³³ „Ehemaligen“, die durch die Absegnung der Minderbelastetenamnestie durch den Nationalrat bei den Wahlen 1949 wieder wahlberechtigt waren, sah die SPÖ durch die Etablierung des VdU als politische Kraft im Parlament eine taktische Möglichkeit, die ÖVP zu schwächen. Die Unterstützung des VdU durch die SPÖ in Person von Schärf und Helmer war ein wohlüberlegter Schachzug, der vorwiegend auf politischem Kalkül in der Machtpositionierung der Sozialdemokraten gegenüber der Volkspartei beruhte.

Während die Sozialdemokraten also im Wahlkampf zur Nationalratswahl 1949 „für den VdU Goldes wert“³⁴ waren und bei den Regierungen der Besatzungsmächte aus England und Frankreich erhebliche Beiträge dazu leisteten, den VdU als Partei zuzulassen, versuchte die ÖVP, vor allem in Person von Bundeskanzler Figl und Außenminister

²⁹ Interview mit Dr. Erhard Busek, Wien, 3. April 2017, 2.

³⁰ Interview mit Dkfm. Ferdinand Lacina, Wien, 27. März 2017, 2.

³¹ Reimann, Viktor, Die dritte Kraft in Österreich (Wien 1980), 125.

³² ebenda, 124.

³³ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 136.

³⁴ Reimann, Die dritte Kraft, 125.

Gruber, die Zulassung zu den Wahlen zu verhindern oder gar ein Verbot des VdU zu erwirken.³⁵ Der VdU ist also im Vorfeld der Nationalratswahl 1949 zum „Zankapfel“ der beiden Großparteien geworden, obwohl es in beiden Parteien unterschiedliche Haltungen zur jeweiligen, nach außen präsentierten und vertretenen Parteilinie gab: Während die ÖVP den VdU zwar offensiv bekämpfte, waren in vereinzelt Länderorganisationen durchaus Nahverhältnisse zu orten,³⁶ ebenso standen innerhalb der SPÖ, die eine Etablierung des VdU mit allen Mitteln noch vor der Wahl erreichen wollte, einige Funktionäre dem Konzept von Schärf und Helmer skeptisch gegenüber.³⁷

Das Ergebnis der Nationalratswahl vom 9. Oktober 1949 ließ die Kritiker an der Parteilinie Schärfs und Helmers wohl lauter werden: Zwar konnte die absolute Mandatsmehrheit seitens der ÖVP nicht erreicht werden, jedoch verlor die SPÖ an den VdU, der letztlich 11,7% der abgegebenen Stimmen erreichte, ebenso viele Mandate wie die Volkspartei, nämlich acht.³⁸ Somit war das taktische Konzept der SP-Parteiführung nicht aufgegangen, wie man es erwartet hatte. Die folgenden Koalitionsverhandlungen führten verhältnismäßig rasch zu einer Einigung, die unter anderem beinhaltete, die durch die Wahlen festgelegten Kräfteverhältnisse zwischen den beiden Großparteien, ohne Hinzunahme einer dritten Partei und auch ausgedehnt auf Länder und Gemeinden über 10.000 Einwohner, im Sinne des Proporz aufzuteilen.³⁹ Während sich die SPÖ in der Folge als Verlierer der Wahlen, aber Gewinner der Koalitionsverhandlungen zu konstituieren versuchte⁴⁰, war der VdU, bei der Wahl als WdU angetreten, mit 16 Nationalratsmandaten nach der Wahl in die oppositionelle Rolle „geschlüpft“.

1.1.3 Regierungsverhandlungen 1952/53

Nicht zuletzt aufgrund des durchaus überraschenden Wahlergebnisses von 1949 wandelte sich die Einstellung der beiden Großparteien zum VdU gewissermaßen: Durch gezielte Kooperationen mit dem „Dritten Lager“ versuchte nun die ÖVP, vor allem

³⁵ Vgl. ebenda

³⁶ Während in Kärnten, vor allem um den Kärntner Landwirtschaftskammerpräsidenten und ÖVP-Politiker Hermann Gruber, die ehemaligen Nazis und eine Zusammenarbeit mit diesen klar abgelehnt wurde, gab es in der steirischen ÖVP gewisse Nahverhältnisse. Die niederösterreichische ÖVP war wiederum klar gegen den VdU und noch mehr gegen die FPÖ. – Vgl. Interview Busek, 2.

³⁷ Dies betraf innerhalb der SPÖ vor allem die ehemaligen Insassen der Konzentrationslager. – Vgl. Reimann, *Die dritte Kraft*, 125.

³⁸ Vgl. Höbelt, *Die Geschichte des VdU*, 95.

³⁹ Vgl. Rauchensteiner, *Die Große Koalition 1945-1966*, 142f.

⁴⁰ Vgl. Rauchensteiner, *Die Große Koalition 1945-1966*, 143.

durch erhöhte Aktivität des späteren Bundeskanzlers Julius Raab, den Koalitionspartner zu schwächen.⁴¹ Andererseits war seitens der SPÖ die Basis für eine Zusammenarbeit mit dem VdU seit den Verlusten bei der Wahl 1949 de facto nicht mehr gegeben, die Gründe waren nach Herbert Kraus im Wesentlichen zweierlei:

„Mit der SPÖ war es trotz aller meiner Bemühungen zu keinem sinnvollen Gespräch gekommen. Zu tief war die sozialistische Enttäuschung über die acht an uns verlorengegangenen Nationalratsmandate und – seit der Arbeiterkammerwahl vom Februar 1950 – über unseren spektakulären Einbruch in die Arbeiterschaft.“⁴²

Die seit den Wahlen 1949 praktizierte Annäherung der Volkspartei an den Verband der Unabhängigen gipfelte in den Koalitionsverhandlungen nach den Nationalratswahlen 1953, bei welchen die SPÖ – sie hatte rund 37.000 Stimmen mehr zu verbuchen als die Volkspartei – zwar stimmenstärkste Partei wurde, aufgrund des geltenden Wahlrechts blieb die ÖVP aber – mit 74 Mandaten, gegenüber 73 Mandaten auf Seiten der SPÖ –, weiterhin führende Kraft im Nationalrat.⁴³ Bei den Verhandlungen war es der spätere Bundeskanzler Julius Raab, der im Hintergrund bereits mit dem VdU paktierte, während er noch nicht offiziell zum Verhandlungsführer der ÖVP benannt wurde.⁴⁴ Es gelang ihm jedoch – im Unterschied zu Kanzler Leopold Figl – mit dem VdU einen Pakt abzuschließen, der folglich zu einer Dreierkoalition zwischen ÖVP, SPÖ und VdU führen sollte. Dies wurde seitens der Sozialdemokraten, vor allem von Bundespräsident Theodor Körner, strikt abgelehnt. Obwohl innerhalb der SPÖ, allen voran durch Innenminister Helmer, der schon 1949 die Unterstützung des VdU wesentlich vorangetrieben hatte, durchaus Stimmen laut wurden, das „Dritte Lager“ auch in einer Regierungsfunktion dazu benutzen zu können, die Volkspartei unter Druck zu setzen, wurde die Option der Dreierkoalition nach der Wahl 1953 deutlich negiert.⁴⁵ Diese Reaktion der SPÖ erscheint insbesondere unter jenem Licht interessant, unter welchem es doch noch vor der Wahl 1949, nämlich Anfang April des Wahljahres, nach Vorbereitungen vom späteren SP-Parteibmann Bruno Pittermann, zu einem Gespräch mit der Führungsriege des

⁴¹ Vgl. Rathkolb, Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010 (Innsbruck/Wien 2011), 126.

⁴² Kraus, „Untragbare Objektivität“, 244f.

⁴³ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 186.

⁴⁴ Vgl. Kraus, „Untragbare Objektivität“, 247f.

⁴⁵ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 121.

VdU rund um Kraus, Reimann und Kernmayr gekommen war und diesen dort, eine Regierungsbeteiligung in einer Dreierkoalition und die Position des Unterrichtsministers in Aussicht gestellt wurde.⁴⁶ Durch das entschiedene Nein des Bundespräsidenten kam es also erneut zur Großen Koalition zwischen Volkspartei und Sozialdemokraten, wobei sich in den finalen Koalitionsverhandlungen vor allem die ÖVP mit den Vorstellungen des durch den Machtwechsel zum Bundeskanzler designierten Julius Raab durchsetzen konnte. Der VdU trat erneut den Weg in die Opposition an und bekam als „Trostpflaster“ von der ÖVP das Amt des dritten Nationalratspräsidenten zugestanden, welches VdU-Klubobmann Karl Hartleb einnahm.⁴⁷

1.1.4 Übergang des VdU zur FPÖ

Nicht nur mit der dem VdU versagt gebliebenen Regierungsbeteiligung 1953, sondern auch mit zahlreichen internen Querelen, darunter etwa die Krisen um die gegen die Parteilinie und -führung aufbegehrenden Funktionäre Neumann und Gallob oder der Parteiausschluss Stübers, nahm der Verband der Unabhängigen eine Entwicklung, die nicht aufzuhalten schien. Der Weg der Partei zeigte am politischen Spektrum deutlich nach rechts, liberale Ideen der Gründer Kraus und Reimann wurden innerhalb der Partei mehr und mehr isoliert.

Der liberale Gedanke der beiden Gründer wurde kontinuierlich durch von unterschiedlichen Protagonisten unterschiedlich gesetzte Akzente verdrängt und von nationalen Orientierungsmustern ersetzt. Diese fanden im „Ausseer Programm“, welches das im Mai 1954 neu beschlossene Parteiprogramm des VdU darstellen sollte, entsprechenden Niederschlag.⁴⁸ So blieb für die kollektive Erinnerung an den VdU, welcher durch den politischen Wiedereinstieg des ehemaligen Ministers im Kabinett Seyß-Inquart und Nationalsozialisten Anton Reinthaller spätestens am 8. April 1956 endgültig in die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) überging, vorwiegend das, was in den Folgejahren von einigen FPÖ-Funktionären verkörpert werden sollte: Nämlich ein „*Sammelbecken ehemaliger NSDAP-Mitglieder mit wenigen versprengten Liberalen*“⁴⁹, wie es Rathkolb beschrieb und der spätere SP-Bundeskanzler Franz Vranitzky in seinem Interview fast

⁴⁶ Vgl. Rathkolb, Oliver, NS-Problem und politische Restauration, 87.

⁴⁷ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 189.

⁴⁸ Vgl. ebenda, 298.

⁴⁹ Rathkolb, Die paradoxe Republik, 126.

wortgetreu bestätigte⁵⁰, gewesen zu sein. Die VdU-Gründer Kraus und Reimann zogen sich nach der Auflösung des VdU zurück und wurden keine Mitglieder der FPÖ.

Der nationale, rechte Flügel innerhalb des Dritten Lagers war zu diesem Zeitpunkt zu stark, um die liberalen Ideen als Parteilinie zu etablieren. Ein Vorgang, der sich knapp dreißig Jahre später, beim Innsbrucker Parteitag der FPÖ, am 13. September 1986, wiederholen sollte, was die Erinnerungen des damaligen FP-Parteichefs Norbert Steger an Herbert Kraus andeuten:

„Herbert Alois Kraus war ein Vorbild von mir, auch sein Ende war ähnlich. Er hat sich umgedreht und ist gegangen, auch ich habe mich umgedreht und bin gegangen. Nach einer Niederlage, man geht nicht nach Siegen.“⁵¹

1.2 Bruno Pittermann und die FPÖ

1.2.1 Die FPÖ im Spannungsfeld der Großen Koalition

Während das „Dritte Lager“ also schon bald mit internen Querelen zu kämpfen hatte, stand für die beiden Regierungsparteien staatspolitisch eine wichtige Aufgabe im Vordergrund: die Verhandlungen um die österreichische Souveränität, Unabhängigkeit und den damit verbundenen Staatsvertrag, welcher am 15. Mai 1955 im Wiener Belvedere unterschrieben wurde. Der von den Regierungsparteien betriebene, erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen mit den Besatzungsmächten, aber auch innen- und sozialpolitische Grundpfeiler der Zweiten Republik, wie die Etablierung von Sozialpartnerschaft und Proporz, führten Mitte der 1950er-Jahre zu einer Absicherung der Großen Koalition, die bis 1966 Bestand haben sollte.⁵² Dies machte die Entwicklung einer dritten Kraft zu einer ernstzunehmenden politischen Größe nicht leichter, was sich auch im Ergebnis der nur wenige Wochen nach dem Gründungsparteitag der FPÖ stattfindenden Nationalratswahl 1956 widerspiegelte: Die FPÖ konnte von den 1953 errungenen 14 VdU-Mandaten nur sechs halten und musste somit bei ihrem ersten Antreten große Verluste hinnehmen.⁵³ Auch in der Folge wurde ein mehr oder weniger friedlicher Interessen-

⁵⁰ Vranitzky wählte in seinem Interview folgende Worte: „[...] Sie [Anmk. die Freiheitlichen] waren immer ein bisschen als die „Schmuddelkinder“ abgestempelt. Als sie dann in der Nachkriegszeit ins Parlament kamen, hat den VdU bzw. später die FPÖ niemand als etwas anderes interpretiert als ein Sammelbecken der alten Nazis.“ – Interview Vranitzky, 8.

⁵¹ Interview mit Dr. Norbert Steger, Wien, 28. März 2017, 14.

⁵² Vgl. Vocelka, Karl, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (München ⁶2011), 322.

⁵³ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 300.

sausgleich zwischen SPÖ und ÖVP fortgesetzt, der die Große Koalition in ihren Grundfesten stärkte:

„Etwas anderes als die Große Koalition in ihrer bestehenden Form, also mit einem fast hundertprozentigen Interessensausgleich, aber auch mit einer geradezu konsularischen gegenseitigen Überwachung, war, so scheint es, kaum denkbar. [...] Dieses Erstarren und die Tendenz nach noch weitergehender Perfektionierung und gegenseitiger Absicherung konnten daher sicherlich Befürworter finden und mit historisch gewordenen Ängsten und ebensolchen historisch gewordenen positiven Erfahrungen begründet werden. Doch Dynamik ging von diesem erstarrenden System keine mehr aus.“⁵⁴

Obwohl die so etablierte Zusammenarbeit in der Großen Koalition also durchaus auch ihre Schwächen zeigte, war das Spannungsfeld zwischen den beiden polarisierenden Regierungsparteien für die neu formierte FPÖ ein zu großes, um sich zu diesem Zeitpunkt als echte, dritte Kraft zu etablieren.



Abb.1: Das Konzept der Großen Koalition schien antiquiert, die FPÖ spielte dennoch keine Rolle

Wenn es allerdings zu einer FP-Kooperation mit einer der beiden Regierungsparteien kam, dann – wie schon die Regierungsverhandlungen 1953 zeigten – mit der Volkspartei. So nominierten die beiden Parteien einen von der ÖVP vorgeschlagenen und von der FPÖ unterstützten Kandidaten für die nach dem Tod Theodor Körners anstehende Wahl des Bundespräsidenten im Jahr 1957. Die beiden Parteien verständigten sich auf

⁵⁴ ebenda, 371.

den Chirurgen Dr. Wolfgang Denk, der gegen den langjährigen SP-Parteibmann und Vizekanzler Adolf Schärf als gemeinsamer VP/FP-Kandidat antreten sollte.

Mit einem knappen Vorsprung von etwa 100.000 Stimmen⁵⁵ konnte Schärf die Wahl für sich entscheiden und wurde in der Folge zum dritten Bundespräsidenten der Zweiten Republik angelobt.

1.2.2 „Die Neuen“: Bruno Pittermann und Friedrich Peter

Die Wahl Schärfs bedeutete auch an der Spitze der SPÖ eine Generationsablöse: DDr. Bruno Pittermann übernahm das Amt des Vizekanzlers und SP-Parteibmanns von Schärf, der den Sozialdemokraten zwölf Jahre vorgestanden war. Dass die Wahl der SP-Parteispitze auf Bruno Pittermann und nicht auf den zur Alternative stehenden Karl Waldbrunner oder den von der Wiener Parteispitze forcierten Franz Olah fiel, begründete der spätere SP-Kanzler und Nachfolger Pittermanns als SP-Parteichef, Bruno Kreisky, so:

„Er war es, der zum Aufbau und Wirken des neuen österreichischen Parlaments von Anfang an sehr viel beigetragen hatte. Dort hatte er sich zu einem der führenden Politiker Österreichs entwickelt.“⁵⁶

Pittermann, der der FPÖ eher ablehnend gegenüberstand, als Großkoalitionär galt und dessen Frau Maria Jüdin war⁵⁷, konnte mit einem von ihm rasch initiierten und schon 1958 verabschiedeten neuen Parteiprogramm der SPÖ bei seinem ersten Antreten als SP-Spitzenkandidat bei einer Nationalratswahl 1959 einen Wahlerfolg einfahren, der erneut eine leichte SP-Mehrheit an WählerInnenstimmen gegenüber der ÖVP brachte. Aufgrund der weiterhin geltenden und die stärkste Partei bevorzugenden Wahlarithmetik hatte die SPÖ (78) – wie schon 1953 – auch diesmal jedoch ein Mandat weniger als die ÖVP (79) erreicht.⁵⁸ Trotz der verzeichneten Erfolge – die SPÖ überschritt etwa im Jahr 1958 erstmals die Marke von 700.000 Parteimitgliedern⁵⁹ – wurde der interne Gegenwind für Pittermann zusehends stärker: Franz Olah, ab 1959 Präsident des Gewerk-

⁵⁵ Vgl. ebenda, 366.

⁵⁶ Kreisky, Bruno, Bruno Pittermann. In: Heinz Fischer, Leopold Gratz (Hg.), Bruno Pittermann. Ein Leben für die Sozialdemokratie (Wien 1985), 14.

⁵⁷ Vgl. Interview Vranitzky, 9f.

⁵⁸ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 397.

⁵⁹ Vgl. Pelinka, Peter, Sozialdemokratie in Österreich. Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky (Wien 1988), 95.

schaftsbundes, ab 1963 Innenminister und später größter Gegner der SP-Führung unter Pittermann, bezeichnet Pittermann in seinen verschriftlichten „Erinnerungen“ schon zu Beginn als Kompromisskandidaten, der laut Olah mit seiner „*enervierenden Fähigkeit alles zu zerreden, nicht gerade eine ideale Voraussetzung*“⁶⁰ für das Amt des Ressortleiters der Verstaatlichtensektion im Bundeskanzleramt und jenes des Vizekanzlers mitbrachte.

Auf Seiten der FPÖ kam es nur weniger als ein Jahr nach dem Sieg Schärfs bei der Bundespräsidentenwahl und der damit verbundenen Niederlage des VP/FP-Kandidaten Denk ebenfalls zu einem Führungswechsel: Als der FPÖ-Gründer und bisherige Parteiohmann Anton Reinthaller im März 1958 stirbt, wird Friedrich Peter im September zu seinem Nachfolger gewählt. Peter dirigierte die FPÖ nach den Fraktions- und Richtungsstreitigkeiten wieder auf einen liberaleren und weniger deutschnationalen Kurs⁶¹, ab 1964 sei laut Friedhelm Frischenschlager Peter sogar bestrebt gewesen, „*die Linie der Freiheitlichen Partei hin zu einer liberalen Partei a lá FDP zu entwickeln*.“⁶²

Obwohl Peter in dem im Zuge seiner Wahl zum FP-Parteiohmann der Partei vorgelegten Lebenslauf seine Vergangenheit im Nationalsozialismus, wo er in der 1.SS-Infanterie-Brigade und anschließend in der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ gedient hatte, deutlich auswies⁶³, wurde dieses Thema unmittelbar nach seiner Wahl in veröffentlichten Meldungen und Artikeln österreichischer Tageszeitungen kaum oder nur am Rande thematisiert.⁶⁴ So ist, während in sämtlichen gesichteten Blättern über den FP-Parteitag und die Wahl Peters berichtet wurde, die einzige Erwähnung über Peters NS-Vergangenheit in den untersuchten Tageszeitungen einerseits unvollständig und ande-

⁶⁰ Olah, Franz, Die Erinnerungen (Wien/München/Berlin 1995), 172.

⁶¹ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 394.

⁶² Interview Frischenschlager, 5.

⁶³ Sowohl Dieter Grillmayer („National und liberal“) als auch Kurt Piringer („Die Geschichte der Freiheitlichen“) führen aus, dass Peter die Daten seiner NS-Zugehörigkeit schon 1958 ausdrücklich in seinem Lebenslauf angegeben hatte, wobei Piringer anmerkt, dass sich in der „Neuen Front“ veröffentlichten Kurzfassung des Lebenslaufs lediglich darauf beschränkte, dass Peter im Weltkrieg der Waffen-SS diene. – Vgl. Grillmayer, Dieter, National und liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich (Wien 2006), 134 sowie Piringer, Kurt, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982), 59.

⁶⁴ Untersucht wurden die herausgegebenen Tageszeitungen „Die Presse“, „Oberösterreichische Nachrichten“ und „Linzer Tagblatt“ im Zeitraum 10. bis 16. September 1958, wobei die Wahl Friedrich Peters am 12. September 1958 erfolgte.

rerseits nicht korrekt, da Peter 1938 der NSDAP beigetreten war und sich 1941 freiwillig der Waffen-SS anschloss⁶⁵:

„Er ergriff den Lehrberuf und machte den ganzen zweiten Weltkrieg bei der Panzertruppe mit. Der NSDAP gehörte er nicht an und trat erst 1955 ins politische Leben ein.“⁶⁶

Die Mitgliedschaft Peters bei der NSDAP war demnach zum Zeitpunkt seiner Wahl zum FP-Obmann nicht so klar kommuniziert, wie dies in späteren Aussagen und Diskussionen behauptet wurde (vgl. Kapitel 2.3.1.3 dieser Arbeit). Dass Peter bei der SS war, wurde nicht bestritten und war auch Parteifreunden, wie etwa seinem Nachfolger Norbert Steger (*„Mein radikales Vorgehen gegenüber Peter verstand ich darin, zu deklarieren, dass jemand kein Obmann einer liberalen Partei sein kann, wenn er selbst bei der SS war.“⁶⁷*) bekannt, seine Mitgliedschaft bei der NSDAP, vor allem schon im Jahr 1938, bleibt sowohl in den Aussagen Peters bei seiner Wahl zum FP-Obmann und später als auch in der gegenwärtigen Literatur, die meist von einem Eintritt Peters in die SS im Jahr 1941 spricht⁶⁸, widersprüchlich. Das Dokumentationsarchiv Österreichischen Widerstandes hat dahingehende Aussagen Friedrich Peters im „profil“ insofern widerlegt, dass er bereits 1938 Mitglied der allgemeinen SS gewesen sein soll.^{69, 70}

Peter, der sich nicht nur in der Affäre um die Anschuldigungen von Simon Wiesenthal, sondern während seiner gesamten politischen Laufbahn stets als besonders paktreu gegenüber der SPÖ und vor allem gegenüber dem späteren Bundeskanzler Bruno Kreisky erwies, führte, nachdem es 1959 zu einer Neuauflage der Großen Koalition unter Raab und Pittermann und aufgrund der, auch nach dem Rücktritt Julius Raabs unter Nachfol-

⁶⁵ Vgl. Steininger, Gerhard, *Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall?* (Wien 2007), 44.

⁶⁶ Oberleitner, Wolfgang, *Friedrich Peter – neuer Bundeobmann der FPÖ*. In: *Die Presse*, Jg. 1958, Nr. 3051 (14. 9. 1958), 4.

⁶⁷ Interview Steger, 2.

⁶⁸ Sowohl die zu vor zitierten Autoren Piringer und Grillmayer als auch Steininger (*„Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall?“*) schreiben von Peters Mitgliedschaft bei der SS ab dem Jahre 1941.

⁶⁹ Vgl. Böhler, Ingrid, *„Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk“*. Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim* (Neuaufgabe Innsbruck²2007), 504.

⁷⁰ Den genauen Tätigkeiten Peters während des Krieges und der Frage, ob Peter im Krieg nun wirklich getötet hat, widmet sich Hans Rauscher in einem Kommentar im *„Der Standard“*, der zwei Tage nach Peters Tod, am 27. September 2005, veröffentlicht wurde. – Vgl. Rauscher, Hans, *Der ungelöste Fall Friedrich Peter*. In: *derStandard.at* (27. 9. 2005), online unter <http://derstandard.at/2187479/Der-ungeloeste-Fall-Friedrich-Peter> (11. 10. 2017).

ger Alfons Gorbach anhaltenden, immer stärker werdenden Koalitionskrise zu vorgezogenen Neuwahlen 1962 gekommen war, erste Verhandlungen über eine FP-Regierungsbeteiligung allerdings mit der ÖVP. Trotz nicht eingehaltener Versprechen seitens der Volkspartei, etwa eine Wahlrechtsreform durchzuführen, die nicht nur der FPÖ, sondern eben auch der SPÖ erhebliche Zugewinne in der Mandatsverteilung gebracht hätte, aber auch der „gemeinsamen“ Wahlniederlage bei der Bundespräsidentenwahl 1957 kam es schon vor der Wahl 1962 zu ersten Gesprächen von Kanzler Alfons Gorbach mit der FPÖ:

„Schon vor der Wahl 1962 wurde von Friedrich Peter und Kanzler Alfons Gorbach eine Koalition vereinbart. Ausgegangen ist diese Absicht von der Steiermark. Gorbach wollte diese Koalition machen, hat aber nach der Wahl festgestellt, dass er diesen Wunsch in seiner Partei nicht durchbringt. Dies hat in der FPÖ eine veritable Krise ausgelöst.“⁷¹

Obwohl es nach dieser „Enttäuschung“ der FPÖ und der Neuauflage der Großen Koalition, vor allem in den späteren 1960er-Jahren auch in der Folge noch zu kleineren Kooperationen mit der ÖVP, wie etwa auf Landesebene in Oberösterreich, als eine FP-Unterstützung der ÖVP den Landeshauptmann sicherte, kam, war die Linie der Führungsriege der Freiheitlichen um Friedrich Peter, Gustav Zeillinger und Tassilo Broesigke, sich verstärkt für eine Kooperation und schließlich für eine erste Koalition der Freiheitlichen mit der SPÖ einzusetzen.⁷²

1.2.3 Der Ruf nach einer Wahlrechtsreform – geteiltes Leid ist halbes Leid?

Nach dem Wahlergebnis von 1959, das zwar – wie schon 1953 – eine relative Stimmenmehrheit der SPÖ, aber eine relative Mandatsmehrheit der ÖVP brachte, kam die Diskussion um eine Wahlrechtsreform erneut auf. Vor allem nach der Wahl 1962, als die Krise in der Großen Koalition immer stärker wurde, ist das Thema der Wahlrechtsreform seitens der SPÖ in der Regierung vorangetrieben worden, eine Einigung zwischen den Regierungsparteien konnte jedoch nicht erzielt werden.⁷³ Karl Ucakar folgert aus dem am 10. Juli 1963 eingebrachten Antrag der SPÖ, die angestrebten Wahlrechts-

⁷¹ Interview Frischenschlager, 3.

⁷² Vgl. Interview Steger, 3.

⁷³ Vgl. Ucakar, Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Wien 1985), 473.

änderungen nur auf die Nationalratswahlordnung und nicht auf die Verfassung zu beziehen, dass dieser schon damals wohl eher auf eine einfache Mehrheitsbildung mit der FPÖ als auf die Bildung einer Zweidrittelmehrheit mit dem Regierungspartner ÖVP abzielte.⁷⁴ Seitens der Freiheitlichen war eine Änderung des Wahlrechts jedenfalls dringend erwünscht, war doch laut geltendem Wahlrecht das Erreichen eines Grundmandats überhaupt erst dafür Voraussetzung, an der „zweiten Runde“ des Ermittlungsverfahrens teilnehmen zu können.⁷⁵ Auf Basis des Wahlergebnisses von 1962 wäre die FPÖ als großer Gewinner aus der von der SPÖ vorgeschlagenen Reform hervorgegangen: Sie hätte gegenüber den acht erzielten, ein Plus von sechs Mandaten zu verbuchen gehabt.⁷⁶ Die Diskussion um eine Wahlrechtsreform in den Jahren 1963 und 1964 führte schließlich weder zu einer Novelle der Nationalratswahlordnung noch zu einer Verfassungsänderung. Die ÖVP hatte ohnedies kein besonderes Interesse an einer Änderung des Wahlrechts und die SPÖ erkannte, dass sie mit der ÖVP als Regierungspartner diese Reform nicht durchsetzen konnte. Für die FPÖ ergab sich die *„historische Chance, eine Wahlrechtsreform zu realisieren, mit der man langfristig abgesichert ist“*⁷⁷, dann erst einige Jahre später, nach Unterstützung der Minderheitsregierung Kreisky im Jahre 1970.

1.3 „Gemeinsame“ Affären der 60er-Jahre: Habsburg, Olah und Borodajkewycz

1.3.1 Gemeinsame freiheitlich-sozialdemokratische Linie in der Habsburger-Krise

Die FPÖ war am Beginn der 1960er-Jahre und eigentlich seit der Übernahme der Obmannschaft durch Friedrich Peter in einer existentiell schwierigen Phase: Das langandauernde Bestehen der Großen Koalition, nicht eingehaltene Versprechen der beiden Regierungsparteien gegenüber den Freiheitlichen hinsichtlich gemeinsamer Kooperationen und die dadurch fehlende Verankerung in der vom Proporz gekennzeichneten politischen Öffentlichkeit führten die FPÖ in ein Spannungsfeld der beiden Lager, das für die langfristige Positionierung und Etablierung der Partei wesentliche Schwierigkeiten

⁷⁴ Vgl. ebenda, 474.

⁷⁵ Vgl. Pfaffenhuemer, Thomas, Der Weg war kein Ziel – Die Entwicklung des modernen Wahlrechts in Österreich. In: Peter Filzmaier, Peter Plaikner, Karl A. Duffek (Hg.), Stichwort Wählen (Edition Politische Kommunikation 2, Wien/Köln/Weimar 2009), 90.

⁷⁶ Vgl. Ucakar, Demokratie und Wahlrecht, 474.

⁷⁷ Interview Steger, 8.

hervorrief. Für die FPÖ galt es, sich selbst durch eine Kooperation mit einer der beiden Regierungsparteien zu stärken, um nicht aufgrund fehlender Paktfähigkeit in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.

In der Frage um die Loyalitätserklärung und den Einreiseantrag von Otto von Habsburg-Lothringen, welcher 1961 offiziell gestellt und von der Regierung nach Intervention des Verwaltungsgerichtshofs erst 1963 zur Beantwortung behandelt wurde, war eine Auseinandersetzung der beiden Regierungsparteien vorprogrammiert.⁷⁸ Seitens der Freiheitlichen Partei wurden Signale ausgesandt, die Sozialdemokraten, die eine Einreise Habsburgs im Gegensatz zur Volkspartei strikt ablehnten, zu unterstützen: „Die Freiheitliche Partei ließ uns wissen, dass sie in der Habsburgerfrage bereit sei, mit uns zu kooperieren“⁷⁹, erinnerte sich der spätere SP-Kanzler und damals als Außenminister in der Bundesregierung tätige Bruno Kreisky. Gleichzeitig stellte die FPÖ für die offerierte Unterstützung drei Forderungen an die SPÖ, die ihre Stellung in der politischen Landschaft stärken sollten: die erste Forderung war das Zugeständnis, der FPÖ als einziger Oppositionspartei die Funktion des Rechnungshofpräsidenten zu gewähren, die zweite Forderung war, den FP-Abgeordnete Gredler zum österreichischen Vertreter beim Europarat in Straßburg zu ernennen und die dritte Forderung war das weiterhin brennende Thema zur Umsetzung einer Wahlrechtsreform.⁸⁰ Während die ersten beiden Punkte seitens der Sozialdemokraten schon 1963 erfüllt werden konnten, war eine Umsetzung der Wahlrechtsreform aufgrund parteiinterner Divergenzen⁸¹ in dieser Frage erst im ersten Kabinett Bruno Kreiskys 1970 möglich. Zwei Forderungen seitens der Freiheitlichen waren aber erfüllt und so stand einem gemeinsamen Weg von SPÖ und FPÖ außerhalb des Regierungsabkommens mit der ÖVP nichts mehr im Wege, was seitens der SPÖ quasi einen Bruch des Koalitionsabkommens bedeutete:

„Jeder wußte, daß jetzt eigentlich die Gretchenfrage der Koalition zu stellen und über den Fortbestand der Großen Koalition zu entscheiden war. Doch von den beiden großen Parteien machte keine diesen Schritt. Die kleine Partei, die

⁷⁸ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 457.

⁷⁹ Rathkolb, Oliver (Hg.), Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis eines Jahrhundertpolitikers (Wien/Graz/Klagenfurt 2007), 363.

⁸⁰ Vgl. Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 363.

⁸¹ Kreisky erinnerte sich folgendermaßen: „1963 hatten wir in zwei Punkten den Freiheitlichen Konzessionen machen können. In der Frage des Wahlsystems aber wurden Olah und ich durch Waldbrunner und Pittermann desavouiert.“ – ebenda, 364.

*FPÖ, war erstmals zum Zünglein an der Waage geworden und sah sich in einer von ihr immer wieder herbeigewünschten, aber ungewohnten Rolle.*⁸²

SPÖ- und FPÖ-Abgeordnete brachten also im Nationalrat einen gemeinsamen Entschließungsantrag auf den Weg, der der amtierenden VP/SP-Regierung den Auftrag erteilte, eine authentische Interpretation des Habsburgergesetzes vorzunehmen und ferner eine Rückkehr Otto von Habsburg-Lothringens zu unterbinden.⁸³

Der zu dieser Zeit amtierende SP-Innenminister Franz Olah beschrieb diese Aktion seitens der SPÖ später lediglich als das erstmalige Ausnutzen des „koalitionsfreien Raums“, von dem sich zuvor eigentlich ÖVP-Reformer so viel versprochen hatten.⁸⁴ In der geschichtspolitischen Analyse wird dieses Ereignis hinsichtlich der VP/SP-Koalition jedoch tiefgreifender bewertet, so orten Margareta Mommsen (*„Das Verhältnis der Regierungsparteien blieb schwer überschattet.“*⁸⁵) oder Manfred Rauchensteiner (*„Das war ein glatter Bruch des Koalitionsabkommens.“*⁸⁶) doch einen gravierenden Einschnitt in der Zusammenarbeit der Regierungsparteien.

1.3.2 Einer gegen alle: Olah und die „Schillingmillion“ für die FPÖ

Während also die Habsburger-Frage eine zumindest inhaltlich entscheidende in Bezug auf die Regierungszusammenarbeit war, sah SP-Innenminister Franz Olah als Regierungsmitglied die Große Koalition als ohnedies nicht mehr zeitgemäß:

„Die Große Koalition hatte ihre großen Verdienste. [...] Inzwischen hatte sich die Situation grundlegend gewandelt. [...] Seit dem Abschluss des Staatsvertrages wurde praktisch nicht mehr regiert, sondern man tastete sich von einer Budgetkrise zur nächsten. Auch die Flucht in Neuwahlen, wie wir sie immer häufiger erlebten, änderte nichts. Da war ein Wechsel notwendig, wenn sich das parlamentarische System nicht ad absurdum führen sollte. Selbstverständlich war auch eine Kleine Koalition kein Allheilmittel gegen diese Unergiebig-

⁸² Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 457.

⁸³ Vgl. Mommsen, Margareta, Die „Staatskrise“ über den „Justizputsch“ in der Causa Habsburg 1963 und der Niedergang der Großen Koalition. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck²2007), 448.

⁸⁴ Vgl. Olah, Erinnerungen, 231.

⁸⁵ Mommsen, Die Staatskrise, 449.

⁸⁶ Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 457.

keit der Regierungstätigkeit. Auch sie sollte und konnte nicht ewig dauern, aber sie sollte das Tor in eine Epoche der wechselnden Koalitionen öffnen.“⁸⁷

Olah, der, wohl auch aufgrund seiner persönlichen Ambitionen⁸⁸, seine Position als Gegner von SP-Parteiboss Pittermann innerhalb der eigenen Partei immer mehr festigte, war an einem Ende der Großen Koalition interessiert. Der ehemalige Finanz- und Verstaatlichtenminister und Regierungsmitglied der einzigen SP/FP-Koalition in der Zweiten Republik, Ferdinand Lacina, ortete im Interviewgespräch ein wesentliches Argument in der Annäherung an die Freiheitliche Partei, welches sich seiner Analyse zur Folge auch noch auf aktuelle Debatten um eine Kooperation mit der FPÖ projizieren lässt:

*„Wenn die SPÖ zu diesem so genannten „Dritten Lager“ keine entsprechende Gesprächsbasis und keine Verbindung hat, dann ist man bei allen Regierungsverhandlungen erpressbar. Dazu kam dann später auch bei Kreisky sicherlich die Überlegung, die er aus Schweden mitgebracht hatte, einer starken Sozialdemokratie und eines zersplitterten Bürgertums.“*⁸⁹

Unabhängig vom eigentlichen Skandal, der als Hauptvorwurf Olahs Rolle als ÖGB-Präsident und Finanzier mit Gewerkschaftsgeldern bei der Gründung der Kronen-Zeitung enthielt und hier nicht näher untersucht werden soll, wurde durch die gewerkschaftsinterne Untersuchungskommission von 1964 ein wesentliches Element in der Beziehung Olahs zur Freiheitlichen Partei deutlich: Olah spendete der FPÖ, die durch das Einstellen von Zahlungen des Industriellenverbandes in eine finanzielle Notlage gekommen war, im Herbst 1962 eine Million Schilling.⁹⁰ Diese Übergabe ist durch Olah persönlich erfolgt und weder durch den Fraktionsvorstand noch durch die SPÖ offiziell gebilligt worden und war möglich, als Olah in diesem Zeitraum insgesamt 4,5 Millionen Schilling von fünf unterschiedlichen Gewerkschaftsfraktionen für eine politi-

⁸⁷ Olah, Erinnerungen, 232f.

⁸⁸ Vgl. Interview Lacina, 3.

⁸⁹ ebenda

⁹⁰ Vgl. Lechner, Manfred, „...Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.“. Der „Fall Olah“ – ein Megaskandal der Zweiten Republik?. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck²2007), 425.

sche Verwendung übergeben worden waren.⁹¹ Zur Übergabe der als „Olah-Million“ bekanntgewordenen Parteispende berichtete Friedhelm Frischenschlager, späterer FP-Verteidigungsminister in der Kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ, im Interviewgespräch von Erzählungen des damaligen FP-Parteichefs Friedrich Peter, der die Spende Olahs entgegennahm:

„Er [Anmk. Olah] nutzte die finanziell sehr prekäre Lage der FPÖ und es kam zur so genannten „Olah-Million“ in Form von ÖGB-Sparbüchern. Bei der Übergabe sagte Olah zu Peter, der mir den Wortlaut später einmal bestätigt hat: „Verwenden Sie dieses Geld zum Wohle und Nutzen der Demokratie.““⁹²

Olah war also, wie schon einer seiner Vorgänger im Innenministerium, Oskar Helmer, einer jener SPÖ-Politiker der Zweiten Republik, die keine Berührungspunkte mit dem „Dritten Lager“ und dessen Parteifunktionären hatten. Frischenschlager sieht dies vor allem in der Rolle Olahs als selbst betroffenes Opfer des NS-Regimes – er war in der Zeit des Nationalsozialismus in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald inhaftiert – begründet, weil dadurch ein Naheverhältnis zum Nationalsozialismus automatisch ausgeschlossen wurde und gleichzeitig stets eine Argumentationsgrundlage gegenüber kritischen Parteigenossen und auch externen Oppositionellen einer FP-nahen Politik der SPÖ gegeben war.⁹³ Ferdinand Lacina bestätigte ebenfalls, dass das Vorleben Olahs in seinem politischen Handeln eine wesentliche Rolle spielte und nennt dabei etwa Olahs Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst. Er bezeichnete die Affäre um Olah aber vielmehr als einen parteiinternen Machtkampf der SPÖ als eine Sache der FPÖ, die nur am Rande der getätigten Parteispende damit zu tun hatte.⁹⁴ Manfred Lechner sieht in Olahs politischem Ziel, Bundeskanzler einer SP-FP-Regierung zu werden, einen wesentlichen Einfluss auf das spätere Zustandekommen der Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ 1983:

„Olahs politisches Ziel einer Kleinen Koalition mit der FPÖ unter einem Bundeskanzler Franz Olah erfüllte sich zwar nicht, zählt aber sicher zu den wegbe-

⁹¹ Vgl. Svoboda, Wilhelm, Franz Olah. Eine Spurensicherung (Wien 1990), 49f.

⁹² Interview Frischenschlager, 4.

⁹³ Vgl. ebenda, 4.

⁹⁴ Vgl. Interview Lacina, 4.

reitenden Teilen der 1983 doch noch verwirklichten Kleinen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ.“⁹⁵

1.3.3 Rechts gegen links? Die Affäre um die Vorlesungen des Taras Borodajkewycz

Im Jahr 1962 kam durch einen Artikel von Heinz Fischer, der erst kurz davor sein Studium der Rechtswissenschaften abgeschlossen hatte, in der sozialistischen Monatszeitschrift „Die Zukunft“ ein Thema an die Öffentlichkeit, das die nächsten Jahre beschäftigen sollte: nationalsozialistische Parolen und Neonazismus in österreichischen Hochschulen. Dabei wurde ein Professor an der Hochschule für Welthandel, Taras Borodajkewycz, dieser Aussagen bezichtigt, was durch anonyme Mitschriften aus Vorlesungen, die, wie erst viel nachträglich bekanntgegeben wurde, vom späteren SP-Parteifunktionär und Minister Ferdinand Lacina stammten, belegt wurde.⁹⁶ Es entfachte eine langandauernde Diskussion und große Proteste, die bis ins Jahr 1965 reichten und ihren Höhepunkt in groß angelegten Anti-Borodajkewycz-Demonstrationen fanden, deren Verlauf in der vorliegenden Arbeit aber nicht behandelt werden sollen.

Im Zusammenhang mit den Vorkommnissen um Borodajkewycz erscheint das entstehende Konfliktpotential der unterschiedlichen politischen Parteien am linken und rechten Segment des Parteienspektrums in Kombination mit der Vergangenheitsbewältigung und dem Umgang mit den NS-Verbrechen für diese Arbeit nicht unwesentlich. Während die beiden Regierungsparteien, bis auf wenige Ausnahmen auf Seiten der ÖVP nämlich Bundeskanzler Klaus, Präsidentschaftskandidat Gorbach und Unterrichtsminister Piffl-Perčević, die als Freunde Borodajkewycz' galten, spätestens nach dem Tod Ernst Kirchwegers, der bei einer Demonstration am 31. März 1965 ums Leben kam, Solidarität bewiesen, waren die Auseinandersetzungen vorwiegend von Kämpfen der Jugendorganisationen Sozialistische Jugend (SJ) und Verband Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSStÖ) auf der einen und dem Ring Freiheitlicher Studenten (RFS) auf der anderen Seite geprägt. Vor allem für Ferdinand Lacina, der durch seine Mitschriften an der Hochschule für Welthandel mit Heinz Fischer als Ausgangspunkt der Affäre um Borodajkewycz gilt, waren diese Erlebnisse ein Element, das sein politisches Handeln

⁹⁵ Lechner, Der „Fall Olah“, 425.

⁹⁶ Vgl. Kasimir, Gérard, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck²2007), 491-496.

und seine Haltung zur FPÖ beeinflussen sollte. Dies spiegelte sich vor allem in Erinnerungen an die Ereignisse, die er als VSStÖ-Vorsitzender erlebte, in Verknüpfung mit der Regierungszeit 1983-87 wider, als Lacina mit jenen Leuten, die damals den RFS und somit den politischen Gegner bildeten, gemeinsame Regierungsarbeit zu leisten hatte:

„Aber mit dem RFS gab es in dieser Phase eigentlich keine Kontakte, denn es waren vor allem Leute, die im Wesentlichen auch die Pro-Borodajkewycz-Demonstrationen organisiert hatten, auch Steger, Krünes und Bauer, der spätere Staatssekretär, waren dabei. Der linke Flügel der VSStÖ, der VSM, hatten den RFS eigentlich in dieser Zeit stets als Hauptgegner gesehen.“⁹⁷

Norbert Steger, im Jahr 1965 zum Obmann des RFS gewählt, sieht darauf angesprochen keine wesentliche Relevanz für die Beziehung der beiden Parteien zueinander:

„Zum RFS-Obmann wurde ich um 1965 in Abwesenheit gewählt, Borodajkewycz etwa habe ich aber nie kennengelernt. Ich war zwar tagsüber schon bei Diskussionen, aber ich war mir zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht sicher, ob ich nicht ein „Roter“ bin [...].“⁹⁸

Die Ereignisse um Borodajkewycz waren zweifelsohne eine Auseinandersetzung zweier komplett unterschiedlicher politischer Weltanschauungen, aber auch eine Auseinandersetzung um die österreichische Vergangenheitsbewältigung in Hinblick auf die NS-Verbrechen. Aufgrund der unterschiedlichen Strömungen, die sich im Verlauf der Auseinandersetzung weiter ausdehnten und vermischten, ist es wohl nicht korrekt, den Konflikt als einen Kampf zweier Parteien – oder vor allem deren Jugendorganisationen – zu bezeichnen. Dass die Ereignisse um den Hochschulprofessor Borodajkewycz aber jene handelnden Personen, die dann in den Jahren 1983 bis 1987 in gemeinsamer Regierungsarbeit der SPÖ-FPÖ-Koalition zusammenarbeiteten, in ihrer Jugendzeit bewegten und dadurch politische Handlungsmuster nachvollziehbarer machen, ist offensichtlich.

⁹⁷ Interview Lacina, 4.

⁹⁸ Interview Steger, 2.

II. DIE ÄRA KREISKY

2.1 Die Person Kreisky und seine politische Vergangenheit

2.1.1 Die Nationalratswahl 1966 und ihre Folgen: Kreisky wird Parteiboss

Im Vorfeld der Nationalratswahl war die SPÖ-Parteispitze zwei wesentliche Themen zu bewältigen: Einerseits den weiterhin anhaltenden Konflikt mit dem ehemaligen Innenminister und Gewerkschaftspräsidenten Franz Olah, der zwar zu diesem Zeitpunkt aus der SPÖ ausgeschlossen war, aber mit seiner gegründeten Partei, der „Demokratisch-fortschrittlichen Partei“ (DFP), versuchte, den Sozialdemokraten das Wasser abzugraben, und andererseits die seitens der KPÖ ausgesprochene Wahlempfehlung, die von der sozialistischen Parteiführung nicht entschieden zurückgewiesen wurde. Die Wahl am 6. März 1966 endete mit einer deutlichen Niederlage der Sozialdemokratie, aber auch der Freiheitlichen: Die ÖVP erreichte mit 85 Mandaten die absolute Mandatsmehrheit, die SPÖ verlor ebenso wie die FPÖ (6) zwei Mandate und hielt bei 74.⁹⁹ Bruno Kreisky erinnerte sich an eine Wahlniederlage für die SPÖ, die nach 1962 schon die zweite hintereinander gewesen ist:

„Eine Niederlage konnte man tolerieren, bei der zweiten aber, zumal sie in einem ursächlichen Zusammenhang mit der ersten stand, aus der die Parteiführung keine Konsequenzen gezogen hatte, begann es zu kriseln.“¹⁰⁰

Nach dem Wahltag folgten zwar Verhandlungen zwischen der Siegerpartei, der ÖVP, und dem bisherigen Koalitionspartner SPÖ, es zeichnete sich allerdings rasch das Ende der Großen Koalition ab. SP-Parteiboss Pittermann, der als steter Befürworter der Zusammenarbeit mit der ÖVP galt, war nicht mehr unumstritten und der aufstrebende Außenminister Bruno Kreisky gab innerhalb der SP immer mehr den Ton an.¹⁰¹ Kreisky war zwar für den Gang in die Opposition, bezeichnete es aber im Nachhinein als Fehler, dies nicht schon am außerordentlichen Parteitag der SPÖ am 15. April 1966 deutlich unterstrichen zu haben, war es doch in den Verhandlungen mit der ÖVP augenscheinlich, dass diese und vor allem der damals sehr einflussreiche ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm einer Koalition mit den Sozialdemokraten nur zustimmen würde, um

⁹⁹ Vgl. Rauchensteiner, Die Große Koalition 1945-1966, 475-479.

¹⁰⁰ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 342f.

¹⁰¹ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 127.

sie zu desavouieren.¹⁰² Am 18. April 1966 scheiterten die Koalitionsverhandlungen endgültig und es kam zur VP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Klaus. Das Scheitern der Koalitionsverhandlungen und das Ende der Großen Koalition bedeutete für die Freiheitlichen zwar das Erreichen ihres Hauptziels¹⁰³, allerdings hätte man sich dies unter anderen Rahmenbedingungen erhofft.

Der in der Zweiten Republik erstmalige Gang der SPÖ in die Opposition sorgte innerhalb der SPÖ dafür, dass im Sommer 1966 die Wogen hochgingen:

„Es war ein offenes Geheimnis, dass der Parteivorsitzende Bruno Pittermann, der einen schweren Nervenzusammenbruch erlitten hatte und ausfiel, zum geeigneten Zeitpunkt zum Rücktritt veranlasst werden musste. Wer aber sollte folgen?“¹⁰⁴

Die Diskussionen um die Nachfolge Pittermanns als Parteiobmann der SPÖ konzentrierten sich schon bald auf zwei „Lager“ innerhalb der Sozialdemokraten: Auf der einen Seite war es der etablierte Kreis um Bruno Pittermann, Anton Benya, Karl Waldbrunner und der nach den Absagen Waldbrunners und Benyas als Gegenkandidat Kreiskys am Parteitag ins Rennen geschickte Hans Czettel, die nicht als Repräsentanten der modernen Sozialdemokratie galten¹⁰⁵, und auf der anderen Seite der von den Bundesländern und dem reformwilligen Flügel der Partei forcierte Bruno Kreisky.¹⁰⁶ Mit Kreisky sollte ein Aufbruch in die moderne Sozialdemokratie gelingen, erklärt der spätere Bundeskanzler Vranitzky im Interview:

„In dieser Zeit war alles in Bewegung, um von der alten, als verknöchert geltenden, Struktur wegzukommen: Große Koalition, Proporz, Staatsrundfunk, verstaatlichte Industrie und so weiter.“¹⁰⁷

Auf dem entscheidenden SPÖ-Parteitag in der Wiener Stadthalle am 1. Februar 1967 folgten heftige, die innere Zerrissenheit der Partei zeigende, Diskussionen¹⁰⁸, die

¹⁰² Vgl. Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 345-347.

¹⁰³ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 131.

¹⁰⁴ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 347.

¹⁰⁵ Vgl. Interview Vranitzky, 9.

¹⁰⁶ Vgl. Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 347f.

¹⁰⁷ Interview Vranitzky, 10.

¹⁰⁸ Vgl. Mauhart, Beppo, Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch – Das „Goldene Jahrzehnt“ – in Texten und Bildern (Wien 2006), 39.

schließlich mit der Wahl Kreiskys mit 63 Prozent der Parteivorstands- und 70 Prozent der Parteitagsdelegiertenstimmen endeten. Direkt nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann signalisierte Kreisky bei seiner ersten Rede jedoch deutlich, dass er die Gegenseite um Pittermann, Waldbrunner, Benya und Czettel, zurück in ein gemeinsames Boot holen will: Pittermann etwa führte als Klubobmann die parlamentarische Oppositionsarbeit an und war Präsident der Sozialistischen Internationalen, auch mit Waldbrunner wurde eine gute berufliche Basis gefunden.¹⁰⁹



Abb. 2: Bruno Kreisky – das neue Aushängeschild der SPÖ

2.1.2 *Persönliche Vergangenheit als politische Grundausrichtung*

Für den 1911 geborenen Bruno Kreisky war nicht nur seine jüdische Herkunft – er entstammte einer deutschsprachigen bürgerlichen Familie aus Böhmen beziehungsweise Mähren – ein wesentlicher Bestandteil seines späteren persönlichen und politischen Handelns, sondern auch Erlebnisse, die auf Erfahrungen seiner frühen politischen Tätigkeiten zurückzuführen waren.¹¹⁰ Die jüdische Herkunft, später eher für politische Zwecke instrumentalisierend¹¹¹, war, obwohl er 1931 aus der Israelitischen Kultusge-

¹⁰⁹ Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 137f.

¹¹⁰ Vgl. Stögner, Karin, Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Anton Pelinka, Hubert Sickinger, Karin Stögner (Hg.), Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008), 27f.

¹¹¹ Vgl. ebenda, 26.

meinde ausgetreten war, zeit seines Lebens, etwa schon in der politischen Arbeiterjugend, in der illegalen Bewegung, im Exil und auch nach 1945 bekannt.¹¹²

Für Kreisky, der auch als intellektueller Großbürger galt und deshalb nicht sofort von der sozialistischen Arbeiterjugend anerkannt wurde¹¹³, verankerten sich vor allem während der Zeit des Austrofaschismus und des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes 1935/36, in welchem er wegen illegaler politischer Aktivitäten verfolgt war, wesentliche Grundsätze seiner späteren politischen Haltung. Diese biografisch bedingten Erlebnisse Kreiskys, die zu seiner besonderen Einstellung gegenüber den „kleinen“ Nazis und den Christlich-Sozialen führten, fasst Erhard Busek retrospektiv relativ deutlich zusammen:

„Kreisky selbst hatte einen bestimmten, ich möchte fast sagen, historischen Defekt und der hieß Wöllersdorf. Das Anhaltelager Wöllersdorf, wo er selbst eine Zeit lang eingesen ist (sic!¹¹⁴), hat ihn insofern geprägt, dass mit ihm gemeinsam Nazis dort inhaftiert waren und auch, wie er selbst, unter dem Regime der Vaterländischen Front und Kanzler Schuschnigg gelitten haben. Kreisky hatte praktisch eine stärkere Ablehnung gegenüber dem Christlich-Sozialen als gegenüber dem Nationalen, das kam aus der Zeit 1934-38.“¹¹⁵

Kreisky bestätigte in den von Oliver Rathkolb herausgegebenen „Erinnerungen“, dass sich dieses fehlende Vertrauen in die Demokratieverlässlichkeit der Volkspartei auch in seiner Einstellung zu den Regierungsverhandlungen 1966, wo er trotz „aussichtsloser Position um die Fortsetzung der Zusammenarbeit der beiden großen politischen Lager“¹¹⁶ kämpfte, widerspiegelte:

¹¹² Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 134.

¹¹³ Vgl. ebenda.

¹¹⁴ Bruno Kreisky war selbst nie im Anhaltelager Wöllersdorf inhaftiert. Hierbei handelte es sich um seinen Bruder Paul Kreisky, über den aufgrund der Teilnahme an einem Hungerstreik im Juli 1935 eine 60-tägige Haftstrafe verhängt wurde, von welcher er am 11. August 1935 vorzeitig bedingt entlassen wurde. Dies belegt das im Archiv der Republik aufliegende Protokoll des Bundeskanzleramts (Vgl. Archiv der Republik, Bundeskanzleramt (Generaldirektion für öffentliche Sicherheit), Amtsvermerk Paul Kreisky, Geschäftszahl 352435/GD-35 (1935)). Damit irrt auch der Historiker Kurt Bauer, der aufgrund der ihm vorliegenden Quellen davon ausgeht, dass Paul Kreisky nie in Anhaltung genommen wurde. – Vgl. Bauer, Kurt, Kurzbiografien bekannter linker Anhaltelhäftlinge 1933–1938. In: kurt-bauer-geschichte.at (31. 8. 2012), online unter <http://www.kurt-bauer-geschichte.at/PDF-Materialien/Kurzbiografien-linker-Anhaltahaefftlinge.pdf> (11. 10. 2017), 53.

¹¹⁵ Interview Busek, 3.

¹¹⁶ Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 40.

„Dass ich zunächst dennoch für Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP eintrat, hing mit meinen Erlebnissen aus der Ersten Republik zusammen; ich hielt es für sehr riskant, die Volkspartei allein regieren zu lassen, weil ich die Gefahr eines Rückfalls in vergangene Zeiten nicht ganz ausschließen konnte. Diese Sorge erwies sich damals glücklicherweise als unbegründet.“¹¹⁷

Diese traumatischen Erfahrungen der Ersten Republik, die seine Fixierung auf den breiten politischen Konsens zutiefst prägten¹¹⁸, sollten Kreisky in seiner Einstellung gegenüber der „Lagermentalität“, vor allem aber auch in seiner Beziehung zu Kooperationen mit den anderen politischen „Playern“ beeinflussen.

Die historisch bedingte Haltung Kreiskys zum SP-Langzeitpartner ÖVP, der durch seine Wahl zum Bundesparteiobmann der SPÖ vollzogene Generationenwechsel in der Sozialdemokratie und der erstmalige, gemeinsame Gang in die Opposition waren also sicherlich Argumente für die bei der Wahl 1966 auf sechs Mandate geschrumpfte und damit weiterhin in veritabler Krise befindliche FPÖ, sich Chancen auf neue politische Gestaltungsräume auszurechnen.

2.2 Die wandelnde Ausrichtung der FPÖ

2.2.1 Erste Konzeptgedanken innerhalb der FPÖ: Liberal statt national?

Kurt Piringer ortet in seiner Auseinandersetzung mit der Geschichte der Freiheitlichen als einen Parameter für die in den 1960er-Jahren geringe Resonanz in der Wählerschaft auch – nicht zuletzt aufgrund der stets im Vordergrund stehenden Vergangenheitsbewältigung der Partei – die Schwierigkeit, die Jugend für die Partei zu begeistern.¹¹⁹ Gleichzeitig beschreibt Dieter Grillmayer die Entwicklung der FPÖ in der Phase der ÖVP-Alleinregierung bis über die Minderheitsregierung Kreisky hinaus als Wandel zur Programm-Partei, deren politische Handlungsmuster zuvor mehr von „gesundem Hausverstand“, geübter Praktik sowie gelebter Pragmatik als von politischen Ideen und Programmen geprägt waren.¹²⁰ Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Theorie Gerhard Steinigers, der, rückschließend auf politische Thesen Friedrich Peters in den

¹¹⁷ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 346.

¹¹⁸ Vgl. Petritsch, Wolfgang, Bruno Kreisky. Die Biografie (St. Pölten/Salzburg 2010), 154.

¹¹⁹ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 153.

¹²⁰ Vgl. Grillmayer, Dieter, National und liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich (Wien 2006), 124f.

1960er-Jahren, schlussfolgert, dass die FPÖ, retrospektiv betrachtet, dann am erfolgreichsten sein sollte,

„[...] als alle Ideologien und alle Programme außer Kraft gesetzt waren und nur mehr das Wort des Obmanns galt, das stets ein Wort zum Tag war, was jedoch nicht bedeutet, dass es auch 24 Stunden gehalten hätte. Die Richtigkeit der These Peters wurde von Jörg Haider in einem mehr als erfolgreichen Feldversuch bewiesen.“¹²¹

Mit dem im Zuge des siebten ordentlichen Parteitags der FPÖ im Juni 1964 ausgesprochenen Bekenntnis, dass in der FPÖ sowohl Nationale als auch Liberale Platz hätten, war aus der Sicht Friedhelm Frischenschlagers ein großer Schritt vorwärts gemacht.¹²² Diesen Zeitpunkt nennt Frischenschlager auch als Startschuss der Bestrebungen Friedrich Peters, *„die Freiheitliche Partei hin zu einer liberalen Partei a lá FDP zu entwickeln.“¹²³*

Das Erlangen der absoluten Mehrheit durch die Volkspartei eröffnete nicht nur neue Möglichkeiten, sondern es entwickelte sich auch eine Bewegung innerhalb der Freiheitlichen Partei, die ein Programm, eine klare Positionierung und die Definition freiheitlicher Ansichten, forderte. Ein Programmausschuss entwarf zuerst das „Ischler Programm“, welches von mehreren Parteifunktionären, unter anderem auch von Alexander Götz, der später das liberaler orientierte Konzept der „Ordnung 70“, welches sich *„für Evolution, für die „Erneuerung in Ordnung“¹²⁴* aussprach, als zu wenig griffig eingestuft wurde. Eine im Jahr 1970 von Gerulf Stix vorgelegte Denkschrift im Umfang von 36 Seiten erfüllte den Zweck, eine klare weltanschauliche Positionierung der Freiheitlichen inmitten der Begrifflichkeiten national, liberal, freiheitlich und freisinnig zu vollziehen.¹²⁵ Unter dem Vorsitz von Dr. Tassilo Broesigke, der nach dem Verlust der beiden Mandate bei der Wahl 1966 aus der FP-Nationalratsfraktion ausschied, wurde – unter anderem auch auf Basis der Vorschläge Stix’ – in der Folge das Freiheitliche Ma-

¹²¹ Steininger, Gerhard, Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? (Wien 2007), 69.

¹²² Vgl. ebenda, 69f.

¹²³ Interview Frischenschlager, 5.

¹²⁴ Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 152.

¹²⁵ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 71.

nifest zur Gesellschaftspolitik entworfen, dessen Endfassung insgesamt 500 Seiten umfasste und im September 1973 beschlossen wurde.¹²⁶

2.2.2 *Der Atterseekreis*

Ende der 1960er-Jahre konstituierte sich schon bald eine weitere Gruppe innerhalb der Freiheitlichen Partei, die sich anfangs selbst nicht als Entwicklung innerhalb einer bestimmten politischen Partei deklarierte¹²⁷: der Atterseekreis. Dieser wurde von den Jungakademikern und Studentenfreunden Norbert Steger und Friedhelm Frischenschlager, der bald den anfänglich von Steger geführten Vorsitz übernahm, gegründet und als „eine unpolitische, vor allem nicht parteipolitische, Vereinigung von Jungakademikern, die ihre Ansichten den Parteien mitgeteilt hat“¹²⁸ verstanden. Der Einfluss des Atterseekreises auf die Freiheitliche Partei nahm mit Fortdauer seines Bestehens zu, liberal orientierte Mitglieder, wie eben Frischenschlager und Steger, aber auch Helmut Krünes, die folgend in der rot-blauen Koalition wesentliche Bestandteile der FP-Regierungsmannschaft bilden sollten, und auch spätere Gegner Stegers, wie etwa Norbert Gugerbauer, der bei Stegers Abwahl am Innsbrucker Parteitag Jörg Haider unterstützte und bei der Nationalratswahl 1990 als Spitzenkandidat der Freiheitlichen Partei kandidierte, nahmen zentrale Rollen in der Freiheitlichen Partei ein. Der Atterseekreis repräsentierte aus Sicht der Partei zum Zeitpunkt seines Entstehens de facto zwei Konzepte, die in der FPÖ und vor allem an der Parteispitze in Person von Friedrich Peter Anklang fanden: Einerseits die Förderung der Jugend, die sich politisch engagierte und der auch, aufgrund der von den Gründungsmitgliedern praktizierten Tätigkeit beim RFS, Nähe zur Partei zuzuordnen war und andererseits den liberalen Gedanken, den die Mitglieder des Kreises ihrer Arbeit zu Grunde legten, in der Partei zu etablieren. Friedrich Peter beschrieb die Entwicklung des Atterseekreises folgendermaßen:

„In wenigen Jahren entwickelte sich ein reges Eigenleben, und mit einem Mal waren die jungen Menschen da. Daraus bildete sich in weiterer Folge der At-

¹²⁶ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 125.

¹²⁷ Vgl. Interview Steger, 2.

¹²⁸ ebenda

*terseekreis, der sich ab 1973 immer mehr zu einem freiheitlichen Markenzeichen entwickelte.*¹²⁹

Ab 1970 wuchs der Einfluss des Atterseekreises zusehends, unter der Kanzlerschaft Bruno Kreiskys nahm auch der SPÖ-Vorsitzende auf Einladung von FP-Parteibmann Peter an einer Zusammenkunft der Organisation teil, an welche sich Norbert Steger im Interview erinnerte:

*„Schon bald organisierte Peter ein Treffen unserer jungen Organisation mit Kreisky. Kreisky war eine unglaublich tolle Persönlichkeit, die nicht umsonst eine ganze Generation geprägt hat. Kreisky hat uns in diesem Gespräch den Liberalismus erklärt. So war Kreiskys Ziel klar: Er wollte eigentlich, dass die Freiheitliche Partei reformiert wird, um selbst einen Partner zu haben.*¹³⁰

Die Erinnerungen Stegers zeigen schon den möglichen Hintergedanken Kreiskys bei der Annäherung an die Freiheitliche Partei: Mit einer erstarkten, liberal dominierten FPÖ sollte das Bürgertum gespalten und damit die ÖVP geschwächt werden. Auf diese These soll in weiterer Folge dieser Arbeit noch detaillierter eingegangen werden.

Die Protagonisten und Führungspersonen des Atterseekreises versuchten in der Folge mithilfe des Parteibmanns Peter den liberalen Gedanken in der Freiheitlichen Partei fest zu verankern. Peter selbst diente für die neue Bewegung nur bedingt als Unterstützer und Repräsentant des liberalen Gedankens innerhalb der Freiheitlichen Partei, spielte doch seine NS-Vergangenheit auch dort eine immanente Rolle:

*„Peter war dann bei einer Veranstaltung dieses Atterseekreises, was für ihn nicht unbedingt angenehm war, da wir, vor allem ich, relativ radikal waren. Mein radikales Vorgehen gegenüber Peter verstand ich darin, zu deklarieren, dass jemand kein Obmann einer liberalen Partei sein kann, wenn er selbst bei der SS war.*¹³¹

¹²⁹ Peter, Friedrich, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 1, Wien/Köln/Weimar 1998), 144.

¹³⁰ Interview Steger, 2f.

¹³¹ Interview Steger, 2.

Friedhelm Frischenschlager bestätigte die von Steger skizzierten Schwierigkeiten in einer Partei mit einem Obmann, der NS-Vergangenheit hatte, den liberalen Gedanken glaubhaft und nachhaltig zu verankern und nennt dabei vor allem die 1975 durch Simon Wiesenthal aufgekommene Affäre um die NS-Vergangenheit Peters als heftigen Rückschlag.¹³² Erst mit der Wahl Norbert Stegers zum Parteiobmann der FPÖ im Jahre 1980 schienen die Liberalen innerhalb der FPÖ an ihrem politischen Ziel angelangt.¹³³

2.3 Vorbereitungen auf eine gemeinsame Zusammenarbeit

2.3.1 Die Beziehung zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter

2.3.1.1 Die neue Basis der SPÖ zur Freiheitlichen Partei

Die „umfassende Runderneuerung“¹³⁴ die durch die Wahl Kreiskys zum Parteiobmann innerhalb der SPÖ in die Wege geleitet und in der Rolle der Oppositionspartei bis zur nächsten Nationalratswahl vollzogen wurde, sodass man sich im Vorwahlkampf 1970 glaubwürdig als Alternative zu VP-Bundeskanzler Klaus und seiner Regierungsmannschaft präsentieren konnte¹³⁵, umfasste auch im Verhältnis zur Freiheitlichen Partei wesentliche Veränderungen. Während Bruno Pittermann als überzeugter Großkoalitionär galt, für den die FPÖ zwar als kleine Partei koexistierte, aber keine Kooperationsalternative darstellte, war Kreisky bemüht, durch die Annäherung an die FPÖ, die ÖVP zu schwächen. Diesen Paradigmenwechsel seitens der Sozialdemokraten in deren Einstellung zur Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen bestätigt auch der spätere Bundeskanzler Franz Vranitzky, der ab 1970 in der von der FPÖ gestützten Minderheitsregierung Kreiskys als Berater von Finanzminister Hannes Androsch fungierte:

„Bevor Kreisky kam, war das Thema VdU und dann FPÖ irgendwie statisch, Pittermann stand ihr ablehnend gegenüber. Die große Allgemeinheit hat zur Kenntnis genommen, dass es einerseits die zwei Großen und daneben noch eine kleine Freiheitliche Partei gibt. [...] Mit Kreisky baute sich ein neues Spannungsfeld in der Parteienlandschaft auf. Kreisky war kämpferisch auf die

¹³² Vgl. Interview Frischenschlager, 5.

¹³³ Vgl. ebenda

¹³⁴ Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 52.

¹³⁵ ebenda

*Mehrheit aus. Eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen anzudenken, hat eigentlich erst in den 1960er-Jahren begonnen.*¹³⁶

Bei der Einschätzung zur Annäherung der beiden Parteien, die 1970 in der bereits erwähnten Stützung der Minderheitsregierung ihren vorläufigen Höhepunkt fand, darf nicht fälschlicherweise angenommen werden, dass diese ausschließlich durch den Umstand des Wechsels des SP-Parteibmanns von Pittermann zu Kreisky bedingt war. Hierbei spielten politische Abläufe, die sich seit Beginn der Zweiten Republik aufgrund unterschiedlicher Ereignisse und Gemengelagen ergaben, ebenfalls eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt etwa das förmliche Erstarren und die Krise der langanhaltenden Großen Koalition bis in die Mitte der 1960er-Jahre und dem damit verbundenen Mangel an politischen Kooperationsalternativen für die beiden Großparteien. Natürlich bedurfte es eines Parteibmanns seitens der SPÖ, der in seiner grundsätzlichen politischen Überzeugung bereit war, mit der Freiheitlichen Partei, die sich gleichermaßen in einem Strukturierungs- und Programmbildungsprozess befand, die unterschiedlichen Formen möglicher Zusammenarbeit auszuloten, ohne innerhalb der eigenen Partei, aber auch in der breiten Öffentlichkeit mit rechtsradikalen oder gar nationalsozialistischen Tendenzen in Verbindung gebracht zu werden. Diese Voraussetzungen waren bei Kreisky einerseits aufgrund seiner persönlichen Herkunft und Vergangenheit, andererseits aufgrund rein politisch-taktischer Überlegungen gegeben. Ferdinand Lacina, der ab dem Jahr 1980 als Kabinettschef bei Kreisky fungierte, erklärte im Interview, dass neben den persönlichen Voraussetzungen Kreiskys auch ein innerer Wandel der Freiheitlichen Partei für das Infragekommen einer SP-FP-Kooperation Grundvoraussetzung war:

„Dazu kam dann später auch bei Kreisky sicherlich die Überlegung, die er aus Schweden mitgebracht hatte, einer starken Sozialdemokratie und eines zersplitterten Bürgertums. Was er sicherlich auch versucht hat, war, Funktionäre des Bauernbunds auf seine Seite zu ziehen. Nicht primär, sie zu SPÖ-Sympathisanten zu machen, sondern vielmehr, um sie aus der Volkspartei herauszubrechen. In dieser Zeit dürfte auch für die FPÖ, ähnlich wie in Deutschland für die FDP, klargeworden sein: Wenn man nicht in der „Schmuddel-ecke“ der Ehemaligen bleiben möchte, muss es eine Öffnung zum Liberalismus,

¹³⁶ Interview Vranitzky, 10.

eine klare Abgrenzung zum Deutschnationalismus und eine saubere Haltung gegenüber dem Hitler-Regime geben. ¹³⁷

Dass die FPÖ aus Sicht Kreiskys nicht ausschließlich aus taktischem Kalkül als Partner herangezogen wurde, erklärt Peter in einem Gespräch mit Elisabeth Horvath:

„Peter gibt sich davon überzeugt, daß er für den ehemaligen Regierungschef nicht nur taktisches Werkzeug gewesen ist, wenngleich er auch über dessen Kalkül stets genau Bescheid wusste: „Natürlich hat Kreisky die Kontakte mit uns nur gepflogen, weil er uns als Alternative gesehen hat. Er wollte immer die absolute Mehrheit behalten. Nur für den Fall der Fälle wollte er sicherstellen, daß wir dann eher mit den Sozialisten als mit der ÖVP gehen. Was ihm ja auch restlos gelungen ist.“ ¹³⁸

Erhard Busek bezeichnete Kreisky für die FPÖ als *„eine ungeheure Chance, überhaupt ins Spiel zu kommen.“* ¹³⁹ Kreisky ermöglichte für die FPÖ zweifelsohne erstmals eine ernstzunehmende und längerfristige Chance, sich als Partner zu etablieren, welche in den Jahrzehnten zuvor nur partiell, je nach Themen- und Koalitionslage, gegeben war. Durch ein ausgeprägt ordentliches Verhältnis der beiden Parteiobmänner Kreisky und Peter entwickelte sich eine Partnerschaft, die für die SPÖ „auf Abruf“ erstmals eine Alternative zur Volkspartei darstellte.

2.3.1.2 Das Verhältnis und Gesprächsklima zwischen Kreisky und Peter

Ein nicht unwesentlicher Parameter dieser von Busek erwähnten Chance für die FPÖ war eben das sehr positive Klima zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter. Oftmals zu Unrecht über die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre, auf die ferner noch konkreter eingegangen werden soll, und die klare Deklaration von Kanzler Kreisky dazu definiert, war das Verhältnis der beiden Parteiobmänner aber eigentlich viel weniger durch diese Reaktionen Kreiskys, denn durch eine über Jahre aufgebaute Kooperation, die in der gemeinsamen Oppositionsarbeit und der Stützung der Minderheitsregierung Kreisky im Jahr 1970 ihren Beginn und in der gemeinsamen Regierungsarbeit ab 1983 ihren Höhepunkt finden sollte, gekennzeichnet. Voraussetzung dafür war die Einstellung Kreiskys

¹³⁷ Interview Lacina, 3.

¹³⁸ Horvath, Elisabeth, Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky (Wien 1989), 155.

¹³⁹ Interview Busek, 9.

zu der öffentlich bekannten NS-Vergangenheit Friedrich Peters während des Zweiten Weltkriegs:

„Da ich verstanden habe, warum Leute wie er [Anmk. Friedrich Peter] Hitler-Anhänger wurden und auch die materiellen Ursachen einer solchen Bewusstseinsänderung aus der Nähe gesehen habe – nämlich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, zuerst in Deutschland, dann in Österreich –, ist mein Verhältnis zu ehemaligen Nazis ein anderes.“¹⁴⁰

Für jene „Minderbelasteten“ und Nationalsozialisten, denen eine Beteiligung Tötungen und Kriegsverbrechen nicht nachgewiesen werden konnte, wie auch Friedrich Peter, dessen konkrete Rolle bis zuletzt unklar erschien, war der Anschluss an das NS-Regime nach Ansicht Kreiskys ein im Nachhinein nachvollziehbarer Weg, um den Vorgängen im Dollfuß-Schuschnigg-Regime Einhalt zu bieten und gegenüber diesem Rache zu üben.¹⁴¹ Norbert Steger, späterer FP-Vizekanzler einer durch das gute Verhältnis Kreiskys mit Peter vorbereiteten SP-FP-Regierung, zweifelt die Rolle bei Kriegsverbrechen und damitverunden auch die Unschuld von Friedrich Peter, den er dadurch im historischen Zusammenhang als „*erpressbar*“¹⁴² bezeichnete, im Interview deutlich an:

„Dass Peter behauptete, dass er nie dabei gewesen ist, als geschossen wurde, war ja logisch. Während das auch Waldheim behauptete und ich es Waldheim auch glaubte, war ich mir bei Friedrich Peter da nicht so sicher.“¹⁴³

Die Mitverantwortung Friedrich Peters, bei Massenvernichtungen und Tötungen mitgewirkt oder davon gewusst zu haben, konnte diesem jedoch nicht endgültig nachgewiesen werden. Was die Vergangenheit Peters und die Einstellung von Bruno Kreisky zu dieser für das Verhältnis und Gesprächsklima der beiden bedeutete, charakterisiert Erhard Busek im geführten Interview relativ hart:

„Die Relation zwischen Kreisky und Peter war, dass Kreisky Peter entnazifiziert und Peter Kreisky umgekehrt entjudet hat. Das ist sehr extrem ausgedrückt, aber die persönliche Psychologie spielte hier sicher eine Rolle.“¹⁴⁴

¹⁴⁰ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 141.

¹⁴¹ Vgl. ebenda

¹⁴² Interview Steger, 8.

¹⁴³ Interview Steger, 8.

Unabhängig von den zusätzlichen Möglichkeiten, die die von Kreisky geschaffene Basis zu Friedrich Peter und damit zu den Freiheitlichen für die Sozialdemokraten einbrachte, wurde und wird diese seitens der eigenen Parteigenossen nicht ausschließlich positiv eingeordnet. Franz Vranitzky bestätigte, dass Kreisky, „*dessen Einigung mit Friedrich Peter unheimlich mutig war und zwar Benefits brachte, ihm aber bis heute von gar nicht so wenig Leuten vorgeworfen wird, weil Peter als SS-Mann mit Deliktvergangenheit abgestempelt war.*“¹⁴⁵

2.3.1.3 Die Rolle Kreiskys in der Peter-Wiesenthal-Affäre

Dass das Verhältnis zwischen dem mit der SPÖ seit 1970 allein regierenden Bundeskanzlers Bruno Kreisky und dem Leiter des „Jüdischen Dokumentationszentrums des Bundes Jüdisch Verfolgter des Naziregimes“, Simon Wiesenthal, dessen Biographie durch Tom Segev detailgetreu aufgearbeitet und 2010 in deutscher Version herausgegeben wurde¹⁴⁶, ein angespanntes war, erschien spätestens seit Bildung des ersten Kabinetts Kreiskys bekannt, als dieser bei der Bildung jener SP-Minderheitsregierung vier ehemalige Nationalsozialisten in die Regierung holte und dafür – durch von Wiesenthal gestreute Hinweise – in der breiten Öffentlichkeit kritisiert wurde.¹⁴⁷ Als aber, nachdem die SPÖ, trotz zuvor aufkommender Spekulationen zur Bildung einer SP-FP-Koalition bei Verlust der absoluten Mehrheit durch die SPÖ, bei der Nationalratswahl 1975 erneut die absolute Mehrheit erringen konnte, Wiesenthal nur wenige Tage nach der Wahl mit einem Dossier die zumindest teilweise bekannte NS-Vergangenheit von FP-Parteiohmann Friedrich Peter gegenüber den Medien abermals zum öffentlichen Thema machte und mit schweren, neuen Vorwürfen, wonach Peter als Mitglied der 1. SS-Infanteriebrigade an der Ermordung von über 10.000 Zivilisten beteiligt oder zumindest informiert gewesen sein soll¹⁴⁸, untermauerte, reagierte Kreisky radikal. Er sprach in aller Öffentlichkeit davon, dass es sich bei der Vorgehensweise Wiesenthals um „Ma-

¹⁴⁴ Interview Busek, 4.

¹⁴⁵ Interview Vranitzky, 5.

¹⁴⁶ Die über 500 Seiten umfassende Biographie Wiesenthals erschien im Jahr 2010 in deutscher Übersetzung im Münchner Verlag Siedler – Segev, Tom, Simon Wiesenthal. Die Biographie. Aus dem Hebräischen von Markus Lemke (München 2010).

¹⁴⁷ Vgl. Böhrer, Ingrid, Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, 505.

¹⁴⁸ Vgl. ebenda, 503f.

fia“-Methoden handle und die öffentliche Diskussion aus seiner Sicht vielmehr als eine „Affäre Wiesenthal als eine Affäre Peter“ zu verzeichnen sei.¹⁴⁹

Die aussagekräftige Unterstützung Peters durch Kreisky in Zusammenhang mit den Vorwürfen Wiesenthals warf unterschiedliche Bilder auf den Kanzler: Es war jedoch weder Kreiskys Ziel durch diese klare Haltung in der Auseinandersetzung Peter-Wiesenthal „Ehemalige“ als Wähler für die Sozialdemokratie zu akquirieren, noch dadurch das praktizierte, gute Verhältnis der beiden Parteiohleute Kreisky und Peter öffentlich zu statuieren. Der Antrieb des Kanzlers für diese im Nachhinein als „*emotional und überzogen*“¹⁵⁰ bewertete Reaktion war vielmehr der durchaus begründete und im Nachhinein auch bestätigte¹⁵¹ Verdacht, dass sich Wiesenthal durch die Veröffentlichung des Dossiers zu diesem Zeitpunkt in den Dienst der Volkspartei stellte¹⁵². Außerdem wollte Kreisky „*nicht als Jude gegen den in den 1970er Jahren stabilen gesellschaftlichen Block ausgespielt werden, der die Reintegration der ehemaligen NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtssoldaten befürwortete.*“¹⁵³ Zweifelsohne zielte die Veröffentlichung des Dossiers nur fünf Tage nach der Wahl, obwohl die Informationen Wiesenthal schon vor der Wahl vorliegend waren und dieser das Dossier auch zu diesem Zeitpunkt bereits an den damaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger übergeben hatte, aber bewusst nicht veröffentlichte¹⁵⁴, ausschließlich auf die politische Person Friedrich Peter ab. Sie sollten den FP-Parteiohmann, dessen Tätigkeiten im Nationalsozialismus, wenn auch nur sehr abgeschwächt und am Rande (vgl. Kap. 1.2.2 d. A.), schon bei seiner Bestellung zum FP-Vorsitzenden thematisiert wurde, als Politiker – ob nach der Nationalratswahl durch den teilweise prognostizierten Verlust der absoluten Mehrheit der Sozialdemokraten und einer folgenden SP-FP-Koalition in der Funktion des Vizekanzlers oder nicht – untragbar machen.¹⁵⁵

¹⁴⁹ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 135.

¹⁵⁰ Vgl. Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 14.

¹⁵¹ Wiesenthal thematisierte in der Öffentlichkeit zwar sehr wohl die NS-Vergangenheit von SP-Funktionären und Ministern, nicht aber jene von VP-Spitzenleuten, wie Finanzminister Reinhard Kamitz oder dem zum Zeitpunkt der Peter-Wiesenthal-Affäre bereits bei einem Autounfall verstorbenen, aber zuvor in unterschiedlichen Regierungen als Minister und später als VP-Obmann tätigen Karl Schleinzer. – Vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, 296-298.

¹⁵² Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 134.

¹⁵³ Rathkolb, Die paradoxe Republik, 298.

¹⁵⁴ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 243.

¹⁵⁵ Vgl. ebenda, 244.

Die Reaktionen von Bruno Kreisky, der sich in der Öffentlichkeit, wie bereits erläutert, rigoros vor Peter und vor allem gegen Wiesenthal stellte, zogen einen heftigen, länger andauernden Konflikt zwischen dem Kanzler und dem „selbsternannten Aufdecker“ Wiesenthal nach sich: Wiesenthal erhob Klage gegen Kreisky, der wiederum die Aufhebung seiner Immunität verlangte, um diesen Prozess gegen Wiesenthal unbedingt führen zu können, und die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses forderte, um die Methoden Wiesenthals und seine Querverbindungen zu Parteien und Staatspolizei zu untersuchen.¹⁵⁶ Sowohl Kreisky, dessen Aufhebung seiner Immunität seitens des SP-Klubs negiert wurde, als auch Wiesenthal zogen aber nach einigem Hin und Her und erfolgreicher Vermittlung von Freunden und Funktionären in der Folge ihre Androhungen zurück. Heinz Fischer, damals erst kurze Zeit SP-Klubobmann, erinnert sich:

„Ein höchst unerfreuliches, mit vielen psychologischen Hypothesen belastetes Kapitel der jüngeren Zeitgeschichte war mit Mühe und Not knapp vor dem Erreichen des Siedepunktes vom Herd genommen worden.“¹⁵⁷

Auch, wenn die persönliche Fehde zwischen Kreisky und Wiesenthal zwar in der öffentlichen Wahrnehmung vorerst beigelegt war, blieb die persönliche Ablehnung Kreiskys gegenüber Wiesenthal bis an sein Lebensende bestehen. Dies zeigte sich etwa, als Kreisky die Anschuldigungen hinsichtlich Wiesenthals möglicher Kollaboration mit den Nationalsozialisten wiederholte und dafür auch schlussendlich verurteilt wurde.¹⁵⁸ Für Friedrich Peter war die Affäre jedenfalls ein Ereignis, das ihm persönlich in der Gesellschaft und politischen Öffentlichkeit eine große Hypothek aufbürden sollte. Friedhelm Frischenschlager bezeichnete die Affäre Peter-Wiesenthal-Kreisky als jene Zäsur, die innerhalb der FPÖ klarwerden ließ, dass Peters Langzeit-Obmannschaft zu Ende gehen wird.¹⁵⁹

¹⁵⁶ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 247.

¹⁵⁷ Fischer, Heinz, Die Kreisky-Jahre 1967-1983 (Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 5, Wien³1994), 147.

¹⁵⁸ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 248.

¹⁵⁹ Vgl. Interview Frischenschlager, 5.

2.3.2 Mehr oder weniger „gemeinsame“ Oppositionsarbeit

Durch die Wahl 1966 und die folglich gescheiterten Koalitionsverhandlungen der beiden Großparteien präsentierte die ÖVP, mit der absoluten Mehrheit ausgestattet, die erste Alleinregierung der Zweiten Republik unter Bundeskanzler Josef Klaus. Die Freiheitliche Partei gab bald nach Bildung der VP-Regierung am 20. April 1966 zu verstehen, dass nun, wie Friedrich Peter im Leitartikel der „Neuen Front“ bemerkte, „an eine gemeinsame Oppositionspolitik mit der SPÖ nicht gedacht“¹⁶⁰ wurde und sich die offizielle Auffassung seitens der FP etablierte, dass „die ÖVP-Alleinregierung gegenüber der großen Koalition das kleinere Übel sei“¹⁶¹. Vielmehr waren die Freiheitlichen gewillt, mit der ÖVP am Beginn der Parlamentsarbeit zusammen zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen: So wurden gemeinsame VP-FP-Beschlüsse wie die Regelung der Entscheidungsgewalt über die vermögensrechtlichen Ansprüche der Habsburger und das neue Rundfunkgesetz gefasst oder konnte die ÖVP in Oberösterreich nur durch Unterstützung der FPÖ den Anspruch auf die Stellung des Landeshauptmanns, Heinrich Gleißner, aufrechterhalten, nachdem bei den vorangegangenen Landtagswahlen durch Zugewinne der SPÖ eine Pattstellung an Mandaten zwischen SPÖ und ÖVP (je 23) entstand und die FPÖ (2) zum Zünglein an der Waage geworden war.¹⁶²

Während die SPÖ unter Kreisky die Zeit in der Opposition „zu einem tiefgreifenden inhaltlichen und organisatorischen Umbau“¹⁶³ nutzte und sich um eine Rückkehr an die Macht vor allem über die wirtschaftspolitische Profilierung der Partei bemühte, kam die VP-Regierung unter Kanzler Klaus, der neben etablierten Parteifunktionären wie Klubobmann Hermann Withalm, den er im Zuge einer bei einer umfassenden Regierungs-umbildung 1968 zum Vizekanzler berief, ein durchaus ambitioniertes, junges Team um spätere Spitzenfunktionäre wie Alois Mock, Thomas Klestil und Josef Taus um sich scharte, immer mehr unter Druck: Skandale wie der Bauskandal rund um die Westautobahn und die Sperre des sanierten Streckenabschnitts im Bereich Strengberg, wo Vorwürfe wie Preisabsprachen der Baufirmen, Beamtenbestechung und Amtsmissbrauch im Raum standen, oder erhebliche Vorwürfe unterschiedlicher Natur gegen hochrangige

¹⁶⁰ Grillmayer, National und Liberal, 116.

¹⁶¹ Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 132.

¹⁶² Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 116f.

¹⁶³ Petritsch, Bruno Kreisky, 165.

VP-Landespartei funktionäre in Wien und Niederösterreich erschütterten die Regierung Klaus¹⁶⁴, die im Zeitraum vom 20. April 1966 bis 31. Oktober 1969 insgesamt sechshundert Regierungsvorlagen einbrachte und unter anderem die erfolgreichen Verhandlungen mit Italien in der Südtirolfrage, eine Steuerreform mit einer Senkung von Lohn- und Einkommenssteuern in der Höhe von 3,9 Milliarden Schilling und die Etablierung unterschiedlicher UNO-Einrichtungen in Wien als Erfolge zu verbuchen hatte.¹⁶⁵

2.3.3 Nationalratswahl 1970 – ein unerwarteter Ausgang

2.3.3.1 Unterschiedliche Erwartungen an den Wahlausgang

In Hinblick auf den Ausgang der bevorstehende Nationalratswahl 1970 wurde seitens der Parlamentsparteien mit unterschiedlichen Theorien aufgewartet. Bundeskanzler Josef Klaus und die ÖVP rechneten mit einem sicheren Erfolg, weil die Regierung nach deren Verständnis einerseits gute Arbeit geleistet habe und andererseits die Person Bruno Kreisky als Spitzenkandidat der SPÖ nicht als Sieger aus dem Duell gegen Klaus hervorgehen könne.¹⁶⁶ Bruno Kreisky und die Sozialdemokraten vermuteten, dass die ÖVP die absolute Mehrheit zwar verlieren, die relative Mehrheit jedoch halten und damit die SPÖ durch Zugewinne die einzige mögliche Koalitionsoption der ÖVP darstellen würde, um dann bei der nächsten Wahl 1974 selbst erstmals in der Zweiten Republik die Mandatsmehrheit zu erlangen.¹⁶⁷ Die nach stetigen Gewinnen bei den Landtagswahlen in Salzburg (Zugewinn von zwei Mandaten), Wien (plus ein Mandat) und Vorarlberg (ebenfalls plus ein Mandat) sowie bei der Arbeiterkammerwahl 1969 (Zugewinn von dreizehn Mandaten) euphorisierte FPÖ strotzte im Vorfeld der Nationalratswahl 1970 vor Selbstbewusstsein und brachte den Anspruch auf zukünftige Mitverantwortung in Form einer Kleinen Koalition zum Ausdruck. Ferner erklärte die FPÖ, dass eine erneute absolute Mehrheit der Volkspartei unwahrscheinlich und eine relative bzw. absolute Mehrheit der SPÖ bei der bevorstehenden Nationalratswahl ausgeschlossen sei.¹⁶⁸ Eine – wie sich schon am Wahlabend herausstellte – Fehleinschätzung seitens der freiheitlichen Parteiführung, welche die Ausrichtung der FPÖ im Wahlkampf we-

¹⁶⁴ Vgl. Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 52.

¹⁶⁵ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 157.

¹⁶⁶ Vgl. Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 55.

¹⁶⁷ Vgl. Fischer, Die Kreisky-Jahre, 60.

¹⁶⁸ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 157-161.

sentlich beeinflussen und damit den Handlungsspielraum nach der Wahl einschränken sollte.



Abb.3: Die FPÖ unter Friedrich Peter war bei der Wahl 1970 das Zünglein an der Waage

2.3.3.2 „Kein roter Kanzler, kein schwarzes Österreich“

Trotz des guten Kontakts von FP-Obmann Friedrich Peter zu dem 1967 gewählten SP-Parteiboss Bruno Kreisky zeichnete sich während der ÖVP-Alleinregierung eher eine FP-Kooperation mit der Volkspartei als mit den Sozialdemokraten ab. Diese konträre Linie begründete Norbert Steger im Interview damit, dass damals *„die Mehrheit in der Freiheitlichen Partei einfach konservativ eingestellt war“*¹⁶⁹ und relativierte diese Begründung aber gleichzeitig insofern, als er feststellte, dass der agierenden FP-Führungsriege um Friedrich Peter, Gustav Zeillinger und Tassilo Broesigke vollkommen klar war,

„[...] dass eine erste Koalition der Freiheitlichen in der Zweiten Republik immer mit den Roten sein muss. Denn das war die einzige Chance, dass die Gewerkschaft und der linke Flügel der SP eine Regierung mit den Freiheitlichen

¹⁶⁹ Interview Steger, 6.

*auch akzeptieren würden und es nicht zu gewaltigen Protesten im Land kommt.*¹⁷⁰

Dennoch setzte die FPÖ im Wahlkampf alles auf eine Karte: Entsprechend der Prognose, dass die ÖVP die absolute Mehrheit zwar verlieren, allerdings die an Mandaten stärkste Kraft im Nationalrat bleiben würde, erhoffte sich die Freiheitliche Partei insgeheim eine schwarz-blaue Koalition.¹⁷¹ Gleichzeitig opponierte die ÖVP jedoch gegen diese Anbiederung seitens der Freiheitlichen, befürchtete sie durch die Stärkung der Freiheitlichen Partei doch eine Zersplitterung des bürgerlichen Lagers, welche wiederum dem Hauptkonkurrenten, der SPÖ, dienen würde. So entschied sich die Volkspartei für eine Wahlkampfstrategie, die Wählerinnen und Wähler vor einer SP-FP-Koalition warnen sollte. Das Motto dieser Strategie war:

*„Wer am 1. März blau macht,
wird am 2. März rot sehen.
Blaue Stimme = Roter Kanzler.“*¹⁷²

Friedhelm Frischenschlager fasst die schwierigen Umstände, die sich in Hinblick auf die Nationalratswahl für die FPÖ offenbarten, folgendermaßen zusammen:

*„So befand man sich in einem Dilemma: Einerseits gab es keine Signale der SPÖ für Rot-Blau, obwohl es von der ÖVP in der Öffentlichkeit so propagiert wurde, gleichzeitig gab es den parteiinternen Willen, Schwarz-Blau zu ermöglichen. So kam es zur berühmten FPÖ-Erklärung vom 16. Jänner 1970 [...]“*¹⁷³

Diese in einer Pressekonferenz der FP-Spitze um Peter, Zeillinger, Scrinzi und Götz am 16. Jänner 1970 präsentierte Erklärung enthielt im Grundsätzlichen die Philosophie „kein roter Kanzler, kein schwarzes Österreich“ und versprach ferner, dass durch eine Stimme für die FPÖ sowohl ein SP-Bundeskanzler in einer SP-FP-Koalition als auch eine absolute Mehrheit der ÖVP verhindert werden sollte. Diese Erklärung enthielt gleichzeitig als bewusst gesetzte, aber verdeckte Botschaft das Angebot an die Volks-

¹⁷⁰ ebenda

¹⁷¹ Vgl. Interview Frischenschlager, 4.

¹⁷² Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 56.

¹⁷³ Interview Frischenschlager, 4.

partei für eine schwarz-blaue Koalition.¹⁷⁴ Diese kam aber Erhard Busek zufolge aufgrund der persönlichen Situation des damaligen ÖVP-Chefs Josef Klaus eigentlich nicht in Frage:

„Die Diskussion einer möglichen Zusammenarbeit mit der FPÖ hat es zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht gegeben. Das hing mit der Person des Josef Klaus zusammen. Josef Klaus war innerparteilich von bestimmten Gruppen verdächtigt, dass er eigentlich deutschnational orientiert ist. Diese innere Diskussion der ÖVP war nicht zu unterschätzen. Klaus hat sich immer gegen diesen Verdacht gewehrt und hat dann, unter anderem am Wahlabend 1970 vor laufender Kamera, erklärt, keine Koalition mit der FPÖ zu machen.“¹⁷⁵

Der Wahltag, der 1. März 1970, brachte ein Ergebnis, das niemand zuvor erwartet hätte. Heinz Fischer bezeichnet diesen Tag nachträglich betrachtet als *„Wendepunkt in der Geschichte der Zweiten Republik“¹⁷⁶* und Bruno Kreisky als *„einen bis dahin nicht vorstellbaren Erfolg“¹⁷⁷* der österreichischen Sozialdemokraten. Die SPÖ erreichte 48,4 Prozent der abgegebenen Stimmen (81 Mandate), die ÖVP nur noch 44,7 Prozent (78 Mandate) und die FPÖ 5,5 Prozent (6 Mandate).¹⁷⁸ Die SPÖ verfehlte damit knapp die absolute Mandatsmehrheit, eine VP-FP-Koalition hätte eine Mehrheit im Parlament gehabt, wurde aber von VP-Obmann Klaus noch am Wahlabend abgelehnt.

2.3.4 FPÖ-Unterstützung der Minderheitsregierung Kreisky

Der überraschende Wahlerfolg der SPÖ brachte eine prompte Reaktion von Parteiobmann Bruno Kreisky: Er setzte alles auf eine Karte und avisierte noch in der Wahlnacht die Bildung einer Minderheitsregierung seitens der SPÖ: *„Die Vorgespräche mit der FPÖ fanden schon in der Wahlnacht statt. Das Ergebnis war die Akzeptanz der Minderheitsregierung der SPÖ durch die FPÖ“¹⁷⁹*, erinnert sich Karl Blecha an ein Gespräch, das auch Heinz Fischer rückblickend als sehr wesentlich bezeichnete: *„Das viel-*

¹⁷⁴ Vgl. ebenda.

¹⁷⁵ Interview Busek, 5.

¹⁷⁶ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 61.

¹⁷⁷ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 369.

¹⁷⁸ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 175.

¹⁷⁹ Blecha, Karl, „Ich war dabei, als Kreisky bei Friedrich Peter anrief.“ In: Gerhard Jelinek, Birgit Mosser-Schuöcker (Hg.), Generation Österreich. Prägende Momente der Zweiten Republik. Von Zeitzeugen packend erzählt (Wien 2012), 114.

leicht wichtigste Gespräch fand erst gegen 1.00 Uhr früh zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter statt. Dabei wurde die neue Situation analysiert und die berechtigte Forderung der FPÖ nach einem gerechteren Wahlrecht anerkannt.¹⁸⁰ Dass dieser Plan der Minderheitsregierung nicht einfach umzusetzen war, zeigten auch Strömungen innerhalb der Sozialdemokraten, die eine Rückkehr zur Großen Koalition, erstmals mit der ÖVP als Junior-Partner, bevorzugten. Kreiskys Aufgabe war es, die eigene Partei von seiner Taktik zu überzeugen:

„Es war nicht leicht, eine Partei, die sich zwanzig Jahre lang daran gewöhnt hatte, in einer Großen Koalition zu regieren, davon zu überzeugen, dass eine Minderheitsregierung die große Chance wäre. Man wollte zumindest eine knappe Mehrheit. Mein Argument, dass die ÖVP einst mit demselben Stimmenanteil die absolute Mehrheit bekommen hatte, wollten viele nicht gelten lassen. Sie haben einfach nicht genug Fantasie aufgebracht, zu verstehen, worin meine Taktik bestand, nämlich zu beweisen, dass die Sozialdemokratie in Österreich regieren kann. Wir hatten vier Jahre lang gute Oppositionsarbeit geleistet, waren als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen und mussten es nun darauf anlegen, durch gute Regierungsarbeit bei den nächsten Wahlen die absolute Mehrheit zu gewinnen. Sollten wir als Minderheitsregierung gestürzt werden, würden wir mit Neuwahlen drohen.“¹⁸¹

Seitens der ÖVP trat Bundeskanzler Josef Klaus nur zwei Tage nach der Wahlniederlage, am 3. März 1970, zurück. An diesem Tag wurde Bruno Kreisky als Spitzenkandidat der stimmenstärksten Partei von Bundespräsident Franz Jonas mit der Regierungsbildung betraut.¹⁸² Auf das nächtliche Gespräch zwischen Kreisky und Peter, in welchem Kreisky dem FPÖ-Obmann die längst geforderte Wahlrechtsreform in Aussicht stellte, sofern seine Minderheitsregierung eine FP-Unterstützung finden würde, folgten Regierungsverhandlungen von SPÖ und ÖVP, welche die Umsetzbarkeit einer Großen Koalition ausloten sollten:

„Ich bin überzeugt davon und es war eigentlich klar, obwohl Verhandlungen mit der ÖVP geführt wurden, dass Kreisky diese nicht zu einem Erfolg bringen

¹⁸⁰ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 63.

¹⁸¹ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 369f.

¹⁸² Vgl. Mauhart, Ein Stück des Weges gemeinsam, 69.

wollte. Dann gab es diese Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ um den Preis der Wahlrechtsreform.“¹⁸³

Wie es Ferdinand Lacina im Nachhinein einordnet, kam es auch: Am 20. April sind, nachdem es auch in einem Vieraugengespräch zwischen Bruno Kreisky und ÖVP-Generalsekretär Hermann Withalm zu keiner Einigung gekommen ist, die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP offiziell gescheitert; „In vielen Sachfragen war zwar weitgehende Übereinstimmung erzielt worden, aber den eigentlichen Stolperstein bildete die Ressortverteilung.“¹⁸⁴

Wie für die ÖVP war das Wahlergebnis auch für die FPÖ ein herber Rückschlag: Die im Wahlkampf aufgestellten Hypothesen, wonach die SPÖ keine Mehrheit erlangen und die ÖVP die absolute Mehrheit verlieren, allerdings die Mandatsmehrheit halten sollte, traten nicht ein und so stand man, durch die getätigten taktischen Überlegungen und das Wahlversprechen, keine Koalition mit der SPÖ einzugehen, erneut vor dem Gang in die Opposition ohne Möglichkeit der Mitgestaltung. Vor allem auch deshalb, weil Kanzler Klaus noch in der Wahlnacht eine Koalition von ÖVP und FPÖ dezidiert ausschloss, was dessen Partei in Person von Generalsekretär Withalm später als „wenig zweckmäßig“¹⁸⁵ bezeichnete und auch den Handlungsspielraum der Volkspartei gehörig einschränkte. Die Situation der Freiheitlichen wurde dadurch erschwert, dass man auch um das sechste Mandat zittern musste, was schlussendlich aufgrund einer vom Verwaltungsgerichtshof in einigen Wahlkreisen Wiens stattgegebenen Wahlanfechtung auf Kosten der Volkspartei doch bei den Freiheitlichen verblieb.¹⁸⁶

Dass das Momentum dann doch für die Freiheitlichen und gegen die ÖVP sprach, hing vor allem damit zusammen, dass sich Bruno Kreisky für eine Minderheitsregierung entschied und dafür die Unterstützung der FPÖ für eine parlamentarische Mehrheit benötigte. Auch, wenn Kreisky diese Kooperation mit der FPÖ – in den von Oliver Rathkolb aufgezeichneten „Erinnerungen“ nannte er als weiteres Argument auch seinen Willen, jenen in der Freiheitlichen Partei eine Chance zu geben, die aus ihr eine liberale Partei zu machen versuchten¹⁸⁷ – nicht ausschließlich auf den Nutzen der SPÖ zurückführte,

¹⁸³ Interview Lacina, 5.

¹⁸⁴ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 64.

¹⁸⁵ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 163.

¹⁸⁶ Vgl. ebenda, 165.

¹⁸⁷ Vgl. Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 371.

war dieser für das Aufrechterhalten von Kreiskys Plan ein wesentlicher Faktor, wie sich Franz Vranitzky an die Rolle der Freiheitlichen im Zusammenhang mit dem Machterhalt der SPÖ erinnert:

„Die Freiheitlichen haben sich grundsätzlich schon lange vor der Kleinen Koalition einen Vorteil verschafft, nämlich unter anderem in der Minderheitsregierung Kreisky, wo sie insbesondere mit der Zustimmung zum Budget die Regierung überhaupt möglich gemacht haben. Im Gegenzug ist die SPÖ darauf eingegangen, eine Wahlrechtsreform durchzuführen, die den Freiheitlichen genützt hat.“¹⁸⁸

Nur einen Tag nach dem endgültigen Scheitern der Gespräche mit der ÖVP wird das Kabinett Kreisky I am 21. April 1970 angelobt. Kreisky verspricht der FPÖ eine Wahlrechtsreform, deren Entwurf dem Nationalrat bereits im Oktober 1970 vorgelegt wurde:

„Signifikant für die Reform war, dass dem Wahlergebnis mehr Bedeutung bei der Mandatsermittlung beigemessen wurde, was zu mehr Gerechtigkeit führte, gleichzeitig erhöhten sich dadurch auch die Chancen für kleinere Parteien, im Parlament zu bleiben bzw. ins Parlament einzuziehen.“¹⁸⁹

Die SPÖ war – anders als im bisherigen Verlauf der Zweiten Republik, als sie durch das geltende Wahlrecht gegenüber der ÖVP als mandatsstärkste Partei stets benachteiligt wurde und etwa 1953 und 1959 als stimmenstärkste Partei nicht die Mehrheit an Mandaten zugeordnet bekam – nun als mandatsstärkste Partei nicht mehr unter Zugzwang, die Wahlrechtsreform zu vollziehen, wäre man doch bei kommenden Wahlen als mandatsstärkste Partei gegenüber den Konkurrenten nämlich durchaus bevorzugt gewesen. Dennoch realisierte Kreisky diese von der FPÖ bereits 1963 in der Habsburger-Frage gegenüber der SPÖ gestellte Forderung nun als Konzession für die Unterstützung der Minderheitsregierung. Für die FPÖ hingegen war diese Wahlrechtsänderung, wie es der spätere FP-Parteiboss Norbert Steger bezeichnete, eine *„historische Chance, mit der man langfristig abgesichert ist“¹⁹⁰*.

¹⁸⁸ Interview Vranitzky, 2.

¹⁸⁹ Pfaffenhuemer, Entwicklung des modernen Wahlrechts in Österreich, 91.

¹⁹⁰ Interview Steger, 8.

2.3.5 Die FPÖ auf der „Regierungsersatzbank“ der SPÖ?

Mit der Unterstützung des ersten Kabinetts Kreisky machte die FPÖ einen klaren Schritt weg von der ÖVP, die sich mit der dezidierten Absage zu einer Koalition mit der FPÖ klar von den Freiheitlichen abgrenzte, obwohl es zuvor in der Zeit der Alleinregierung durchaus für die ÖVP nützliche Kooperationen, etwa bei der Landtagswahl in Oberösterreich, gab, hin zur SPÖ. Nicht zuletzt aufgrund der neu geschaffenen Basis der Sozialdemokraten und des Parteiobmanns Kreisky zur FPÖ und deren Obmann Peter war das Zeichen im Rahmen der Regierungsbildung 1970, dass sich beide Seiten als pakt-treu – die FPÖ stimmte für das von der SP-Minderheitsregierung vorgelegte Budget und die SPÖ setzte die von den Freiheitlichen lange Zeit geforderte Wahlrechtsreform um – erwiesen. In Zusammenhang mit dieser Politik der SPÖ sollte stets das stärker werdende liberale Element innerhalb der FPÖ in den Vordergrund gerückt werden.¹⁹¹

Auf Seiten der FPÖ liebäugelte man langfristig – auch nach 1970 – noch mit einer Regierungskooperation mit der Volkspartei. Laut Norbert Steger war es die Taktik von Parteiobmann Friedrich Peter, die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ mit der SPÖ zu schaffen, um die FPÖ als möglichen Regierungspartner zu etablieren und den späteren Weg zu einer schwarz-blauen Koalition zu ebnen:

„Friedrich Peter und Co. waren doch Kreiskys Partner, während ich jährlich Tagungen mit dem Forchtensteiner Kreis, also mit den jungen Schwarzen, abgehalten habe. Peter war eigentlich immer der Meinung, er mache die rot-blaue Koalition und die Jungen sollen dann mit den Schwarzen koalieren. Dass am Ende die Geschichte ganz anders kommt und ich sitze auf einmal dort mit Kreisky nach der Wahl, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar.“¹⁹²

Für die SPÖ sollte die FPÖ nach 1970 stets eine Alternative zu einer Großen Koalition darstellen. Vor allem bei der Nationalratswahl am 10. Oktober 1971 sind sich sämtliche Funktionäre, wie etwa der damals in der Arbeiterkammer Wien tätige und spätere SP-Minister Ferdinand Lacina, einig, dass es, hätte die SPÖ nicht die absolute Mehrheit erreicht, zu einer Koalition mit der Freiheitlichen Partei gekommen wäre:

¹⁹¹ Vgl. Interview Vranitzky, 2.

¹⁹² Interview Steger, 5.

„Ich bin überzeugt, dass Kreisky später, wenn die absolute Mehrheit nicht zustande gekommen wäre, eine kleine Koalition mit der FPÖ gemacht hätte.“¹⁹³

Auch der spätere Bundeskanzler Franz Vranitzky sah eine SP-FP-Koalition schon als wahrscheinlich, hätte Kreisky nicht die absolute Mehrheit erlangt:

„Es ist denkbar, dass es, hätte Kreisky 71 nicht die absolute Mehrheit erreicht, zu einer rot-blauen Koalition gekommen wäre. Das hätte aber damals die größten Widerstände innerhalb der SPÖ gegeben. Viele in der SPÖ hätten da Zeter und Mordio geschrien, aber Kreisky hätte es möglicherweise dennoch gemacht.“¹⁹⁴

Auch aus Sicht der FPÖ schien alles für eine SP-FP-Koalition im Jahre 1971 angedeutet, bestätigt Norbert Steger auch den Willen innerhalb der Freiheitlichen Partei, der die zuvor erläuterte taktische Überlegung, die erste Regierungskoalition mit den Sozialdemokraten zu bilden, um dann eine Koalition mit der Volkspartei einzugehen, beinhaltete:

„Definitiv wäre es dann 1971 zu einer SPÖ-FPÖ-Koalition gekommen. Dann wäre auch der Ablauf ein solcher gewesen, wie ich ihn als junger Politiker erwartet habe: Zuerst kommt die alte Garde der Partei, koaliert mit den Roten und dann später kommen wir, unsere Generation, und macht es mit der ÖVP. Aber es kam alles anders.“¹⁹⁵

Nachdem die SPÖ die absolute Mehrheit bei der Nationalratswahl 1971 souverän errungen hatte, stand nach der folgenden Legislaturperiode in den Analysen vor der nächsten Wahl 1975 erneut ein Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ im Raum. Die Affäre um Friedrich Peter und Simon Wiesenthal zeigte, dass eine Regierungsbeteiligung der FPÖ durchaus eine ernsthafte Option gewesen sein könnte, hat doch Wiesenthal mit der Veröffentlichung seines Dossiers zwar auf den Wahlausgang und das Feststehen der absoluten Mehrheit der SPÖ gewartet, die Informationen jedoch bereits vor der Wahl dem damaligen Bundespräsidenten Kirchschräger zugespielt, der eine etwaige rot-blaue Regierung hätte angeloben müssen. *„Wiesenthals Intention war, Peter als allfälligen Vize-*

¹⁹³ Interview Lacina, 5.

¹⁹⁴ Interview Vranitzky, 10.

¹⁹⁵ Interview Steger, 8.

kanzler zu verhindern“¹⁹⁶, beschreibt Friedhelm Frischenschlager die Absichten Wiesenthals rückwirkend betrachtet.

2.3.6 Kurzzeit-Obmann Alexander Götz und die Gespräche mit der ÖVP

Dass sich die FPÖ für die SPÖ ab 1970, immer wenn das Erreichen der absoluten Mehrheit nicht gesichert schien, als „unkomplizierte“ Alternative zum Machterhalt bewährte, änderte sich erst mit dem Wechsel des Parteiobmanns der FPÖ im September 1978: Der neue FP-Parteiobmann, Alexander Götz, dessen Partei 1973 in Graz nur den dritten Platz erreichte, aber durch die Unterstützung der Volkspartei in der steirischen Landeshauptstadt mit ihm erstmals den Bürgermeister stellen konnte, pflegte ein gutes Verhältnis mit der ÖVP und verließ die Linie seines Vorgängers Friedrich Peter, sich durch ein gutes Verhältnis mit Bruno Kreisky in Richtung Sozialdemokratie zu orientieren und dadurch den liberalen anstatt des nationalen Flügels innerhalb der Freiheitlichen Partei zu forcieren. Vielmehr kam es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Kreisky und Götz, der den Kanzler mit der Aussage, er habe „Papp im Hirn“ beleidigte, nachdem dieser hinterfragte, ob es demokratiepolitisch verantwortungsvoll sein, wenn ein Vertreter „einer kleinsten Partei“ Bürgermeister in Graz werde.¹⁹⁷



Abb.4: „Alexander Götz mit der eisernen Hand“ – unter Götz kam es zu einer Eiszeit der guten FP-Beziehungen zu Kreisky

¹⁹⁶ Interview Frischenschlager, 5.

¹⁹⁷ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 277.

Es kam während der Obmannschaft zu einer Eiszeit der unter Peter gepflegten Beziehungen zwischen SPÖ und FPÖ und so stand, erstmals seit den Verhandlungen zwischen Gorbach und Peter 1962, vor der Wahl 1979 wieder eine national-bürgerlich orientierte VP-FP-Kooperation im Raum:

„Hätte die SPÖ 1979 die absolute Mehrheit verfehlt, wäre eine Koalition zwischen ÖVP und FPÖ zumindest im Bereich des Möglichen, wenn nicht sogar wahrscheinlich gewesen.“¹⁹⁸

Die ÖVP wollte mit dieser Annäherungspolitik an den bürgerlich orientierten Götz und die FPÖ vor allem das erreichen, was der SPÖ in den Jahren zuvor stets genutzt hatte: mehr Verhandlungsspielraum und eine nützliche Alternative. Erhard Busek, der als VP-Landesparteiobmann von Wien an einem der Gespräche zwischen den Parteiobmännern Josef Taus und Alexander Götz teilgenommen hatte, bestätigt dies:

„Der Grund für Gespräche zwischen Taus und Götz war eigentlich die Suche nach einer Alternative. Sicherlich hat aber die Situation in der Stadt Graz eine wesentliche Rolle gespielt.“¹⁹⁹

So war während der FP-Obmannschaft von Alexander Götz, die nach nur knapp über einem Jahr wieder enden sollte und bei der Nationalratswahl im Frühjahr 1979 nur leichte Zugewinne der FPÖ brachte²⁰⁰, innerhalb der Freiheitlichen Partei alles auf eine Zusammenarbeit mit der Volkspartei ausgerichtet. Durch den Wahlausgang sollte rasch Ernüchterung einkehren, hatte Kreisky die absolute Mehrheit doch um zwei weitere Mandate ausbauen können, die Volkspartei zwei Mandate verloren und die Freiheitliche Partei durch nur geringen Stimmenzuwachs ein Mandat gewinnen können, was die Enttäuschung innerhalb der FPÖ nicht mindern sollte, auch, wenn erstmals seit dreizehn Jahren wieder ein Stimmenzuwachs verbucht werden konnte.²⁰¹

Das Konzept von Alexander Götz war, wie es Heinz Fischer später bezeichnete, durch das Ausbauen der absoluten Mehrheit der SPÖ gescheitert²⁰², auch innerhalb der Freiheitlichen Partei kam es zu Unstimmigkeiten zwischen Götz und Mitgliedern des Par-

¹⁹⁸ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 247.

¹⁹⁹ Interview Busek, 5.

²⁰⁰ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 86.

²⁰¹ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 288.

²⁰² Vgl. Fischer, Die Kreisky-Jahre, 247.

teivorstandes und Götz stieß an seine persönlichen Grenzen der Leistungsfähigkeit, musste er doch sowohl in Graz als auch auf Bundesebene hohen Einsatz zeigen. Die Medien griffen diese Themen auf und befeuerten die neuerliche Obmanndebatte der FPÖ.²⁰³ Die Diskussion gipfelte in einer Bundesparteileitersitzung in Graz, bei welcher Götz sich bereit erklärte, als Bürgermeister von Graz zurückzutreten, wenn er anstatt Friedrich Peter auch FP-Klubobmann werden würde. Dies kam nicht zustande, Götz blieb vorläufig Partei- und Peter Klubobmann. Weniger als ein Monat später, am 1. Dezember 1979, trat Götz im Rahmen einer Sitzung der Bundesparteileitung als Parteiobmann zurück.²⁰⁴

2.3.7 *Am Ziel angelangt? Liberalismus an der Spitze der FPÖ – Steger wird Obmann*
Götz' Nachfolger wurde gleichzeitig sein größter Kritiker: Norbert Steger. Dies war bereits am 16. Dezember in der Bundespartei Vorstandssitzung der FPÖ, als sich Steger gegen Waldemar Steiner deutlich durchsetzte, avisiert worden. Auch Friedrich Peter, der vormalige Langzeitobmann der Freiheitlichen, sprach sich für eine Wahl Stegers zum Bundesparteiobmann aus. Allerdings kam es beim außerordentlichen Parteitag am 1. März 1980 dennoch zu einer Abstimmung zwischen Norbert Steger und dem von der steirischen Landesorganisation vorgeschlagenen Harald Ofner, deren Ausgang bis zuletzt unklar war, die aber Norbert Steger schließlich mit 55,29% doch deutlich für sich entscheiden konnte.²⁰⁵ Mit der Wahl Stegers war für jene Gruppierung innerhalb der FPÖ, die sich schon im Atterseekreis zusammengefunden hatte und das liberale Element der Partei repräsentierte, ein großes Ziel erreicht, sagt Friedhelm Frischenschlager:

„Als Steger die Wahl zum Bundesparteiobmann gegen Ofner gewann, waren die jungen Liberalen in der Partei der Meinung, das Ziel, die FPÖ zur liberalen Partei in Österreich zu machen, sei erreicht.“²⁰⁶

Gleichzeitig eröffnete die Wahl Norbert Stegers und damit die Entscheidung für eine liberal orientierte FPÖ wieder eine neue Gesprächsebene zur SPÖ, die unter Alexander Götz und durch die im Zusammenhang mit der Nationalratswahl 1979 geführten Annäherungen zur ÖVP brüchig geworden war. Die Konzentration auf die ÖVP als einzigen

²⁰³ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 291-294.

²⁰⁴ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 86.

²⁰⁵ Vgl. Piringer, Die Geschichte der Freiheitlichen, 301-306.

²⁰⁶ Interview Frischenschlager, 5.

möglichen Partner der FPÖ und damit die Umkehr zur von Friedrich Peter praktizierten Politik beinhaltete auch den Hauptkritikpunkt Norbert Stegers an seinem Vorgänger:

„Der Erfolg des Alexander Götz in der Steiermark, in der zweitgrößten Stadt Österreichs, den Bürgermeister zu stellen, hat dazu geführt, dass Götz die Bundespartei an die Schwarzen als Partner für ÖVP-FPÖ verkauft hat. Nach dieser Wahl 1979, wo klar war, dass es keine gesellschaftspolitische Mehrheit für ÖVP-FPÖ gibt, habe ich Götz vorgeworfen, dass er die Partei viel zu sehr auf den einen Partner fixiert hat und ihr damit den Spielraum genommen hat, mit der SPÖ gesprächsfähig zu sein. Aus dieser Kritik ist die Feindschaft zwischen Götz und mir entstanden, allerdings schon, als noch Götz Parteiobmann war. Als ich Obmann wurde, stellte das für die Partei sicher einen ganz radikalen Bruch dar.“²⁰⁷

Einerseits änderte sich also durch die Wahl Stegers die parteipolitische Ausrichtung der Freiheitlichen, andererseits hatte die SPÖ hinsichtlich einer Kooperation mit der FPÖ schon vor der Wahl Stegers die Absicht, im Falle einer Zusammenarbeit das liberale Element der FPÖ in den Vordergrund zu rücken. Dies hatte nach Vranitzky zur Folge, dass sich auch die Führung der Freiheitlichen Partei rund um den liberalen „Flügel“ konstituierte:

„Es war, grosso modo, Politik der SPÖ in den 1970er-Jahren, also schon noch in der Zeit der absoluten Mehrheit, als Folge des Einigungsprozesses von 1970, mit der Freiheitlichen Partei auf einer Basis zu verkehren, die das liberale Element der FPÖ in den Vordergrund gestellt und das deutschnationale Element in den Hintergrund gerückt hat. Das hat dazu geführt, dass sich das Führungspersonal in der Freiheitlichen Partei auch um den liberalen Flügel geschart hat, etwa Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager oder Klara Motter. Das hat auch funktioniert, auch über das Wahlergebnis 1983 hinaus.“²⁰⁸

Für die FPÖ stand bei der Vereinbarkeit des liberalen Gedankens der Parteiführung mit einer national und bürgerlich orientierten Grundausrichtung der Partei ein gewisser

²⁰⁷ Interview Steger, 6f.

²⁰⁸ Interview Vranitzky, 2.

Zwiespalt im Raum, der später, ab 1983, noch eine wesentliche Hypothek für die sozialistisch-freiheitliche Regierung unter Sinowatz und Steger darstellen sollte. Friedhelm Frischenschlager und Erich Reiter analysieren diesen Spagat, den die FPÖ in Österreich zu bewältigen hatte und der nicht nur parteiintern, sondern auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Koalitionsoptionen bestand, in ihrem Werk „Liberalismus in Europa“ folgendermaßen:

„Der Tendenz, nach dem Muster der F.D.P. und der stärkeren Nähe in Wirtschaftsfragen in erster Linie eine Koalition mit der ÖVP anzustreben, folgten nach diversen Enttäuschungen 1963 erste Kontakte mit den Sozialisten, die in den siebziger Jahren weiter ausgebaut wurden. Die Eventualität einer sozialliberalen Koalition unterlag dem Odium eines Verrates an der bürgerlichen Sache, ohne daß allerdings von seiten der ÖVP je ernsthaft eine bürgerliche Koalition angestrebt worden wäre; die einzige derartige Chance wurde 1979 durch die Wahlniederlage der ÖVP zunichte gemacht.“²⁰⁹

Dass Norbert Steger und seine Parteifreunde diesen Zwiespalt zu bewältigen hatten, gleichzeitig aber auch Unterstützung der SPÖ zur Stärkung ihrer liberalen Gedanken in der Freiheitlichen Partei erfahren durften, bestätigte auch Bruno Kreisky, 1983 der Baumeister der SP-FP-Koalition, in seinen „Erinnerungen“:

„Im Übrigen war ich der Meinung, dass innerhalb der Freiheitlichen Partei denen eine Chance eingeräumt werden müsse, die aus ihr eine liberale Partei machen wollten. Dies schien mir umso notwendiger, als der politische Liberalismus in Österreich seit langem tot war und es diesbezüglich keinerlei Traditionen gab.“²¹⁰

Mit der Wahl Stegers war im Verhältnis SPÖ-FPÖ in mehrerlei Hinsicht Veränderung eingeleitet: Das von Peter, der bis 1986 Klubobmann der FPÖ bleiben sollte, und Kreisky bereits bis 1978 praktizierte, gute Verhältnis der beiden Parteien lebte wieder auf, die sich in der Phase von Götz ans bürgerliche Lager orientierende Freiheitliche Partei bewegte sich wieder in Richtung der SPÖ und der liberale Gedanke, den schon Peter zu forcieren versuchte, was ihm allerdings auch aufgrund seiner persönlichen Vergangen-

²⁰⁹ Frischenschlager, Friedhelm, Erich Reiter, Liberalismus in Europa (Wien/München 1984), 31.

²¹⁰ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 371.

heit nicht gelungen war, wurde von jener jungen Generation an der Spitze der Partei fortgeführt, die ihn seit der Bildung des Atterseekreises vertreten hatte. Dass die Idee, den Liberalismus in der Freiheitlichen Partei von der Spitze bis in die Wurzeln zu verankern, schließlich scheiterte, sollte sich als wesentliche Hypothek während der 1983 folgenden SP-FP-Koalition mehrfach auftun und am Innsbrucker FP-Parteitag 1986 und der Abwahl Stegers auch innerparteilich seinen Höhepunkt finden.

2.3.8 Vorwahlstimmung 1982/83 und der anstehende Rücktritt Kreiskys

Als die vierte Legislaturperiode – drei davon mit absoluter Mehrheit – in die Zielgerade einbog, war der Langzeit-Kanzler und SP-Parteiboss Bruno Kreisky gesundheitlich schon stark angeschlagen. *„Der strahlende „Sonnenkönig“, als der er in den siebziger Jahren in der Öffentlichkeit aufgetreten war, verehrt, bewundert, jedenfalls aber als Regierungschef akzeptiert, konnte er, wie viele von uns nicht wahrhaben wollten, nicht mehr sein“*²¹¹, schrieb Franz Vranitzky zur Situation um Bruno Kreisky vor der Wahl 1983 in seinen „Politischen Erinnerungen“. Obwohl Kreisky – wie Heinz Fischer ausführt – unabhängig vom Wahlausgang damit rechnete, dass dies sein letzter Wahlkampf war, den er zu bestreiten hatte²¹², warf er alles in die Waagschale, um die absolute Mehrheit bei der Nationalratswahl 1983 nochmals zu erlangen:

*„Und er unternahm mit bewundernswerter Disziplin übermenschliche Anstrengungen, um seiner Partei die absolute Mehrheit zu erhalten. Kreisky stand damals im 73. Lebensjahr, war Regierungschef und Parteivorsitzender, mußte dreimal pro Woche eine anstrengende Dialyse über sich ergehen lassen, hatte Sorgen mit seiner kranken Ehefrau, war auf einem Auge nahezu blind und mußte einen kräfteaubenden Wahlkampf gegen zwei Oppositionsparteien führen.“*²¹³

So waren es seitens der seit dreizehn Jahren regierenden SPÖ einerseits die Krankheit des Kanzlers, andererseits auch ein für die bevorstehende Legislaturperiode geplantes Steuerreformpaket, das von Finanzminister Salcher geschnürt, Kreisky in dessen Zweitwohnsitz auf Mallorca unterbreitet und deshalb von den Medien „Mallorcapaket“

²¹¹ Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen (Wien 2004), 84.

²¹² Vgl. Fischer, Die Kreisky-Jahre, 253.

²¹³ Ebenda, 254.

genannt wurde, die zum Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ beitragen sollten. Ein aus dem sonnigen Mallorca ins winterlich-trübe Österreich kommender, kränklich wirkender Kanzler gepaart mit einem seitens der Wahlkonkurrenz bewusst lancierten Verwirrspiel rund um Zins- und Kapitalertragssteuern sollten zu Bildern avancieren, welche Bruno Kreisky erstmals Verluste bei einer Nationalratswahl bescherten.²¹⁴ Hinzu kam, dass die Öffentlichkeit schon vor dem Wahltag durch die Medien die Nachricht oder zumindest die Möglichkeit erreichte, dass Kreisky im Falle des Verlustes der absoluten Mehrheit zurücktreten und für eine Koalitionsregierung nicht mehr zur Verfügung stehen würde.²¹⁵ Basis für diese Meinung, die von Kreisky vor der Wahl nie offiziell bestätigt wurde, war vordergründig ein Interview des damaligen Vizekanzlers und Unterrichtsministers Fred Sinowatz im Nachrichtenmagazin „profil“ im Februar 1983, wo Sinowatz auf die Frage, ob er bei Verlust der absolute Mehrheit der logische Nachfolger sei Kreiskys sei, mit den Worten „Der Bundeskanzler hat letzte Woche gesagt, daß er dann – falls die Partei das will – meine Person in Aussicht nehmen will“²¹⁶ antwortete.

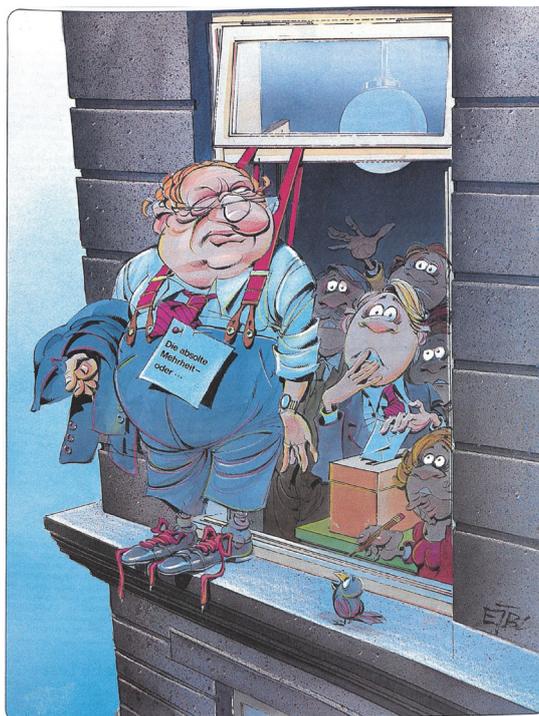


Abb.5: Bei Verlust der „Absoluten“ stand Kreiskys Abgang schon vor der Wahl 1983 im Raum.

²¹⁴ Vgl. Petritsch, Bruno Kreisky, 364.

²¹⁵ Vgl. Kriechbaumer, Robert, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in den Karikaturen von Ironismus (Wien/Köln/Weimar 2008), 63.

²¹⁶ Votzi, Josef, „Will nicht zurück ins Burgenland“. Josef Votzi sprach mit Vizekanzler Fred Sinowatz. In: profil, Jg. 14, Nr. 8 (21. 2. 1983), 14.

Aus Sicht der FPÖ war es in Hinblick auf die Nationalratswahl das primäre Ziel, aus der seit dem Bestehen der Partei praktizierten Isolation auszubrechen und Regierungsbeteiligung zu erlangen. Dass dies ausschließlich in einer Kleinen Koalition mit der SPÖ möglich schien, war evident, was – wie schon in vorhergehenden Kapiteln dieser Arbeit geschildert – nicht nur der Historie, sondern auch den persönlichen Standpunkten und Erfahrungen der Entscheidungsträger geschuldet war. Weitere Argumente der jüngeren Geschichte vor 1983, die auch innerhalb der SPÖ für eine SP-FP-Kooperation sprachen, waren die freiheitliche Rolle im 1980 aufkommenden AKH-Skandal, welcher politisch durch einen von FP-Obmann Steger geleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschuss behandelt wurde, und später die Bestellung von Androsch zum Generaldirektor der Creditanstalt. Norbert Steger sieht sich im Nachhinein in der Rolle als Leiter des AKH-Untersuchungsausschusses als bewusst eingesetzte Instanz, um die Auseinandersetzung zwischen Kanzler Kreisky und Finanzminister Androsch zu „lösen“, konnte aber seiner Ansicht nach den „Erwartungen“ Kreiskys nicht gerecht werden:

„Kreisky hat mich 1980/81 zum Vorsitzenden des AKH-Untersuchungsausschusses gemacht, weil er wollte, dass diese Sache um Androsch besonders scharf und hart beurteilt wird, um ihn de facto loszuwerden. Der Untersuchungsausschuss entwickelte sich dann aber so, wie sich jeder Untersuchungsausschuss entwickelt: Es werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind, da am Schluss die Parteien einen Bericht beschließen müssen, der erst recht wieder auf Kompromissen basiert. Kreisky wollte praktisch, dass ich ihm behilflich dabei bin, Androsch loszuwerden. Das wollte und konnte ich nicht erfüllen, das war parteiinterne Sache der SPÖ. Mit der Zeit hat sich der Unmut Kreiskys mir gegenüber auch gelegt, auch durch die „Gasteiner-Erklärung“, wo ich auch innerhalb der FP klargemacht habe, dass es nur mit Kreisky gehen wird. Die Idee war, dass Kreisky bleibt, gleichzeitig die SPÖ die absolute Mehrheit verliert und wir damit ins Spiel kommen.“²¹⁷

Als Androsch gegen Jahresende 1980 seinen Rücktritt als Finanzminister und Vizekanzler erklärte und darauf in der – gemäß dem Proporz – eigentlich von der ÖVP dominierten Creditanstalt durch die Stimme des freiheitlichen Aufsichtsrates (SPÖ und ÖVP

²¹⁷ Interview Steger, 10.

hielten je dreizehn Sitze, die FPÖ einen und war damit das Zünglein an der Waage) zum Generaldirektor bestellt wurde, war eine weitere Annäherung der FPÖ zur SPÖ – vor allem zum ÖGB und dessen Präsidenten Anton Benya – vollzogen.²¹⁸ Nach Friedhelm Frischenschlager habe sich spätestens durch diesen von der FPÖ gesetzten Akzent die ohnedies schon seit längerer Zeit im Raum stehende Zusammenarbeit zwischen FPÖ und SPÖ endgültig abgezeichnet.²¹⁹

²¹⁸ Vgl. Steininger, *Das Dritte Lager*, 98f.

²¹⁹ Vgl. Interview Frischenschlager, 6.

III. DIE KLEINE KOALITION 1983-87

3.1 Wahlergebnis, Koalitionsverhandlungen und die Regierungsbildung

3.1.1 „Der Abschied von einer Epoche“

Am Wahlsonntag, der auf den 24. April 1983 fiel, zeichnete sich aus Sicht der SPÖ schon bald ab, was die geschilderte Stimmung während des Wahlkampfes und der Vorwahlzeit wahrscheinlich werden ließ. Heinz Fischer fasst die Stunden des Wahltages, an dem Kreisky zu Mittag noch einmal seine Freunde in die Armbrustergasse eingeladen hatte und seine Absicht, beim Verlust der absoluten Mehrheit zurückzutreten, noch einmal bestärkte, zusammen:

„Zwischen 12.00 Uhr mittags und 18.00 Uhr nachmittags hatte sich Österreich – zumindest in unseren Köpfen – verändert. Das, was zunächst zwar wahrscheinlich erschien, aber doch irgendwie unreal – wie oft waren nicht Nationalratswahlen ganz anders ausgegangen als prognostiziert –, war in wenigen Stunden Gewißheit geworden: Die SPÖ wird unter der absoluten Mehrheit bleiben.“²²⁰

Robert Kriechbaumer formuliert die Ereignisse um den Wahltag als wesentliche Zäsur in der Nachkriegsgeschichte Österreichs, der bevorstehende Rücktritt Kreiskys durch den Verlust der absoluten Mehrheit sei *„nicht nur der Abschied von einer die Partei ungewöhnlich lange dominierenden Persönlichkeit, sondern auch von einer Epoche“²²¹* gewesen. Der bevorstehende Rücktritt des Kanzlers, der zwar in Parteikreisen der SPÖ klar kommuniziert und in den Medien und der Öffentlichkeit häufig diskutiert war, schien in Kreisen der FPÖ nicht als beschlossene Sache, erläutert Norbert Steger im Interview:

„Kreisky hat im gesamten Wahlkampf nicht offiziell gesagt, dass er nach der Wahl zurücktritt. Ich habe bis zum Wahlabend wirklich geglaubt, dass es Kreisky noch ein bis zwei Jahre macht, damit sich das festigt.“²²²

²²⁰ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 256.

²²¹ Kriechbaumer, Zeitenwende, 58.

²²² Interview Steger, 9.

Dass der Rücktritt Kreiskys nicht nur bei der FPÖ, sondern auch in der Öffentlichkeit – trotz der von Vizekanzler Sinowatz getroffenen und eigentlich klaren Aussagen in einem „profil“-Interview (vgl. Kap. 2.3.8. d. A.) – nicht als beschlossene Sache galt, veranschaulicht ein Bericht am Titelblatt der Tageszeitung „Die Presse“ am Vortag der Nationalratswahl:

„Ein Kabinett Kreisky-Steger wird allerdings trotz früherer Erklärungen des Bundeskanzlers, er werde keinerlei Koalition führen, für durchaus wahrscheinlich gehalten.“²²³

Die Fortführung der Regierungsgeschäfte wäre für Kreisky – wie im Nachhinein bekannt ist – allerdings wirklich nur dann in Frage gekommen, wenn die absolute Mehrheit erreicht worden wäre. Dass sich die weitere Kanzlerschaft Kreiskys, wie Norbert Steger im zitierten Statement mutmaßt, selbst im Fall des Erreichens der absoluten Mehrheit nicht über die gesamte, bevorstehende Gesetzgebungsperiode erstreckt hätte²²⁴, wurde schon vor dem Wahltag nicht nur in parteiinternen Kreisen immer wahrscheinlicher, sondern blieb auch der Öffentlichkeit – wenn auch nie durch eine Aussage des Kanzlers offiziell bestätigt – aufgrund des Gesundheitszustandes des Kanzlers nicht verborgen. Diese Kenntnis der Öffentlichkeit nannte Kreisky in direkter Korrelation mit seiner schweren Krankheit als einen der wesentlichen Gründe für die bei der Wahl zu verbuchenden Verluste.²²⁵ Dass Kreisky durchaus selbst mit einem Verlust der absoluten Mehrheit, der mit dem Ausmaß von 3,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und fünf Mandaten (90 statt 95) verhältnismäßig gering ausfiel und auch aufgrund der erläuterten Umstände seitens der SPÖ rückblickend nur bedingt als wirkliche Wahlniederlage be-

²²³ Wenn SP absolute Mehrheit verfehlt: Kommt Regierung Kreisky-Steger? In: Die Presse, Jg. 1983, Nr. 10529 (23./24. 4. 1983), 1.

²²⁴ Diese Tatsache war nicht ausschließlich, aber vorwiegend im sich laufend verschlechternden Gesundheitszustandes des Kanzlers begründet, Heinz Fischer erinnert sich in seinem Buch „Die Kreisky-Jahre“: „Er [Anmk. Kreisky] war sich klar darüber, dass dies mit großer Wahrscheinlichkeit der letzte Wahlkampf war, den er zu bestreiten hatte; denn selbst, wenn es gelingen sollte, die absolute Mehrheit zu verteidigen, würde er seine Partei wohl nicht mehr in die übernächsten Wahlen des Jahres 1986 oder 1987 führen.“ – Fischer, Die Kreisky-Jahre, 253.

²²⁵ Vgl. Rathkolb, Oliver, Johannes Kunz, Margit Schmidt (Hg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil (Wien/München 2000), 109.

zeichnet wird²²⁶, gerechnet hat, zeigt die in seinen Memoiren festgehaltene, nachträgliche Analyse des Wahlergebnisses:

„Die Nationalratswahlen von 1983 brachten 3,5% Verluste, aber es gab so viele Erklärungen dafür, daß sie – wie ich gerne sage – einen 10%igen Verlust hätten rechtfertigen können.“²²⁷

Für die FPÖ und Norbert Steger, war, trotz vorhergehender Prognosen, die durchwegs FP-Stimmenverluste prognostizierten, der Wahltag selbst eine „Hochschaubahn“ der Gefühle:

„Während des Wahltags hat sich zuerst abgezeichnet, dass wir verlieren. So bin ich schon gesessen und habe meine Rücktrittserklärung geschrieben, weil es zuerst geheißen hat, dass wir auf Bundesebene ein Mandat verlieren und am selben Tag auch in Wien aus dem Gemeinderat fliegen. Dann sah ich im Fernsehen später, dass wir sowohl im Bund ein Mandat dazugewonnen haben als auch in Wien in den Gemeinderat eingezogen sind, der Rücktritt war so natürlich obsolet.“²²⁸

Tatsächlich konnte die FPÖ trotz Stimmenverluste von 1,1 Prozentpunkten ein Mandat dazugewinnen, was durch die in der Wahlrechtsreform veränderte Wahlarithmetik möglich wurde. Friedhelm Frischenschlager kommentiert diesen Mandatsgewinn als „Riesenglück“ und meint, dass dadurch „[...] jene Wahlrechtsbenachteiligungen, die die FPÖ in den Jahrzehnten davor ertragen musste, 1983 positiv „abgegolten“ wurden.“²²⁹ Die ÖVP feierte sich gleichzeitig als Wahlsieger: Erstmals konnte man, seit dem Triumph von Josef Klaus im Jahr 1956, bei einer Nationalratswahl wieder einen Zugewinn an Stimmen (+1,3%) und Mandaten (+4) verbuchen. Alois Mock, bei der letzten Regierungsbeteiligung der ÖVP bis ins Jahr 1970 Unterrichtsminister, ließ sich auf dem Balkon des Palais Tedesco feiern,²³⁰ während sich Kreisky und Steger beim Warten auf den

²²⁶ So etwa konstatiert Franz Vranitzky in seinen „Politischen Erinnerungen“, dass in den Folgejahren SP-Funktionäre „froh gewesen wären, das damals als Niederlage empfundene Ergebnis zu erreichen.“ – Vranitzky, Politische Erinnerungen, 85.

²²⁷ Rathkolb [u.a.], Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt, 108.

²²⁸ Interview Steger, 9.

²²⁹ Interview Frischenschlager, 6.

²³⁰ Kriechbaumer, Zeitenwende, 58.

ÖVP-Spitzenkandidaten für den TV-Auftritt schon konkret über die Umsetzung einer Zusammenarbeit unterhielten. Steger erinnert sich:

„Während Mock sich und die ÖVP als Wahlsieger gefeiert hat, bin ich in der Hofburg mit Kreisky alleine gesessen. Ich war mit ihm zu diesem Zeitpunkt bereits in einem guten Verhältnis, nicht freundschaftlich, aber auf politischer Ebene doch. Kreisky hat mir in diesem Gespräch, nach mehrfacher Nachfrage, versichert, dass er zurücktreten werde, weil es ihm schon alleine aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich ist, dieses Amt weiterzuführen. Er meinte aber gleichzeitig, dass er versuchen werde, bei Bundespräsident Kirchschläger etwas zu erreichen, was es zuvor noch nicht gegeben hatte. Nämlich, dass er als Parteichef und nicht jener, der von der SPÖ schon als Kanzlerkandidat nominiert ist, nämlich Sinowatz, den Auftrag für Sondierungsgespräche bekommt. Zu diesem Zeitpunkt war eigentlich ausgemacht, dass es zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit kommen wird, die Gespräche sind schon sehr weit ins Detail gegangen.“²³¹

Tatsächlich ging alles sehr schnell, schon am Tag nach der Wahl trat die SPÖ zusammen, um nach dem Kreisky-Rücktritt den Burgenländer Fred Sinowatz zum Kanzlerkandidaten zu designieren und das SP-Komitee für die Koalitionsverhandlungen, welches von Kreisky, Sinowatz, Fischer und Czettel gebildet wurde, zu nominieren. Auch die FPÖ beschloss am 26. April, zwei Tage nach der Wahl, Koalitionsgespräche mit der SPÖ und auch mit der ÖVP (um der Öffentlichkeit, aber auch der SPÖ nicht eine bereits getroffene Entscheidung zu signalisieren) aufzunehmen.²³²



Abb.6: Sowohl Kreiskys Nachfolge als auch die Koalitionsalternative waren schon vor der Wahl aufbereitet.

²³¹ Interview Steger, 9.

²³² Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 65.

3.1.2 Koalitionsverhandlungen „light“ und die besiegelte SP-FP-Kooperation

Schon vor Aufnahme der Koalitionsverhandlungen schien eine Neuauflage der Großen Koalition beinahe ausgeschlossen. Nicht nur die Aussage Stegers, dass bereits am Abend ausgemacht gewesen sei²³³, dass es zu einer Zusammenarbeit zwischen SP und FP kommen wird, auch Medienberichte aus den Tagen unmittelbar nach der Wahl zeigen dies relativ deutlich:

„Die Presse“ schrieb am 26. April 1983:

„Man nimmt auch kaum an, daß von sozialistischer Seite die Gespräche mit der ÖVP in der redlichen Absicht geführt werden, zu einer Einigung zu gelangen. So soll in der gestrigen Präsidiumssitzung, die dem SP-Vorstand voranging, weitgehende Übereinstimmung in der Koalitionsabsicht geherrscht haben: Die FPÖ ist erste Wahl der Sozialisten für eine von Sinowatz geführte Regierung.“²³⁴

„Die Neue Kronenzeitung“ leitete am selben Tag ein Interview mit Bruno Kreisky mit folgenden Worten ein:

„SPÖ verhandelt mit ÖVP und FPÖ. Der Zug in Richtung rot-blaue Koalition ist aber schon abgefahren. Kreisky fädelt sie ein.“²³⁵

Auch das Nachrichtenmagazin „profil“ stellt in der Ausgabe vom 2. Mai 1983 klar:

„Hinter der Nebelwand von Verhandlungen und Absichtserklärungen der drei Parlamentsparteien ist alles gelaufen: Die rot-blaue Koalition kommt.“²³⁶

Die Gründe für das erwartbare und äußerst rasche Zustandekommen der rotblauen Koalition waren vielschichtig und ergaben sich unter anderem auch aus der Historie parteipolitischer Entwicklungen seit Beginn der Zweiten Republik: Es waren die persönliche, auch biographisch bedingte Grundhaltung Bruno Kreiskys zur Volkspartei und gleich-

²³³ Vgl. Interview Steger, 9.

²³⁴ SP designiert Sinowatz. Kreisky bis Herbst Parteichef. In: Die Presse, Jg. 1983, Nr. 10531 (26. 4. 1983), 1.

²³⁵ Gnam, Peter, Kreisky: Schlage Sinowatz als Koalitionskanzler vor!. In: Neue Kronen Zeitung (Ausgabe Oberösterreich), Jg. 1983, Nr. 8228 (26. 4. 1983), 2-3.

²³⁶ Regierungsverhandlungen: Ministerien und Mysterienspiel. In: profil, Jg. 14, Nr. 18 (2. 5. 1983), 16.

zeitig die gute Beziehung desselben mit dem langjährigen FP-Obmann Friedrich Peter, der als Klubobmann weiterhin auf die Ausrichtung der Freiheitlichen Partei und die Führungsriege um Norbert Steger entsprechenden Einfluss nahm, sowie funktionierende Kooperationen zwischen den Freiheitlichen und der SPÖ in der jüngeren (Bestellung von Hannes Androsch zum CA-Generaldirektor), der mittelfristigen (Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre, Unterstützung der Minderheitsregierung Kreisky, Wahlrechtsreform, Olah-Affäre, Habsburg-Krise etc.) und der länger zurückliegenden Vergangenheit (VdU-Gründung), welchen misslungene FP-VP-Kooperationen (Annäherungen Götz-Taus, VP-Absage an eine schwarzblaue Koalition 1970, gemeinsamer Präsidentschaftskandidat Denk usw.) gegenüberstanden. Während sich also zwischen den beiden Großparteien nach dem Ende der Großen Koalition 1966 quasi eine, durch die persönliche Einstellung Kreiskys zur VP sicherlich potenzierte und 1983 weiterhin aufrecht erscheinende, politische „Eiszeit“ ergab²³⁷, verstanden es die SPÖ und vor allem Bruno Kreisky in dieser Periode, die FPÖ im Falle des Nichterreichens einer absoluten Mehrheit schon im Vorfeld der Nationalratswahl als paktreuen Partner für sich zu gewinnen. Gleichzeitig wurde mit dem Übergang von Alexander Götz zu Norbert Steger in der FPÖ ein sich schon einige Zeit ankündigender und von Langzeit-Obmann Friedrich Peter durchaus unterstützter Wandel vollzogen, der die sozialliberalen Ansätze, die im Attersee-Kreis ihren Ursprung fanden und nun an der Spitze der Freiheitlichen Partei angekommen waren²³⁸, forcierte und so eine Kooperation mit der SPÖ erleichterte. Dass diese „Transformation“ der FPÖ zu einer (sozial-)liberalen Partei, was Funktionäre der SPÖ fast unisono als einen wesentlichen Parameter für das Zustandekommen der damaligen Zusammenarbeit nennen²³⁹, schließlich nicht erfolgreich war, sollte zu einer wesentlichen Hypothek der Koalition (vgl. Kap. 3.2.5 d. A.) werden und schließlich, neben weiteren, zu erläuternden, Umständen, auch maßgeblich zum vorzeitigen Ende ebendieser im Jahr 1986 beitragen.

²³⁷ Vgl. auch Interview Lacina, 6.

²³⁸ Vgl. Interview Frischenschlager, 5.

²³⁹ Sowohl der spätere Kanzler Fred Sinowatz (Vgl. Sinowatz, Fred, Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik. In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 1, Wien/Köln/Weimar 1998), 112.) als auch Minister der SP-FP-Koalition Heinz Fischer (Vgl. Fischer, Die Kreisky-Jahre, 256.) und Franz Vranitzky (Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 87.) nannten diesen Wandel der FPÖ zu einer liberalen Partei als ein wesentliches Argument innerhalb der SPÖ, für eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen zu votieren.

3.1.3 Die Regierungsmannschaft und Entscheidungsträger

3.1.3.1 Kaum SP-Zugeständnisse an die FPÖ

In den Verhandlungen um die Aufstellung der Regierungsmannschaft und die damit verbundene Ministerienverteilung war die SPÖ „*lediglich bereit, einen möglichst geringen Preis für die Kleine Koalition zu zahlen*“²⁴⁰ und so stand man der FPÖ Minister in den Ressorts Handel, Justiz sowie das Verteidigungsministerium, an dessen Stelle FP-Parteibmann zuvor ein Kulturministerium gefordert hatte, sich aber mit dieser Forderung nicht durchsetzen konnte, zu. Dass Steger, zusätzlich zu seiner Funktion als Vizekanzler, nicht nur das große Handelsressort zu übernehmen hatte, sondern, dass ihm seitens der SPÖ auch nicht die Möglichkeit zugestanden wurde, durch die Bildung eines Kulturministeriums in einem Gebiet als Minister zu arbeiten, wo er verankert gewesen wäre, bezeichnet er heute als eine der wesentlichen Hypotheken für den positiven Start der gemeinsamen Zusammenarbeit.²⁴¹ Stattdessen sei er als neuer Handelsminister „*[...] in ein Feld gekommen, wo lauter schwarze Tretmienen für mich ausgelegt waren*.“²⁴² Dass schon aus der Verteilung der Ministerien eine Richtungsentscheidung hinsichtlich der Akzeptanz und dem Gewicht der FPÖ in der Koalition ableitbar war, zeigt auch die Aussage von Ferdinand Lacina beziehend auf den innenpolitischen Einfluss der FPÖ während der Koalition:

*„[...] Ansonsten hat die FPÖ keine allzu große Rolle gespielt, auch von den Ressorts her. Das Handelsministerium, heutige Wirtschaftsministerium, oder das Justizministerium haben ja nicht unbedingt die große Kompetenz, in die Innenpolitik wesentlich einzugreifen.“*²⁴³

Schließlich wurden Norbert Steger als Vizekanzler und Handelsminister, Friedhelm Frischenschlager, der schon bald als zukünftiger Minister feststand, als Verteidigungsminister und Harald Ofner als Justizminister angelobt. Die drei Staatssekretäre auf Seiten der FPÖ wurden Mario Ferrari-Brunnenfeld (Umwelt und Gesundheit), Holger Bauer (Finanzen) und Gerulf Murer (Landwirtschaft).²⁴⁴ Neben Bundeskanzler Fred Sinowatz gehörten bei der Angelobung durch Bundespräsident Rudolf Kirchschläger fol-

²⁴⁰ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 68.

²⁴¹ Vgl. Interview Steger, 10.

²⁴² ebenda

²⁴³ Interview Lacina, 6f.

²⁴⁴ Vgl. Pelinka, *Die kleine Koalition*, 30.

gende SP-Minister der Regierungsmannschaft an: Erwin Lanc (Außenminister), Alfred Dallinger (Sozialminister), Kurt Steyrer (Gesundheit und Umwelt), Karl Blecha (Innere), Günter Haiden (Landwirtschaft), Karl Lausecker (Verkehr und öffentliche Wirtschaft), Elfriede Karl (Familie und Jugend), Helmut Zilk (Unterricht und Kunst), Karl Sekanina (Bauten und Technik) und Heinz Fischer (Wissenschaft und Forschung). Außerdem wurden seitens der SPÖ Johanna Dohnal, Ferdinand Lacina, Franz Löschnak, Erich Schmidt und Beatrix Eypeltauer als Staatssekretärinnen und –sekretäre ange-
lobt.²⁴⁵

3.1.3.2 1983: „Der Fall Peter“ im öffentlich-politischen „Nachspiel“

Mit Friedrich Peter sollte einer der FP-Wegbereiter der Kleinen Koalition eines der höchsten Ämter im Staat einnehmen. Peter, dessen NS-Vergangenheit vor allem 1975 durch die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre zum Thema der allgemeinen Öffentlichkeit und in dieser Arbeit (vgl. Kap. 1.2.2 sowie Kap. 2.3.1.3 d. A.) bereits behandelt wurde, sollte im Sinne des ausgehandelten Koalitionspaktes zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt werden. Bald nach Bekanntwerden des Plans, der nicht nur von der FPÖ verfolgt, sondern auch von „Regierungs-Baumeister“ und Peter-Verteidiger in der Wiesenthal-Affäre Bruno Kreisky unterstützt wurde, eröffnete sich – medial vorwiegend durch Recherchen und Artikel des Magazins „profil“ gestärkt – ein öffentlicher Widerstand gegen die Wahl Peters zum Dritten Nationalratspräsidenten. Zur geplanten Bestellung Peters titelte „profil“ am 9. Mai 1983 mit den Worten „*Sein Endsieg*“ und führte unter anderem die Kooperationen von SPÖ und FPÖ seit 1963 und die Affäre um die Olah-Million und die später immer wiederkehrende Partnerschaft von Peter und Kreisky als Vorbereitung auf die nun zustande kommende SP-FP-Regierung an.²⁴⁶ Nur eine Woche später wird Journalist Robert Buchacher in der Folgeausgabe des „profil“ unter Verweis auf die in den Siebzigerjahren eingestellten Verfahren wegen NS-Verbrechen noch deutlicher:

„Auf politischer Ebene geht es auch gar nicht um persönliche Schuld, sondern um einen letzten Funken von Anstand gegenüber den Opfern der Nazi-Diktatur. Und es geht auch um die Frage, ob ein Nationalratspräsident Friedrich Peter

²⁴⁵ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 70f.

²⁴⁶ Vgl. *Sein Endsieg*. In: *profil*, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 20.

*bei Parlamentarierbesuchen in Holland oder diplomatischen Anlässen in Österreich wieder ausgeladen werden soll, wie es schon passiert ist.*²⁴⁷

Auch, wenn es innerhalb der SPÖ Widerstände gegen die Person Friedrich Peter gab, so wurden diese von führenden SP-Funktionären – zumindest zu Beginn der öffentlichen Diskussion – nicht nach außen getragen.²⁴⁸ Heinz Fischer, Klubobmann der SPÖ, wurde zitiert:

*„Warum kann jemand, der so lange Parteiobmann, dann Klubobmann war, der vom Bundespräsidenten ausgezeichnet wurde, nicht auch 3. Nationalratspräsident werden?“*²⁴⁹

Heinz Fischer war es auch, dem Friedrich Peter, vor der Information an die Öffentlichkeit am 17. Mai, seinen Verzicht auf seine Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten zuerst mitgeteilt hat.²⁵⁰ Dass er dies mit seinem Parteiobmann Norbert Steger nicht vorher abgesprochen hatte und dieser hinsichtlich Personalrochaden parteiintern nicht mehr reagieren konnte, bezeichnet Dieter Grillmayer als möglichen Einflussfaktor auf dessen späteren Sturz 1986.²⁵¹ Als Heinz Fischer jedenfalls Bruno Kreisky, der im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen die Bestellung Peters aufgrund des Engagements für dessen Person selbst auch erneut in die mediale Kritik geraten war²⁵², über den freiwilligen Verzicht informierte, reagierte dieser *„teilweise erleichtert und teilweise verärgert.“*²⁵³ Anstatt Friedrich Peter, der Klubobmann blieb und dadurch die von Steger geplante Personalrochade – Jörg Haider sollte Klubobmann und Norbert Gugerbauer

²⁴⁷ Buchacher, Robert, Klima der Pardonierung. In: profil, Jg. 14, Nr. 20 (16. 5. 1983), 19.

²⁴⁸ Vgl. Sein Endsieg. In: profil, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 21, vgl. auch bei Kriechbaumer, Zeitenwende, 68.

²⁴⁹ Sein Endsieg. In: profil, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 21.

²⁵⁰ Vgl. Fischer, Die Kreisky-Jahre, 265.

²⁵¹ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 177.

²⁵² Robert Buchacher führte in besagtem Artikel im „profil“ unter Bezugnahme auf die NSDAP-Mitglieder in den Kabinetten Kreiskys an: *„Fest steht jedenfalls, dass Bruno Kreisky seinen Mantel des Vergessens und Verzeihens auch und besonders nach jener Seite ausgebreitet hat.“* (Buchacher, Robert, Klima der Pardonierung, 19.). Ingrid Böhler ortet in ihrer Analyse hinsichtlich der gesamten Affäre um Friedrich Peter Erklärungen für das Engagement Bruno Kreiskys in mehrerlei Hinsicht, nämlich einerseits *„in den Gegebenheiten der österreichischen Innenpolitik und im politischen Kalkül des Bundeskanzlers [...]“* als auch andererseits in der bereits erwähnten *„[...] Biographie Bruno Kreiskys und seinem persönlichen Temperament.“* (Böhler, Ingrid, Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, 526.).

²⁵³ Fischer, Die Kreisky-Jahre, 265.

Staatssekretär werden – verhinderte²⁵⁴, wurde der FP-Mandatar Gerulf Stix zum Dritten Nationalratspräsidenten gewählt.

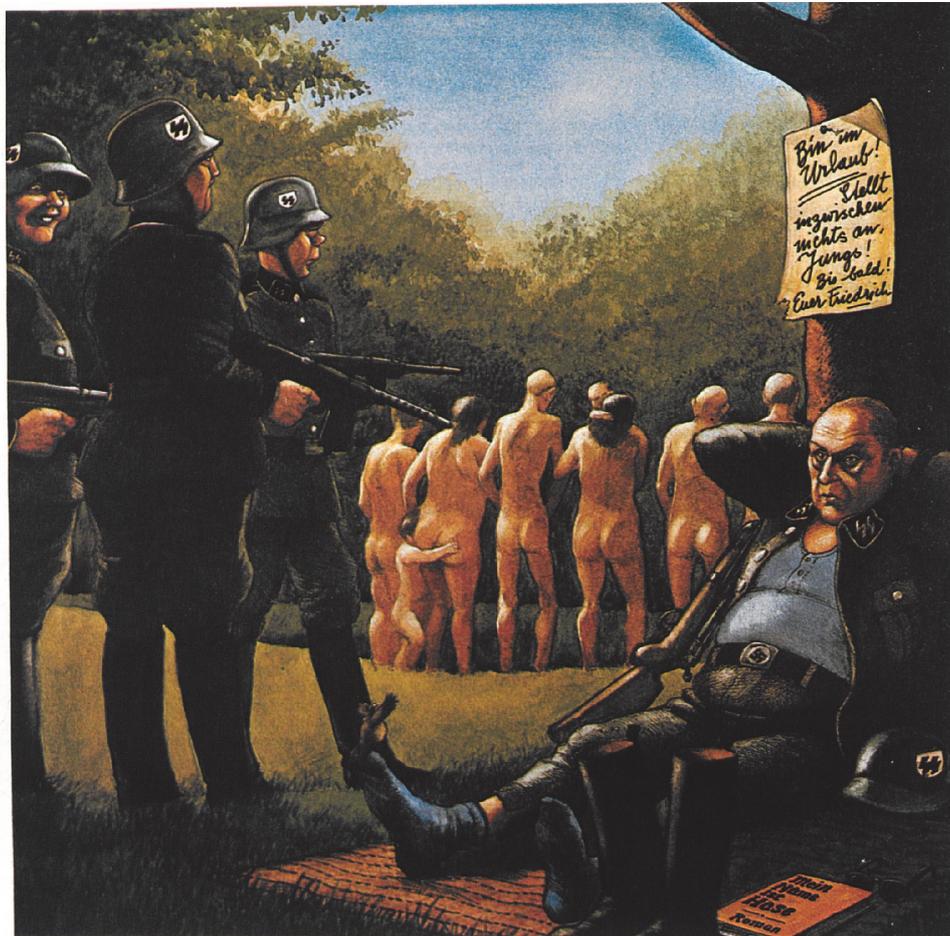


Abb.7: Die „Causa Peter“ wurde im Rahmen der Regierungsbildung neu aufgerollt

3.2 Hypotheken für eine erfolgreiche Regierungsarbeit

Am 24. Mai 1983 war das Zustandekommen der Kleinen Koalition amtlich: Bundespräsident Rudolf Kirchschläger gelobte die Regierungsmannschaft um Bundeskanzler Fred Sinowatz und Vizekanzler Norbert Steger an und eine Woche später, am 31. Mai 1983, gab Sinowatz bei der konstituierenden Sitzung des Nationalrats die Erklärung einer Bundesregierung ab, die, seinen Worten zufolge, „nicht gegen jemanden gerichtet“, „eine neue politische Konstellation in Österreich“ und die Einleitung „eines politischen Generationenwechsels“ sein sollte.²⁵⁵ Gleichzeitig bedeutete die Kooperation von SPÖ und FPÖ eine Zäsur für beide Parteien: Während die SPÖ erstmals seit 1970 wieder

²⁵⁴ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 206.

²⁵⁵ Stenographisches Protokoll vom 31.5.1983, 4.

eine Regierungskoalition mit einer anderen Partei einging und damit nicht die alleinige Entscheidungsgewalt innehatte, war es für die Freiheitlichen überhaupt die erste Beteiligung an einer Bundesregierung seit ihres Bestehens. Von der Angelobung der SPÖ-FPÖ-Koalition waren es exakt 1211 Tage bis zum 15. September 1986, jenem Tag, an dem der dem bereits im Juni 1986 zurückgetretenen Fred Sinowatz als Bundeskanzler nachgefolgte SP-Obmann Franz Vranitzky die Zusammenarbeit mit der FPÖ wieder beendete und den Weg für Neuwahlen bereitete. 1211 Tage einer Zusammenarbeit, die von Affären, Streitigkeiten und Auseinandersetzungen – innerhalb, aber vor allem auch außerhalb der eigentlichen Regierungsarbeit – gekennzeichnet war und deren letztendliches „Scheitern“ – so wird zumindest das vorzeitige Ende einer Bundesregierung weitläufig bezeichnet, auch, wenn die handelnden politischen Akteure diesen Begriff negieren – auf unterschiedliche Gemengelagen zurückzuführen war, die – den Aussagen der handelnden politischen Akteure zufolge – schon mit dem Tag der Ernennung der Bundesregierung eine wesentliche Hypothek für das Funktionieren einer gemeinsamen Zusammenarbeit darstellten.

3.2.1 Kooperation der Wahlverlierer

Nach der Nationalratswahl war – trotz des Zustandekommens der SP-FP-Koalition – ein Faktum nicht zu leugnen: Die beiden Parteien, die die neue Regierung bildeten, hatten an Stimmen verloren, während die Oppositionspartei ÖVP Gewinne verbuchen konnte. In sämtlichen Interviews mit den an der Bundesregierung beteiligten Akteuren Steger, Frischenschlager, Lacina und Vranitzky wurde die Frage nach den Hypotheken, welche schon zu Beginn der Arbeit auf den Schultern der Regierung lasteten, gestellt. Nur Norbert Steger erwähnte das Argument der „Kooperation der Wahlverlierer“ als konkrete Belastung für die Regierung:

„Die erste Hypothek war die Kombination Sinowatz-Steger. Zweitens war es eine Koalition der Wahlverlierer, beide Parteien hatten bei der Wahl 1983 Stimmen verloren. Dritte Hypothek war, dass die Ära der SPÖ abgewählt war.“²⁵⁶

Während das von Steger angeführte Faktum, dass beide Regierungsparteien an absoluten Stimmen verloren hätten, als korrekt eingestuft werden kann und durchaus das in die

²⁵⁶ Interview Steger, 10.

Öffentlichkeit transportierte Bild einer Kooperation der Wahlverlierer vermitteln und dadurch eine negative Grundhaltung gegenüber der neuen Regierung implizieren kann, kann Stegers Aussage, dass die SPÖ im Allgemeinen abgewählt war, nicht wirklich verifiziert und als Grund einer negativen Grundstimmung der allgemeinen Öffentlichkeit gegenüber der neu angetretenen Regierung und damit als Hypothek für diese geltend gemacht werden. Denn weder wöchentliche Meinungsumfragen in den Wochen vor der Wahl²⁵⁷ noch die in dieser Arbeit bereits zitierten Medienberichte vor dem Wahlsonntag (vgl. Kap. 2.3.8, 3.1.1 sowie 3.1.2 d. A.) prognostizierten so starke SP-Verluste, dass nicht nur die absolute, sondern auch die einfache Mehrheit der SPÖ verloren gehen könnte. Und weil es eben zu diesem Zeitpunkt gängige Praxis in der Zweiten Republik war, dass die stimmenstärkste Partei auch den Bundeskanzler stellt und damit die neue Regierung anführt, stand eine weitere Regierungsbeteiligung der SPÖ nicht zur Diskussion und wurde auch an den Tagen nach der Wahl in der medialen Öffentlichkeit eigentlich nicht wirklich in Frage gestellt. Dies bestärken auch die Analysen von Anton Pelinka, Verhandlungen mit der ÖVP seien „[...] von Seiten der SPÖ und der FPÖ, auch in der Wahrnehmung der ÖVP, kaum echte Verhandlungen“²⁵⁸ gewesen, sowie von Peter Michael Lingens im „profil“, der den Verhandlungen, die FP-Obmann Steger nur zum Schein geführt habe, zwischen ÖVP und FPÖ lediglich symbolischen Charakter zuordnete.²⁵⁹

Während das Argument der Zusammenarbeit der Wahlverlierer als Hypothek für die Regierungsarbeit von den anderen interviewten Akteuren gar nicht angeführt wird und diese wesentliche Belastungen für die Kleine Koalition in anderen Bereichen orten, bleibt auch in der Forschungsliteratur, insbesondere in den beiden Werken von Anton Pelinka und Robert Kriechbaumer, dieser Befund weitgehend ausgespart. Kriechbaumer erwähnt die Wahlverluste als Voraussetzung nur am Rande und zwar im Zusammenhang mit der FPÖ:

²⁵⁷ Untersucht wurden die Meinungsumfragen zum Wahlausgang im „profil“, die in den Ausgaben vor der Wahl wöchentlich veröffentlicht wurden.

²⁵⁸ Pelinka, Die kleine Koalition, 27

²⁵⁹ Vgl. Lingens, Peter-Michael, Kreiskys Vermächtnis. In: profil, Jg. 14, Nr. 18 (2. 5. 1983), 11.

„Wenngleich Norbert Steger die FPÖ in die Kleine Koalition führte, so hatte er doch bei der Nationalratswahl ein Sechstel der Stimmen verloren und nur aufgrund der Wahlarithmetik ein Mandat gewonnen.“²⁶⁰

Dieses Argument führt Kriechbaumer allerdings nicht als direkt auf die Regierungsarbeit Einfluss nehmende Hypothek an, sondern ortet im Wahlausgang unter anderem Ursachen für die Unruhen innerhalb der FPÖ während der Koalition, welche wiederum zu Hürden in der Zusammenarbeit und schließlich 1986 zum Ende der Regierungsarbeit geführt haben sollen.

3.2.2 *Post-Kreisky-Ära*

Das am häufigsten angeführte Argument, welches auch in der ausgewählten Forschungsliteratur und den geführten Akteurinterviews wesentlichen Eingang findet, wenn es um die Frage nach den unvorteilhaften Startvoraussetzungen für die Regierung Sinowatz-Steger geht, ist die Aufgabe, der – nicht nur für die Sozialdemokratie, sondern auch aus Sicht der Bevölkerung – lange Zeit erfolgreichen Regierungsarbeit von Kanzler Bruno Kreisky, dessen politische Erfolge mit der SPÖ in den österreichischen Rahmenbedingungen ähnlichen europäischen Ländern bis dahin unerreicht blieben²⁶¹, nachzufolgen.

Die Hürden der Nachfolge Kreiskys waren in dreierlei Hinsicht gegeben: Erstens hatte das Kabinett aufgrund der budgetären Situation schnellstmöglich eine Kurskorrektur hinsichtlich der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausrichtung Österreichs vorzunehmen, um die explodierende Ausgabenquote des Staates zurückzuschrauben, was sich wiederum auf die Leistungen und Forderungen des Staates gegenüber der Bevölkerung auswirkte²⁶², zweitens war Kanzler-Nachfolger Sinowatz dem ständigen Vergleich mit dem „Sonnenkönigs“ Kreisky ausgesetzt und trat so in Fußstapfen, die nicht erfüllbar waren²⁶³, und drittens hatte die SPÖ nach dreizehnjähriger Regierung ohne Koalitionspartner eine interne Transformation und Neuorientierung hin zu einer partnerschaftli-

²⁶⁰ Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 77.

²⁶¹ Vgl. Feymann, Walter, *Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien*. Fred Sinowatz (Eisenstadt 1999), 222.

²⁶² Vgl. Weissensteiner, Friedrich, *Die Ära Sinowatz*. In: Friedrich Weissensteiner, Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Ergänzungsheft (Die Österreichischen Bundeskanzler 2, Wien 1987)*, 4.

²⁶³ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 76.

chen Zusammenarbeit mit einem Koalitionspartner zu vollziehen.²⁶⁴ Den eigenen Parteifunktionären die Notwendigkeit eines geänderten Kurses und die nach dreizehn Jahren der Alleinregierung nun geänderten Rahmenbedingungen des Regierens zu vermitteln, war also jene schwierige Aufgabe, die Kanzler Fred Sinowatz zu bewältigen hatte.²⁶⁵ Friedhelm Frischenschlager sieht im Ende der Ära Kreisky eine wesentliche Hypothek für die Regierung:

„Die Zeiten des Sonnenkönigs Kreisky, zu diesem Zeitpunkt auch schon gesundheitlich angeschlagen, waren vorbei. Das war eine Hypothek, mit der die SP-FP-Koalition in die Arbeit startete. [...] Nach der Wahl herrschte eine gewisse SP-Depression wegen des Abganges von Kreisky, des Verlustes der absoluten Mehrheit und damit der Alleinregierung. Auch deshalb war die SPÖ nur beschränkt bereit, die FPÖ als Partner zumindest leben zu lassen.“²⁶⁶

Frischenschlager nennt also die Schwierigkeit innerhalb der SPÖ, mit der geänderten politischen Situation umzugehen, erwähnt aber nicht das „wirtschaftliche Erbe“ der Ära Kreisky, in welcher Österreich die weltwirtschaftliche Rezession besser meisterte als viele andere Länder, nun aber zu erheblichen Einsparungen gezwungen war, um das Budgetdefizit langfristig zu verringern und die Staatsverschuldung zu bremsen. Erhard Busek, zum Zeitpunkt der rot-blauen Koalition Wiener ÖVP-Obmann und damit Mitglied der Oppositionspartei und nicht der Regierung, sieht in der Bürde, welche die Phase nach Bundeskanzler Kreisky mit sich brachte, gar die größte Hypothek, die die Regierung Sinowatz zu bewältigen hatte:

„Die größte Hypothek der SPÖ war eigentlich die Post-Kreisky-Phase. Kreisky war weg, der bis dahin die Strategie quasi im Solo bestimmt hat. Sinowatz war ein eher kompromissorientierter Typ, der auch keine wie auch immer geartete Nähe zur FPÖ hatte.“

Es waren nach Busek auch die persönlichen Voraussetzungen des SP-Obmanns Sinowatz, die nicht dieselben waren wie beim scheidenden Parteichef Kreisky. In der SPÖ wurde ein Transformationsprozess vollzogen, der nicht nahtlos an die erfolgreichen Jahre der Alleinregierung anschloss.

²⁶⁴ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 40 sowie vgl. auch Interview Vranitzky, 5.

²⁶⁵ Kriechbaumer, Zeitenwende, 74.

²⁶⁶ Interview Frischenschlager, 6.

3.2.3 Die FPÖ – ein ernstgenommener Partner?



Abb.8: Die FPÖ konnte sich in der Rolle als „Juniorpartner“ nur schwer als echte Kraft etablieren

Schon das Regierungsprogramm des neuen Kabinetts widersprach wesentlichen Wahlversprechen der FPÖ und der von Obmann Steger betriebenen liberalen Politik: Etwa in der Frage der Zinsertragssteuer, die Steger im Wahlkampf rigoros ablehnte, musste die FP schon zu Beginn der Regierungsarbeit dem Regierungspartner klein begeben. Gleichzeitig sah man innerhalb der SPÖ durch die Kleine Koalition die Fortführung der sozialistischen Politik, wie sie unter Kanzler Kreisky betrieben worden war. Der Politikwissenschaftler Anton Pelinka sieht den Politiker Sinowatz von der „Ära Kreisky“ insofern beeinflusst, „[...] als für ihn die sozialdemokratische Hegemonie ebenfalls weitgehend selbstverständlich geworden war.“²⁶⁷ Die Kleine Koalition erachtete Sinowatz nach Pelinka als die Chance, „das Maximum dieser Hegemonie auch für die Zeit nach dem Verlust der absoluten Parlamentsmehrheit zu retten.“²⁶⁸ Auch Robert Kriechbaumer bekräftigt in seiner Analyse die Aussage des FP-Ministers Frischenschlager, die SPÖ wäre in der Koalition nur beschränkt bereit gewesen, die FPÖ als Partner zumindest leben zu lassen²⁶⁹:

²⁶⁷ Pelinka, Die kleine Koalition, 21.

²⁶⁸ ebenda

²⁶⁹ Vgl. Interview Frischenschlager, 6.

„Das Verhalten der SPÖ, die nicht müde wurde, ihrer eigenen Klientel die Politik der Kleinen Koalition als Fortführung sozialistischer Politik zu erklären und dem kleinen Koalitionspartner kaum Raum zur Eigenprofilierung ließ, war nicht nur Wasser auf die Mühlen der ÖVP, die Steger als „Umfaller“ und die Koalitionsregierung als „sozialistische Koalitionsregierung“ bezeichnete, sondern auch der innerparteilichen Kritiker der Koalition mit der SPÖ, die sich zudem auf die teilweise wütenden Reaktionen der Basis berufen konnten.“²⁷⁰

Diese Einstellung der SPÖ und die innerparteilichen Animositäten zum neuen Koalitionspartner bestätigt auch der spätere Finanzminister und Bundeskanzler Franz Vranitzky im Interview:

„Man war in der SPÖ nur höchst marginal dazu bereit, die FPÖ als Partner anzuerkennen. Viele Funktionäre in der SPÖ haben immer noch, unausgesprochen, aber doch, in der Einstellung der absoluten Mehrheit weitergelebt. Auch ich habe dann oft parteiintern auf den Koalitionspartner hingewiesen, aber es war irgendwie ein schwieriger Prozess zur Kenntnis zu nehmen, dass man keine absolute Mehrheit mehr hat. Außerdem herrschte weitgehend das Gefühl vor, sich mit der FPÖ nichts ausmachen zu können.“²⁷¹

Ferdinand Lacina, Vranitzkys Nachfolger als Finanzminister und zuvor unter Sinowatz Minister für Verkehr und die verstaatlichte Industrie, bestätigt die Einstellung der SPÖ zur FPÖ ebenfalls und nennt sie auch als wesentliche Hypothek der gemeinsamen Regierungsarbeit, sieht dies unter anderem aber auch in den aus seiner Sicht fehlenden Prinzipien und inhaltlichen Forderungen der Freiheitlichen Partei begründet²⁷²:

„Wenn ich so eine Koalition eingehe, und zwar nicht nur als Juniorpartner, sondern als „Zwergel“, dann muss ich doch versuchen, zumindest ein paar Dinge und eigene Forderungen umzusetzen. Ich habe das Problem gehabt, dass ich einen guten Teil der Wortmeldungen und Forderungen von den Regie-

²⁷⁰ Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 215.

²⁷¹ Interview Vranitzky, 5.

²⁷² Vgl. Interview Lacina, 7.

*rungsmitgliedern der FPÖ, insbesondere von Steger, als unernst empfunden habe.*²⁷³

Diese inhaltliche Linie, die Lacina in der Steger-FPÖ vermisste, war deshalb für den FP-Obmann so schwierig in der Politik der Freiheitlichen zu verankern, weil sich gleichzeitig mit der Angelobung der Regierungsmannschaft „mit Jörg Haider als *personalisiertes Gegenkonzept zu den Bemühungen Stegers*“²⁷⁴ entwickelte und so innerparteiliche Kurs- und Richtungsauseinandersetzungen an der Tagesordnung standen, auf die folglich noch eingegangen werden soll (vgl. Kap. 3.2.5 d. A.).

3.2.4 FPÖ-Neuland Regierung: Medien, personelle Ressourcen und Verankerung

Gerade die Unterstützung des Regierungspartners hätte die FPÖ dringend gebraucht, hatte man doch erstmals in der Zweiten Republik Regierungsämter inne und so die von Parteiobmann Steger nominierten Minister und Staatssekretäre demzufolge auch keine Regierungserfahrung vorzuweisen. Dieser „Background“ eröffnete für die Freiheitlichen in mehrerlei Hinsicht Schwierigkeiten: Einerseits war die Medienpräsenz der FPÖ vor dem Eintritt in die Regierung nicht vergleichbar mit jener der beiden Großparteien, was es wiederum schwierig machte, deren Forderungen und Leitgedanken an die breite Masse zu transportieren. Mit dem Regierungsauftrag wandelte sich das Blatt schlagartig: Die FPÖ war, gemessen an ihrer Stimmenstärke, gegenüber der ÖVP in den Medien plötzlich deutlich überrepräsentiert. Die FPÖ vollzog in der medialen Reichweite und öffentlichen Wahrnehmung quasi einen Rollenwechsel, der für die Partei und deren Funktionäre neues Terrain war. Während sich Steger, vor allem zu Beginn der Regierungsarbeit mit Sachthemen medial zu profilieren versuchte, waren es aber vor allem die innerparteilichen Querelen mit Jörg Haider, welche die Aufmerksamkeit der Medien und der Öffentlichkeit auf sich zogen.²⁷⁵ Vor allem als der Konflikt mit Haider immer öffentlichkeitswirksamer wurde, passierten laut Norbert Steger, retrospektiv betrachtet, einige Fehler in der von Ferdinand Lacina als Minister des Regierungspartners SPÖ in der Regierungszeit sogar als „*katastrophal*“²⁷⁶ bezeichneten Medienarbeit der Freiheitlichen:

²⁷³ ebenda, 8.

²⁷⁴ Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 216.

²⁷⁵ Vgl. Pelinka, *Die kleine Koalition*, 33.

²⁷⁶ Interview Lacina, 9.

„[...] Was hat Haider getan? Er ist über den Semmering gefahren, hat die Journalisten angerufen und darüber geschimpft, dass die FPÖ das (Anmk. Entscheidung des Parteigremiums, Androsch zum Generaldirektor der CA zu wählen) gemacht hat, obwohl er der Antragssteller war. Und dann ist es halt falsch transportiert und nur schwer rückgängig zu machen. Natürlich hat es auch damit zu tun gehabt, dass ich nicht genug professionelle Leute in der Medienarbeit gehabt habe, das habe ich total unterschätzt.“²⁷⁷

Nicht nur auf Ebene der Medien, sondern auch in den durch die FPÖ besetzten Ministerien sowie in der Ebene der Sozialpartnerschaft betraten die Freiheitlichen Neuland. Während Erhard Busek, wie schon erwähnt, als wesentliche Hypothek der SPÖ in der SP-FP-Regierung die Post-Kreisky-Phase ortete, war die größte Hypothek auf Seiten der Freiheitlichen seiner Meinung nach *„der Mangel jedweder Regierungserfahrung seitens der FPÖ.“*²⁷⁸ Auch das Personenangebot sei nicht übertrieben gewesen, konstatierte Busek.²⁷⁹ Ferdinand Lacina ortete in den fehlenden personellen Ressourcen sogar eine wesentliche Parallele der beiden Regierungsbeteiligungen der FPÖ, also sowohl ab 1983 mit der SPÖ als auch ab 2000 mit der ÖVP:

„Nach wie vor war und ist eines der Handicaps der FPÖ, dass sie in der Beamenschaft kaum vertreten ist, dass sie kaum über Personal verfügt, das schon zumindest eine gewisse Affinität zur Regierungsarbeit gehabt hat und die Personaldecke relativ dünn ist.“²⁸⁰

Angesprochen auf den Vorwurf des fehlenden, qualifizierten Personals, entkräftet diesen Steger deutlich und unter Bezugnahme auf die für ihn tätig gewordenen Personen (Sevelda, Steinwendtner, Kovar, Lohrmann und Penninger) und deren berufliche Laufbahn nach der Tätigkeit für Steger und die FPÖ,²⁸¹ gibt aber indirekt doch zu verstehen, dass es für ihn sehr schwierig war, als Minister einem traditionell „schwarzen“ Ressort vorzustehen, wo er zuvor weder in personeller noch in inhaltlicher Art und Weise ver-

²⁷⁷ Interview Steger, 14.

²⁷⁸ Interview Busek, 6.

²⁷⁹ Vgl. ebenda, 7.

²⁸⁰ Interview Lacina, 12.

²⁸¹ Vgl. Interview Steger, 11. – Sevelda wurde Generaldirektor der RZB, Steinwendtner war Sonderbeauftragter der Generali für den künstlerischen Bereich, Kovar ist Asien-Chef der BASF geworden, Lohrmann ist Art-Direktor im ORF geworden, Stegers Sekretärin Penninger ist Abteilungsleiterin in der EZB geworden.

ankert war.²⁸² Eine wesentliche Schwierigkeit tat sich in der Tatsache auf, dass die FPÖ in Verhandlungen der Sozialpartner nicht vertreten war. Franz Vranitzky erinnerte sich, dass die SPÖ, immer wenn es um sozialpartnerschaftliche Themen ging, den Freiheitlichen auch mit einer gewissen Skepsis gegenübergetreten ist:

„Die Gewerkschaften haben mit den Freiheitlichen in der Bundesregierung nichts anzufangen gewusst. [...] Wenn es zu Debatten um sozialpartnerschaftliche Angelegenheiten kam, hat Dallinger (Anmk. Sozialminister, „Urgestein“ der Sozialpartnerschaft) mir gegenüber darauf hingewiesen, dass die Freiheitlichen Sozialpartnerschaft doch gar nicht verstehen würden. Er meinte, es wäre schon gut, wenn man zumindest wieder die verlässlichen Schwarzen, mit denen man sich was ausmachen kann, wieder in der Regierung hätte.“²⁸³

Die schwierige Beziehung der Freiheitlichen zu den Gewerkschaften und deren Funktionären, insbesondere ÖGB-Präsident Anton Benya, sollte sich später in der heftigen Debatte um die Errichtung des Kraftwerkes Hainburg noch einmal zuspitzen (vgl. Kap. 3.3.2.1 d. A.).²⁸⁴

3.2.5 Interne Ausrichtung der beiden Parteien

Eine veränderte, innerparteiliche Ausrichtung war sowohl bei der SPÖ als auch bei der FPÖ Voraussetzung für das Zustandekommen der Kleinen Koalition. Während der SPÖ nach dem Ende der Regierungszeit Bruno Kreiskys einerseits ein Führungswechsel, andererseits aber auch eine Neustrukturierung der Partei bevorstand, war die FPÖ auch drei Jahre nach der Wahl Norbert Stegers noch gefordert, einerseits die von der Führung vertretene liberale Linie auch in der breiten Masse der Partei zu verankern und damit die notwendige Rückendeckung der Parteibasis zu erlangen und andererseits in der Partei den Willen durchzusetzen, durch konstruktive Regierungskooperation mit der SPÖ sich als echte, regierungsfähige Alternative zu etablieren.

²⁸² Vgl. ebenda, 10.

²⁸³ Interview Vranitzky, 3.

²⁸⁴ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 107.

3.2.5.1 Die SPÖ und die innerparteilichen Divergenzen nach Kreisky und vor Vranitzky

Neben den ökonomischen Schwierigkeiten, welche die Post-Kreisky-Phase mit sich brachte, waren es auch strukturelle und ideologische Herausforderungen innerhalb der eigenen Partei, mit denen Kanzler Fred Sinowatz konfrontiert war. Alfred Gusenbauer, Jahrzehnte später SP-Bundeskanzler einer Großen Koalition, sprach Sinowatz den Verdienst zu, eine Brücke zwischen der Ära Kreisky und der Ära Vranitzky gebaut zu haben. Sinowatz sei es gelungen, nach kurzer Zeit aus dem Schatten seines großen Vorgängers zu treten und die SPÖ in eine neue Zeit zu führen.²⁸⁵ Gusenbauer bezeichnet den nach dem Rücktritt Kreiskys notwendigen Wandel in der SPÖ als „*Transformationsprozess, der nicht ohne Konflikte vor sich geht*“.²⁸⁶ Während sich der zurückgetretene Kanzler Kreisky stark für eine sich bereits einige Jahre ankündigende Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ einsetzte, diese mit Bekanntwerden des Wahlergebnisses vorantrieb und schließlich auch als Verhandlungsführer seitens der SPÖ zum Abschluss brachte, ehe er sich selbst zurückzog, war die Begeisterung innerhalb der Sozialdemokratischen Partei für die Koalition und gleichzeitig auch für den Regierungspartner begrenzt. Selbst Kanzler-Nachfolger Sinowatz hatte, laut Erhard Busek, „*keine wie auch immer geartete Nähe zur FPÖ*“²⁸⁷ und auch Norbert Steger bezeichnet Sinowatz, rückblickend betrachtet, als „*Großkoalitionär, der aber eine rot-blaue Koalition zu führen hatte*“.²⁸⁸ Die Kleine Koalition, seitens der SPÖ gegenüber einer Zusammenarbeit mit der ÖVP unter Mock wohl als „kleineres Übel“ angesehen, war von Beginn an von negativen Nebengeräuschen aus der eigenen Partei begleitet, was wiederum unterschiedliche, teilweise persönliche, Motive hatte. Ferdinand Lacina, zuerst Staatssekretär im Bundeskanzleramt und ab September 1984 Minister in der SP-FP-Regierung, bestätigte im Interview etwa seine grundsätzlichen Bedenken:

„Es stimmt schon, die FPÖ ist als Partner nicht wirklich akzeptiert worden, wobei ich ehrlich dazu sagen muss, dass ich diese Zusammenarbeit mit der

²⁸⁵ Gusenbauer, Alfred, Ein großer Politiker der Zweiten Republik. In: Hans Niessl, Anton Pelinka, Wilhelm Toth [u.a.] (Hg.), „Brücken bauen“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag (Graz 2004), 43.

²⁸⁶ ebenda, 42.

²⁸⁷ Interview Busek, 7.

²⁸⁸ Vgl. Interview Steger, 15.

FPÖ von Anfang an nicht besonders geschätzt habe, weil ich meine grundsätzlichen Bedenken hatte. ²⁸⁹

Neben Ferdinand Lacina, war auch der spätere Kanzler Franz Vranitzky einer jener Kritiker, die seit Beginn der Koalition von dieser nicht restlos überzeugt waren. Nicht nur, weil Lacina und Vranitzky im Jänner 1985 jenen Part innerhalb der SP-Regierungsmannschaft darstellten, der im Zusammenhang mit dem von Verteidigungsminister Frischenschlager getätigten Handschlag mit NS-Offizier Walter Reder die Zusammenarbeit mit der FPÖ umgehend aufkündigen wollte (vgl. Kap. 3.3.3 d. A.), sondern auch, weil sie das erfolgreiche Durchsetzen des liberalen Elements innerhalb der Freiheitlichen Partei bezweifelten.²⁹⁰ Vranitzky spielte nicht nur als späterer Sinowatz-Nachfolger im Kanzleramt eine übergeordnete Rolle in der von seinem Vorgänger zu bewältigenden innerparteilichen Krise, sondern auch, als er durch eine schon im September 1984 durch Kanzler Sinowatz durchgeführte Regierungsumbildung, in die SP-Regierungsmannschaft gerückt war. Der Austausch des Kreisky-Vertrauten Herbert Salcher, den Kreisky bei den Regierungsverhandlungen 1983 gegenüber den von Sinowatz schon damals präferierten Vranitzky als Finanzminister durchsetzte²⁹¹, gegen den damaligen Länderbank-Generaldirektor Franz Vranitzky war nämlich eine klare innerparteiliche, aber auch in der Öffentlichkeit wirksame Positionierung von Sinowatz – auch gegenüber seinem Vorgänger, dessen Zwischenrufe und Kommentare aus seinem Feriendomizil Mallorca sich in ihrer zeitlichen Abfolge und ihrer Schärfe in dieser Zeit ständig steigerten.²⁹² Die Regierungsumbildung 1984, die auch Wechsel im Außenministerium (der Wiener Bürgermeister Leopold Gratz folgte Erwin Lanc), im Unterrichtsministerium (Herbert Moritz ersetzte den dem scheidenden Gratz als Wiener Bürgermeister nachfolgenden Helmut Zilk), im Verkehrsministerium (der bisherige Staatssekretär Ferdinand Lacina, dessen Kompetenzbereich um die öffentliche Wirtschaft erweitert wurde, löste Karl Lausecker ab) und im Familienministerium (welches anstelle von Elfriede Karl nun von Gertrude Fröhlich-Sandner geleitet wurde) mit sich brachte,

²⁸⁹ Interview Lacina, 8.

²⁹⁰ Vgl. Interview Vranitzky, 2f.

²⁹¹ Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 90.

²⁹² Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 149.

bezeichnet Anton Pelinka als das Entziehen Sinowatz' aus dem Schatten seines Vorgängers.²⁹³

„Doch zunächst war in diesen Tagen des August und September 1984 noch Fred Sinowatz die entscheidende Figur – vielleicht stärker als je zuvor, vielleicht stärker auch als je danach.“²⁹⁴

Gleichzeitig war die Bestellung Vranitzkys zum Finanzminister auch ein Statement Sinowatz' im seit Jahren innerhalb der SPÖ währenden und nun immer stärker die Partei spaltenden Konflikt zwischen Altkanzler Kreisky und seinem ehemaligen Vertrauensmann Hannes Androsch. Vranitzky galt eher dem Flügel, der auf der Seite Androschs stand, zugehörig²⁹⁵, während Salcher im August 1984 – trotz Interventionen von Kanzler Sinowatz und Wissenschaftsminister Fischer, die Sache im Sinne der Partei ruhen zu lassen – der Staatsanwaltschaft eine Sachverhaltsdarstellung mit der Nennung eines anonymen Zeugen in der Causa Androsch übergab und damit weitere Unruhen innerhalb der Partei, aber auch in der medialen Öffentlichkeit, auslöste.²⁹⁶ Auch, wenn Robert Kriechbaumer den im August ausbrechenden Konflikt Salcher/Androsch zwar als unmittelbaren Anlass, jedoch nicht als tiefere Ursache der Regierungsumbildung bezeichnet²⁹⁷, identifiziert er diese als Symbol eines „*publikumswirksamen personellen und ideologischen Befreiungsschlag von der Ära Kreisky*“.²⁹⁸ Aber auch nach der Umbildung hatte sich Sinowatz, neben den bereits erläuterten Schwierigkeiten, die durchaus über die gesamte Regierungszeit anhielten, mit weiteren innerparteilichen Kontroversen zu beschäftigen: Die Affäre um Bautenminister Karl Sekanina, der etwa zur Anschaffung eines neuen Autos mehrere hunderttausend Schilling aus der Gewerkschaftskasse entnommen haben soll, was neben partei- und gewerkschaftsinternen Querelen auch seinen Rücktritt von allen Ämtern zur Folge hatte²⁹⁹, Streitigkeiten in der burgenländischen SP-Landespartei rund um Landeshauptmann Theodor Kery, der Parteiausschluss

²⁹³ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 36f.

²⁹⁴ ebenda, 36.

²⁹⁵ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 36.

²⁹⁶ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 80f.

²⁹⁷ Vgl. ebenda, 82.

²⁹⁸ ebenda

²⁹⁹ Sickinger, Hubert, Von der „Insel der Seligen“ zur Skandalrepublik“?. Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 733f.

des Umweltaktivisten Günther Nenning aufgrund seines Verhaltens in der Frage um die Errichtung des Kraftwerks Hainburg (vgl. Kap. 3.3.2.1 d. A.) oder der Austritt von Atomkraft- und Hainburg-Gegnerin Freda Meissner-Blau sind nur einige Beispiele.³⁰⁰

3.2.5.2 Steger vs. Haider – der Richtungsstreit der FPÖ

Mit der Wahl Norbert Stegers zum FPÖ-Obmann im Jahr 1980 entwickelte sich innerhalb der FPÖ gleichzeitig eine Ausrichtungsdiskussion: Während die neue Führung der Partei um Norbert Steger, gestützt von Langzeitobmann Friedrich Peter, im Gegensatz zum nur kurz im Amt weilenden und eher mit dem bürgerlichen als mit dem sozialistischen Lager sympathisierenden Vorgänger Alexander Götz, das Liberale in den Vordergrund stellte und versuchte, sich von nationalistischem Gedankengut innerhalb der Partei, der ebenso wie deren Vorgängerpartei, dem VdU, trotz teilweise liberaler Bemühungen, im Verlauf der Zweiten Republik immer wieder verharmlosende Akzente beim Umgang mit dem Nationalsozialismus, ein personelles Sammelbecken von Ehemaligen sowie gewisse Sympathien zu einer nationalen Ideologie nachgesagt wurden, abzugrenzen, war die Basis und mit Fortdauer der Amtszeit Stegers auch die Mehrheit der eigenen Partei von diesem Kurswandel nicht restlos überzeugt. Ausgehend von unterschiedlichen Motiven spitzte sich dieser Richtungsstreit innerhalb der Freiheitlichen Partei, den die interviewten SP-Regierungsmitglieder der Kleinen Koalition unisono als wesentliche Hypothek für die gemeinsame Arbeit ausmachen, immer weiter auf die beiden Personen Norbert Steger und Jörg Haider zu. Jörg Haider, bei Angelobung der Regierung Sinowatz-Steger 33 Jahre alt, nahm sich dieser Rolle des Gegenpols Stegers erst nach einer Zeit an und passte, den Ausführungen Norbert Stegers zufolge, auch seine politische Orientierung an dieses Duell an:

„Haider war lange Zeit ziemlich weit links von mir, auch als junger Abgeordneter, als er aber erkannt hat, dass so kein Boden zu gewinnen ist, um die Obmannschaft in der FPÖ zu erlangen, ist er nach Kärnten gegangen und plötzlich war er weit rechts von mir. Durch die Unterstützung genau dieser Personen, die von mir bewusst aus der Partei genommen wurden und bei denen klar war, dass ich sie nie erreichen kann, hat er Boden gewonnen.“³⁰¹

³⁰⁰ Vgl. Weissensteiner, Die Ära Sinowatz, 12.

³⁰¹ Interview Steger, 4.

Diese Gespaltenheit innerhalb der Freiheitlichen Partei (vgl. auch Kap. 3.4.1 d. A.) war also schon zu Beginn des Kabinetts vorhanden und wurde durch die Personalentscheidungen rund um die Vergabe der Regierungsämter zusätzlich befeuert: Wäre Friedrich Peter nämlich Dritter Nationalratspräsident geworden (vgl. Kap. 3.1.3.2 d. A.), so wäre der Weg für Jörg Haider als Klubobmann der FPÖ freigeworden. Als aber Peter aufgrund des öffentlichen Aufruhrs auf dieses Amt verzichtete, suchte Haider den Weg in die Landespartei nach Kärnten. Dort wiederum musste Mario Ferrari-Brunnenfeld Platz machen, den Steger dafür nach Wien als Umweltstaatssekretär in die Regierung holte. Dies widerstrebte der oberösterreichischen Landespartei und Norbert Gugerbauer, der ursprünglich für diesen Posten geplant war.³⁰² Ob die Bestellung Haiders seine Ambitionen geschmälert hätte, sei zwar dahingestellt, seine öffentliche Kritik gegenüber der Parteiführung in Wien hätte wohl aber in der Position des Klubobmannes länger auf sich warten lassen. Franz Vranitzky erklärt, dass die Spannungen innerhalb der Freiheitlichen Partei schon mit Regierungsantritt immer stärker geworden sind:

„Mit der Entscheidung, mit diesen Leuten eine gemeinsame Bundesregierung zu bilden, ist quasi parallel dazu der Widerstand in der FPÖ, gegen diese liberale Politik, immer stärker geworden. Das hat mit ein paar Altvorderen, etwa Emil van Tongel, begonnen, hat aber dann in der Unterstützung Haiders gemündet.“³⁰³

Dass es innerhalb der Freiheitlichen Partei diese beiden Lager gab, wusste auch einer der größten Förderer der Kleinen Koalition, Bruno Kreisky. Er betonte aber, dass die beiden Tendenzen nicht per se unvereinbar gewesen seien:

„Die katastrophale Folge davon war, dass bürgerliche Liberale, mit denen man ein ganzes Stück des Weges hätte gemeinsam gehen können, in die bürgerliche Front gedrängt worden waren und damit zur Verstärkung des klerikalen Elements beitrugen. Hätte man eine Partei gehabt, die ihnen einerseits in ihrer bürgerlichen Gesinnung entsprach, andererseits aber auch ihren Liberalitätstendenzen entgegenkam, so hätte man einen Partner gefunden.“³⁰⁴

³⁰² Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 206.

³⁰³ Interview Vranitzky, 2.

³⁰⁴ Rathkolb, Bruno Kreisky. Erinnerungen, 371.

Dass diese Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Freiheitlichen Partei, entgegen des Vorhabens Kreiskys, sich auch auf die Ausrichtung etwaiger Koalitionspartner erstreckten, kaum zu überwinden waren, beschreibt ein weiteres Statement von Norbert Steger:

„Unter meiner Obmannschaft gab es keine Nazis in der Partei, vor allem nicht in den oberen Gremien. In den Bundesländern gab es schon sehr viele Deutschnationale und Heimatverbundene, unter denen durchaus Nazis auch geschlummert sind. Parallel dazu gab es in der Partei immer das Problem, dass ein Teil eher links, sprich für die Zusammenarbeit mit der SPÖ, und ein Teil eher rechts, sprich für die Zusammenarbeit mit der ÖVP, orientiert war. Wie will man denn den Haufen überhaupt führen, wenn immer der eine über den anderen herfallen will?“³⁰⁵

Es war nicht nur der Weg Norbert Stegers hin zur liberalen Politik der FPÖ, der innerhalb der eigenen Partei abgelehnt wurde, sondern auch jener Friedrich Peters. Anton Pelinka resümiert etwa, dass Peter spätestens am Innsbrucker Parteitag 1986 zur Kenntnis nehmen musste, dass der von ihm eingeschlagene Weg hin zu einer „liberalen Reformpolitik“ von seiner eigenen Partei verleugnet wurde und sein „Lebenswerk“, die Kleine Koalition, nicht von außen, sondern von seiner eigenen Partei und deren neuen Führung zerstört wurde.³⁰⁶ Diese Analyse Pelinkas bestätigt auch Ferdinand Lacina in seinen Aussagen zur Regierungsarbeit mit den Freiheitlichen:

„Die größten Probleme in der Regierungsarbeit hat der FPÖ eigentlich nicht die Opposition, sondern vielmehr die eigenen Leute, und da vor allem Haider, gemacht.“³⁰⁷

Im Nachhinein sieht Franz Vranitzky, der nach dem Innsbrucker Parteitag und der Richtungsentscheidung in der FPÖ für Jörg Haider und gegen Norbert Steger und das liberale Lager als Bundeskanzler die Koalition vorzeitig beendete, die innerparteilichen Lagerbildungen als eine schon bei der Regierungsbildung feststehende Komponente für das Scheitern der Koalition:

³⁰⁵ Interview Steger, 4f.

³⁰⁶ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 97.

³⁰⁷ Interview Lacina, 11.

„Die Idee von Kreisky und Sinowatz, den liberalen Flügel der FPÖ zu fördern, war aus heutiger Sicht wohl schon von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Der nationalistische Tümpel in der freiheitlichen Partei war einfach nicht zu überwinden.“³⁰⁸

Unbestritten war der Richtungsstreit innerhalb der FPÖ mit dem Höhepunkt des Innsbrucker Parteitags von 1986 ein denkbar ungünstiges Element für die erste Regierungsbeteiligung der FPÖ und schließlich auch die endgültige Triebfeder für das verfrühte Ende der Kleinen Koalition, wie aber in diesem Kapitel eingehend behandelt, keinesfalls die einzige ungünstige Voraussetzung für das Funktionieren einer längerfristigen, erfolgreichen Zusammenarbeit der beiden Parteien.

3.3 Sand im Getriebe? – Zankäpfel der Regierungsarbeit

Neben den bereits erläuterten schwierigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zusammenarbeit von SPÖ und FPÖ war die Kleine Koalition in den Jahren 1983-86 mit zu lösenden Problemen konfrontiert, die teilweise innerhalb der Regierung verschuldet waren und oftmals in den von den Parteien ausgehenden, erwähnten Rahmenbedingungen ihre Ursache fanden, teilweise aber auch durch die gesellschaftspolitische Lage aufkamen und so zu Stolpersteinen in der gemeinsamen Arbeit wurden. Nachfolgend sollen nur einige thematische Kontroversen kurz angeschnitten, inhaltlich jedoch nicht weitreichend erörtert werden, da das Augenmerk auf die Haltungen der beiden Parteien zu den jeweiligen Konfliktpunkten im Vordergrund stehen sollen.

3.3.1 Ladenöffnungszeiten 8. Dezember

Ein Beispiel für die fehlende Anerkennung der FPÖ als echten Partner seitens der SPÖ in der neu gebildeten Regierung bietet die im Jahr 1984 aufgekommene Kontroverse hinsichtlich der Ladenöffnung am Marienfeiertag, dem 8. Dezember. Anton Pelinka rubriziert diese Auseinandersetzung als *„das wichtigste Beispiel dafür, daß der SPÖ die Kleine Koalition als die Fortsetzung der Sozialistischen Alleinregierung mit anderen Mitteln galt.“³⁰⁹* Jedenfalls sollte an besagtem 8. Dezember 1984, einem staatlichen Feiertag, die Möglichkeit für Unternehmer bestehen, ihre Geschäfte offen zu halten.

³⁰⁸ Interview Vranitzky, 12.

³⁰⁹ Pelinka, Die kleine Koalition, 40.

Diese Ambitionen, welche vorwiegend von der oppositionellen ÖVP mit dem Salzburger Landeshauptmann Wilfried Haslauer an der Spitze vorangetrieben wurden, waren darin begründet, dass in den westlichen Bundesländern ein Wettbewerbsnachteil der österreichischen Unternehmer gegenüber jenen in den Nachbarländern entstehen würde, weil etwa Geschäfte in Süddeutschland offengehalten und so die Konsumenten den Weg ins Nachbarland suchen würden. Norbert Steger stellte es in seiner Funktion als Handelsminister durch ein Schreiben den Landeshauptleuten frei, ob sie per Verordnung das Offenhalten der Geschäfte erlauben oder nicht.³¹⁰ Dies war zwar sein Recht als für das Ladenschlussgesetz zuständiger Handelsminister, allerdings betraf diese Novelle auch erhebliche Veränderungen im Bereich des Arbeitsruhegesetzes, was wiederum in das Ressort von Sozialminister Dallinger fiel. Dieser reagierte, neben dem Ministeramt in Doppelfunktion auch als Angestelltengewerkschafter tätig, erbost und stellte den Antrag einer Ministerklage beim Verfassungsgerichtshof gegen Haslauer. Weil diese Klage einen einstimmigen Ministerratsbeschluss erforderte und beide Minister sich in der öffentlichen Diskussion bereits deutlich positioniert hatten, stand fest: Eine der beiden Koalitionsparteien und somit einer der beiden Minister konnte sein Wort nicht halten, sofern die Koalition nicht schon zu diesem Zeitpunkt als beendet erklärt werden sollte.³¹¹ „*Ein schwerer Schlag für die Koalition, völlig ohne Not von der SPÖ herbeigeführt*“³¹², beurteilt Friedhelm Frischenschlager die Situation am Jahresende 1984, in der sich die Koalition erstmals in einer handfesten Krise befand. Im Nachhinein sieht auch Steger die Frage um den Ladenschluss und die gegen seinen Willen erhobene Klage gegen Haslauer, die im Endeffekt keine Konsequenzen hatte, als die Rechtswidrigkeit Haslauers Handelns durch den Verfassungsgerichtshof festzustellen, als wesentliche Schwächung seiner Autorität als Parteichef und Vizekanzler:

„Natürlich habe auch ich selbst den Punkt versäumt, wo ich als Minister und Vizekanzler gehen hätte müssen. In Wahrheit hätte ich bei diesem lächerlichen Thema vom 8. Dezember und der Ladenöffnung gehen müssen. Es war mir vom Kanzler Sinowatz, Gewerkschaftspräsident Benya, Außenminister Gratz versprochen, dass ich dies fordern konnte. Plötzlich sagt dann Sinowatz zu mir,

³¹⁰ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 187.

³¹¹ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 41.

³¹² Interview Frischenschlager, 7.

*dass er das in seiner Partei nicht durchsteht. Dann kommt die Anklage gegen Haslauer und als es soweit war, sind alle von der Regierungsbank geflüchtet und ausgerechnet ich bin alleine dagesessen. Das war eine Kerbe, von der ich mich nie mehr erholt habe, obwohl es in Wahrheit ein unwichtiges Thema war.*³¹³

Steger hatte nach der Einschätzung Dieter Grillmayers nur die Wahl entweder der Ministerklage gegen Haslauer zuzustimmen, zurückzutreten oder gar die Koalition mit der SPÖ aufzukündigen.³¹⁴ Steger entschied sich dafür, die Klage gegen Haslauer zu unterstützen und trug damit einen großen optischen Imageschaden, nämlich sich dem Gegenwind der SPÖ und der Gewerkschaften gegen den eigenen Willen gebeugt zu haben, aus dieser Sache davon.

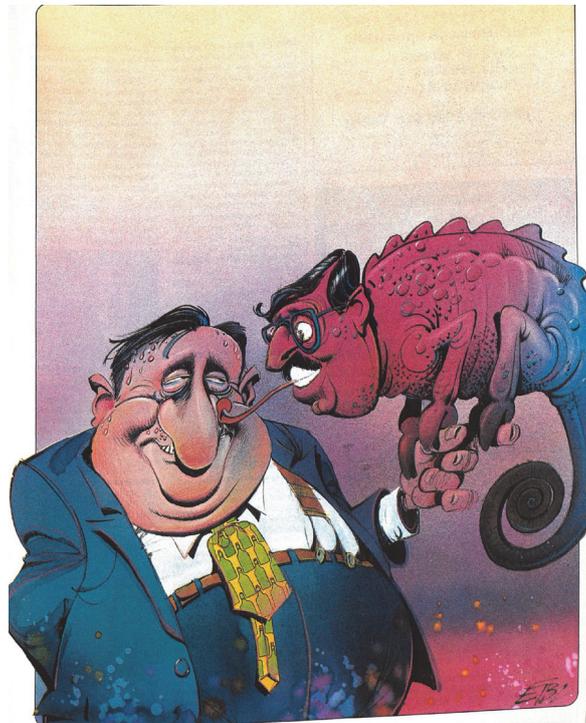


Abb.9: Die Rolle Stegers in dieser Frage stärkte das ihm vorgeworfene Image des „Chamäleons“

³¹³ Interview Steger, 11.

³¹⁴ Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 187.

3.3.2 Energiegewinnung



Abb.10: Konzepte und Maßnahmen zur Energiegewinnung verursachten großen Aufruhr im Volk

3.3.2.1 Errichtung des Wasserkraftwerks Hainburg

Ebenfalls am Beginn des Dezembers 1984 entwickelte sich ein weiterer Konflikt, den die Regierung zu bewältigen hatte. Diesmal jedoch nicht von Regierungsmitgliedern selbst ausgehend, sondern von Umweltaktivisten, die gegen die Errichtung eines Wasserkraftwerks in Hainburg an der Donau, in deren Zusammenhang in besagtem Gebiet insgesamt vier Quadratkilometer Auwald betroffen gewesen wären und rund 15 Millionen Kubikmeter Erdreich bewegt werden hätten müssen³¹⁵, protestierten. Öffentlichkeitswirksam beginnend mit einer „Pressekonferenz der Tiere“ im Mai 1984, als Politiker unterschiedlicher Couleurs³¹⁶ in Tierkostüme schlüpften, um ihren Protest in Form des ökologischen Gewissens kund zu tun, fanden die Widerstandsbewegungen mit dem geplanten Rodungsbeginn am 10. Dezember 1984 in der Au ihren Höhepunkt: Die Demonstrantinnen und Demonstranten besetzten schon Tage vor Beginn der Arbeiten die Stopfenreuther Au, um die Rodungen unmöglich zu machen. Immer mehr Leute pilgerten in die Au und besetzten diese, während die Regierung und an vorderer Front der

³¹⁵ Vgl. Kuchler, Andreas, Hainburg (1980-1985). Menschen und Medien kippten ein Megaprojekt. In: Oliver Rathkolb, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler [u.a.] (Hg.), Wasskraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Schriftenreihe Forschung der Verbund AG 104, Wien 2012), 246.

³¹⁶ Der später von der SPÖ ausgeschlossene Günther Nennung (Rothirsch), aber auch der Stadtrat der ÖVP-Wien, Jörg Mauthe (Schwarzstorch), der ab 2003 als FP-Vizekanzler agierende Hubert Gorbach (Blaukehlchen) oder der später langjährige ÖVP-Europapolitiker und damaliger JVP-Funktionär Othmar Karas (Kormoran) verkleideten sich ebenso als Tiere wie Künstler und Personen des öffentlichen Lebens wie André Heller, Paul Blau, Freda Meissner-Blau und Erwin Ringel. – Vgl. Kuchler, Hainburg (1980-1985), 248.

zuständige Innenminister Karl Blecha (vorerst) untätig blieb.³¹⁷ Als die Exekutive so verstärkt werden sollte, um eine reibungslose Durchführung der Rodungsarbeiten zu gewährleisten, war die Au nach Kriechbaumer bereits „[...] aufgrund ihrer hohen emotionalen Besetzung ein Ort mit erheblichem Symbolcharakter und damit Kampffeld der Ideologien und unterschiedlichen Konzeptionen von Politik geworden.“³¹⁸ In den Folgetagen des Dezembers spitzte sich die Lage weiter zu, Polizei und Gendarmerie begannen bei einem Großeinsatz mit der schonungslosen Räumung der Au, was neben einem großen Medienecho auch zahlreiche Verletzungen mit sich brachte. Erst der nach weiteren Demonstrationen in der Wiener Innenstadt am 20. Dezember von Bundeskanzler Sinowatz eingeläutete „Weihnachtsfrieden“, beendete die Rodungsarbeiten in der Au. De facto wurde dieser zwischenzeitliche Stopp nie mehr aufgehoben, am 4. Jänner verabschiedete die Bunderegierung ein Elf-Punkte-Programm, was auch das Ende der Schlägerungsarbeiten beinhaltete, und am 5. Jänner wurde die Besetzung der Au von den Demonstrantinnen und Demonstranten auch offiziell beendet.³¹⁹

Innerhalb der Regierung war die Diskussion zur Errichtung des Kraftwerks in Hainburg nur in zweierlei Hinsicht brisant: Auch, wenn Anton Pelinka die Auseinandersetzung nicht als Konflikt der beiden Regierungsparteien SPÖ und FPÖ, sondern vielmehr als Auseinandersetzung innerhalb der SPÖ (und auch innerhalb der ÖVP), wo einerseits Befürworter und andererseits Gegner beheimatet waren, sieht und die Sozialdemokraten, allen voran Innenminister Blecha, im Kreuzfeuer der Kritik waren, war die FPÖ, die nach Pelinka in der Diskussion um Hainburg gar nicht als Akteur vorkam,³²⁰ als Teil der Regierung ebenfalls in der Verantwortung. Dass die FPÖ in der öffentlichen Diskussion nicht als entscheidender Akteur wahrgenommen wurde, hatte möglicherweise mit einem Interessenskonflikt in ihrer Funktion als pakttreuer Regierungspartner zu tun, wie Friedhelm Frischenschlager zu verstehen gibt:

„Die FPÖ war zwar auch gegen Hainburg, konnte dies aber nicht nach außen tragen, da sie innerhalb der Koalition ja schwer gegen Hainburg und Zwentendorf zugleich sein konnte. Somit kam es zu diesem Österreich erschütternden Konflikt, bei dem die FPÖ als Regierungspartei für Hainburg auftreten

³¹⁷ Vgl. Kuchler, Hainburg (1980-1985), 248.

³¹⁸ Kriechbaumer, Zeitenwende, 307.

³¹⁹ Vgl. Kuchler, Hainburg (1980-1985), 250.

³²⁰ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 42.

musste und sich somit für die ganzen Konflikte auch mitverantwortlich zeichnete, obwohl sie eigentlich selbst von Hainburg nicht überzeugt war.“³²¹

Bekanntete sich die FPÖ auch schon im unterzeichneten Regierungsprogramm zum Bau des Kraftwerks in Hainburg und war sie somit auch Teil jener Regierung, die einer großen Opposition hinsichtlich der Errichtung des Kraftwerks gegenüberstand.³²² Hainburg brachte, wenn auch Ferdinand Lacina bestätigt, dass die FPÖ in der Causa um die Hainburger Au eigentlich keine Rolle spielte³²³ und die SPÖ durch den hauptsächlich von Kanzler Sinowatz im Sinne der friedlichen Entwicklung im Land vorangetriebenen und schließlich erwirkten Baustopp die Lage beruhigen konnte³²⁴, die gesamte Koalition in eine weitere Kalamität, die nicht ohne Spuren vorbeiging.

3.3.2.2 Erneute Diskussion um Atomkraft

Der Weg von Kanzler Sinowatz war erfolgreich, die „*Befriedungspolitik*“³²⁵, wie sie Pelinka nannte, hatte zur Folge, dass Hainburg relativ rasch aus der öffentlichen Diskussion verschwinden konnte. Innerhalb der SPÖ, allen voran bei den Gewerkschaften und deren Präsidenten Anton Benya, schlummerte allerdings schon seit der Volksabstimmung 1978 immer wieder der Gedanke, die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf noch einmal politisch zu thematisieren.³²⁶ Die Diskussion um die Aufhebung des Atomsperrgesetzes war jedoch aufgrund der unterschiedlichen Positionen der beiden Regierungsparteien nicht im Regierungsprogramm von 1983 enthalten und die FPÖ war schon 1978 die einzige Partei, die sich konsequent als Anti-Atomkraft-Partei positionierte.³²⁷ Als die SPÖ aufgrund des steigenden Drucks der Sozialpartner sich positionierte, den Antrag auf die Aufhebung des Atomsperrgesetzes im Parlament zu bringen, stand die FPÖ vor einem Dilemma, das Pelinka folgendermaßen formuliert:

³²¹ Interview Frischenschlager, 7.

³²² Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 42.

³²³ Vgl. Interview Lacina, 9.

³²⁴ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 43.

³²⁵ ebenda, 44.

³²⁶ Vgl. Kuchler, Andreas, Zwentendorf (1968-1986). Österreich verweigerte Inbetriebnahme des Atomkraftwerks. In: Oliver Rathkolb, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler [u.a.] (Hg.), Wasskraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Schriftenreihe Forschung der Verbund AG 104, Wien 2012), 243.

³²⁷ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 275.

„Sollte sie (Anmk. die FPÖ), mit der ÖVP, gegen den SPÖ-Antrag stimmen und so in einer sensiblen Frage der ersten Regierungspartei eine parlamentarische Niederlage bereiten? Oder sollte sie, gegen die inhaltliche oder zumindest strategische Überzeugung eines Großteils ihrer Funktionäre, mit der SPÖ stimmen und sich so die Punze einer „Atompartei“ einhandeln?“³²⁸

Für Norbert Steger war das Einbringen des parlamentarischen Antrags der SPÖ im Wissen, die FPÖ damit vor erwähntes Dilemma zu stellen, ein weiterer Punkt, der die FPÖ als ernstgenommenen Regierungspartner konterkarierte:

„Die größte Hürde in der Koalition war meiner Meinung nach eigentlich der Antrag der SPÖ, das Atomsperrgesetz aufzuheben. Sechs Wochen vor Tschernobyl (sic!³²⁹). Das war der zweite Punkt, wo ich den Hut nehmen hätte sollen. Man darf bei solchen Themen, auch wenn man nur eine fünf-Prozent-Partei ist, nicht sitzen bleiben, sondern muss aufstehen und Flagge bekennen. Das werfe ich mir, mit Recht, historisch vor.“³³⁰

Jedoch wurde die schwierige, festgefahrene politische Situation der parlamentarischen „Abstimmung der besonderen Art“, die das Atomsperrgesetz nur dann zur erneuten Volksabstimmung bringen konnte, sofern im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit erreicht würde, insofern zum Wohle beider Regierungsparteien gelöst, als die SPÖ für die bevorstehende Abstimmung die Aufhebung des Klubzwangs vorschlug.³³¹ Dies wurde auch so umgesetzt – es stimmten drei FPÖ Mandatare mit der SPÖ, sieben, darunter auch Parteiobmann Steger, gegen die Aufhebung des Atomsperrgesetzes und zwei Abgeordnete enthielten sich – und ermöglichte einerseits der SPÖ, die bei der Abstimmung am 21. März 1985 eine hauchdünne Mehrheit erlangte – es stimmten 91 Abgeordnete für die Aufhebung des Atomsperrgesetzes, 90 dagegen –, einen psychologischen Sieg ohne weitere Auswirkungen, da eben die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erlangt wurde, und der FPÖ ihre klare Position in der Atomfrage einerseits an den Regierungspartner zu verlieren und andererseits diesem gemeinsam mit der ÖVP eine Niederlage

³²⁸ Pelinka, Die kleine Koalition, 44.

³²⁹ Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl ereignete sich am 26. April 1986, die Abstimmung über den SP-Antrag zur Aufhebung des Atomsperrgesetzes fand am 21. März 1985 statt.

³³⁰ Interview Steger, 11f.

³³¹ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 281.

zuzufügen.³³² Somit war die Regierung in dieser anfangs kritischen Frage schließlich einer weiteren Auseinandersetzung mit einem Schaden für eine der Koalitionsparteien elegant entgangen und der politische Diskurs zur Atomkraft endgültig vom Tisch.

3.3.3 *Ein umstrittener Handschlag: Die Affäre Frischenschlager-Reder*

Ebenfalls zu Jahresbeginn 1985 stand ein Ereignis, das die Regierung Sinowatz-Steger in ihren Grundfesten erschüttern, die gegenseitige, partnerschaftliche Anerkennung endgültig auf ein Minimum reduzieren und die Koalition ins mediale und öffentliche Kreuzfeuer der Kritik manövrieren sollte, von dem sich die Regierung und insbesondere der betroffene FP-Minister Friedhelm Frischenschlager nicht mehr wirklich erholen sollte. Verteidigungsminister Frischenschlager war es nämlich, der am 24. Jänner 1985 den bis dahin in Italien inhaftierten ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder, der bereits 1932 freiwillig zur SS beigetreten, für Massenvernichtungen in der italienischen Stadt Mazarotto verantwortlich gemacht und im Jahr 1951 rechtskräftig zu lebenslanger Haft verurteilt worden war,³³³ auf österreichischem Boden empfing und per Handschlag begrüßte. Schon bald nach der Verurteilung Reders bekräftigten in den 1950er-Jahren einflussreiche Freunde Reders den Wunsch, ihn nach Österreich zu überstellen, und erwirkten unter anderem, dass er im Jahr 1956 von der oberösterreichischen Landesregierung wieder die österreichische Staatsbürgerschaft, die er durch seinen freiwilligen Eintritt in die deutsche SS 1935 verloren hatte und somit rechtlich bis dahin deutscher Staatsbürger war, erhielt. In den folgenden Jahren und Jahrzehnten war Reder Unterstützung aus Österreich gewiss: schon 1955 durch den als österreichischen Außenminister tätigen Karl Gruber (ÖVP) aber auch Jahrzehnte später durch Kanzler Bruno Kreisky, der sich 1982 ebenso für eine vorzeitige Haftentlassung Reders einsetzte, wie Kardinal König.³³⁴ Demnach war Walter Reder in der österreichischen Politik zum Zeitpunkt seiner Auslieferung nach Österreich, die bereits am 21. Dezember 1984 SP-Außenminister Gratz durch die italienischen Behörden ohne Angabe eines genaueren Termins zeitnah angekündigt worden war³³⁵, kein Unbekannter mehr. Dies ist insofern wesentlich, als dass diese Komponente in der nachfolgenden, öffentlichen Diskus-

³³² Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 45.

³³³ Vgl. Trettler, Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck 22007), 595f.

³³⁴ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 87.

³³⁵ ebenda

sion oftmals unerwähnt blieb und so Verteidigungsminister Frischenschlager als Alleinverantwortlicher für die durch die offizielle, ministerielle Begrüßung entstandene Verharmlosung der von Reder getätigten Kriegsverbrechen dargestellt wurde. Dies befindet auch Franz Vranitzky hinsichtlich der Affäre um den Empfang Walter Reders durch Frischenschlager so:

„Im Rückblick muss ich sagen, dass die Empörung um den Handschlag Reder-Frischenschlager insofern etwas zu relativieren ist, als sich schon im Vorfeld andere SPÖ-Funktionäre, etwa Kreisky oder Außenminister Gratz, für Reder eingesetzt haben.“³³⁶

Ferner traten SPÖ-Minister, allen voran Außenminister Gratz und Innenminister Blecha, die unliebsame Aufgabe des Empfangs beziehungsweise der Überstellung Reders nach Österreich an das Verteidigungsministerium ab; Gratz wurde am Abend des 22. Jänners von italienischer Seite über den Überstellungstermin informiert, konsultierte umgehend und in weitgehender Verschwiegenheit gegenüber anderer Regierungsmitglieder Verteidigungsminister Frischenschlager und bat ihn, die Abwicklung zu übernehmen.³³⁷ Frischenschlager erinnert sich an die Situation folgendermaßen:

„Wie es zu dieser Entscheidung kam, Gratz’ und Blechas Gründe, diese Aufgabe von SP-Ministerien an das Verteidigungsministerium abzutreten, ist bis heute unklar, im Nachhinein weiß ich, dass es auch Aufgabe des Innenministeriums hätte sein können. Aber damals ich habe das nicht hinterfragt. Ich weiß nicht, was Gratz motiviert hat, mich zu involvieren, ob es ihm zu heikel war. Ich unterstelle ihm aber nicht, mir die Sache zugeschanzt zu haben.“³³⁸

Frischenschlager empfing jedenfalls am 24. Januar 1985 am Flughafen Graz-Thalerhof den Kriegsverbrecher Walter Reder, der in einem wegen der notwendigen Diskretion als Ministerflug gekennzeichneten Flugzeug nach Österreich gebracht wurde. Dieser Umstand ging – aus welchen Gründen auch immer – an die Öffentlichkeit und so stand der Fortbestand der Koalition auf der Kippe. Frischenschlager hatte nicht einmal Parteiobmann und Vizekanzler Steger über die Ankunft Reders informiert, der, nachdem er da-

³³⁶ Interview Vranitzky, 4.

³³⁷ Vgl. Trettler, Der umstrittene Handschlag, 598f.

³³⁸ Interview Frischenschlager, 8.

von erfahren hatte, schon erkannte, dass das durch die Begrüßung eines FP-Ministers entstandene Symbol „ein Wahnsinn“³³⁹ sei. Die Reaktionen der Öffentlichkeit zum Empfang Reders fasst Heidi Trettler wie folgt zusammen:

„Da sich die Medien in diesem Fall voerst nicht so sehr als klassische Skandalisierer erwiesen, waren es vor allem die Politiker aller Parteien selbst, die dem Empfang Reders durch Frischenschlager seine politische Tragweite verliehen.“

Die Reaktionen der Politik waren weitreichender, die Rücktrittsaufforderungen an Frischenschlager kamen, einerseits wenig überraschend, natürlich von der ÖVP und deren Parteiobmann Alois Mock, andererseits aber vorwiegend vom Regierungspartner SPÖ. Einer jener Personen in der Regierungsmannschaft der SPÖ, die sich für einen Rücktritt Frischenschlagers einsetzten, war der ohnedies als kein Freund der Koalition mit der FPÖ und politisch eher aus dem linken Lager der SPÖ stammende Ferdinand Lacina:

„Meine Position war, dass die SPÖ die Haltung Frischenschlagers, unabhängig von seiner persönlichen Konstitution, nicht hinnehmen kann und man bei Steger einen neuen Verteidigungsminister fordern soll. Das habe ich auch in der Regierungsfraktion so vertreten, wurde eigentlich nur von Vranitzky unterstützt. Ich habe Sinowatz in der Folge den Rücktritt erklärt, allerdings haben wir uns vor den Bundespräsidentenwahlen darauf geeinigt, dass dies erst nach den Wahlen erfolgen soll. Ich habe es damals so gesehen, dass ich einigen wenigen, insbesondere den jüngeren Abgeordneten im Parlament, die Möglichkeit durch meine Haltung gegeben habe, auch da ein bisschen den Rücken gestärkt zu bekommen und zu zeigen, dass es doch auch einige Leute in der SPÖ gibt, die da nicht bereit sind, mitzumachen.“³⁴⁰

Während auch Franz Vranitzky bekräftigt, es sei in dieser Diskussion nicht um die persönliche Grundausrichtung Frischenschlagers gegangen, da dieser „etwas tollpatschig zu dieser Reder-Geschichte gekommen“³⁴¹ sei und man ihm „im Endeffekt nicht wirk-

³³⁹ Interview Steger, 12.

³⁴⁰ Interview Lacina, 9.

³⁴¹ Interview Vranitzky, 8.

lich böse“³⁴² war, ortet der Politikwissenschaftler Anton Pelinka in diesem Zusammenhang genau das Gegenteil. Nach Pelinka ist es nämlich ausgerechnet die Person Frischenschlager und jener Umstand, dass der als liberal gepriesene FPÖ-Minister den SS-Massenmörder Reder empfing, welche die politische Bedeutung dieser Krise ausmachten. Denn, wenn nun selbst einem liberalen Freiheitlichen ein Nahverhältnis zum Nationalsozialismus nachzusagen wäre, wie stünde es dann um den anderen Flügel der Partei, sich klar und deutlich vom Nationalsozialismus abzugrenzen?³⁴³ Frischenschlager hatte jedenfalls in der Ministerratssitzung vom 28. Jänner seinen Fehler zugegeben und sich förmlich für sein Vorgehen entschuldigt – auch beim jüdischen Volk in Form eines Interviews in einer israelischen Zeitung, was wiederum Aufruhr im rechten Flügel der FPÖ und bei Jörg Haider mit sich brachte.³⁴⁴ Auch, wenn Steger heute behauptet, er hätte Frischenschlager aufgrund der enormen Symbolwirkung zu diesem Zeitpunkt aus der Regierung nehmen müssen³⁴⁵, stand mit der Entschuldigung Frischenschlagers die Regierungsspitze um Kanzler Sinowatz und Vizekanzler Steger hinter dem Verteidigungsminister. Dennoch kam es zu einem seitens der ÖVP eingebrachten Misstrauensantrag gegen den Minister und somit zu einer am 1. Februar anberaumten parlamentarischen Sondersitzung, vor welcher sowohl Steger als auch Sinowatz in ihrer eigenen Partei mit dem eigenen Rücktritt gedroht haben sollen, sofern die eigenen Abgeordneten dem Verteidigungsminister nicht geschlossen ihr Vertrauen aussprechen würden.³⁴⁶ Schließlich stimmten die Abgeordneten – wie von ihren Parteivorsitzenden gefordert – geschlossen gegen eine Absetzung Frischenschlagers. Auch, wenn Frischenschlager damit im Amt bleiben konnte und sein persönlicher Fehltritt politisch abgehandelt wurde, war der bis dahin wohl umstrittenste Handschlag in der Politikgeschichte der Zweiten Republik dennoch in zweierlei Hinsicht richtungsweisend: Einerseits waren die Risse und das durch diesen Vorfall entstandene Misstrauen innerhalb der sozialdemokratisch-freiheitlichen Koalition nicht mehr zu kitten und andererseits entpuppte sich der Empfang des Kriegsverbrechers Walter Reder durch den Verteidigungsminister als

³⁴² ebenda

³⁴³ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 47.

³⁴⁴ Vgl. Trettler, Der umstrittene Handschlag, 608.

³⁴⁵ Vgl. Interview Steger, 12.

³⁴⁶ Vgl. Trettler, Der umstrittene Handschlag, 609.

Vorbote der Waldheim-Affäre³⁴⁷ (vgl. Kap. 3.3.5 d. A.) und die dort zur öffentlichen Diskussion gelangten Vernachlässigungen Österreichs und seiner Nachkriegspolitik im Umgang mit dem kollektiven Gedächtnis und der gesellschaftlichen Mitverantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus.

3.3.4 *Die Krise der verstaatlichten Industrie*

Während in der Ära Kreisky hinsichtlich der verstaatlichten Industrie hauptsächlich regional- und beschäftigungspolitische Argumente in politischen Entscheidungsmustern zur Geltung kamen, war bereits zu Regierungsantritt des Kabinetts Sinowatz-Steger klar, dass aufgrund der angespannten budgetären Situation und der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes ein weitreichender Umstrukturierungsprozess erforderlich sein wird. Am 27. September wurde auf Basis eines vom ÖIAG vorgelegten Zustandsberichtes zwar eine staatliche Finanzhilfe für die verstaatlichte Industrie in der Höhe von 16,6 Milliarden Schilling bis Ende 1985 beschlossen, gleichzeitig wurde aber auf die Notwendigkeit von einschneidenden Strukturmaßnahmen und der Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Parameter (Personalabbau, Produktivitätssteigerung, Verlagerung in die Finalindustrie etc.) hingewiesen.³⁴⁸ Als im November in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass sich die Verluste des Staatsbetriebes VOEST in diesem Jahr gar im zweistelligen Milliardenbereich bewegen könnten, war die Politik gefordert: Verstaatlichten-Minister Ferdinand Lacina entließ umgehend den gesamten VOEST-Vorstand um Generaldirektor Heribert Apfalter, ohne dies jedoch mit dem Regierungspartner FPÖ abgesprochen zu haben.³⁴⁹ Während die FPÖ in der medienwirksamen Diskussion betonte, dass die Krise ihre Wurzeln in der langjährigen Großen Koalition, in den Folgejahren der SP-Alleinregierung und bei den Postenbesetzungen im Sinne des Prozesses hatte³⁵⁰, sah sich die SPÖ in ihrer inhaltlichen Substanz bedroht, war sie doch seit der VP-Alleinregierung unter Josef Klaus permanent in Regierungsverantwortung.³⁵¹ Demnach war die Krise der Verstaatlichten zwar eine Krise der SPÖ und der

³⁴⁷ Ferdinand Lacina sah der Handschlag Frischenschlagers mit Reder nicht nur als Vorbote für das, was in der Waldheim-Affäre erneut zur öffentlichen Diskussion gelangt ist, sondern erklärt im Interview sogar, der Empfang Reders habe sogar „in Wirklichkeit die Wahl Waldheims vorbereitet“. – Interview Lacina, 10.

³⁴⁸ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 372.

³⁴⁹ Vgl. Pelinka, *Die kleine Koalition*, 50f.

³⁵⁰ Vgl. Grillmayer, *National und Liberal*, 196.

³⁵¹ Vgl. Pelinka, *Die kleine Koalition*, 51.

Sozialpartnerschaft, selbstverständlich erschütterten die strukturellen Schwierigkeiten der staatlichen Wirtschaft aber auch die Arbeit in der Regierung. Die ÖVP nutzte in der Opposition die Gelegenheit, die Krise der verstaatlichten Industrie als die Massen bewegendes Thema der SPÖ zu deklarieren und konnte hier aus der Oppositionsrolle gegenüber einer ohnedies bereits angeschlagenen SP-FP-Koalition Boden gut machen, erinnert sich Erhard Busek:

„Die Verstaatlichte war ein Dauerthema in der SPÖ, somit war die Krise der Verstaatlichten beziehungsweise die herben Maßnahmen, die dann Finanzminister Lacina gesetzt hat, ein gefundenes Fressen für die Opposition.“³⁵²

Die Krise der Verstaatlichten läutete auch innerhalb der SPÖ einen Paradigmenwechsel ein: Durch die sich seit ihres Bestehens fortlaufend entwickelnden Differenzen innerhalb der Koalition, die einerseits durch die Tatsache, dass innerhalb der SPÖ das „Experiment“, mit der FPÖ eine Partnerschaft auf Regierungsebene einzugehen, bereits größtenteils als gescheitert angesehen wurde und andererseits durch die sich immer weiter heranbildenden Gedanken führender Sozialdemokraten, wieder zur Großen Koalition mit der ÖVP als starken Partner zurückzukehren zu wollen, befeuert wurden, reifte bei Kanzler Sinowatz, noch vor der Affäre um VP-Präsidentschaftskandidat Kurt Waldheim und dessen Wahlsieg, welcher den endgültigen Auslöser für Sinowatz' Rücktritt bot, der Entschluss, sein Amt als Bundeskanzler zurückzulegen. Der Paradigmenwechsel beinhaltete nach Kanzler-Nachfolger Vranitzky, neben der Affäre Waldheim und der rasanten Entwicklung eines gemeinsamen Europas, auch Teile des Innenlebens der „alten SPÖ“, in der in den Grundfesten der Industriepolitik notwendig gewordenen weitreichenden Veränderungen umgesetzt werden mussten, um die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der verstaatlichten Industrie wiederherzustellen.³⁵³ *„Wir mussten innerhalb kurzer Zeit ein altes Industriebild ablegen und ein neues, modernisiertes annehmen“³⁵⁴*, erinnert sich Vranitzky und erklärt, dass grundlegende, teilweise unangenehme Strukturveränderungen wie diese nicht friktionslos verlaufen konnten und so auch zu logi-

³⁵² Interview Busek, 4.

³⁵³ Vgl. Interview Vranitzky, 6f.

³⁵⁴ ebenda, 7.

schen Stimmenverlusten der SPÖ, insbesondere im Bereich der Mur-Mürz-Furche, wo große Teile der verstaatlichten Industrie beheimatet waren, führten.³⁵⁵

Obwohl Anton Pelinka konstatiert, dass die Krise der VOEST und damit der verstaatlichten Industrie direkt nur die SPÖ erfasste und die FPÖ mangels Kompetenz und mangels Tradition mit dieser nichts zu tun hatte, sieht er diese Krise dennoch als jene Zäsur, nach welcher das Ende der Koalition endgültig besiegelt war.³⁵⁶ Nach Pelinka sei es einerseits der bereits beschriebene Paradigmenwechsel innerhalb der SPÖ hinsichtlich des Koalitionspartners FPÖ gewesen, der auch zum vorzeitigen Rücktrittsentchluss von Kanzler Sinowatz führte, andererseits bestätigte die SPÖ abermals durch die Vorgehensweise Lacinas, der den Regierungspartner nicht über seine Entscheidungen informierte, die FPÖ nicht als ernstgenommenen Partner, sondern vielmehr als Beiwagen einer allein entscheidenden SPÖ zu betrachten.³⁵⁷

3.3.5 Einfluss der Waldheim-Affäre und der Rücktritt von Kanzler Sinowatz

Die Affäre um die Kandidatur des von der ÖVP unterstützten, parteilosen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim und dessen Kriegsvergangenheit hatte, ausgenommen des Rücktritt Sinowatz', keinen direkten Einfluss auf die SP-FP-Koalition, wenngleich indirekte Faktoren bezüglich der Entwicklung der beiden Parteien sehr wohl eine Rolle spielten.³⁵⁸ Dies schlussfolgert nicht nur Anton Pelinka, sondern belegt auch die Tatsache, dass keiner der interviewten Regierungsmitglieder der SP-FP-Koalition die Waldheim-Debatte als Einflussfaktor für das negative Klima und das letztlich verfrühte Ende der Koalition nannte. Die tatsächliche Präsidentschaft Waldheims nach dessen erfolgreicher Wahl war vielmehr eine Hürde, mit der die der SP-FP-Regierung ab 1987 nachfolgende Große Koalition umzugehen hatte.³⁵⁹ Waldheim, dessen Wehrstammkarte wohl durch die SPÖ und ihr nahestehende Kreise als wahltaktische Handlung zur Stärkung des SP-Kandidaten Kurt Steyrer den Medien zugespielt wurde³⁶⁰ – der verifizierte

³⁵⁵ ebenda

³⁵⁶ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 50.

³⁵⁷ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 51-53.

³⁵⁸ Vgl. ebenda, 54.

³⁵⁹ Vgl. Interview Vranitzky, 9.

³⁶⁰ Vgl. Gehler, Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck²2007), 618.

Urheber dieser Aktion ist bis heute umstritten³⁶¹ – und die damit eine öffentliche und das internationale Aufsehen erregende Kontroverse über die Vergangenheit Waldheims und die allgemeine Mitverantwortung Österreichs an Kriegsverbrechen, die zahlreiche Kapitel öffentlicher Aufarbeitung und Diskussion zur Folge hatte und auch über das Ende von Waldheims Präsidentschaft im Jahr 1992 hinausreichte, auslöste, gewann nach einem deutlichen Erfolg im ersten Wahlgang (49,6% der abgegebenen Stimmen) auch die am 8. Juni 1986 durchgeführte Stichwahl gegen den SP-Kandidaten Steyrer relativ klar und wurde zum sechsten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.³⁶² Ob die SPÖ im Präsidentschaftswahlkampf die NS-Vergangenheit Waldheims in der Öffentlichkeit lancierte oder nur als willkommenes Argument, gegen VP-Kandidaten zu mobilisieren, aufnahm und so in der Diskussion gegen Waldheim, neben der internationalen Aufruhr, zur treibenden Kraft wurde, ist unerheblich, jedenfalls war die Kampagne gegen Waldheim diesem eher förderlich, auch tatsächlich von der Bevölkerung als Bundespräsident gewählt zu werden, da sich bei der Mehrheit mit Fortdauer der Diskussion das Gefühl festigte, sich von der mittlerweile international betriebenen Kampagne gegen Waldheim in ihrer persönlichen Wahlentscheidung nicht beeinflussen lassen zu wollen.³⁶³ Während für die SPÖ mit der Wahl Waldheims eine entscheidende Wahlniederlage zu Buche stand, war für die FPÖ die Bundespräsidentenwahl nur von peripherer Bedeutung, unterstützte man doch seitens der Freiheitlichen offiziell keinen Kandidaten.³⁶⁴

Auf Seiten der SPÖ nutzte der bereits seit einiger Zeit abgangswillige und seither seinen Abgang vorbereitende³⁶⁵ Fred Sinowatz das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl, in

³⁶¹ Während Michael Gehler die Zuspiegelung der Wehrstammkarte auf SPÖ-Kreise zurückführt, erwähnt Oliver Rathkolb wohl zurecht, dass es zwar naheliegend erscheint, dass die SPÖ und der Kabinettschef von Kanzler Sinowatz, Hans Pusch, diesen entscheidenden Akzent gesetzt hat, jedoch nicht außer Acht gelassen werden darf, dass die internationale Aufmerksamkeit spätestens seit der Affäre Frischenschlager-Reder auf die Kriegsvergangenheit österreichischer Politiker gerichtet war und auch Recherchen aus dem Ausland zu dieser Information geführt haben könnten. – Vgl. Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, 302.

³⁶² Vgl. Gehler, *Die Waldheim-Affäre 1986-1992*, 628.

³⁶³ Vgl. Grillmayer, *National und Liberal*, 198.

³⁶⁴ Vgl. ebenda, 199.

³⁶⁵ Nach Pelinka hatte sich Sinowatz zu Jahresbeginn 1986 endgültig zu diesem Schritt entschlossen und führte ab diesem Zeitpunkt mit seinem Wunschnachfolger Franz Vranitzky Gespräche, über die Sinowatz allerdings niemanden informierte. Auch Kreisky hatte Sinowatz erst kurz vor seinem tatsächlichen Rücktritt nach dem Wahlergebnis, das als zwar den Anlass, aber keinesfalls die Ursache für den Rücktritt des Kanzlers darstellen sollte, über sein Vorhaben in Kenntnis gesetzt. Für Pelinka ein Zeichen der Führungsstärke Sinowatz', der somit nicht nur seinen Nachfolger, sondern auch den Zeitpunkt seines Abgangs und des Richtungswechsels in der SPÖ alleine bestimmt hatte. – Vgl. Pelinka, *Die kleine Koalition*, 54f.

deren Wahlkampf er als Speerspitze der SPÖ gegen Waldheim Stellung bezogen hatte, um seinen Rücktritt zu erklären und Franz Vranitzky als seinen Nachfolger als Bundeskanzler zu präsentieren. Mit Vranitzky wurde nun jener Mann Bundeskanzler, der zwar gewillt war, die Kleine Koalition zu dem mit dem Wahltermin 1987 festgesetzten Ende zu führen, sich aber „[...] mit der Logik der Kleinen Koalition, der Logik des kleineren Übels nicht identifizieren wollte.“³⁶⁶ Mit dem Abgang Sinowatz' war also ein weiterer jener „Baumeister“ aus entscheidender Funktion geschieden, der wesentlich zum Zustandekommen der Kleinen Koalition beigetragen hatte. Vranitzky wiederum hatte nach dem Rücktritt Sinowatz' auch die Demission von Außenminister Gratz hinzunehmen und war gleich zu Beginn seiner Tätigkeit gefordert, eine neue SP-Regierungsmannschaft zu bilden, die auch den Vorstellungen der unterschiedlichen Flügel in der SPÖ entsprach. Denn neben dem durch den Weinskandal in die Diskussion geratenen Günter Haiden im Landwirtschaftsministerium, waren auch das bis dahin von Ferdinand Lacina geführte Ministerium für Verkehr und öffentliche Wirtschaft und das von Vranitzky bis dahin geführte Finanzministerium zu besetzen. Schließlich wurden der ehemalige Diplomat Peter Jankowitsch als Außenminister, nach Interventionen durch hochrangige SP-Mitglieder wie Kreisky, Sinowatz und Blecha Ferdinand Lacina als Finanzminister, der ehemalige Generaldirektor der AMAG, Rudolf Streicher, als Minister für Verkehr und öffentliche Wirtschaft und der Gewerkschafter Erich Schmidt als Landwirtschaftsminister vom Bundespräsidenten angelobt.³⁶⁷

Gleichzeitig waren während des Präsidentschaftswahlkampfes die innerparteilichen Divergenzen in der FPÖ durch den Rücktritt Friedrich Peters als Klubobmann und die Neubesetzung des Postens in ein entscheidendes Stadium gekommen. Die durch die Waldheim-Affäre sowie den Handschlag Frischenschlagers mit Reder in Österreich entstandene politische Stimmung sollte in diesem Machtkampf dem Gegenpart des liberalen FP-Obmanns Norbert Steger, Jörg Haider, bei der Mobilisierung des rechten Flügels der Partei zugutekommen.³⁶⁸

³⁶⁶ Pelinka, Die kleine Koalition, 36.

³⁶⁷ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 105f.

³⁶⁸ Vgl. Gehler, Die Waldheim-Affäre 1986-1992, 630.

3.4 Vorzeitiges Ende der Regierung

3.4.1 Der Höhepunkt des internen Machtkampfes und die Haltung der SPÖ

3.4.1.1 Vorgeschichte in der FPÖ

Während sich also in der SPÖ nach der Bundespräsidentenwahl 1986 ein Führungs-, damit verbunden aber auch ein Paradigmenwechsel hinsichtlich der Ausrichtung der Partei vollzog, war der sich eigentlich seit Beginn der Koalition permanent steigende interne Machtkampf in der FPÖ (vgl. Kap. 3.2.5.2 d. A.) in eine neue Sphäre gekommen. Obwohl Steger seinen parteiinternen Kontrahenten Haider 1985 im Bundespartei-vorstand noch vor dem aufgrund seiner ständigen, öffentlichen Kritik an der Parteiführung im Raum stehenden Parteiausschluss bewahrte³⁶⁹, war es ausgerechnet der im April 1986 verkündete Rücktritt des Steger-Förderers und langjährigen Klubobmanns Friedrich Peter und die Entscheidung um dessen Nachfolge, der das Fass des Konfliktes zum Überlaufen brachte. Steger stieß mit der Entscheidung anstelle Norbert Gugerbauers, der ebenso wie der zurückgetretene Peter der starken oberösterreichischen Landespartei entstammte, den durch den Handschlag mit NS-Kriegsverbrecher Reder öffentlich und die folgende Entschuldigung bei der jüdischen Bevölkerung auch innerparteilich kritisierten Friedhelm Frischenschlager zum FP-Klubobmann zu berufen, auf heftige, innerparteiliche Kritik. Gleichzeitig sollte mit Helmut Krünes ein weiterer Jugendfreund Stegers das Verteidigungsministerium übernehmen.³⁷⁰ Dies gesteht Steger rückblickend als entscheidenden Fehler und einer der Gründe für die Ereignisse, die beim Parteitag in Innsbruck folgten, ein:

„Einer der Gründe, warum ich am Innsbrucker Parteitag gestürzt wurde, war, dass ich Frischenschlager als Klubobmann durchgedrückt habe. Die Mehrheit wollte eigentlich Gugerbauer und damit habe ich Oberösterreich verloren. In der Partei hatte man immer die Mehrheit, wenn man Kärnten oder Oberösterreich auf seiner Seite hatte.“³⁷¹

Gleichzeitig gab es aufgrund der hohen Unzufriedenheit mit der von der Bundespartei betriebenen Politik von der Kärntner FPÖ im Frühjahr 1986 Bestrebungen, nach dem

³⁶⁹ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 56.

³⁷⁰ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 114f.

³⁷¹ Interview Steger, 13.

CSU/CDU-Modell in Deutschland sich von der Bundespartei abzukoppeln, ohne sie jedoch in ihrer Gesamtheit zu verlassen. Der Bundesparteivorstand drohte daraufhin der gesamten Landespartei mit dem Parteiausschluss, ab diesem Zeitpunkt kam es nach den Aussagen Jörg Haiders bis zum Innsbrucker Parteitag zu einer Eiszeit zwischen der Bundes- und der Kärntner Landespartei.³⁷²

3.4.1.2 Die Haltung der SPÖ im Vorfeld des Parteitags

Als im Spätsommer 1986, nur wenige Tage vor dem Parteitag in Innsbruck, klar wurde, dass sich Jörg Haider als Gegenkandidat zu Norbert Steger bei der Wahl zum Parteichef aufstellen lassen wurde, polarisierten die beiden Lager innerhalb der FPÖ stärker als je zuvor. Eine entscheidende Rolle in der Argumentation der Wahlwerber spielte auch die – weiterhin aufrechte und noch bis 1987 vom Volk legitimierte – Koalition mit der SPÖ und deren Fortführung im Falle eines Führungswechsels innerhalb der FPÖ. Während Norbert Steger betonte, er stehe „[...] für eine zukunftsorientierte Politik der Liberalen in der Regierung und die Partei sollte die sich durch die Fortsetzung der Koalition mit der SPÖ bietende Gelegenheit ergreifen, während Haider für ein nicht zukunftsfähiges politisches Programm und eine letztlich nicht zukunftsfähige Oppositionspolitik stehe“³⁷³, betonte auch Haider, er „[...] habe 1983 die Koalition mitbeschlossen und werde im Fall seiner Wahl für deren Fortsetzung bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode 1987 eintreten.“³⁷⁴ Seitens des Koalitionspartners SPÖ und deren Parteichef Franz Vranitzky gab es im Vorfeld des Parteitags kein Statement, ob im Falle der Wahl Jörg Haiders die Koalition fortgesetzt werden würde. Nach der Aussage von Franz Vranitzky habe ihn Jörg Haider vor dem Parteitag telefonisch kontaktiert und mit dieser Frage konfrontiert:

„Die Fragestellung von Dr. Haider an mich in diesem Telefonat im Vorfeld des Innsbrucker Parteitags war nicht, ob die Regierung hält, sondern, ob er Vizekanzler wird. Er hat, expressis verbis, gesagt und so hat auch das Telefonat begonnen: „Wir haben am Wochenende einen Parteitag und ich werde wahrscheinlich Obmann. Machen wir zwei Dynamischen eh gemeinsam weiter, ich als Vizekanzler.“ Und ich habe ihm gesagt, heute weiß ich nicht ob das kryptisch

³⁷² Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 57.

³⁷³ Kriechbaumer, Zeitenwende, 232.

³⁷⁴ ebenda, 233.

*war, dass ich ihm das nicht zusagen kann, weil ich einen Koalitionsvertrag mit Dr. Steger habe und nicht hinter dem Rücken des Dr. Steger, nur deshalb, weil er annimmt, dass er Obmann wird, mit ihm schon, ehe er überhaupt Obmann ist, einen Pakt schließen kann. Jetzt komme ich zu meinem Vorwurf bezüglich der Handschlagqualität des Dr. Haider: Er ist in Folge dieses Telefonats zum Parteitag nach Innsbruck gefahren und hat dort klar zu erkennen gegeben, er habe mit mir schon alles zur Weiterführung der Zusammenarbeit ausgemacht, was einfach nicht der Wahrheit entsprach.*³⁷⁵

Ob Steger von diesem Telefonat Haiders mit Vranitzky gewusst hat, ist unklar, jedenfalls behauptete er am Parteitag, dass der Kanzler die Koalition beenden würde, wenn Haider gewählt würde.³⁷⁶ Dies führte zur erneuten Kontaktaufnahme mit Vranitzky während des Parteitags in Innsbruck, die nach Aussage Stegers allerdings keine Klarheit hinsichtlich der Fortführung der Koalition schaffte.³⁷⁷ Während Haider am Parteitag also kundtat, die Zusage des Kanzlers zur Fortführung der gemeinsamen Regierung zu haben³⁷⁸ und gleichzeitig Steger seine Vermutung äußerte, dass dem nicht so ist³⁷⁹, traf Vranitzky vor der Wahl Haiders jedenfalls keine Aussage betreffend seiner nur zwei Tage nach dem Innsbrucker Parteitag verkündeten Entscheidung, die Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ vorzeitig zu beenden.

3.4.2 Der Innsbrucker Parteitag und die Wahl Haiders zum FPÖ-Obmann

Auch, weil letzte Versuche Norbert Stegers, den innerparteilichen Konflikt noch vor dem Innsbrucker Parteitag zu lösen³⁸⁰, gescheitert waren, kam es am Parteitag schließlich zur Kampfabstimmung zwischen Norbert Steger und Jörg Haider. Haider erfuhr in seiner Kandidatur wesentliche Unterstützung durch die oberösterreichische Landespartei, allen voran Norbert Gugerbauer, der wiederum von Steger sowohl bei der Regie-

³⁷⁵ Interview Vranitzky, 4.

³⁷⁶ Vgl. Interview Steger, 13.

³⁷⁷ Vgl. ebenda

³⁷⁸ Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 157.

³⁷⁹ Vgl. Interview Steger, 13.

³⁸⁰ Steger versuchte dies sowohl Ende August mit einem Angebot an Jörg Haider, dem er das Amt des Handelsministers angeboten hatte und über die Funktion des Vizekanzlers die Partei entscheiden lassen wollte, als auch am Vorabend des Parteitags bei internen Gesprächen, wo über eine Kompromisskandidatur von Krünes oder Ofner diskutiert wurde. Während Haider ablehnte und Krünes sich nur einer Kandidatur stellen wollte, sofern es zu keiner Kampfabstimmung käme, was zu diesem Zeitpunkt ausgeschlossen war, wäre Ofner zu einer Kandidatur bereit gewesen, jedoch ging Steger schließlich auf diese nicht mehr ein. – Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 57-59.

rungsbildung 1983 als auch zuletzt nach dem Rücktritt Friedrich Peters nicht in die angestrebten Ämter bestellt und so persönlich enttäuscht worden war. Dass sich Jörg Haider nach langen Reden am Parteitag, unter anderem von Peter, Frischenschlager und Steger, der bei seiner Rede ausdrücklich Helmut Krünes als Kompromisskandidaten der beiden Lager als Parteichef vorschlug, dieser aber nur bereit war, zu kandidieren, falls es nicht zu einer Kampfabstimmung kommen würde³⁸¹, kurz vor Mitternacht in der besagten Kampfabstimmung gegenüber Norbert Steger deutlich mit 57,7% der Delegiertenstimmen durchsetzt³⁸², war im Vorfeld des Parteitags nicht abzusehen. So berichtet Ferdinand Lacina von einem Gespräch mit FP-Staatssekretär Holger Bauer:

„Bauer erklärte mir am Vorabend, als er zum Innsbrucker Parteitag abreiste, dass es für ihn vollkommen klar sei, dass die Steger-Leute gewinnen werden und, dass Haider eine Abfuhr bekommen wird.“³⁸³

FP-Klubobmann Friedhelm Frischenschlager bestätigt, dass eine Mehrheit Haiders zwar möglich erschien, in dieser Deutlichkeit aber nicht absehbar war:

„Am Tag des Innsbrucker Parteitages haben wir schon gewusst, dass ein Wechsel an der Spitze der FPÖ zu Haider passieren kann, weil die innerparteiliche Opposition Haiders ja schon lange ein Thema war. Ich bin mir nicht sicher, ob Haider auch gewonnen hätte, wenn Krünes einer Gegenkandidatur zu Haider zugestimmt hätte. Am Parteitag konnte man bald erkennen, in welche Richtung die Dinge laufen.“³⁸⁴

Während Norbert Steger heute behauptet, er wäre zu diesem Parteitag gefahren und habe gewusst, dass er keine Mehrheit habe³⁸⁵, berichtet SP-Parteibobmann Vranitzky davon, Steger habe im Vorfeld des Parteitags zwar zu ihm gesagt, dass es eine harte Auseinandersetzung werden, er aber sicher Obmann bleiben würde.³⁸⁶

³⁸¹ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 236.

³⁸² Vgl. ebenda, 237.

³⁸³ Interview Lacina, 7.

³⁸⁴ Interview Frischenschlager, 9.

³⁸⁵ Vgl. Interview Steger, 13.

³⁸⁶ Vgl. Interview Vranitzky, 4.

3.4.3 Erklärung von Kanzler Vranitzky und die Beweggründe

Unmittelbar nach der Wahl Haider wurde seitens der FPÖ in Person von Harald Ofner und im Auftrag des neuen Parteiobmanns Haider in Form eines Telefongespräches, welches die Fortführung der Koalition klären sollte, mit Kanzler Vranitzky Kontakt aufgenommen. Vranitzky äußerte sich aber in diesem Gespräch weiterhin nicht betreffend der Weiterführung der Koalition und stellte lediglich die Frage, ob Haider selbst in die Regierung wolle, was seitens der FPÖ verneint wurde.³⁸⁷ Nach einem Gespräch mit Vizekanzler Steger am folgenden Tag trifft Vranitzky den Entschluss, mit Haider keine Regierung bilden zu wollen und bespricht diesen mit seinen Parteifreunden, unter anderem auch mit Bruno Kreisky.³⁸⁸ Vranitzky projiziert in seiner öffentlichen Darstellung dieses vorzeitige Ende der Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ ausschließlich auf die Person Haider, die neue Ausrichtung der FPÖ und das damit verbundenen Ende des von Bruno Kreisky und Friedrich Peter entworfenen Versuchs, mit Norbert Steger an der Spitze aus der FPÖ eine liberale Partei zu machen. Robert Kriechbaumer führt als weiteren möglichen Beweggrund Vranitzkys auch jenes Kalkül ins Treffen, welches in diesem Zusammenhang Vranitzky in die Karten gespielt hat:

„Wenngleich Vranitzky Haider persönlich ablehnte und damit die Beendigung der Kleinen Koalition die logische Konsequenz einer persönlichen Aversion gegenüber dem neuen FPÖ-Obmann war, so entsprach diese offizielle Begründung doch keineswegs den eigentlichen Motiven. Hinter dem propagandistischen Paravent der moralischen Entrüstung verbarg sich eine äußerst geschickte Strategie, mit deren Hilfe der Kanzler die Stimmen- und Mandatsmehrheit der SPÖ zu retten hoffte.“³⁸⁹

Vranitzky bestätigt diese Analyse Kriechbauers naturgemäß weder in den verschriftlichten Ausführungen seiner „Politischen Erinnerungen“ noch im mit ihm geführten Interview. Die Ausführungen des damaligen Finanzministers Ferdinand Lacina stimmen mit Kriechbauers geäußerten strategischen Überlegungen überein:

³⁸⁷ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 60.

³⁸⁸ Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 159.

³⁸⁹ Kriechbaumer, Zeitenwende, 108.

„Auch, weil Vranitzky mich in der Affäre Reder-Frischenschlager als einziger auch unterstützt hat, hat es mich nicht gewundert, dass die Übernahme Haider das Ende der Koalition bedeutete. Es hat aber auch sicherlich das Kalkül eine Rolle gespielt, bei Absturz der FPÖ ohnehin eine Koalition mit der ÖVP machen zu müssen und dann vielleicht deutlich schlechtere Bedingungen zu haben. Man muss aber auch ehrlich sagen: Haider hat der SPÖ bei der Wahl die Nummer eins gerettet.“³⁹⁰

Resümierend war es wohl eine Mischung aus beidem, das zum Entschluss Vranitzkys führte: Einerseits die definitiv vorhandene Abneigung Vranitzkys gegenüber der Person Jörg Haider und dessen betriebener Politik, mit der sich Vranitzky, der sich selbst nicht als „Baumeister“ der von ihm nun geführten Kleinen Koalition mit der FPÖ bezeichnete und in der Affäre um den Empfang Walter Reders innerhalb der SPÖ schon für das vorzeitige Ende dieser votierte, nicht identifizieren konnte und andererseits die Gelegenheit, zu diesem aufgrund unmittelbar bevorstehender, unpopulärer finanzpolitischer Reformen für die SPÖ als Regierungspartei strategisch nicht günstiger werdenden Zeitpunkt für eine etwaige Wahlentscheidung bereits jetzt Neuwahlen herbeizuführen und diese unter dem nachvollziehbaren Grund der Person Haider gegenüber der Öffentlichkeit zu argumentieren.

³⁹⁰ Interview Lacina, 11.

IV. DIE BEZIEHUNG VON SPÖ UND FPÖ NACH 1986

4.1 Eine Koalition des Übergangs

Die Kleine Koalition war, auch, wenn sie erst mit 21. Jänner 1987 offiziell abberufen und durch die folgende Große Koalition SPÖ-ÖVP unter Kanzler Vranitzky abgelöst wurde, mit dem Innsbrucker Parteitag, der Wahl Jörg Haiders zum FPÖ-Obmann und der Erklärung Vranitzkys am 15. September 1986, beendet. Sie war eine Koalition des Übergangs und des Paradigmenwechsels in den beiden Parteien, aber auch in der politischen Landschaft Österreichs. Die für November anberaumten Neuwahlen standen unter gänzlich anderen Vorzeichen, als es noch bei den Nationalratswahlen 1983 der Fall gewesen war. Anton Pelinka formuliert die SP-FP-Zusammenarbeit als *„Nahtstelle des Übergangs zwischen zwei voneinander sehr verschiedenen politischen Kulturen“*³⁹¹ und pointiert seine Analyse, dass Wertvorstellungen wie Stabilität, Konsens und Loyalität von Beweglichkeit, Distanz und Skepsis gegenüber handelnden Personen und bestehenden Verhältnissen abgelöst worden seien, mit den Worten: *„Davor war die politische Kultur der 2. Republik eine Ja-Sager-Kultur, danach eine Nein-Sager-Kultur.“*³⁹² Auch, wenn das Wirken der Regierung Sinowatz-Steger in der Totalität der politischen Geschehnisse der Zweiten Republik eine eher untergeordnete Rolle spielt – der spätere VP-Vizekanzler Busek spricht sogar davon, sie sei in der breiten, öffentlichen Erinnerung getilgt³⁹³ und wird in dieser Ansicht grundsätzlich von Politikwissenschaftler Pelinka bestätigt³⁹⁴ – stellt sie zweifelsohne eine Zäsur des politischen Wandels dar. Für Vranitzky, der nach Ende der Kleinen Koalition noch über zehn Jahre Bundeskanzler blieb, war diese Zäsur im Jahr 1986 auch von wesentlichen Themen der Zeit geprägt:

„Ich glaube, dass nach 1986 die Paradigmen ziemlich rasch andere wurden. Erstens ist spätestens nach 1986 das Europathema in den Mittelpunkt gerückt, zweitens ist auch die Präsidentschaft Waldheims als Paradigmenwechsel zu

³⁹¹ Pelinka, Die kleine Koalition, 96.

³⁹² ebenda

³⁹³ Vgl. Interview Busek, 9.

³⁹⁴ Pelinka spricht davon, dass die Kleine Koalition aufgrund unterschiedlicher Interessen der Parteien in der politischen Wahrnehmung verdrängt wird und die Repräsentanten der am Innsbrucker-Parteitag abgewählten FP-Führung als einzig „wirkliche Anwälte“ der Koalition fungieren, weil ihr Interesse darin liege, positive Aspekte herauszustreichen und das Scheitern auf nicht steuerbare Außenfaktoren zu schieben. – Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 89.

*sehen. Drittens hat sich die Verfasstheit der österreichischen Wirtschaft rasant verändert und damit auch Teile des Innenlebens der alten SPÖ, zum Beispiel der Verstaatlichtensektor.*³⁹⁵

Nicht nur in den unterschiedlich gearteten Herausforderungen an die handelnden Entscheidungsträger und in der veränderten politischen Kultur wurden in der Zeit der Kleinen Koalition Übergänge geschaffen, sondern auch in den beiden Parteien, deren Verhältnis zueinander Gegenstand dieser Arbeit ist: Während innerhalb der FPÖ die schon unter Kreisky beginnenden Bemühungen von Langzeit-Obmann Peter, in der Freiheitlichen Partei das liberale Element fest zu verankern, und damit die auch Politik von Norbert Steger durch den Innsbrucker Parteitag nicht nur die Unterstützung der Partei verloren hatte, sondern seitens der Parteibasis auch eine deutliche Entscheidung für das opponierende Lager und den von Jörg Haider eingeschlagenen, nationalistisch orientierten Weg getroffen wurde, war es in der SPÖ die Zeit des Übergangs von der langen „Ära Kreisky“ und der SP-Alleinregierung hin zu einer vom verhältnismäßig jungen Kanzler Vranitzky in einen neuen (wirtschaftspolitischen) Kurs geführten Partei, die einerseits als langjährige Regierungspartei in dieser Phase des politischen Wertewandels stimmenbezogenen Verlusten³⁹⁶ gegenzusteuern hatte und sich andererseits mit der klaren Positionierung gegenüber Jörg Haider und der FPÖ, nach der diesbezüglich restriktiven Ablehnung Kreiskys, wieder der Idee einer Zusammenarbeit mit der ÖVP in Form einer Großen Koalition eröffnete.

4.2 Die Neuausrichtung beider Parteien

4.2.1 Die FPÖ unter Haider

Auch wenn Friedhelm Frischenschlager, der auch nach der Abwahl Stegers noch bis 1990 FP-Klubobmann blieb, im Interview behauptet, die Wahl Haiders habe nicht das sofortige Ende der liberalen Richtung der FPÖ bedeutet³⁹⁷, war sie für Friedrich Peter,

³⁹⁵ Interview Vranitzky, 6.

³⁹⁶ Diese Verluste der SP wurden sowohl durch Landtagswahlergebnisse während der Kleinen Koalition, vor allem aber durch die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten, als sich die SPÖ erstmals in der Zweiten Republik in einer Bundespräsidentenwahl gegenüber dem VP-Kandidaten geschlagen geben musste, postuliert.

³⁹⁷ Vgl. Interview Frischenschlager, 9. – Frischenschlager behauptete außerdem (und begründete damit seine weitere Funktionsausübung als Klubobmann unter Parteiobmann Haider), es habe auch von Haider zunächst Anzeichen gegeben, dass die liberale und die rechtspopulistische Seite in der Partei nebeneinander bestehen könnte.

den langjährigen FP-Obmann und Förderer des liberalen Kurses sowie der Kleinen Koalition, „das endgültige Aus dessen, was er den Freiheitlichen als „liberale Reformpolitik“ verschrieben hatte.“³⁹⁸ Robert Kriechbaumer hält gar fest, dass Friedrich Peter mit den Ereignissen am Innsbrucker Parteitag gar sein Lebenswerk zerstört sah.³⁹⁹ Auch Norbert Steger erklärte seinen Weg, aus der FPÖ eine andere, eine liberale Partei zu machen, spätestens mit dem Innsbrucker Parteitag als gescheitert.⁴⁰⁰ Während seitens der FPÖ also zwar spekuliert wurde, die Regierungszusammenarbeit mit der SPÖ noch weiterführen zu können (vgl. Kap. 3.4.3 d. A.), stand der Innsbrucker Parteitag, auch aufgrund der Art und Weise, wie er verlaufen war, nämlich letztlich endend in einer Kampfabstimmung über die beiden Kandidaten Steger und Haider, für eine Zäsur und einen Richtungswechsel innerhalb der FPÖ. Mit einer doch deutlichen Entscheidung für die parteiinterne Opposition um Jörg Haider war der Richtungsstreit der FPÖ, der in der nicht durchgängigen Überzeugung der Parteimitglieder hinsichtlich der von Steger verkörperten liberalen Politik quasi mit dessen Wahl begann, sich während der in der gesamten Legislaturperiode der SP-FP-Koalition zu bewältigenden Wirrungen und Affären verstärkte und schließlich im Parteitag von Innsbruck gipfelte, beendet. Die fehlende Rückendeckung für den Parteiohmann Steger aus der eigenen Partei sowie die Schwierigkeiten, die liberale Politik in der FPÖ durchzusetzen, nannten deshalb sämtliche Interviewpartner als Argument für das Scheitern der Koalition. Gleichzeitig kam im September 1986 mit Jörg Haider ein neuer Parteiohmann, der mit Fortdauer der Kleinen Koalition immer stärker gegen diese opponierte und so in der SPÖ nur wenig Fürsprecher für sich hatte.⁴⁰¹ Nach der Entscheidung Vranitzkys, die Regierungszusammenarbeit zu beenden, und im bevorstehenden Wahlkampf konzentrierte sich die FPÖ unter Haider darauf, sich von der betriebenen Regierungspolitik der vergangenen Jahre abzugrenzen. Die Veränderungen in der Partei sollten den Oppositionsbonus für eine Partei bringen, welche die letzten Jahre in Regierungsverantwortung gewesen ist.⁴⁰²

³⁹⁸ Pelinka, Die kleine Koalition, 97.

³⁹⁹ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 238.

⁴⁰⁰ Vgl. Interview Steger, 3. – Weder Steger noch Vranitzky, Lacina oder Busek erwähnten, dass Haider Akzente direkt nach dem Parteitag gesetzt hätte, welcher die weitere Existenz eines liberalen Kurses in der Freiheitlichen Partei zugrunde lag.

⁴⁰¹ Lacina erklärt im Interview, wäre es nach dem Innsbrucker Parteitag zu einer parteiinternen Abstimmung in der SPÖ über den Fortbestand der Zusammenarbeit gekommen, hätten wohl 95% für das Ende der Koalition gestimmt. – Vgl. Interview Lacina, 11.

⁴⁰² Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 89.

4.2.2 Die SPÖ und die notwendig gewordene Strukturreform

Innerhalb der SPÖ war der schon 1983 notwendig gewordene Umbruch nicht nur dem Rücktritt Bruno Kreiskys geschuldet, sondern vor allem dem bereits erwähnten Wandel der politischen Kultur und der österreichischen Gesellschaft. Robert Kriechbaumer konstatiert Mitte der achtziger Jahre das Ende des „*Goldenen Zeitalters der beiden österreichischen Großparteien*“⁴⁰³. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen, wie der immer schneller voranschreitende Modernisierungsprozess, ein grundlegender Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung von Politik und eine Abkehr von traditionellen politischen Loyalitäten,⁴⁰⁴ sind jene für die SPÖ in ihrer Ausrichtung wesentlichen Prozesse, die auch Anton Pelinka in dem von ihm beschriebenen Wandel der politischen Kultur (vgl. Kap. 4.1 d.A.) erwähnt.

*„In der SPÖ setzte Mitte der achtziger Jahre eine Diskussion über eine als notwendig erkannte Reform der Organisationsstruktur ein, da die Partei von der sich verändernden Wählerschaft zunehmend als überbürokratisch und überkommenen Ritualen und Symbolen verhaftet wahrgenommen wurde.“*⁴⁰⁵

Der durch die Übergabe des Kanzleramts von Kreisky-Nachfolger Sinowatz, der in der öffentlichen Wahrnehmung als Vertreter der etablierten SP-Politik galt, an den jungen, vormaligen Länderbank-Generaldirektor und Finanzminister Vranitzky, der sich neuen, notwendig gewordenen Wegen, wie etwa dem Kurswechsel hinsichtlich der von Kreisky etablierten Beschäftigungspolitik in der verstaatlichten Industrie oder später in der Frage um den EU-Beitritt Österreichs, nicht verschloss, eingeläutete Generationswechsel war ein wesentliches Element der parteiinternen Veränderung. Vranitzky erinnert sich an die anstehenden Herausforderungen folgendermaßen:

*„Wir mussten innerhalb kurzer Zeit ein altes Industriebild ablegen und ein neues, modernisiertes annehmen. [...] Es haben sich also sehr viele Entscheidungskriterien und Randbedingungen in wenigen Jahren sehr schlagartig geändert.“*⁴⁰⁶

⁴⁰³ Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 131.

⁴⁰⁴ Vgl. ebenda

⁴⁰⁵ ebenda, 131f.

⁴⁰⁶ Interview Vranitzky, 7.



Abb.11: Vranitzky verkörperte den endgültigen und notwendig gewordenen Strukturwandel in der SPÖ

Klare Anzeichen dieses sich innerhalb der SPÖ vollziehenden Strukturwandels projizierten sich – wie die erwähnten Hypothesen (vgl. v.a. Kap. 3.2.2, 3.2.3 sowie 3.2.5.1 d. A.) zeigen – in die gemeinsame Regierungsarbeit mit der FPÖ: Kanzler Sinowatz war vor die Herausforderung gestellt, als ausgezeichnete⁴⁰⁷ „Manager des Übergangs“, in der Post-Kreisky-Phase die unterschiedlichen Stimmungsbilder innerhalb der Partei wahrzunehmen, zu kategorisieren und gleichzeitig die Partei so zu strukturieren, dass diese den veränderten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und auch politischen Anforderungen gerecht werden kann. Gleichzeitig standen sich in der SPÖ aber somit zwei Richtungen gegenüber: Einerseits die etablierten Parteimitglieder, die zwar für die Kooperation mit der FPÖ als „kleineres Übel“ votierten, es aus der Ära Kreisky aber gewohnt waren, aufgrund der absoluten Mehrheit auf keinen Partner Rücksicht nehmen zu müssen und für den Erhalt der in dieser Zeit etablierten Gegebenheiten eintraten, und andererseits die junge Generation, wie etwa Vranitzky oder Lacina, die vorwiegend durch die Regierungsumbildung Sinowatz’ 1984 in entscheidende Regierungsämter kamen und keine Mitbegründer der SP-FP-Koalition⁴⁰⁸ waren, standen mit der in ihren Funktionen betriebenen Politik für einen neuen Weg.

⁴⁰⁷ Die unterschiedlichen Interviewpartner bezeichnen ihn als ausgezeichneten Strategen und unterschätzten Politiker – vgl. u.a. Interview Lacina, 10 sowie Interview Steger, 13.

⁴⁰⁸ Lacina sagt selbst, er habe „die Zusammenarbeit mit der FPÖ von Anfang an nicht besonders geschätzt“. – Interview Lacina, 8.

4.2.3 „Ausgrenzung vs. Abgrenzung“ – die Vranitzky-Doktrin und die Folgen

Die Entscheidung von Kanzler Vranitzky, die Zusammenarbeit mit der FPÖ unter Jörg Haider nicht nur zu beenden, sondern mit dieser Partei auch in Zukunft keine Regierungszusammenarbeit eingehen zu wollen, heute oftmals als „Vranitzky-Doktrin“ bekannt, war ein Element, das den politischen Diskurs und die Auseinandersetzung der beiden Parteien in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bis heute bestimmen sollte. In seinen „Politischen Erinnerungen“ beschäftigt sich Vranitzky hinlänglich mit der Ausführung des Begriffes der „Ausgrenzung“ – der Vranitzkys Aussage zur Folge von Haider immer wieder in die politische Debatte eingebracht wurde⁴⁰⁹ – und fasst dies im Interview zusammen:

„Letztendlich hat Haider, als ich ihn nicht in eine Bundesregierung aufgenommen habe, die Ausgrenzung erfunden. Sein Credo, er und seine Partei würden ausgegrenzt, hat sich schrittweise dahin entwickelt, alle Wählerinnen und Wähler der Freiheitlichen würden ausgegrenzt, was schlichtweg nicht der Fall war. Einige in der SPÖ, die Haider gerne gegen die ÖVP instrumentalisiert hätten, haben sich dieses Ausgrenzungsthemas auch angenommen. Das ist eigentlich bis heute geblieben.“⁴¹⁰

Dieser unter Kanzler Vranitzky entstandenen klaren Haltung der SPÖ gegenüber einer Zusammenarbeit mit der FPÖ folgten Jahre der Konfrontation der beiden Parteien: SPÖ und ÖVP kehrten erstmals seit 1964 wieder zu einer Großen Koalition zurück, die in der Folge bis zur Jahrtausendwende, also dreizehn Jahre, Bestand haben sollte. Der FPÖ war unter Jörg Haider mit Ausscheiden aus der Regierung am Beginn des Jahres 1987 bis ins Jahr 2000 die Rolle der Oppositionspartei zugeordnet. Haider wusste einerseits diese Konfrontationsstellung zu den etablierten Regierungsparteien, insbesondere zur SPÖ und Kanzler Vranitzky, in der politischen, öffentlichen und medialen Diskussion auszunutzen und erfuhr dabei breiten Zuspruch und große Zugewinne. Schon bei der Nationalratswahl 1987 konnte die FPÖ unter Haider ihren Stimmenanteil von 4,98 und 9,73 Prozent und die Anzahl der Mandate von 12 auf 18 erhöhen⁴¹¹; ein Erfolg, der deshalb so bemerkenswert war, weil Meinungsumfragen während der Kleinen Koalition

⁴⁰⁹ Vgl. Vranitzky, Politische Erinnerungen, 175-177.

⁴¹⁰ Interview Vranitzky, 6.

⁴¹¹ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 129.

und unter der Führung Norbert Stegers sogar den möglichen Einzug ins Parlament in Frage stellten. Diese Zweifel über einen erneuten Einzug ins Parlament der FPÖ unter Steger äußerte auch Ferdinand Lacina⁴¹², während Steger von diesem überzeugt war:

„Zwischen sechseinhalb und achteinhalb Prozent hätten wir erreicht. Natürlich haben alle Zeitungen geschrieben, dass wir nur noch drei Prozent haben, aber all diese Umfragen waren ohne Zurechnung. Nur, siebenundzwanzig Prozent, wie sie Haider dann 1999 bekommen hat, hätte ich mit diesem Kurs nie gekriegt.“⁴¹³

Neben der neuen Rolle der FPÖ, die Haider auch in der Öffentlichkeit zu nutzen und zu kampagnisieren wusste, war ein entscheidender Faktor in der Entwicklung Haiders und der FPÖ wesentlich: Ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Steger, der stets mit Grabenkämpfen in den eigenen Reihen konfrontiert war, erfuhr Haider – selbstverständlich auch verursacht durch seine Kraft und durch die seit dem Innsbrucker Parteitag verbuchten Zugewinne der sonst stagnierenden Partei – einen enormen Rückhalt in der FPÖ. Vranitzky fasst es zusammen:

„Haider hat dann durch sein unbestrittenes Talent, Schwachstellen anderer auszuloten und aufzugreifen, den lückenlosen Rückhalt in seiner eigenen Partei erwirkt. Dadurch hat er natürlich dann in der gesamten Innenpolitik an Prestige und Gewicht gewonnen. Als wir die Große Koalition begannen, haben wir dann sofort Gegner gehabt, die vorher nicht zu sehen waren.“⁴¹⁴

Vranitzky, der bis 1997 Kanzler und Parteiobmann blieb, behielt die ablehnende Haltung gegenüber Haider, der wiederum in diesem Zeitraum einerseits mit parteipolitischen Erfolgen bei Wahlen, andererseits aber auch mit zahlreichen Aussagen, allen voran jenen über die „ordentliche Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ im Kärntner Landtag im Jahr 1991, und rechtsnationalen orientierten Positionen, wie etwa jene in Zusammenhang mit dem Ausländervolksbegehren, aufhorchen ließ,⁴¹⁵ während seiner gesamten Zeit als Bundeskanzler bei. Mit dieser Devise waren die Koalitionsalternati-

⁴¹² Vgl. Interview Lacina, 9.

⁴¹³ Interview Steger, 13.

⁴¹⁴ Interview Vranitzky, 8f.

⁴¹⁵ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 137-143.

ven der SPÖ beschränkt.⁴¹⁶ Dies brachte während der Kanzlerschaft Vranitzkys keine größeren Probleme, da einerseits die Große Koalition eine komfortable Mehrheit im Parlament garantierte, Vranitzky selbst als Befürworter dieser Regierungsform bekannt war und die Politik der SP-VP-Koalition unter Vranitzky wesentliche Herausforderungen, wie etwa die Neustrukturierung der verstaatlichten Industrie, die Präsidentschaft Waldheim und deren internationale Folgen oder die langwierigen Beitrittsverhandlungen Österreichs zur Europäischen Union, positiv bewältigen konnte. Nachdem Vranitzky 1997 die Funktion des Bundeskanzlers und SPÖ-Obmanns an seinen Nachfolger im Finanzministerium, Viktor Klima, übergeben hatte, war die Große Koalition immer mehr mit Konflikten konfrontiert: Der Verkauf der „schwarzen“ Creditanstalt an die „rote“ Bank Austria gegen den Willen der ÖVP, aber auch unterschiedliche Ansichten bei der Reorganisation der ÖIAG führten zum Anfang vom Ende der seit 1987 praktizierten Zusammenarbeit der beiden stimmenstärksten Parteien.⁴¹⁷ Mit der Nationalratswahl 1999 und dem brisanten Ergebnis⁴¹⁸ dieser, waren die SPÖ und Kanzler Klima aufgrund der Tatsache, nicht mit der FPÖ unter Haider koalieren zu wollen, mehr denn je vor die Herausforderung mangelnder Koalitionsoptionen gestellt: Für das Bilden einer mehrheitsfähigen Regierung war abermals nur eine Große Koalition mit der ÖVP möglich. Weil sich die Stimmung in der Regierungszusammenarbeit in den letzten Jahren allerdings verschlechtert hatte, die ÖVP und deren Parteivorsitzender Wolfgang Schüssel erkannte, dass die ÖVP angesichts der verbuchten Wahlniederlage bei erneutem Gang in eine Große Koalition im Schatten der SPÖ zugrunde gehen würde⁴¹⁹, war sie – trotz langwieriger Regierungsverhandlungen, die sich bis über die Jahrtausendwende erstreckten – nicht wirklich gewillt, in eine neuerliche Regierung mit der SPÖ zu gehen. So kam es schließlich, dass die SPÖ erstmals in der Geschichte der Zweiten Republik als stimmenstärkste Partei den Gang in die Opposition antreten muss-

⁴¹⁶ Weder mit den Grünen, 1986 angetreten unter dem Namen „Die Grüne Alternative - Liste Freda Meissner-Blau“ und erstmals im Parlament vertreten, noch mit dem ab 1994 im Parlament vertretenen Liberalen Forum (LIF) konnte während der Kanzlerschaft Vranitzkys seitens der SPÖ eine parlamentarische Mehrheit erreicht werden und so war, neben der FPÖ, mit der eine Zusammenarbeit ausgeschlossen wurde, die ÖVP die einzige Koalitionsoption der stimmenstärksten SPÖ.

⁴¹⁷ Rathkolb, Die paradoxe Republik, 151f.

⁴¹⁸ Die SPÖ blieb zwar stimmenstärkste Partei, verlor aber sechs Mandate und erreichte nur noch 33,15% der Stimmen, die FPÖ wurde, weil sie 415 Stimmen mehr zu verbuchen hatte als die ÖVP, die bei gleicher Mandatszahl wie die FPÖ drittstärkste Kraft wurde, erstmals in der Zweiten Republik zweitstärkste Partei im Land (26,91% und 52 Mandate). Die Grünen erreichten 7,4 Prozent und 14 Mandate im Nationalrat. – Vgl. Vgl. Grillmayer, National und Liberal, 284f.

⁴¹⁹ Vgl. ebenda, 295.

te, während – unter heftigem Protest der Öffentlichkeit, von Bundespräsident Klestil und den 14 EU-Partnerstaaten – die erste schwarz-blaue Koalition gebildet wurde, der Wolfgang Schüssel trotz der ÖVP-Stimmenverluste und dem dritten Platz als Bundeskanzler vorstand und deren Zustandekommen Jörg Haider als FP-Obmann und starker Mann der Dritten Kraft, die nun zur zweiten Kraft im Land gewählt worden war, zwar verhandelte, selbst dem Kabinett Schüssel allerdings nie angehörte. Trotz des Wahlsieges war es für die SPÖ eine schwere Niederlage bei Regierungsverhandlungen, in welchen der Gestaltungsspielraum der SPÖ durch das Credo, mit der FPÖ eine Zusammenarbeit auszuschließen, minimal war. Diese Niederlage hatte nicht nur den Rücktritt Viktor Klimas, den Alfred Gusenbauer als SP-Vorsitzender ersetzte, für die SPÖ zur Folge, sondern auch die Tatsache, erstmals seit 1970 die Regierungsverantwortung abgeben zu müssen.

V. KONTINUITÄTEN UND BRÜCHE IN DER BEZIEHUNG DER BEIDEN PARTEIEN

5.1 Machtpolitisches Kalkül als Kooperationsbasis?

Als entscheidende Kontinuität, welche das Verhältnis von SPÖ und FPÖ fortlaufend beeinflusste, ist die Frage nach der anlassbezogenen Motivation und der parteipolitischen Triebkraft für Kooperationen der beiden Parteien im Verlauf der Zweiten Republik. Wesentliche Voraussetzung für diese zu erarbeitenden Entscheidungsmuster innerhalb der Parteien ist die Entwicklung der beiden starken politischen Lager nach dem Zweiten Weltkrieg: Neben den beiden etablierten Großparteien SPÖ und ÖVP war das Ziel der Freiheitlichen Partei (und deren Vorgängerpartei, der VdU), die machtpolitische Konstellation „Lagertheorie“, die sozialistisch-sozialdemokratische einerseits sowie die bürgerlich-christlich soziale Ideologie andererseits, zu durchbrechen.⁴²⁰ Diese Konstellation brachte dem Dritten Lager im Spannungsfeld der Großparteien zwar bald die Rolle einer möglichen Kooperationsalternative, die jedoch vorwiegend realpolitisch nur dann in Betracht gezogen wurde, wenn das jeweilige Gegenüber in grundsätzlichen Diskussionen sowie machtpolitischen Entscheidungsprozessen unter Druck gesetzt werden sollte. Schon bei der Gründung des VdU im Jahr 1949 spielte die Haltung der SPÖ und die Idee, durch das Etablieren einer dritten Kraft potentielle Wähler und durch die kurz davor erlassene Minderbelastetenamnestie nun Stimmberechtigte aus dem Segment des bürgerlichen Lagers abzuschöpfen (vgl. Kap. 1.1.2 d. A.) eine entscheidende Rolle. Auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnte verfestigte sich die Wahrnehmung des VdU bzw. der FPÖ als brauchbare Option, das Gegenüber unter Druck zu setzen: Nachdem der SPÖ-Plan von 1949 gescheitert war, versuchte die ÖVP 1953 unter Julius Raab, neben der SPÖ auch mit dem VdU zu paktieren, was letztlich an der Zustimmung von Bundespräsident Körner scheiterte (vgl. Kap. 1.1.3 d. A.). Die Folgejahre waren durch eine starke Große Koalition, welche in Anbetracht der Nachwirkungen des Weltkrieges und der Staatsvertragsverhandlungen eine mit einer breiten Mehrheit ausgestattete, solide und konsensorientierte Restaurationspolitik repräsentierte und bis 1966 Bestand haben sollte, geprägt. Schon in den Jahren vor der Wahl 1966 und der VP-

⁴²⁰ Vgl. Interview Frischenschlager, 2f.

Alleinregierung unter Kanzler Klaus wusste die SPÖ, zum Beispiel als man 1963 gemeinsam mit den Freiheitlichen in der Habsburg-Frage gegen die Linie des Regierungspartners stimmte, abermals, die FPÖ geschickt als Partner zu nutzen, ohne sich jedoch in entscheidender Form zu verpflichten. Als Bruno Kreisky SP-Parteiobermann wurde, wurden die Kontakte verstärkt, die FPÖ als zuverlässiger Partner gewonnen. Dies gelang vor allem auch deshalb, weil Kreisky es verstand, einerseits der FPÖ und deren Obermann Friedrich Peter das Gefühl zu geben, sie nicht ausschließlich als taktisches Werkzeug gegenüber der Volkspartei zu verstehen⁴²¹, und andererseits aber auch nicht verhehlte, mit der Stärkung einer liberalen FPÖ, seine Idee einer starken Sozialdemokratie und eines zersplitterten Bürgertums zu realisieren.⁴²² „Es ging darum, die FPÖ auf Kosten der ÖVP zu stärken“⁴²³, sieht Thomas Nowotny die Intention Kreiskys in der verstärkten Zusammenarbeit mit der Peter-FPÖ bei der schon 1949 geplanten Spaltung des Bürgertums und analysiert ferner, dass dem Handeln Kreiskys zweifellos politisches Kalkül zu Grunde lag, ohne jedoch gleichzeitig die Gefahr des rechtsradikalen Potentials, das sich in der österreichischen Nachkriegszeit nur bedingt entfalten konnte, als Entscheidungskriterium zu berücksichtigen.⁴²⁴ Gleichzeitig stand der SPÖ mit der FPÖ nicht nur bei der Stützung der SP-Minderheitsregierung 1970, sondern beinahe während der gesamten Zeit der SP-Alleinregierung – mit Ausnahme der Periode unter FP-Kurzzeitobermann Götz, als es zu Annäherungen der FPÖ mit der ÖVP und Zerwürfnissen Götz’ mit Kreisky kam – als zuverlässige Alternative zu Verfügung (vgl. Kap. 2.3.5 d. A.). Diese zwischen Bruno Kreisky und Friedrich Peter geschaffene Basis führte auch schließlich zum äußerst raschen Zustandekommen der Kleinen Koalition, nachdem die Kreisky und die SPÖ bei der Nationalratswahl 1983 die absolute Mehrheit verloren hatte. Die ÖVP spielte in den Koalitionsverhandlungen trotz Zugewinne und eines von Parteichef Mock am Wahlabend noch gefeierten Wahlerfolgs nur eine untergeordnete Rolle und war mit der Angelobung der ersten und bisher einzigen SP/FP-Koalition der Zweiten Republik zum erneuten Gang in die Opposition verpflichtet. Der Kanzler dieser Kleinen Koalition, Fred Sinowatz, erklärt rückblickend die Entscheidungskrite-

⁴²¹ Vgl. Horvath, Das Phänomen Bruno Kreisky, 155.

⁴²² Vgl. Interview Lacina, 3.

⁴²³ Nowotny, Thomas, Was bleibt von der Ära Kreisky? (Wien 1989), 15f.

⁴²⁴ Vgl. ebenda, 17.

rien, mit der FPÖ diese Kooperation einzugehen und geht dabei auch auf das zu berücksichtigende parteipolitische Kalkül ein:

*„Es wäre allerdings falsch zu glauben, daß die Präferenz für eine Kleine Koalition bloß auf ein machtpolitisches Kalkül zurückzuführen sei. Es spielte sehr wohl die Überlegung mit, die FPÖ, die ja damals Ansätze für eine sozialliberale Entwicklung hatte, in die Führung der österreichischen Innenpolitik einzubauen.“*⁴²⁵

Zweifelsohne stellte die FPÖ als Regierungspartner für die noch von Kreisky in die Koalition geführte SPÖ das „kleinere Übel“ gegenüber der ÖVP dar, wären die für ein Regierungsübereinkommen zu erbringenden Zugeständnisse gegenüber dieser wohl viel höher gewesen als dies bei der FPÖ der Fall war.⁴²⁶

Dass eine gute Kooperationsbasis mit der FPÖ jeweils einen entscheidenden strategischen Vorteil gegenüber dem politischen Gegenspieler brachte, hat aber nicht nur auf der einen Seite die ab den Siebzigerjahren ausgeprägte Beziehung von Kreisky mit Peter, die der SPÖ in den unterschiedlichsten Facetten (macht-)politischer Entscheidungsmechanismen Bewegungsfreiheit garantierte, gezeigt, sondern auch auf der anderen Seite die eingeschränkte Handlungsfähigkeit in mehrheitsrelevanten Vorgängen, als man seitens der SPÖ eine Kooperation mit der FPÖ unter der Politik Jörg Haiders deziert ausschloss, damit den strategischen Vorteil, zwischen unterschiedlichen Regierungsoptionen wählen zu können, aufgab und als Folge dessen im Jahr 2000 als stimmenstärkste Kraft den Gang in die Opposition antreten musste.⁴²⁷

5.2 Umgang mit dem Nationalsozialismus

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges manifestierte sich in Österreich ein öffentlicher Umgang mit dem Nationalsozialismus, der bis weit in die Zweite Republik – als Zäsur ist sicherlich die Rede von Bundeskanzler Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 vor dem Nationalrat zu werten – und oft auch noch in der heutigen Wahrnehmung von *„jahrzehntelangen Versäumnissen österreichischer Selbstdarstellung im In- und Ausland“*⁴²⁸

⁴²⁵ Sinowatz, Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik, 112.

⁴²⁶ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 52.

⁴²⁷ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 109.

⁴²⁸ Rathkolb, Oliver, NS-Problem und politische Restauration, 73.

geprägt war. Die klaren Worte Vranitzkys im Plenum des österreichischen Parlaments erteilten dieser Selbstdarstellung, nämlich der seit Ende des Krieges von unterschiedlichen Seiten und politischen Entscheidungsträgern immer wieder proklamierten Opferdoktrin Österreichs, eine erstmalig durch einen der ranghöchsten Politiker im Staat öffentlichkeitswirksam ausgesprochene Absage:

„Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben, die teilhatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs. Und gerade weil wir unsere eigene leidvolle Erfahrung in dieses neue Europa einbringen wollen, [...] müssen wir uns auch zu der anderen Seite unserer Geschichte bekennen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.“⁴²⁹

Vranitzky hat mit dieser Erklärung getan, was in der über die Grenzen Österreichs hinauswirkenden Wahrnehmung des Landes längst notwendig geworden war: Verharmlosungen, Verstrickungen und Beschwichtigungen hinsichtlich der österreichischen Beteiligung am NS-Terror wurden nun das Bekenntnis zur Mitverantwortung des offiziellen Österreich und die Entschuldigung gegenüber den Opfern übergeordnet. Die Frage des Opfermythos und des Umgangs mit der Mitverantwortung am Nationalsozialismus spielte in der parallelen Entwicklung der beiden Parteien, die in dieser Arbeit behandelt wird, eine wesentliche Rolle. Der FPÖ und deren Vorgängerpartei, dem VdU, wurde seit deren Gründung – über weite Strecken vollkommen zurecht – der Begriff „Sammelbecken der Ehemaligen“ zugeschrieben, während auch in der SPÖ nach dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedererlangung der österreichischen Souveränität dem Hitler-Regime nicht ablehnend gegenüberstehende Persönlichkeiten ihre politische Heimat fanden. Einen wesentlichen Beitrag zur Etablierung des Opfermythos’ und der entwickelten österreichischen Identität der Verdrängung leistete unter anderem der längst dienende Bundeskanzler der Zweiten Republik Bruno Kreisky. Dieser verstand es, wirtschaftliche und politische Gegensätze sowie ideologische Grenzen zu überwinden, und

⁴²⁹ Stenographisches Protokoll vom 8.7.1991, 15.

war, der Analyse Karin Stögner zufolge, eine Schlüsselfigur in der Etablierung des Opfermythos' in der neu entwickelten österreichischen Identität, denn Kreisky betrieb nach Stögner „[...] einen vehementen „Versöhnungsdiskurs“, den Verdrängung und Verleugnung der Vergangenheit viel eher kennzeichneten als etwa ihre Bewältigung durch Aufarbeitung.“⁴³⁰ Definitiv wurde vor, aber auch während der Ära Kreisky seitens der Politik eine Aufarbeitung der österreichischen Mitverantwortung, wie es Vranitzky 1991 in seiner Erklärung deutlicher denn je zuvor angesprochen hat, vermieden, da durch Positionierungen dieser Art eine potentielle Wählerschaft, die, verstärkt durch die Aufhebung des Minderbelastetengesetzes 1948/9, eine entscheidende Gruppe innerhalb der österreichischen Bevölkerung repräsentierte, vor den Kopf gestoßen worden wäre. Weil deshalb klare Aussagen seitens der Politik vermieden und eine Deklaration hinsichtlich der Mitverantwortung einzelner Personen umgangen wurde, entwickelten sich im Verlauf der Zweiten Republik zahlreiche, in dieser Arbeit bereits thematisierte, Schlüsselereignisse, die eine Beschäftigung mit der eigenen Vergangenheit unvermeidbar werden ließen – dann allerdings in Form weitreichender Diskussionen in der medialen Öffentlichkeit über den betreffenden Einzelfall, selten aber über die gesamtösterreichische Verantwortung hinsichtlich der Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus. Abgesehen von der NSDAP-Vergangenheit zahlreicher Funktionäre in der jüngeren Zweiten Republik aller drei im Parlament vertretenen Parteien und diverser Enthüllungen dieser^{431,432}, waren vor allem die öffentlich geführten Diskussionen um die Vergan-

⁴³⁰ Stögner, Bruno Kreisky & Umgang mit dem Nationalsozialismus, 64.

⁴³¹ Vranitzky nennt im Interview einige Beispiele in der SPÖ: „Wenn Sie an das langjährige Festhalten an der Opfertheorie denken, so waren ja auch in der SPÖ so manche Spitzenfunktionäre, die zwar nicht mit der NSDAP übereingestimmt hätten, die aber doch zögerlich waren, hier sehr entschieden dagegen vorzugehen. Ich nenne etwa Helmer beim Hinausschieben der Juden-Restitutionsfrage, Olah, der nicht so abgeneigt war, oder auch Kreisky, dessen Einigung mit Friedrich Peter unheimlich mutig war und zwar Benefits brachte, ihm aber bis heute von gar nicht so wenig Leuten vorgeworfen wird, weil Peter als SS-Mann mit Deliktvergangenheit abgestempelt war.“ – Interview Vranitzky, 5.

⁴³² Auch Norbert Steger erinnert sich an die Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten in die politischen Parteien der Zweiten Republik und an die Schwierigkeiten, die eigene Partei von nationalsozialistischen Gesinnungen klar abzugrenzen: „Das wirkliche Problem mit den Nazis war doch, dass die, die es wirtschaftlich nach dem Krieg wieder geschafft haben, doch bei der SPÖ oder der ÖVP längst verankert waren. Nur die, die es nicht geschafft haben, waren bei der Freiheitlichen Partei. Kreisky hat doch fünf NSDAP-Leute als Minister gehabt hat, Gleißner hat in Oberösterreich klar definierte NSDAP-Funktionäre in die Landesregierung genommen. Die Großparteien haben sich die „Besseren“ aufgeteilt und als ich zur FPÖ gekommen bin, wurde ich zu Bezirksveranstaltungen in Kellerlokalen, deshalb entstand auch der von mir geprägte Begriff „Kellernazi“, eingeladen, wo anstatt einer Weihnachtsfeier ein Film mit dem Titel „Weihnachten in Stalingrad“ vorgeführt wurde. Ich dachte mir nur: In welcher Welt bin ich da? Diese Leute habe ich in der Folge alle aus der Partei entfernt. Natürlich habe ich dadurch eine veritable Feindesgruppe aufgebaut.“ – Interview Steger, 3f.

genheit des FP-Obmanns Friedrich Peter im Jahr 1975 (vgl. Kap. 2.3.1.3 d. A.), aber auch in Zusammenhang mit der Regierungsbildung 1983 (vgl. Kap. 3.1.3.2 d. A.), um den Handschlag des FP-Verteidigungsministers Friedhelm Frischenschlager mit dem SS-Offizier Walter Reder im Jahr 1985 (vgl. Kap. 3.3.3 d. A.) und schließlich um die Kriegsvergangenheit des Präsidentschaftskandidaten und späteren Bundespräsidenten Kurt Waldheim im Jahr 1986 (vgl. Kap. 3.3.5 d. A.) Ereignisse, die im Laufe der Zeit zu einer neuen Bewusstseinsbildung hinsichtlich der österreichischen Darstellung beigetragen haben. Während bei den Vorwürfen Simon Wiesenthals gegenüber Friedrich Peter seitens des SPÖ-Obmanns Kreisky noch eine klare Position pro Peter bezogen wurde, dies in der Diskussion um die Bestellung Peters zum Dritten Nationalratspräsidenten 1983 vor allem durch Kreisky wiederholt wurde, waren die Positionen innerhalb der SPÖ während der SP-FP-Koalition hinsichtlich der Affäre um den Handschlag von Verteidigungsminister Frischenschlager zwiespältig und in der öffentlichen Diskussion um die Kandidatur Kurt Waldheims, vor allem seitens des SP-Kanzlers Sinowatz und wohl auch bedingt, um den SP-Kandidaten Steyrer zu stärken, klar gegen den späteren Bundespräsidenten gerichtet. Elisabeth Horvath analysiert die Wirkung des ambivalenten Verhältnisses des SP-Kanzlers Kreisky, der als Jude selbst Opfer des Nationalsozialismus gewesen ist, zum vormaligen SS-Offizier und späteren FP-Obmann Friedrich Peter folgendermaßen:

„Daß dieses Vertrauensverhältnis zwischen dem ehemaligen SS-Mann und dem jüdischen Kanzler aber nicht Kreiskys Privatsache sein konnte, sondern in die politisch-historische Verantwortung des ehemaligen Regierungschefs fällt, machten – abgesehen von der Causa Wiesenthal – Jahre später exemplarisch zwei Ereignisse deutlich, die den Österreichern den Spiegel vorhielten, indem sie auf fatale Weise Verdrängtes, Nichtbewältigtes bloßlegten: Der 1985 erfolgte Handschlag des freiheitlichen Verteidigungsministers Friedhelm Frischenschlager mit dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Walter Reder, der laut Gerichtsurteil die Verantwortung für eine Säuberungsaktion trägt, in deren Verlauf 1944 im oberitalienischen Städtchen Marzabotto fast 2000 Menschen, darunter Säuglinge, Kinder, Greise, schwangere Frauen, von der SS getötet wurden, sowie die Auseinandersetzungen um Bundespräsident Kurt Waldheim,

*ein Jahr später, ließen eine Welle von latentem Antisemitismus in Österreich hochschwappen.*⁴³³

Dass die FPÖ nach 1986, insbesondere Parteiboss Jörg Haider selbst, Schwierigkeiten hatte, die Mitverantwortung öffentlich mitzutragen, sondern vielmehr weiterhin auf die Verharmlosung der NS-Verbrechen setzte, belegen Aussagen wie jene, die Haider nur etwa ein Monat vor der Erklärung Vranitzkys traf, als er von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik“ im Dritten Reich sprach.⁴³⁴

5.3 Rolle der FPÖ als echter Partner

Die Rolle der FPÖ als möglicher Regierungs- oder Kooperationspartner in der politischen Gestaltungsebene hat sich im Laufe der Zweiten Republik wesentlich gewandelt: Vor allem aus dem Blickwinkel der Beziehung zur SPÖ ist für die gegenwärtige Betrachtung die gemeinsame Regierungsarbeit 1983-87 zwar als Einschnitt und statuiertes Exempel zu verifizieren, als große und entscheidende Zäsur in der Beziehung der beiden Parteien ist aber die Übernahme der FP-Obmannschaft durch Jörg Haider zu bezeichnen. Dieser Annahme zur Folge ergibt sich die Möglichkeit, die Rolle der FPÖ als möglicher Partner der beiden Großparteien innerhalb der Entwicklungen nach 1945 chronologisch in drei wesentliche Abschnitte zu gliedern: das Verhältnis von SPÖ und ÖVP zur FPÖ vor 1967, die Periode ab dem Wechsel an der SP-Parteispitze von Pittermann zu Kreisky bis zum Ende der Kleinen Koalition 1986 und schließlich den Abschnitt nach der offiziellen Machtübernahme Haiders in der FPÖ bis heute.

Neben den erwähnten strategisch-taktischen Überlegungen (vgl. Kap. 5.1 d. A.), die FPÖ und deren Vorgängerpartei, den VdU, als Partner zu gewinnen, wurde die dritte Kraft lange Zeit nach ihrer Gründung 1949 nicht wirklich als Koalitionsoption angesehen: Von Robert Kriechbaumer in der Zeit bis zum Ende der Großen Koalition im Jahre 1966 als „politischer Paria“ bezeichnet⁴³⁵, war es einzig Julius Raab bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 1953, der konkrete Gespräche führte, um den VdU für eine Dreierkoalition mit der SPÖ zu gewinnen. Als dies aufgrund heftiger Interventionen von Bundespräsident Körner und der SPÖ, die zwar bei der Gründung des VdU eine tragende Rolle spielte, dann aber wegen des nicht erwarteten Wahlergebnisses

⁴³³ Horvath, Das Phänomen Bruno Kreisky, 154f.

⁴³⁴ Vgl. Steininger, Das Dritte Lager, 137.

⁴³⁵ Vgl. Kriechbaumer, Zeitenwende, 59.

1949 und des Verlustes von acht Mandaten an den VdU von der Förderung der von Herbert Kraus ins Leben gerufenen Partei Abstand nahm, scheiterte, spielte die FPÖ aufgrund der etablierten Struktur der Großen Koalition und der folgenden Alleinregierung Klaus bei Regierungsverhandlungen bis 1970, ausgenommen kurzer Kontakte mit dem damaligen Bundeskanzler Alfons Gorbach (ÖVP) vor der Nationalratswahl 1962, keine Rolle. Schon während der Großen Koalition näherten sich SPÖ und FPÖ langsam an, was in Fragen wie der gemeinsamen Linie in der Habsburg-Krise (vgl. Kap. 1.3.1 d. A.) oder auch durch die berühmt gewordene „Olah-Million“, eine durch Gewerkschaftsgelder finanzierte Unterstützung der FPÖ durch den damaligen SP-Innenminister Franz Olah (vgl. Kap. 1.3.2 d. A.), ihren Ausdruck fand. Als an der Spitze der SPÖ der Großkoalitionär Bruno Pittermann durch den dem bürgerlichen Lager aufgrund seiner persönlichen Vergangenheit sehr distanziert begegnenden Bruno Kreisky abgelöst wurde, wurden die Kontakte der beiden Parteien intensiviert. „*Er (Anmk. Bruno Kreisky) wollte eigentlich, dass die Freiheitliche Partei reformiert wird, um selbst einen Partner zu haben*“⁴³⁶, beschreibt Norbert Steger die Basis des neuen SP-Obmanns zur Freiheitlichen Partei. Diese Aussage Stegers zeigt, was auch Robert Kriechbaumer als eine entscheidende Aufgabe des FP-Parteiohmanns Friedrich Peter ortete: Um als möglicher Partner in Betracht zu kommen und Regierungsfähigkeit zu demonstrieren, war ein Wandel hinsichtlich der Ausrichtung und des Images der FPÖ hin zu einer liberalen Partei zu vollziehen.⁴³⁷ Obwohl Peter die Pakttreue zu Kreisky und der SPÖ bei der Unterstützung der Minderheitsregierung 1970 bewies und dafür von Kreisky die versprochene Wahlrechtsreform (vgl. Kap. 1.2.3 sowie Kap. 2.3.4 d. A.) zu Gunsten der FPÖ umgesetzt wurde, dauerte es insgesamt weitere dreizehn Jahre, bis die FPÖ, geführt von Norbert Steger, mit der SPÖ eine Regierungszusammenarbeit eingehen konnte. Dass diese wiederum weder langer Koalitionsverhandlungen bedurfte noch überraschend zustande gekommen war, ergab sich einerseits aus der politischen Konstellation nach der Wahl 1983 sowie andererseits aus der in der Ära Kreisky entstandenen Logik, die sich aus dem positiven Gesprächsklima und der entwickelten Basis der beiden Parteien und derer Obleute ergab. Hinzu kam, dass bisherige, parteiübergreifende Kooperationen aus Sicht der FPÖ mit der SPÖ als positiv und gewinnbringend verbucht werden

⁴³⁶ Interview Steger, 2f.

⁴³⁷ Vgl. Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 61.

konnten⁴³⁸, während Versuche, sich an die ÖVP anzunähern, stets negiert wurden oder gescheitert waren⁴³⁹.⁴⁴⁰ Mit Fortdauer der gemeinsamen Regierungsarbeit wandelte sich aufgrund unterschiedlicher Parameter der partnerschaftliche Stil von SPÖ und FPÖ, der schließlich mit dem Obmannwechsel der FPÖ in der Beendigung der Koalition durch Kanzler Vranitzky eine entscheidende Zäsur erfuhr:

„Die Schlüsselfigur, die FPÖ aus Sicht der SPÖ als möglichen Partner zu sehen, heißt meiner Meinung nach Haider. Im Vorfeld Haiders hat es bestimmte Punkte der Übereinstimmung gegeben, nach Haider nicht mehr. Ich habe oft gesagt, dass ich nichts gegen eine Kooperation mit der Freiheitlichen Partei hätte, wenn es Haider nicht gäbe oder Haider nicht prägend für diese Partei gewesen wäre.“⁴⁴¹

Dass Haider eine Schlüsselfigur hinsichtlich des Verhältnisses der SPÖ zur FPÖ war, zeigt auch der öffentlich ausgetragene Konflikt des langjährigen Befürworters der SP-FP-Kooperation, Bruno Kreisky und dem neuen Parteiobmann der FPÖ, Jörg Haider. Kreiskys Beurteilung in Zusammenhang mit der Reder-Frischenschlager-Affäre, Haider sei *„der mieseste Opportunist, den es in diesem Lande gibt“⁴⁴²* führte unter anderem zu einem von Haider initiierten Ehrenbeleidigungsprozess gegen den ehemaligen Bundeskanzler.⁴⁴³

Mit der klaren Deklaration Vranitzkys war eine mögliche Partnerschaft mit der FPÖ, die in den Folgejahren unter Haider durchgehend Erfolge und Zugewinne bei unterschiedlichen Wahlen verbuchen konnte, für lange Zeit ausgeschlossen. Die von Vranitzky be-

⁴³⁸ Beginnend mit der bei der Gründung des VdU erfahrenen SP-Unterstützung 1949, die Kooperation in der Habsburg-Krise, die Kontakte zu SP-Innenminister Olah, die nicht nur eine gute Gesprächsbasis, sondern auch finanzielle Unterstützung seitens der SPÖ brachten, sowie schließlich die partnerschaftliche Ebene, die mit Bruno Kreisky gefunden wurde und auch die lang ersehnte Wahlrechtsreform einbrachte.

⁴³⁹ Die Gesprächsrunden und Verhandlungen mit Julius Raab 1953 sowie Alfons Gorbach 1962, mit der ÖVP eine Koalition einzugehen, waren ebenso erfolglos wie die gemeinsame Nominierung des Präsidentschaftskandidaten Denk 1957. Ferner wurde, obwohl die FPÖ die ÖVP im Jahr 1967 in Oberösterreich noch beim Erhalt des Landeshauptmanns unterstützt hatte, der Wille der FPÖ, nach der Wahl 1970 eine VP/FP-Koalition zu bilden, nicht erhört.

⁴⁴⁰ Vgl. Pelinka, Die kleine Koalition, 23.

⁴⁴¹ Interview Vranitzky, 5.

⁴⁴² Rathkolb, Oliver [u.a.] (Hg.), Bruno Kreisky. Der Memoiren dritter Teil, 337.

⁴⁴³ Oliver Rathkolb ordnet die wechselseitigen Einschätzungen Jörg Haiders und Bruno Kreiskys seit 1985 in chronologischer Abfolge und gibt damit im dritten Band von Kreiskys Memoiren einen präzisen Überblick über die angespannte öffentliche Beziehung der beiden Politiker. – Vgl. Rathkolb, Der Memoiren dritter Teil, 337-341.

triebene Politik der SPÖ gegenüber der FPÖ, retrospektiv oftmals als „*sinnloser, selbstzerstörerischer Schritt*“⁴⁴⁴ verifiziert, war jedenfalls eine klare Abgrenzung der SPÖ zur FPÖ, welche auch unter den Nachfolgern Vranitzkys ihre Fortsetzung fand: SP-Parteitagsbeschlüsse in den Jahren 2004 und 2014 bestätigten Jahrzehnte später die von Vranitzky gesetzte „Doktrin“ und schlossen dezidiert eine Zusammenarbeit mit der FPÖ aus⁴⁴⁵, während Vranitzky im geführten Interview von einer heute neu zu bewertenden Situation spricht:

*„Die Situation heute sehe ich ganz pragmatisch: Ich habe 1986 meine Gründe gehabt, keine Regierung mit der FPÖ zu bilden. Meine Entscheidung war aber eben im Jahr 1986, heute schreiben wir 2017, also 31 Jahre danach. Ich glaube, dass die Entscheidungskriterien nach der Wahl neu zu bewerten sein werden. Strache ist kein Haider, ist aber dennoch für Sozialdemokraten aufgrund seiner Einstellung und seiner Neigung zu Hetzparolen kein Wunschkandidat.“*⁴⁴⁶

⁴⁴⁴ Paska, Erwein, Das Ringen um den „kleinen Mann“. In: Lothar Höbelt (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001), 186.

⁴⁴⁵ Vgl. Bonavida, Iris, Martin Stuhlpfarrer, Thomas Prior, Rot-Blau: Sozialdemokraten kratzen an Vranitzky-Doktrin. In: diepresse.com (3. 5. 2016), online unter <http://diepresse.com/home/innenpolitik/4981407/Sozialdemokraten-kratzen-an-VranitzkyDoktrin> (10. 10. 2017).

⁴⁴⁶ Interview Vranitzky, 11.

VI. CONCLUSIO

Stand am Beginn der vorliegenden Arbeit die Regierungserklärung von Bundeskanzler Fred Sinowatz zur Vorstellung der bisher einzigen SPÖ-FPÖ-Koalition und einer „*neuen politischen Konstellation in Österreich*“⁴⁴⁷, so war es jene seines Nachfolgers Franz Vranitzky am 28. Jänner 1987⁴⁴⁸, die nach turbulenten Zeiten in der gemeinsamen Zusammenarbeit eine entscheidende Zäsur im Verhältnis der beiden Parteien zueinander einläutete.

Aus der Dimension der Ereignisse der Zweiten Republik betrachtet, ist die Periode der Kleinen Koalition der Jahre 1983 bis 1987 allerdings mehr als ein bloßer, aufgrund des Wahlergebnisses 1983 logisch erscheinender, politischer Abschnitt gemeinsamer Kooperationen der beiden Parteien: Der ursächliche Ursprung der von der Regierung Sinowatz-Steiger zu bewältigenden Herausforderungen und Unwegsamkeiten ist nämlich, neben dem Auftrag, dem in einer diffizilen gesellschaftspolitischen sowie ökonomischen Lage befindlichen Österreich ein modernisiertes, über die Grenzen Österreichs hinauswirkendes Zukunftskonzept zu verleihen, nicht nur in tagespolitischen Geschehnissen und Meinungsbildungsprozessen, sondern vor allem in äußerst repräsentativer Art und Weise in den im Verlauf der Zweiten Republik entwickelten Beziehungen und Kontroversen der beiden politischen Parteien zu finden. Die rot-blaue Koalition eignet sich insofern als plastisches Sinnbild des wechselseitigen Umgangs von SPÖ und FPÖ in der Zweiten Republik, das durch öffentliche Diskussionen und Affären während der Regierungszeit unterschiedliche Parameter politischer Schnittflächen der beiden Parteien seit 1949 beispielhaft veranschaulicht.

Durch die Unterstützung bei der 1949 erfolgten Gründung des VdU bestand das machtpolitische Interesse der SPÖ, allen voran Innenminister Helmer und Vizekanzler Schärf, damals darin, das bürgerliche Lager und damit den Hauptkonkurrenten ÖVP, zu schwächen. Wie das Wahlergebnis 1949 zeigte, war dies nicht der Fall, dennoch blieb die Überlegung, sich dem Dritten Lager aus taktischen Gründen anzunähern, über weite Strecken der Zweiten Republik erhalten: Seitens der Volkspartei glücklos praktiziert – VP-FP-Kooperationen scheiterten zumeist an ihrer Ernsthaftigkeit sowie am faktischen

⁴⁴⁷ Stenographisches Protokoll vom 31.5.1983, 4.

⁴⁴⁸ Vgl. Stenographisches Protokoll vom 28.1.1987, 6-29.

Erfolg (z.B. Niederlage des gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten Denk 1957, gescheiterte Koalitionsavancen durch Raab 1953 sowie Gorbach 1962) – erfolgte noch während der Großen Koalition und vor der „Ära Kreisky“ eine erneute Annäherung zwischen SPÖ und FPÖ (z.B. gemeinsames Vorgehen in der Habsburg-Frage 1963, Kontakte und finanzielle Unterstützung des SP-Innenministers Olah 1962). Auch bei Bruno Kreisky spielte – wie schon 1949 – die taktische Überlegung, durch Stärkung einer sich durch die aufstrebende Parteijugend, den Atterseekreis und Grundgedanken Friedrich Peters zu einer liberalen Partei bewegenden FPÖ das bürgerliche Lager zu spalten, eine wesentliche Rolle. Biographisch geprägt von den politischen Erlebnissen der Zwischenkriegszeit und des österreichischen Ständestaats forcierte Kreisky die guten Kontakte zu Friedrich Peter und der FPÖ, was zahlreiche Kooperationen in den folgenden Jahren belegen: Kreisky nahm etwa schon bald an einer Sitzung des Atterseekreises teil, um das liberale Element in der FPÖ zu fördern⁴⁴⁹ und schaffte es schließlich 1970 als stimmenstärkste Partei, trotz der noch vor der Wahl bestehenden FPÖ-Absicht, eine Koalition mit der ÖVP in Betracht zu ziehen, sich die Unterstützung der FPÖ bei der Bildung einer Minderheitsregierung zu sichern. Ab diesem Zeitpunkt war – trotz der dreizehn Jahre währenden, alleinigen Regierungsverantwortung der SPÖ – ein unausgesprochenes Bündnis der beiden Parteien geschlossen: Die umgesetzte Wahlrechtsreform, eine langjährige freiheitliche Forderung, durch das Kabinett Kreisky I, der auch in der eigenen Partei vieldiskutierte Einsatz von Kanzler Kreisky in der Affäre um die von Simon Wiesenthal veröffentlichten Wehrmachtsvergangenheit von FP-Obmann Peter, die mit Fortdauer der Regierungszeit Kreiskys im Fall des Verlustes der absoluten Mehrheit stets zur Verfügung stehende Kooperationsalternative FPÖ, die Rolle der Freiheitlichen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum AKH-Skandal sowie die FP-gestützte Bestellung Hannes Androschs zum Generaldirektor der Creditanstalt sind nur einige Beispiele der wechselseitigen Kooperation in dieser Phase. So war es der Logik der vorangegangenen politischen Ereignisse geschuldet, dass es binnen kurzer Zeit nach dem Verlust der absoluten SP-Mehrheit bei der Wahl 1983 und dem Rücktritt Kreiskys als Bundeskanzler schließlich zu der von den „Gründervätern“ Kreisky und Peter vorbereiteten Kleinen Koalition gekommen war. Die Regierungszeit der FPÖ-SPÖ-Koalition spiegelte in den Folgejahren nicht nur das fehlende Bekenntnis in der

⁴⁴⁹ Vgl. Interview Steger, 2.

jeweiligen Parteibasis zur vereinbarten Koalition wider, sondern war auch mit Herausforderungen konfrontiert, die in den Geburtsstunden der Zweiten Republik ihren Ursprung hatten und durch die Politik der folgenden Jahrzehnte verstärkt wurden: Neben ökonomischen und beschäftigungspolitischen Weichenstellungen, die vor allem ab 1985 hinsichtlich der verstaatlichten Industrie zu treffen waren und unpopuläre, wirtschaftlich notwendig gewordene Maßnahmen erforderten, war vor allem der Umgang mit der aus der Zeit des Nationalsozialismus zu tragenden Mitverantwortung Österreichs und seiner StaatsbürgerInnen ein Thema, das über lange Zeit der Kleinen Koalition Aufsehen erregte. Nach jahrzehntelangem Festhalten an der „Opferdoktrin“ und dem fehlenden Bekenntnis des offiziellen Österreichs zur Mitschuld am NS-Terror schaukelte sich die latente Verharmlosung der österreichischen Kriegsverantwortung im Verlauf der Kleinen Koalition zu einer breiten, öffentlichen und internationalen Auseinandersetzung, die 1986 in der Wahl des ehemaligen NS-Wehrmachtsoffiziers Kurt Waldheim zum österreichischen Bundespräsidenten gipfelte, und zu einem gesellschaftspolitischen Umdenken in dieser Frage auf: Schon die Diskussion um die Bestellung des vormaligen FP-Obmanns Friedrich Peter, dessen Kriegsvergangenheit bereits 1975 in der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre an die Öffentlichkeit gelangt war, zum Dritten Nationalratspräsidenten bei der Regierungsbildung 1983, vor allem aber der umstrittene Empfang des 1985 von Italien nach Österreich überstellten Kriegsverbrechers Walter Reder durch den FP-Verteidigungsminister Friedhelm Frischenschlager läuteten diesen Umdenkprozess hinsichtlich der nationalsozialistischen Vergangenheit vieler ÖsterreicherInnen ein.

Dass die erfolgte Wahl Kurt Waldheims, gegen welche sich Fred Sinowatz während der Zeit des Wahlkampfes öffentlich klar positionierte, schließlich den Auslöser zum Rücktritt des Kanzlers bot, ist vielmehr sinnbildlich für die unterschiedlich gearteten Herausforderungen an die Regierung Sinowatz einzuordnen, nicht jedoch einzig als Reaktion auf die durch die Wahl hervorgerufene erstmalige Wahlniederlage eines SP-Kandidaten bei einer Bundespräsidentenwahl der Zweiten Republik. Die Lage in der Koalition war zu diesem Zeitpunkt aufgrund erwähnter Ereignisse, aber auch aufgrund der inhomogenen internen Ausrichtungen der Parteien, die ebenfalls bereits in Ereignissen vor Beginn der Kleinen Koalition ihren Ursprung fanden, bald aber auch in sachpolitische Auseinandersetzungen der Koalitionsarbeit projiziert wurden, bereits hoch angespannt: Seitens der SPÖ war man nach der langen „Ära Kreisky“ und dem Selbstverständnis der

dreizehnjährigen Regierungsverantwortung nur marginal bereit, Kompromisse mit dem Regierungspartner einzugehen, was Divergenzen zur Folge hatte, die nicht zu fördernden Bedingungen einer gedeihenden Regierungsarbeit und gegenseitiger Anerkennung beitrugen (z.B. Auseinandersetzungen um die Ladenöffnungen am Marienfeiertag sowie die Errichtung des Donaukraftwerks in der Hainburger Au im Dezember 1984 oder die von der SPÖ lancierte erneute Diskussion um atomare Energiegewinnung in Österreich am Jahresbeginn 1985) und innerhalb der FPÖ war die parteiinterne Geschlossenheit und die Akzeptanz des von Parteiobmann Steger eingeschlagenen liberalen Weges kontinuierlich immer stärker verloren gegangen. Als Höhepunkt dieses sich innerhalb der FPÖ entwickelnden Machtkampfes ist zweifelsohne der Innsbrucker Parteitag im September 1986 zu sehen, der einerseits das von Sinowatz-Nachfolger Vranitzky umgehend verkündete Ende der SPÖ-FPÖ-Koalition und andererseits die Rückkehr der bei der Wahl 1986 erneut zur stimmenstärksten Partei gewählten SPÖ zur Großen Koalition besiegelte.

Die Kleine Koalition, die in der kollektiven, politischen Erinnerung der Zweiten Republik heute zwar keine staatstragende Rolle mehr spielt, dient schlussfolgernd als Paradebeispiel für die Veranschaulichung unterschiedlicher Einflussfaktoren politischen Erfolges, fruchtbarer Regierungsarbeit und gelungener parteipolitischer Kooperation: Die ideologischen, ökonomischen, gesellschaftspolitischen sowie historischen Vorbedingungen für diese Regierung, die sich aus den Entwicklungen der Zweiten Republik erschlossen hatte, waren derart gelagert, dass sie ebenso eine wesentliche Hypothek für das Funktionieren der gemeinsamen Regierungsarbeit darstellten, wie die ambivalente Einstellung etablierter parteipolitischer Verhaltensmuster im Kontext zur neu geschlossenen Partnerschaft. Die Kleine Koalition gilt, im Gesamtzusammenhang der politischen Entwicklung, als „*Zeitenwende*“⁴⁵⁰ sowie als „*Nahtstelle des Übergangs*“⁴⁵¹ zu einer neuen politischen Kultur des Landes, gleichzeitig aber auch als beispielhafter Repräsentant jener Versäumnisse, die in der öffentlich-politischen Auseinandersetzung der Zweiten Republik sowie in der gegenseitigen Wahrnehmung der beiden Regierungsparteien gemacht wurden.

⁴⁵⁰ Kriechbaumer, *Zeitenwende*, 17.

⁴⁵¹ Pelinka, *Die kleine Koalition*, 96.

VII. QUELLEN UND VERZEICHNISSE

7.1 Abbildungsverzeichnis

Abb.1: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 121.

Abb.2: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 137.

Abb.3: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 159.

Abb.4: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 219.

Abb.5: *Eibl*, Erich, Profil-Cartoon. In: profil, Jg. 14, Nr. 16 (18. 4. 1983), 77.

Abb.6.: *Unbekannt*, Schlage Sinowatz als Kanzler einer Koalition vor. In: Neue Kronen Zeitung (Ausgabe Oberösterreich), Jg. 1983, Nr. 8228 (26. 4. 1983), 1.

Abb.7: *Unbekannt*, Sein Endsieg. In: profil, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 20.

Abb.8: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 308.

Abb.9: *Eibl*, Erich, Profil-Cartoon. In: profil, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 69.

Abb.10: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 310.

Abb.11: *Ironimus*, Das wahre Österreich. Gezeichnete Zeit von 1955-2005 (Wien 2004), 346.

7.2 Abkürzungsverzeichnis

AMAG	Austria Metall AG
Anmk.	Anmerkung (zum besseren Verständnis in wörtliche Zitate eingefügt)
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
dA.	dieser Arbeit
DFP	Demokratisch-fortschrittliche Partei
FP	Freiheitliche Partei
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
KPÖ	Kommunistische Partei Österreichs
LIF	Liberales Forum
ÖGB	Österreichischer Gewerkschaftsbund
ÖIAG	Österreichische Industrieholding AG
ÖVP	Österreichische Volkspartei
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
RFS	Ring Freiheitlicher Studenten
sic	lateinisch: sic erat scriptum, deutsch: so stand es geschrieben
SJ	Sozialistische Jugend
SP	Sozialdemokratische Partei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs
SS	Schutzstaffel
u.a.	und andere
VdU	Verband der Unabhängigen
vgl.	vergleiche
VOEST	Vereinigte Österreichische Eisen- und Stahlwerke
VP	Volkspartei
VSStÖ	Verband Sozialistischer Studenten/-innen Österreichs
WdU	Wahlpartei der Unabhängigen
z.B.	zum Beispiel

7.3 Quellen

7.3.1 Interviews

Interview mit Dr. Friedhelm Frischenschlager, Wien, 8. März 2017.

Interview mit Dkfm. Ferdinand Lacina, Wien, 27. März 2017.

Interview mit Dr. Norbert Steger, Wien, 28. März 2017.

Interview mit Dkfm. Dr. Franz Vranitzky, Wien, 3. April 2017.

Interview mit Dr. Erhard Busek, Wien, 3. April 2017.

Sämtliche dieser in mündlicher Form geführten Interviews wurden von den Interviewten schriftlich autorisiert und sind im Anhang dieser Arbeit enthalten.

7.3.2 Stenographische Protokolle

Stenographisches Protokoll, 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVI. Gesetzgebungsperiode, Dienstag, 31. Mai 1989. Online im Internet. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/NRSITZ/NRSITZ_00002/imfname_144027.pdf (18.04.2017).

Stenographisches Protokoll, 2. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVII. Gesetzgebungsperiode, Mittwoch, 28. Jänner 1987. Online im Internet. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVII/NRSITZ/NRSITZ_00002/imfname_142766.pdf (10.10.2017).

Stenographisches Protokoll, 35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich, XVIII. Gesetzgebungsperiode, Montag, 8. und Dienstag, 9. Juli 1991. Online im Internet. URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVIII/NRSITZ/NRSITZ_00035/imfname_142026.pdf (6.10.2017).

7.3.3 Sonstige Quellen

Archiv der Republik, Bundeskanzleramt (Generaldirektion für öffentliche Sicherheit), Amtsvermerk zur Inhaftierung Paul Kreiskys, Geschäftszahl 352435/GD-35 (1935).

7.4 Bibliographie

Monographien und Sammelbände

- Feymann*, Walter, Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. Fred Sinowatz (Eisenstadt 1999).
- Filzmaier*, Peter, Peter *Plaikner*, Karl A. *Duffek* (Hg.), Stichwort Wählen (Edition Politische Kommunikation 2, Wien/Köln/Weimar 2009).
- Fischer*, Heinz, Leopold *Gratz* (Hg.), Bruno Pittermann. Ein Leben für die Sozialdemokratie (Wien 1985).
- Fischer*, Heinz, Die Kreisky-Jahre 1967-1983 (Die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 5, Wien ³1994).
- Fischer*, Heinz, Überlegungen. Eine politische Biografie (Wien/Graz/Klagenfurt 2006).
- Frischenschlager*, Friedhelm, Erich *Reiter*, Liberalismus in Europa (Wien/München 1984).
- Gehler*, Michael, Hubert *Sickinger* (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007).
- Grillmayer*, Dieter, National und liberal. Die Geschichte der Dritten Kraft in Österreich (Wien 2006).
- Höbelt*, Lothar (Hg.), Aufstieg und Fall des VdU. Briefe und Protokolle aus privaten Nachlässen 1948-1955 (Wien/Köln/Weimar 2015).
- Höbelt*, Lothar (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001).
- Höbelt*, Lothar, Von der vierten Partei zur dritten Kraft. Die Geschichte des VdU (Graz 1999).
- Horvath*, Elisabeth, Ära oder Episode. Das Phänomen Bruno Kreisky (Wien 1989).
- Jelinek*, Gerhard, Birgit *Mosser-Schuöcker* (Hg.), Generation Österreich. Prägende Momente der Zweiten Republik. Von Zeitzeugen packend erzählt (Wien 2012).
- Konrad*, Helmut, Manfred *Lechner*, „Millionenverwechslung“. Franz Olah, Die Kronenzeitung, Geheimdienste (Wien/Köln/Weimar 1992).
- Kotanko*, Christoph (Hg.), Die Qual der Wahl. Die Programme der Parteien im Vergleich (Wien 2013).

- Kraus*, Herbert, „Untragbare Objektivität“. Politische Erinnerungen 1917 bis 1987 (Wien/München 1988).
- Kriechbaumer*, Robert (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 1, Wien/Köln/Weimar 1998).
- Kriechbaumer*, Robert, Zeitenwende. Die SPÖ-FPÖ-Koalition 1983-1987 in der historischen Analyse, aus der Sicht der politischen Akteure und in den Karikaturen von Ironismus (Wien/Köln/Weimar 2008).
- Mauhart*, Beppo, Ein Stück des Weges gemeinsam. Die Ära Kreisky/Androsch – Das „Goldene Jahrzehnt“ – in Texten und Bildern (Wien 2006).
- Meissl*, Sebastian, Klaus-Dieter *Mulley*, Oliver *Rathkolb* (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Wien 1986).
- Mesner*, Maria (Hg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien 2005).
- Mölzer*, Andreas (Hg.), Was bleibt von der Dritten Kraft? (Wien 2005).
- Niessl*, Hans, Anton *Pelinka*, Wilhelm *Toth* [u.a.] (Hg.), „Brücken bauen“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag (Graz 2004).
- Nowotny*, Thomas, Was bleibt von der Ära Kreisky? (Wien 1989).
- Olah*, Franz, Die Erinnerungen (Wien/München/Berlin 1995).
- Pelinka*, Anton, Die kleine Koalition SPÖ-FPÖ 1983-1986 (Studien zu Politik und Verwaltung 48, Wien/Köln/Graz 1993).
- Pelinka*, Anton, Hubert *Sickingher*, Karin *Stögner* (Hg.), Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008).
- Pelinka*, Peter, Sozialdemokratie in Österreich. Hundert Jahre seit Hainfeld: Die Entwicklung einer Bewegung von Victor Adler bis Franz Vranitzky (Wien 1988).
- Petritsch*, Wolfgang, Bruno Kreisky. Die Biografie (St. Pölten/Salzburg 2010).
- Piringer*, Kurt, Die Geschichte der Freiheitlichen. Beitrag der Dritten Kraft zur österreichischen Politik (Wien 1982).
- Rauchensteiner*, Manfred, Die Zwei. Die Große Koalition in Österreich 1945-1966 (Wien 1987).
- Rathkolb*, Oliver, Johannes *Kunz*, Margit *Schmidt* (Hg.), Bruno Kreisky. Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil (Wien/München 2000).

Rathkolb, Oliver (Hg.), Bruno Kreisky. Erinnerungen. Das Vermächtnis eines Jahrhundertpolitikers (Wien/Graz/Klagenfurt 2007).

Rathkolb, Oliver, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2010 (Innsbruck/Wien 2011).

Rathkolb, Oliver, Richard *Hufschmied*, Andreas *Kuchler* [u.a.] (Hg.), Wasserkraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Schriftenreihe Forschung der Verbund AG 104, Wien 2012).

Reimann, Viktor, Die dritte Kraft in Österreich (Wien 1980).

Segev, Tom, Simon Wiesenthal. Die Biographie. Aus dem Hebräischen von Markus Lemke (München 2010).

Steininger, Gerhard, Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall? (Wien 2007).

Svoboda, Wilhelm, Franz Olah. Eine Spurensicherung (Wien 1990).

Ucakar, Karl, Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik (Wien 1985).

Vocelka, Karl, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (München 2011).

Vranitzky, Franz, Politische Erinnerungen (Wien 2004).

Weissensteiner, Friedrich, Erika *Weinzierl* (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk (Die Österreichischen Bundeskanzler 1, Wien 1983).

Weissensteiner, Friedrich, Erika *Weinzierl* (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Ergänzungsheft (Die Österreichischen Bundeskanzler 2, Wien 1987).

Aufsätze

Blecha, Karl, „Ich war dabei, als Kreisky bei Friedrich Peter anrief.“ In: Gerhard Jelinek, Birgit Mosser-Schuöcker (Hg.), Generation Österreich. Prägende Momente der Zweiten Republik. Von Zeitzeugen packend erzählt (Wien 2012), 111-116.

Böhler, Ingrid, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk“. Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck 2007), 502-531.

Gehler, Michael, „...eine grotesk überzogene Dämonisierung eines Mannes...“. Die Waldheim-Affäre 1986-1992. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Po-

litische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 614-665.

Gusenbauer, Alfred, Ein großer Politiker der Zweiten Republik. In: Hans Niessl, Anton Pelinka, Wilhelm Toth [u.a.] (Hg.), „Brücken bauen“. Fred Sinowatz zum 75. Geburtstag (Graz 2004), 39-45.

Höbelt, Lothar, Haider's Wähler oder Die Legende von den Modernisierungsverlierern. In: Lothar Höbelt (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001), 94-111.

Kasemir, Gérard, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragene Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1965. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 486-501.

Kreisky, Bruno, Bruno Pittermann. In: Heinz Fischer, Leopold Gratz (Hg.), Bruno Pittermann. Ein Leben für die Sozialdemokratie (Wien 1985), 13-19.

Kuchler, Andreas, Hainburg (1980-1985). Menschen und Medien kippten ein Megaprojekt. In: Oliver Rathkolb, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler [u.a.] (Hg.), Wasskraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Schriftenreihe Forschung der Verbund AG 104, Wien 2012), 245-256.

Kuchler, Andreas, Zwentendorf (1968-1986). Österreich verweigerte Inbetriebnahme des Atomkraftwerks. In: Oliver Rathkolb, Richard Hufschmied, Andreas Kuchler [u.a.] (Hg.), Wasskraft. Elektrizität. Gesellschaft. Kraftwerksprojekte ab 1880 im Spannungsfeld (Schriftenreihe Forschung der Verbund AG 104, Wien 2012), 233-244.

Lechner, Manfred, „...Jener, dessen Namen unter den Lebenden nicht genannt werden mag.“. Der „Fall Olah“ – ein Megaskandal der Zweiten Republik?. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 419-436.

Leser, Norbert, Die Sozialdemokratie und das Ende der großen Koalition. In: Lothar Höbelt (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001), 42-66.

Mölzer, Andreas, Was bleibt von der Dritten Kraft? Fünfzig Jahre FPÖ – fünf Jahre freiheitliche Regierungsbeteiligung. In: Andreas Mölzer (Hg.), Was bleibt von der Dritten Kraft? (Wien 2005), 21-34.

Mommsen, Margareta, Die „Staatskrise“ über den „Justizputsch“ in der Causa Habsburg 1963 und der Niedergang der Großen Koalition. In: Michael Gehler, Hubert

- Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 437-454.
- Paska*, Erwein, Das Ringen um den „kleinen Mann“. In: Lothar Höbelt (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001), 185-205.
- Pelinka*, Anton, Österreichische und jüdische Identität. In: Anton Pelinka, Hubert Sickinger, Karin Stögner (Hg.), Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008), 1-23.
- Peter*, Friedrich, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Robert Kriechbaumer (Hg.), Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 1, Wien/Köln/Weimar 1998), 137-159.
- Pfaffenhuemer*, Thomas, Der Weg war kein Ziel – Die Entwicklung des modernen Wahlrechts in Österreich. In: Peter Filzmaier, Peter Plaikner, Karl A. Duffek (Hg.), Stichwort Wählen (Edition Politische Kommunikation 2, Wien/Köln/Weimar 2009), 77-96.
- Piberger*, Alois, Bruno Pittermann und das Parteiprogramm von 1958. In: Heinz Fischer, Leopold Gratz (Hg.), Bruno Pittermann. Ein Leben für die Sozialdemokratie (Wien 1985), 145-153.
- Piringer*, Kurt, Chronologie der FPÖ-Entwicklung 1986 bis Jahresmitte 2000. In: Lothar Höbelt (Hg.), Republik im Wandel. Die große Koalition und der Aufstieg der Haider-FPÖ (München 2001), 356-459.
- Rathkolb*, Oliver, NS-Problem und politische Restauration: Vorgeschichte und Etablierung des VdU. In: Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley, Oliver Rathkolb (Hg.), Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955 (Wien 1986), 73-99.
- Sickinger*, Hubert, Jörg Haider. In: Anton Pelinka, Hubert Sickinger, Karin Stögner (Hg.), Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008), 111-220.
- Sickinger*, Hubert, Politischer Wandel in der Zweiten Republik: Parteien, Machtverteilung/politische Strukturen, Kommunikation. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 295-322.
- Sickinger*, Hubert, Von der „Insel der Seligen“ zur Skandalrepublik“. Politische Skandale in der Zweiten Republik. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck ²2007), 698-743.

Sinowatz, Fred, Beobachter und Mitgestalter der Politik in der Zweiten Republik. In: Robert Kriechbaumer (Hg.), *Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 1*, Wien/Köln/Weimar 1998), 103-118.

Stögner, Karin, Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalismus. In: Anton Pelinka, Hubert Sickinger, Karin Stögner (Hg.), Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008), 25-110.

Trettler, Heidi, Der umstrittene Handschlag. Die Affäre Frischenschlager – Reder. In: Michael Gehler, Hubert Sickinger (Hg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim (Neuaufgabe Innsbruck 2007)*, 592-613.

Weissensteiner, Friedrich, Fred Sinowatz. In: Friedrich Weissensteiner, Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk (Die Österreichischen Bundeskanzler 1*, Wien 1983), 418-429.

Weissensteiner, Friedrich, Die Ära Sinowatz. In: Friedrich Weissensteiner, Erika Weinzierl (Hg.), *Die österreichischen Bundeskanzler. Ergänzungsheft (Die Österreichischen Bundeskanzler 2*, Wien 1987), 3-14.

Universitätsschriften

Platzer-Stessl, Eveline Maria. Auseinandersetzung mit der Entnazifizierung in der Memoirenliteratur. Dipl., Univ. Wien 2008.

Tóth, Barbara, Der Handschlag. Die Affäre Frischenschlager-Reder. Diss., Univ. Wien 2010.

Tageszeitungen und Zeitschriften

Buchacher, Robert, Klima der Pardonierung. In: *profil*, Jg. 14, Nr. 20 (16. 5. 1983), 17-19.

Die Freiheitlichen verlangen Neuwahlen. In: *Oberösterreichische Nachrichten* Jg. 94, Nr. 213 (15. 9. 1958), 2.

Gnam, Peter, Kreisky: Schlage Sinowatz als Koalitionskanzler vor!. In: *Neue Kronen Zeitung* (Ausgabe Oberösterreich), Jg. 1983, Nr. 8228 (26. 4. 1983), 2-3.

Lingens, Peter-Michael, Kreiskys Vermächtnis. In: *profil*, Jg. 14, Nr. 18 (2. 5. 1983), 10-11.

Oberleitner, Wolfgang, Die Freiheitliche Partei legt ihren Kurs fest. In: *Die Presse*, Jg. 1958, Nr. 3049 (12. 9. 1958), 3.

Oberleitner, Wolfgang, FPÖ: Treue zur Heimat, kein Radikalismus. In: Die Presse, Jg. 1958, Nr. 3052 (15. 9. 1958), 2.

Oberleitner, Wolfgang, Friedrich Peter – neuer Bundeobmann der FPÖ. In: Die Presse, Jg. 1958, Nr. 3051 (14. 9. 1958), 4.

Pfeifer, Erich, Das politische Schlagwort verkauft sich noch gut. In: Oberösterreichische Nachrichten Jg.94, Nr. 214 (16. 9. 1958), 3.

Regierungsverhandlungen: Ministerien und Mysterienspiel. In: profil, Jg. 14, Nr. 18 (2. 5. 1983), 16.

Sein Endsieg. In: profil, Jg. 14, Nr. 19 (9. 5. 1983), 20-23.

SP designiert Sinowatz. Kreisky bis Herbst Parteichef. In: Die Presse, Jg. 1983, Nr. 10531 (26. 4. 1983), 1.

Votzi, Josef, „Will nicht zurück ins Burgenland“. Josef Votzi sprach mit Vizekanzler Fred Sinowatz. In: profil, Jg. 14, Nr. 8 (21. 2. 1983), 14-15.

Wenn SP absolute Mehrheit verfehlt: Kommt Regierung Kreisky-Steger? In: Die Presse, Jg. 1983, Nr. 10529 (23./24. 4. 1983), 1.

Internet

Bauer, Kurt, Kurzbiografien bekannter linker Anhaltelhäftlinge 1933–1938. In: kurtbauer-geschichte.at (31. 8. 2012), online unter <http://www.kurtbauer-geschichte.at/PDF-Materialien/Kurzbiografien-linker-Anhaltelhaeftlinge.pdf> (11. 10. 2017).

Bonavida, Iris, Martin *Stuhlpfarrer*, Thomas *Prior*, Rot-Blau: Sozialdemokraten kratzen an Vranitzky-Doktrin. In: diepresse.com (3. 5. 2016), online unter <http://diepresse.com/home/innenpolitik/4981407/Sozialdemokraten-kratzen-an-VranitzkyDoktrin> (10. 10. 2017).

Giesser, Doris, Als die Hakenkreuzfahnen verschwanden. In: derStandard.at (17. 6. 2017), online unter <http://derstandard.at/2000038942852/Als-die-Hakenkreuzfahnen-verschwanden> (11. 10. 2017).

Rauscher, Hans, Der ungelöste Fall Friedrich Peter. In: derStandard.at (27. 9. 2005), online unter <http://derstandard.at/2187479/Der-ungeloeste-Fall-Friedrich-Peter> (11. 10. 2017).

Weissensteiner, Friedrich, Der Wegbereiter Friedrich Peter. In: Wiener Zeitung vom 05.05.2004, online unter http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/archiv/154960_Der-Wegbereiter-Friedrich-Peter.html (28.05.2017).

Filme und Dokumentationen

Mosser-Schuöcker, Birgit, Gerhard *Jelinek*, Herbert Kraus und die Wurzeln der FPÖ, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=pGekUUBAkLc> (21.05.2017), 45 min., Wien 2016.

Jelinek, Gerhard, Walter *Seledec*, Das dritte Lager. Geschichte der deutschnationalen Wurzeln der FPÖ, online unter <https://www.youtube.com/watch?v=QcaR4GvIeIs> (21.05.2017), 45 min, Wien 2000.

Dutzler, Klaus, Gerhard *Jelinek*, Baumeister der Republik. Kurt Waldheim. Der einsame Präsident, online unter <http://tvthek.orf.at/profile/Archiv/7648449/Baumeister-der-Republik-Kurt-Waldheim/12722390/Baumeister-der-Republik-Kurt-Waldheim/12722391> (21.05.2017), 47 min, Wien 2016.

VIII. ANHANG

8.1 Lebenslauf

Lino Heiduck

* geboren am 26. Oktober 1992 in Linz

Lino Heiduck, dessen familiäre Wurzeln in Oberösterreich liegen, besuchte nach der Volksschule Langholzfeld (1999-2003) das Gymnasium und Realgymnasium Kollegium Aloisianum Linz (2003-2011) und legte an dieser katholischen Privatschule in jesuitischer Tradition im Juni 2011 die Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg ab. Ab Herbst 2011 wurde das Lehramtsstudium in den Fächern Deutsch, Geschichte, Sozialkunde und Politischer Bildung begonnen. Der Schwerpunkt im Studium wurde auf die Zeitgeschichte, insbesondere die Politikgeschichte Österreichs, gelegt. Ferner konnte das Bachelorstudium Deutsche Philologie im Mai 2016 mit Auszeichnung und der Verleihung des akademischen Grades „Bachelor of Arts“ (BA) abgeschlossen werden.

An Zusatzausbildungen konnten außerhalb des universitären Curriculums der Unternehmerführerschein der Wirtschaftskammer in sämtlichen Modulen, die Ausbilderprüfung zur Lehrlingsausbildung, die Ausbildung zum Peer-Mediator sowie die Meisterprüfung im Bereich der Überlassung von Arbeitskräften sowie Arbeitsvermittlung erlangt werden.

Parallel zur Ausbildung wurden berufliche Tätigkeiten im Journalismus, unter anderem ab 2012 beim ORF Oberösterreich, aber auch im Bereich des Fußballs, sowohl als Pressesprecher professioneller Fußballklubs (2013-2016) als auch als Berater in einer Sportmanagementagentur (seit 2014) ausgeübt. Hinzu kommt das seit 2008 praktizierte Engagement als aktiver Fußball-Schiedsrichter des Österreichischen Fußball-Bundes.

8.2 Eidesstattliche Erklärung

Hiermit erkläre ich Eides statt,

- a) dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, keine andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,
- b) dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe und,
- c) dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, am Dienstag, 10. Oktober 2017

Lino Heiduck

8.3 Danksagung

Zuvorderst richte ich meinen aufrichtigen Dank für die kompetente und zugleich auf einer hervorragenden persönlichen Ebene befindliche Betreuung an Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb. Die permanente Bereitschaft, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, das aufgrund meiner beruflichen Situation entgegengebrachte Verständnis sowie die stets motivierenden Worte hinsichtlich der Gestaltung der Arbeit haben mich bei der Erstellung dieser exzellent begleitet.

In großer Verbundenheit bedanke ich mich außerdem bei meiner Familie, im Besonderen meinen Eltern Sabine und Siegfried, die mich über meine gesamte Ausbildungslaufbahn positiv motiviert haben, mir, wenn es mal nicht so gelaufen ist, Mut zugesprochen haben und stets eine wichtige, mentale Stütze während der gesamten Ausbildung waren. Ein großes „Danke“ richte ich auch an meine tollen Freunde, die trotz zeitweiser universitärer sowie beruflicher Überlastung den Kontakt gehalten haben, auch wenn mal zwischenzeitlich wieder nur einsilbige Antworten zurückkamen.

Nicht verabsäumen möchte ich es, mich bei Mag. Elisabeth Krischak zu bedanken: Sie hat mir als langjährige Deutschprofessorin nicht nur das „Schreiben“ beigebracht, sondern mich bis zum heutigen Tag mit ihrer unheimlichen Geduld, ihrer großen Fachkompetenz und ihrer ständigen Bereitschaft zu helfen, begleitet – auch beim Lektorat dieser Diplomarbeit. Danke!

Abschließend gilt mein Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Oberösterreichischen Landesbibliothek. Jenem Ort, an dem der Großteil dieser Arbeit seinen Ursprung fand. Mit einem ungeheuren „Know-How“ und einer Hilfsbereitschaft ausgestattet, war mir jede Unterstützung gewiss. Besonders hervorstreichen möchte ich hier Frau Michaela Ebenhofer, die mir stets mit einem freundlichen Lächeln begegnete.

D-A-N-K-E

8.4 Abstract

Die vorliegende Arbeit beschreibt das ambivalente Verhältnis der beiden Parteien SPÖ und FPÖ im Verlauf der Zweiten Republik. Als zentraler Bezugspunkt der sich seit 1949, dem Zeitpunkt der Gründung des VdU, der Vorgängerpartei der FPÖ, erstrecken und in dieser Arbeit chronologisch untersuchten Ereignisse dient die gemeinsame Regierungsarbeit in den Jahren 1983-87. Eine Zäsur zur „Ära Kreisky“ einerseits sowie den Übergang zur Rückkehr zu Großen Koalition, die folglich bis zur Jahrtausendwende Bestand haben sollte, andererseits repräsentierend, werden in dieser Regierungszusammenarbeit unter der Führung von Kanzler Sinowatz und Vizekanzler Steger ökonomische sowie gesellschaftliche Versäumnisse der Nachkriegs- und Restitutionsphase, aber auch politische Handlungsmuster vorhergehender Entscheidungsträger plakativ veranschaulicht. Anhand dieser Vorgehensweise soll ein geschlossenes Bild des Verhältnisses der beiden Parteien zueinander über den gesamten Beobachtungszeitraum 1949-87 und auch danach entstehen, während auch zentralen Fragen nach den situationsabhängigen, politisch-taktischen Überlegungen hinsichtlich etwaiger Kooperationen sowie nach Kontinuitäten, die sich in der Kleinen Koalition widerspiegeln, nicht unberücksichtigt bleiben.

Als Basis der wissenschaftlichen Erarbeitung dienen geführte Akteursinterviews mit wesentlichen, politischen Entscheidungsträgern aus der Zeit der Kleinen Koalition, die, mit besonderem Augenmerk auf die Beziehung der beiden Parteien, auch auf die politischen Ereignisse vor und nach der Regierungszeit der SP-FP-Koalition blicken. Gepaart mit ausgewählter Forschungsliteratur zur Kleinen Koalition, aber auch zur Geschichte und Entwicklung der beiden Parteien in der Zweiten Republik sowie politische Biographien und Rückblicke diverser Akteure, Chronologien der beiden Parteien und historische Standardwerke sowie partiell ausgewählte Medienberichte zu den Ereignissen während der und rund um die Kleine Koalition sind sie die Grundlage dieser Arbeit.

IX. INTERVIEWS

9.1 Interview mit Dkfm. Dr. Franz Vranitzky

Daten zum Interview:

Interviewer:

Dkfm. Dr. Franz Vranitzky (V)

Interviewer:

Lino Heiduck (H)

Zeit und Ort des Interviews:

Montag, 03. April 2017 13:00 Uhr – 14:20 Uhr

Bruno-Kreisky-Forum für internationalen Dialog (Armbrustergasse 15, 1190 Wien)

sowie gemeinsame Überarbeitung der verschriftlichten Interviewdokumentation am

Mittwoch, 24. Mai 2017 09:00 Uhr – 10:10 Uhr / (Armbrustergasse 15, 1190 Wien)

Basis der Dokumentation:

Audioaufzeichnung (vorliegend bei Lino Heiduck), Mitschrift

Anmerkung:

Die in der vorliegenden Arbeit zitierten Passagen des Interviews beziehen sich auf die links am unteren Seitenrand gesondert angeführte Seitenzahl des Interviews.

Erklärung:

ERKLÄRUNG

Das Oral History Interview, das ich, Dkfm. Dr. Franz Vranitzky, am Montag, dem 03. April 2017 in Wien Herrn Lino Heiduck gegeben habe, darf für wissenschaftliche Zwecke (Publikationen, Vorträge, Archivierung) verwendet werden. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Korrektheit der vorliegenden Dokumentation des Interviews.

Wien, 13. April 2017



Dkfm. Dr. Franz Vranitzky

H: *Wie sehen Sie die Rolle der FPÖ vor der Regierungszusammenarbeit aus dem Blickwinkel der SPÖ?*

V: Die Freiheitlichen haben grundsätzlich schon lange vor der Kleinen Koalition einen Vorteil verschafft, nämlich unter anderem in der Minderheitsregierung Kreisky, wo sie insbesondere mit der Zustimmung zum Budget die Regierung überhaupt möglich gemacht haben. Im Gegenzug ist die SPÖ darauf eingegangen, eine Wahlrechtsreform durchzuführen, die den Freiheitlichen genützt hat.

H: *1983 ist es dann schließlich zu einer gemeinsamen Koalition gekommen. Auf welche wesentlichen Parameter dieser Zusammenarbeit blicken Sie heute zurück?*

1983 ist die Nationalratswahl mit einem Verlust der absoluten Mehrheit der SPÖ ausgegangen. Sinowatz wurde zwar mit der Regierungsbildung betraut, dennoch führte de facto Kreisky, obwohl er alle seine Ämter nach der Wahl zurückgelegt hat, die Verhandlungen zur Regierungsbildung. Sinowatz hat diese SPÖ-FPÖ-Regierung dann, unter starker Mithilfe Kreiskys, gebildet.

Es war, grosso modo, Politik der SPÖ in den 1970er-Jahren, also schon noch in der Zeit der absoluten Mehrheit, als Folge des Einigungsprozesses von 1970, mit der Freiheitlichen Partei auf einer Basis zu verkehren, die das liberale Element der FPÖ in den Vordergrund gestellt und das deutschnationale Element in den Hintergrund gerückt hat. Das hat dazu geführt, dass sich das Führungspersonal in der Freiheitlichen Partei auch um den liberalen Flügel geschart hat, etwa Norbert Steger, Friedhelm Frischenschlager oder Klara Motter. Das hat auch funktioniert, auch über das Wahlergebnis 1983 hinaus.

Mit der Entscheidung, mit diesen Leuten eine gemeinsame Bundesregierung zu bilden, ist quasi parallel dazu der Widerstand in der FPÖ, gegen diese liberale Politik, immer stärker geworden. Das hat mit ein paar Altvorderen, etwa Emil van Tongel, begonnen, hat aber dann in der Unterstützung Haiders gemündet. Anfänglich ist aber Haider, als Sozialsprecher der FP aktiv, noch nicht wesentlich mit dem aufgefallen, mit dem er später aufgefallen ist. Nämlich mit der großen Schwierigkeit, sich selbst vom Nationalsozialismus abzugrenzen. Haider war dann Landesrat in Kärnten und hat ununterbrochen gegen Steger und andere Freiheitliche in der Bundesregierung

gestichelt, was dazu geführt hat, dass in der Freiheitlichen Partei eine Stimmung entstand, sich von den Roten nicht recht vorschreiben zu lassen, ob man als Partei liberal oder doch deutschnational orientiert sein soll. So haben die erwähnten Regierungsglieder von der eigenen Partei eigentlich wenig Unterstützung bekommen. Da gab es einige schwierige Phasen für die Bundesregierung: Das Kraftwerk Hainburg, Frischenschlagers Handschlag mit Reder, die Diskussion um die Ladenöffnungszeiten am 8. Dezember. Die Gewerkschaften haben mit den Freiheitlichen in der Bundesregierung nichts anzufangen gewusst. Anekdotisch, aber der Wahrheit entsprechend, kann ich berichten: Ich bin auf der Regierungsbank neben Sozialminister Dallinger, der als Urgestein der Sozialpartnerschaft galt, gesessen. Wenn es zu Debatten um sozialpartnerschaftliche Angelegenheiten kam, hat Dallinger mir gegenüber darauf hingewiesen, dass die Freiheitlichen Sozialpartnerschaft doch gar nicht verstehen würden. Er meinte, es wäre schon gut, wenn man zumindest wieder die verlässlichen Schwarzen, mit denen man sich was ausmachen kann, wieder in der Regierung hätte. Es war also so eine Doppelstimmung: Bei den Freiheitlichen sehr kritisch gegenüber den eigenen Regierungsgliedern und bei manchen Sozialdemokraten, vor allem den sozialpartnerschaftlich orientierten, gegen die Freiheitlichen.

Im September 1986 kam es zu dem legendären Innsbrucker Parteitag der FPÖ, wo sie Norbert Steger in ziemlich rustikaler Art und Weise abgewählt haben. Haider wurde Obmann. Ich war seit Juni 1986 Bundeskanzler und habe mich nach den Ereignissen 1986 in Innsbruck entschlossen, diese Koalition nicht fortzusetzen. Mein wesentliches Motiv war im Großen und Ganzen Jörg Haider selbst, weil er schon im Vorfeld bewiesen hatte, dass er keinen Partner mit Handschlagqualität darstellte und weil er immer wieder NS-Töne anklingen ließ. So kam es zur Auflösung der Regierung und einer Neuwahl, wir hätten aber ohnedies im Herbst 1987 schon wählen müssen.

H: *Vor dem Innsbrucker Parteitag war logisch, dass es in der FPÖ zu einer Richtungsentscheidung kommen wird. Es war aber nicht klar, dass Haider eine Mehrheit bekommen wird...*

V: Steger selbst hat im Vorfeld des Parteitags gesagt, dass es zwar eine harte Auseinandersetzung werden wird, aber, dass er sicher Obmann bleiben werde.

H: *Es hat aber im Vorfeld des Parteitags ein Telefonat von Ihnen mit Dr. Haider gegeben, wo er Sie gefragt haben soll, ob die Regierung auch unter ihm weitergeführt werde.*

V: Die Fragestellung von Dr. Haider an mich in diesem Telefonat im Vorfeld des Innsbrucker Parteitags war nicht, ob die Regierung hält, sondern, ob er Vizekanzler wird. Er hat, *expressis verbis*, gesagt und so hat auch das Telefonat begonnen: „Wir haben am Wochenende einen Parteitag und ich werde wahrscheinlich Obmann. Machen wir zwei Dynamischen eh gemeinsam weiter, ich als Vizekanzler.“ Und ich habe ihm gesagt, heute weiß ich nicht ob das kryptisch war, dass ich ihm das nicht zusagen kann, weil ich einen Koalitionsvertrag mit Dr. Steger habe und nicht hinter dem Rücken des Dr. Steger, nur deshalb, weil er annimmt, dass er Obmann wird, mit ihm schon, ehe er überhaupt Obmann ist, einen Pakt schließen kann. Jetzt komme ich zu meinem Vorwurf bezüglich der Handschlagqualität des Dr. Haider: Er ist in Folge dieses Telefonats zum Parteitag nach Innsbruck gefahren und hat dort klar zu erkennen gegeben, er habe mit mir schon alles zur Weiterführung der Zusammenarbeit ausgemacht, was einfach nicht der Wahrheit entsprach.

H: *Die Regierung ist 1983 mit einigen Hypotheken gestartet. Welche Hypotheken betrachten Sie im Nachhinein für die Zusammenarbeit als wesentlich?*

V: Ich konzentriere es auf die Vorgänge innerhalb der FPÖ. Ansonsten haben sich die Freiheitlichen Regierungsmitglieder sehr bemüht, sie waren weder kontraproduktiv noch widersprüchlich oder zögerlich. Natürlich war der Reder-Handschlag Frischenschlagers ein elementares Ereignis in der Regierung. Im Rückblick muss ich sagen, dass die Empörung um den Handschlag Reder-Frischenschlager insofern etwas zu relativieren ist, als sich schon im Vorfeld andere SPÖ-Funktionäre, etwa Kreisky oder Außenminister Gratz, für Reder eingesetzt haben. Sinowatz hat es dann sehr vernünftig zur Ruhe gebracht, aber die Blasen des Widerspruchs, des Ärgernisses, der medialen Auseinandersetzung waren schon da.

H: *Wie war Ihrer Meinung nach die Basis in der SPÖ für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ. War man bereit, die FPÖ als echten Partner anzuerkennen?*

V: Man war in der SPÖ nur höchst marginal dazu bereit, die FPÖ als Partner anzuerkennen. Viele Funktionäre in der SPÖ haben immer noch, unausgesprochen, aber doch, in der Einstellung der absoluten Mehrheit weitergelebt. Auch ich habe dann oft parteiintern auf den Koalitionspartner hingewiesen, aber es war irgendwie ein schwieriger Prozess zur Kenntnis zu nehmen, dass man keine absolute Mehrheit mehr hat. Außerdem herrschte weitgehend das Gefühl vor, sich mit der FPÖ nichts ausmachen zu können.

H: *Wann in der Zweiten Republik war Ihrer Meinung nach der Punkt innerhalb der SPÖ erreicht, dass die FPÖ als konkreter Partner angesehen wurde?*

V: Die Schlüsselfigur, die FPÖ aus Sicht der SPÖ als möglichen Partner zu sehen, heißt meiner Meinung nach Haider. Im Vorfeld Haiders hat es bestimmte Punkte der Übereinstimmung gegeben, nach Haider nicht mehr. Ich habe oft gesagt, dass ich nichts gegen eine Kooperation mit der Freiheitlichen Partei hätte, wenn es Haider nicht gäbe oder Haider nicht prägend für diese Partei gewesen wäre.

Wenn Sie an das langjährige Festhalten an der Opfertheorie denken, so waren ja auch in der SPÖ so manche Spitzenfunktionäre, die zwar nicht mit der NSDAP übereingestimmt hätten, die aber doch zögerlich waren, hier sehr entschieden dagegen vorzugehen. Ich nenne etwa Helmer beim Hinausschieben der Juden-Restitutionsfrage, Olah, der nicht so abgeneigt war, oder auch Kreisky, dessen Einigung mit Friedrich Peter unheimlich mutig war und zwar Benefits brachte, ihm aber bis heute von gar nicht so wenig Leuten vorgeworfen wird, weil Peter als SS-Mann mit Deliktvergangenheit abgestempelt war.

Die andere Seite war, dass sich mit dem Aufstieg Haiders auch in der SPÖ etwas entwickelt hat, was in den Jahren zuvor etwas unterbelichtet war: Nämlich der Umgang mit der ÖVP, nicht nur mit der FPÖ. Da hat es im Großen und Ganzen zwei Strömungen innerhalb der SPÖ gegeben: Die Kärntner, die gerne eine Zusammenarbeit mit Haider gehabt hätten, weil sie das gegen die Kärntner ÖVP

eingesetzt hätten. Die östlichen Bundesländer, also Wien, Niederösterreich, Burgenland, haben, ebenso wie die Sozialpartner, eine Annäherung an Haider ausgeschlossen. Letztendlich hat Haider, als ich ihn nicht in eine Bundesregierung aufgenommen habe, die Ausgrenzung erfunden. Sein Credo, er und seine Partei würden ausgegrenzt, hat sich schrittweise dahin entwickelt, alle Wählerinnen und Wähler der Freiheitlichen würden ausgegrenzt, was schlichtweg nicht der Fall war. Einige in der SPÖ, die Haider gerne gegen die ÖVP instrumentalisiert hätten, haben sich dieses Ausgrenzungsthemas auch angenommen. Das ist eigentlich bis heute geblieben.

Ich hatte 1987 eine Regierung zu bilden und wir waren parteiintern der einhelligen Meinung, dass diese nicht mit Haider zu schließen sei. Hinzu kam, dass ich mit der ÖVP eine bequeme parlamentarische Mehrheit hatte, eine Zweidrittelmehrheit.

H: *Waren Ihrer Meinung nach sozioökonomische und sozialpolitische Gegebenheiten ab 1986 die Basis für Haiders Erfolg gegenüber den Großparteien?*

V: Ich glaube, dass nach 1986 die Paradigmen ziemlich rasch andere wurden. Erstens ist spätestens nach 1986 das Eurothema in den Mittelpunkt gerückt, zweitens ist auch die Präsidentschaft Waldheims als Paradigmenwechsel zu sehen. Drittens hat sich die Verfasstheit der österreichischen Wirtschaft rasant verändert und damit auch Teile des Innenlebens der alten SPÖ, zum Beispiel der Verstaatlichtensektor. Die verstaatlichte Industrie ist in ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit in einen absoluten Schleuderkurs geraten. Das hängt auch mit den früheren Auffassungen über Industriepolitik und mit der schrittweisen Öffnung Österreichs nach außen zusammen. Es hat nach dem Krieg kaum private Aktionäre gegeben, die in der Lage gewesen wären, diese Industrie wieder aufzubauen und deshalb musste der Staat einspringen. Das ist von 1945 bis in die 1970er-Jahre aufrecht erhalten worden, aber da hätte man diese Unternehmungen schon in einem gewissen Grad international wettbewerbsfähig machen müssen. Es haben weniger Faktoren der Gewinnerzielung eine Rolle gespielt, sondern vielmehr sozialpolitische Überlegungen (Sicherung von Arbeitsplätzen etc.). Traten Verlust ein, so hat man sie mit Geld aus dem Bundesbudget ausgeglichen. Das war in der Nachkriegszeit eine durchaus vertretbare Überlegung, aber als wir dann der EFTA beitraten, die OECD-

Regeln wirkten und die Kapitalverkehrsgrenzen fielen, war das kein haltbarer Zustand mehr. Die VOEST-Krise 1984/85 und alles, was damit zusammenhing, hat dazu geführt, dass ich mit Sinowatz vereinbart habe, dass es so nicht mehr weitergeht.

Zurück zur SPÖ: Wir mussten innerhalb kurzer Zeit ein altes Industriebild ablegen und ein neues, modernisiertes annehmen. Das hat zu Friktionen geführt, wir haben zum Beispiel in der Obersteiermark, wo die gesamte Mur-Mürz-Furche von verstaatlichter Industrie belegt war, Stimmen verloren, weil die Arbeiterschaft diese Reformen nicht mitgetragen hat und die im Management tätigen Personen auch noch die alte Denkweise verankert hatten.

Es haben sich also sehr viele Entscheidungskriterien und Randbedingungen in wenigen Jahren sehr schlagartig geändert.

H: *Die Problematik der FPÖ mit den Ehemaligen ist im Verlauf der Zweiten Republik immer wieder aufgekeimt. Warum hat man es lange Zeit nicht geschafft, sich von diesen Geschichten klar abzugrenzen?*

V: Vergleicht man es mit der FDP in Deutschland, so muss man festhalten, dass die FDP in ihren Grundzügen per se schon eine ganz andere Partei als die FPÖ ist. Außerdem sind die Deutschen mit ihrer NS-Vergangenheit ganz anders umgegangen als wir. Die Schuld am Entstehen des Zweiten Weltkrieges, an den Massenvernichtungen, die ist in Österreich bis in den 1990er-Jahre nicht nur nicht thematisiert, sondern zurückgewiesen worden. Mit nationalsozialistischen Umtrieben zwischen 1933 und 38 in Österreich haben wir uns gar nicht beschäftigt, da wollten wir nichts davon wissen.

H: *Lacina meinte, vor allem im Zusammenhang mit der Frischenschlager-Reder-Geschichte, dass auch die SPÖ schon längst ein klares Statement in Richtung Bewältigung der NS-Vergangenheit Österreichs angeben hätte müssen und hat damals Kanzler Sinowatz seinen Rücktritt erklärt.*

V: Lacina und ich haben sich damals über die Begrüßung Reders durch Frischenschlager auch parteiintern empört. Frischenschlager ist damals ein bisschen

hineingestolpert. Frischenschlager hat keine ganz weiße Weste in Bezug auf seine ideologische Vergangenheit, war er in seiner Studentenzeit doch am ganz rechten Rand aktiv, hat das aber dann abgelegt und ist etwas tollpatschig zu dieser Reder-Geschichte gekommen. Frischenschlager hat nicht gekämpft darum, Recht gehabt zu haben, sondern hat in zurückgezogener Art und Weise agiert und man war ihm im Endeffekt nicht wirklich böse. Sinowatz war Bundeskanzler, musste die Koalition zusammenhalten und Tag ein Tag aus musste er sich auch parteiintern die Kritik über die Koalition mit den Freiheitlichen anhören. Die Funktionäre, die entfernt von der Spitze waren, haben nur gesehen, dass gute, alte Bräuche der SPÖ von den Freiheitlichen gelegentlich in Frage gestellt wurden und so kam es, dass Sinowatz immer wieder mit der Kritik über diese Zusammenarbeit konfrontiert war. Sinowatz hat immer zu verstehen gegeben, dass es unsere Hilfe brauche, wenn das liberale Element in der Freiheitlichen Partei überleben soll.

H: *Hat man als SPÖ die FPÖ und die liberale Linie in der FPÖ schließlich überleben lassen?*

V: Norbert Steger würde vielleicht sagen und damit für den einen oder anderen Freiheitlichen sprechen, dass wir, die SPÖ, die FPÖ zu wenig haben leben lassen. Auf der anderen Seite wird das Argument deshalb schwächer, weil sie sich ja, bei aller Komplexität der Situation, letztendlich doch wieder zu Haider gesellt haben. Möglicherweise haben sie, jeder für sich selbst, sich ob ihrer persönlichen Position und ihres Amtes gefährdet gefühlt.

H: *Wie erklären Sie den großen Hype um Jörg Haider und den klaren Richtungswechsel in der FP?*

V: Die Freiheitlichen haben gemerkt, dass Haider einer ist, der sie aus dem Underdog-Image befreien kann. Sie waren immer ein bisschen als die „Schmuddelkinder“ abgestempelt. Als sie dann in der Nachkriegszeit ins Parlament kamen, hat den VdU bzw. später die FPÖ niemand als etwas anderes interpretiert als ein Sammelbecken der alten Nazis. Haider hat dann durch sein unbestrittenes Talent, Schwachstellen anderer auszuloten und aufzugreifen, den lückenlosen

Rückhalt in seiner eigenen Partei erwirkt. Dadurch hat er natürlich dann in der gesamten Innenpolitik an Prestige und Gewicht gewonnen. Als wir die Große Koalition begannen, haben wir dann sofort Gegner gehabt, die vorher nicht zu sehen waren. Der Aufstieg Haiders ist schon auch bedingt durch die Schwächen, die die linke Seite hatte. Das waren zum Beispiel strukturelle Probleme wie der Fall Rechberger mit dem berühmten Taferl, das mir Haider in der TV-Konfrontation vorgehalten hat, aber auch per se die Existenz einer Großen Koalition. Im Endeffekt ist die Große Koalition zu dieser Zeit unvermeidbar gewesen, hat aber dann sehr viele Querschläge einstecken müssen, wie etwa die Waldheim-Präsidentschaft oder auch das Verhalten von VP-Chef Mock, der als bekennender Antisozialist nicht unbedingt Begeisterung für diese Regierung erweckte.

H: *Betrachten wir die Einstellung der SPÖ zur FPÖ seit deren Gründung. Inwiefern bestand ein Zwiespalt zwischen Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes und dem Schaffen einer Alternative im Spektrum möglicher Partner?*

V: Das hängt nicht zuletzt mit den verschiedenen Exponenten der SPÖ im Laufe der Zeit zusammen. Unmittelbar nach dem Krieg war der Parteivorsitzende Karl Seitz, nach ihm kam schon Bruno Pittermann und 1967 Bruno Kreisky. Alle drei hatten bundespolitisch vollkommen andere Ausgangspositionen. Karl Seitz war der typische „Trümmerhaufen“-Obmann während der Besatzungszeit. Pittermann, seine Frau war Jüdin, war selbst ein im Nationalsozialismus Verfolgter. Er war Intellektueller, der in der ersten Phase seiner Obmannschaft im höchsten Grade angesehen war. Pittermann hat bei der Wahl 1959 sogar Stimmenmehrheit, aufgrund des Wahlsystems allerdings nicht Mandatsmehrheit, erreicht und war sozusagen der ewige Vizekanzler. Pittermann hat aber im Laufe der Jahre nicht die notwendige Anhängerschaft für sich gewonnen, dass er durch Krisen durchgetragen worden wäre. Ab den 1960er-Jahren war er für die verstaatlichte Industrie zuständig und das war immer ein Zankapfel. Pittermann und seine Zeitgenossen hielten die etablierten Werte hoch und galten nur bedingt als Repräsentanten einer modernen Sozialdemokratie. Das darf man aber heute nicht mit den Augen des 21. Jahrhunderts sehen und deshalb auch nicht als Kritik verstehen, das war in der

damaligen Zeit einfach so. Der politische Diskurs hat sich damals um ganz andere Dinge gedreht, als es heute der Fall ist. Mit dem Proporz kam es dann noch zu stark kritisierten Personalbesetzungen. In dieser Zeit war alles in Bewegung, um von der alten, als verknöchert geltenden, Struktur wegzukommen: Große Koalition, Proporz, Staatsrundfunk, verstaatlichte Industrie etc. Mit Kreisky kam 1967 das Aufatmen. Es ist sehr viel, bis hin zur absoluten Mehrheit, gelungen. Bevor Kreisky kam, war das Thema VdU und dann FPÖ irgendwie statisch, Pittermann stand ihr ablehnend gegenüber. Die große Allgemeinheit hat zur Kenntnis genommen, dass es einerseits die zwei Großen und daneben noch eine kleine Freiheitliche Partei gibt. Für Wahlkämpfe gab es also andere Entscheidungskriterien und Anknüpfungspunkte als es heute der Fall ist. Ich habe als Schüler und Student alle diese Wahlkämpfe miterlebt – über diese würden wir heute lachen. Mit Kreisky baute sich ein neues Spannungsfeld in der Parteienlandschaft auf. Kreisky war kämpferisch auf die Mehrheit aus. Eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen anzudenken, hat eigentlich erst in den 1960er-Jahren begonnen.

H: *Dennoch hat die FPÖ genau in dieser Zeit, vor der Wahl 1970, die Erklärung „Kein roter Kanzler, kein schwarzes Österreich“ abgegeben und damit eine Koalition mit der SPÖ ausgeschlossen. Warum gab es beiderseits keine Annäherungen vor 1970?*

V: Ich könnte mir vorstellen, dass Kreisky selber schon damals nicht frei war von Überlegungen und Strategien, auch einmal in Richtung der FPÖ zu schauen. Die älteren Generationen, wie etwa Broda, haben diese Überlegungen wohl eher nicht angestrebt.

H: *Hätte Kreisky 1971 die absolute Mehrheit nicht erreicht, wäre es Ihrer Meinung nach schon damals zu einer rot-blauen Zusammenarbeit gekommen?*

V: Es ist denkbar, dass es, hätte Kreisky 71 nicht die absolute Mehrheit erreicht, zu einer rot-blauen Koalition gekommen wäre. Das hätte aber damals die größten Widerstände gegeben innerhalb der SPÖ gegeben. Viele in der SPÖ hätten da Zeter und Mordio geschrien, aber Kreisky hätte es möglicherweise dennoch gemacht.

H: *Hat dieses Verhältnis zur ÖVP während der Alleinregierung unter Kreisky schon aus der Logik heraus eine Zusammenarbeit mit der FPÖ im Jahr 1983 ergeben?*

V: Es ist interessant, dass in all den Jahren der absoluten Mehrheit ein Großteil der Gesetze einstimmig beschlossen wurde und die ÖVP da mitgestimmt hat. Also war schon ein Bemühen der Regierung Kreisky zu spüren, mit den anderen Parteien zu Einigungen zu kommen, die dann die Grundlagen für die Gesetze ergaben.

Kreisky und seine Regierung haben es mit zunehmender Regierungsdauer im Parlament immer schwieriger gehabt. Kreisky ist große Projekte angegangen und hat sich vom Widerstand der ÖVP nicht beirren lassen.

Ich glaube nicht, dass es nach der Wahl 1983 und dem Verlust der absoluten Mehrheit zu einer Großen Koalition kommen hätte können. Sinowatz hat sich sehr an die Vorgaben Kreiskys gehalten.

H: *Wie sehen Sie die Situation zwischen SPÖ und FPÖ heute?*

V: Die Situation heute sehe ich ganz pragmatisch: Ich habe 1986 meine Gründe gehabt, keine Regierung mit der FPÖ zu bilden. Meine Entscheidung war aber eben im Jahr 1986, heute schreiben wir 2017, also 31 Jahre danach. Ich glaube, dass die Entscheidungskriterien nach der Wahl neu zu bewerten sein werden. Strache ist kein Haider, ist aber dennoch für Sozialdemokraten aufgrund seiner Einstellung und seiner Neigung zu Hetzparolen kein Wunschkandidat. Wir haben jetzt eine Umfragesituation, wo der Stern Straches nicht mehr steigt, sondern wo der Stern Kurz' steigt und die Werte Kerns einigermaßen stabil sind. Wenn es gelingt, und das hoffe ich sehr und glaube auch, dass es so sein wird, dass Kern die Mehrheit behält, dann steht er vor einer totalen Neubewertung der Situation. Natürlich plädiere ich nicht für eine Koalition mit den Freiheitlichen, aber wenn ich mir anschau, dass die Zukunft der ÖVP aus Kurz, Lopatka und Sobotka bestehen könnte, dann bleibt mir die Begeisterung für die ÖVP als Partner im Hals stecken.

Am 22. Juni 2017 wurde in Wien eine weitere, gemeinsame Besprechung der vorliegenden Dokumentation vorgenommen, in diesem Zusammenhang fügte Vranitzky zur Zusammenarbeit mit der FPÖ folgende Anmerkung hinzu:

V: Mit etwas Abstand zu den Ereignissen damals und auch, weil ich mir durch das Gespräch mit Ihnen über Ihre Arbeit noch einmal selbst darüber Gedanken gemacht habe, muss ich sagen: Die Idee von Kreisky und Sinowatz, den liberalen Flügel der FPÖ zu fördern, war aus heutiger Sicht wohl schon von Beginn an zum Scheitern verurteilt. Der nationalistische Tümpel in der freiheitlichen Partei war einfach nicht zu überwinden.

9.2 Interview mit Dkfm. Ferdinand Lacina

Daten zum Interview:

Interviewter:

Dkfm. Ferdinand Lacina (L)

Interviewer:

Lino Heiduck (H)

Zeit und Ort des Interviews:

Montag, 27. März 2017 15:00 Uhr – 16:55 Uhr

1040 Wien

Basis der Dokumentation:

Audioaufzeichnung (vorliegend bei Lino Heiduck), Mitschrift

Anmerkung:

Die in der vorliegenden Arbeit zitierten Passagen des Interviews beziehen sich auf die links am unteren Seitenrand gesondert angeführte Seitenzahl des Interviews.

Erklärung:

ERKLÄRUNG

Das Oral History Interview, das ich, Dkfm. Ferdinand Lacina, am Montag, dem 27. März 2017 in Wien Herrn Lino Heiduck gegeben habe, darf für wissenschaftliche Zwecke (Publikationen, Vorträge, Archivierung) verwendet werden. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Korrektheit der vorliegenden Dokumentation des Interviews.

Wien, 31. März 2017



Dkfm. Ferdinand Lacina

H: *Wie sehen Sie die Rolle der Sozialdemokratie bei der Gründung des VdU als vierte Partei?*

L: Man kann es nicht generalisierend als die Rolle der Sozialdemokratie bezeichnen, aber es war insbesondere Innenminister Helmer, der durchaus im Einvernehmen mit der Parteiführung, also damals mit Schärff, versucht hat, eine Spaltung des bürgerlichen Lagers zustande zu bringen. Ich glaube die Erwartung war damals, dass die absolute Mehrheit der ÖVP auf diese Weise verloren geht, die Erwartung war allerdings nicht, dass ein fast ebenso großer Verlust bei der SPÖ eintritt. Es hat dann immer wieder, insbesondere bei den Bundespräsidentenwahlen, etwas weniger verdeckte Offerte an die VdU oder die spätere FPÖ gegeben. Es war der Versuch, möglichst viele von den ehemaligen Nationalsozialisten, vor allem von den Minderbelasteten, in die eigene Partei zu integrieren. Manchmal in formellen Gesprächen, aber es gab auch immer wieder Publikationen, die versuchte, diese Leute für sich zu gewinnen.

H: *Wurde der VdU oder ab 1956 dann die FPÖ zu diesem Zeitpunkt von den Großparteien bereits als politischer Player und möglicher Partner wahrgenommen?*

L: Im Großen und Ganzen war es für die SPÖ kaum vorstellbar, mit der VdU oder der FPÖ eine Koalition zu bilden. Das war bei der ÖVP anders, wo Bundespräsident Körner (sic!) eine Zusammenarbeit unter Gorbach nicht zugelassen hat. Ich war zu diesem Zeitpunkt in der Jugendorganisation VSM, die ganz eindeutig am linken Flügel der Partei angesiedelt war und so immer wieder in Schwierigkeiten mit der Parteiführung geraten ist. Insbesondere die Frage über das Verhältnis und den Umgang mit den ehemaligen Nationalsozialisten führte immer wieder zu Streitigkeiten.

H: *Rund um die Nationalratswahl 1962 gab es Gespräche zwischen VP-Vorsitzendem Gorbach und der FPÖ, die eine mögliche Zusammenarbeit in Aussicht stellten, die dann nach der Wahl aber nicht verfolgt wurde. In den Jahren danach folgte die Affäre um Franz Olah.*

L: Olah stand für eine bestimmte Gruppe innerhalb der SPÖ und wurde sehr stark bekämpft, sowohl von Pittermann als auch von Broda oder von Benya. Sicherlich hatte Olah auch persönliche Ambitionen, aber was immer eine Rolle gespielt hat und bis heute eine Rolle spielt, ist: Wenn die SPÖ zu diesem so genannten „Dritten Lager“ keine entsprechende Gesprächsbasis und keine Verbindung hat, dann ist man bei allen Regierungsverhandlungen erpressbar. Dazu kam dann später auch bei Kreisky sicherlich die Überlegung, die er aus Schweden mitgebracht hatte, einer starken Sozialdemokratie und eines zersplitterten Bürgertums. Was er sicherlich auch versucht hat, war, Funktionäre des Bauernbunds auf seine Seite zu ziehen. Nicht primär, sie zu SPÖ-Sympathisanten zu machen, sondern vielmehr, um sie aus der Volkspartei herauszubrechen. In dieser Zeit dürfte auch für die FPÖ, ähnlich wie in Deutschland für die FDP, klar geworden sein: Wenn man nicht in der „Schmuddelecke“ der Ehemaligen bleiben möchte, muss es eine Öffnung zum Liberalismus, eine klare Abgrenzung zum Deutschnationalismus und eine saubere Haltung gegenüber des Hitler-Regimes geben.

H: *Wann wurde diese Öffnung der FPÖ zum Liberalismus hin aus Ihrer Sicht begonnen?*

L: Das hat schon unter Peter begonnen, wobei der nach wie vor große Schwierigkeiten hatte, diese zu vollziehen. Ich erinnere mich an den Abgeordneten Emil van Tongel, der da, ebenso wie die Kärntner Freiheitlichen, relativ stark gebremst hat. Die FPÖ-Internakenne ich nicht so gut, aber mein Eindruck war, dass Peter, später auch Steger, versucht haben, aus dieser Ecke herauszukommen. Bei Steger habe ich noch zu Zeiten meiner Tätigkeit in der Arbeiterkammer ein persönliches Erlebnis gehabt, das diese Schwierigkeiten der Öffnung der FPÖ gut zeigte: Steger wollte mit zwei Vertretern von ÖGB und Arbeiterkammer über Wirtschaftspolitik sprechen und hat uns in die Wiener Parteizentrale eingeladen. Es gab dann eine Diskussion, die wir beide (*Anmk. die beiden Vertreter von ÖGB und AK*) nicht mit großer Freude geführt haben, allerdings hat es offenbar länger gedauert, als Steger das vorhatte. Danach dürfte es eine Parteisitzung der FPÖ gegeben haben und so hat uns Steger relativ schnell rauskomplementiert und meinte, wir sollten schnell hinausgehen, weil die anderen FPÖ-Mitglieder das nicht

unbedingt sehen müssten, dass man sich traf. Das hat uns dann schon gezeigt, wie die Öffnung der FPÖ in Wahrheit ausgesehen hatte. Das muss in den späten Siebzigerjahren gewesen sein. Sonst waren meine Kontakte vorwiegend im Hauptausschuss der Hochschule für Welthandel, da waren meine Absichten als einziger Vertreter des VSSStÖ eigentlich nicht, gemeinsam mit dem RFS gegen den Wahlblock aufzutreten, sondern es war eher so, dass bestimmte Mitglieder der Wahlblock-Fraktion, so zum Beispiel die Katholische Hochschuljugend, mit mir guten Kontakt hatten. Aber mit der RFS gab es in dieser Phase eigentlich keine Kontakte, denn es waren vor allem Leute, die im Wesentlichen auch die Pro-Borodajkewycz-Demonstrationen organisiert hatten, auch Steger, Krünes und Bauer, der spätere Staatssekretär, waren dabei. Der linke Flügel der VSSStÖ, der VSM, hatten den RFS eigentlich in dieser Zeit stets als Hauptgegner gesehen.

H: *Um noch einmal auf die Affäre Olah zurückzukommen: Inwiefern hat die FPÖ in dieser Causa eigentlich eine Rolle gespielt oder anders gesagt: War es nicht vielmehr eine parteiinterne Auseinandersetzung unterschiedlicher Absichten innerhalb der SPÖ?*

L: Eigentlich hatte die FPÖ nichts damit zu tun und wenn überhaupt, dann nur am Rande. Es war vielmehr ein parteiinterner Machtkampf innerhalb der SPÖ, wobei das Vorleben Olahs schon eine Rolle gespielt hat. So waren die Verbindungen Olahs zum amerikanischen Geheimdienst oder die Kontakte der einzelnen Personen in der Zwischenkriegszeit, wie etwa Broda in der kommunistischen Partei, schon auch wesentlich. Kreisky zum Beispiel hatte ein recht gutes Verhältnis zu Olah, das allerdings nicht so weit reichte, dass er ihn damals besonders verteidigt hätte. Aber vielleicht erklärt sich ein Teil der Differenzen zwischen Broda und Kreisky daraus.

H: *Nationalratswahl 1970: Vor den Wahlen gab es keinerlei Anzeichen der SPÖ, eine Koalition mit der FPÖ einzugehen. Wie gestalteten sich Ihrer Meinung nach die Überlegungen innerhalb der SPÖ vor der Wahl und warum gab es diese Anzeichen, die sich die FPÖ vielleicht erwartet hätte, eben nicht?*

L: Ich bin gar nicht so sicher, dass die Führung der SPÖ geglaubt hat, dass die SPÖ bei dieser Wahl stärkste Partei werden kann. Es war wohl doch einigermaßen überraschend für alle, aber Kreisky hat schnell reagiert und das Gespräch mit Peter gesucht. Ich bin überzeugt davon und es war eigentlich klar, obwohl Verhandlungen mit der ÖVP geführt wurden, dass Kreisky diese nicht zu einem Erfolg bringen wollte. Dann gab es diese Duldung der SPÖ-Minderheitsregierung durch die FPÖ um den Preis der Wahlrechtsreform. Ich glaube, dass die FPÖ zwar damals davon ausgegangen ist, dass ein erneuter Wahlgang möglicherweise ein Abrücken von ihrem Versprechen, keinen roten Kanzler zu zuzulassen, ermöglicht hätte, dass es aber nicht zu einer absoluten Mehrheit der SPÖ kommt. Ich bin überzeugt, dass Kreisky später, wenn die absolute Mehrheit nicht zustande gekommen wäre, eine kleine Koalition mit der FPÖ gemacht hätte. Aber Gespräche vor der Wahl 1970 zwischen SPÖ und FPÖ hätten eventuell die Glaubwürdigkeit der SPÖ als auch die der FPÖ beeinträchtigt.

H: *Wie war das Verhältnis Kreiskys und der SPÖ während der SPÖ-Alleinregierung zur FPÖ?*

L: Ich glaube, dass die FPÖ damals sicher eher mit der SPÖ koalitionsbereit gewesen ist, als mit der ÖVP. Ich war damals Kabinettschef bei Kreisky und da ist etwas ganz Eigenartiges passiert: Im Parlament kam Steger auf mich zu und hat mir angekündigt, dass er jetzt eine Rede mit scharfer Kritik an der Politik der SPÖ halten wird, aber ich möge dem Bundeskanzler ausrichten, dass er dennoch weiterhin sehr gerne zusammenarbeiten würde. Steger hat zu diesem Zeitpunkt aber nicht wissen können, ob ich nicht hinausgehe und dem nächsten Reporter das erzählen würde. Es war ja nicht unbedingt so, dass Kreisky diese Mitteilung gebraucht hätte. Das weiß man auch so schon, dass eine Oppositionspartei nicht das Lob der Regierung singen kann.

H: *Wie war die persönliche Einstellung Kreiskys zur FPÖ?*

L: Kreiskys Bemühen war die Spaltung des bürgerlichen Lagers. Er hat schon geglaubt, dass die FPÖ zu einem Pendant der FDP werden könnte und, dass dann,

ähnlich wie in Deutschland die Zusammenarbeit von Brandt mit der FDP, eine solche auch in Österreich möglich wäre. In Wirklichkeit war Kreisky ja dann entscheidend dafür, dass er es dann zur Koalition 1983 gekommen ist.

H: *Welche Vorboten der Wahl 1983 haben sich in den frühen 1980er-Jahren abgezeichnet?*

L: Man hat in der SPÖ durchaus damit gerechnet, dass man 1983 die absolute Mehrheit verlieren könnte. Es war vollkommen klar, dass Kreisky damals eine Zusammenarbeit mit der ÖVP ausgeschlossen hat und so musste man nicht lange überlegen, vielmehr ergab es sich aus der gesamten Logik seit 1970 so. Das Verhältnis zur ÖVP zu diesem Zeitpunkt war ein besonders schlechtes, auch auf persönlicher Ebene. Da haben aber auch sicher die Erlebnisse Kreiskys in der Zwischenkriegszeit in der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur noch mitgespielt.

H: *Welche Voraussetzungen innerhalb der SPÖ waren für die Zusammenarbeit mit der FPÖ gegeben?*

L: Man kann es so zusammenfassen, ich glaube, auch Vranitzky hat das einmal so gesagt: In der SPÖ war man es aus der Zeit der Alleinregierung gewohnt, die Dinge allein zu bestimmen und die Rücksichtnahme auf die Freiheitliche Partei war enden wollend. Ein weiterer Faktor war auch die Sozialpartnerschaft, die damals noch eine entscheidende Rolle gespielt hat; in dieser Liga hat die FPÖ nie mitgespielt. Mein Eindruck war immer, dass es auch in der Freiheitlichen Partei nicht klar war, wie die Rolle der FPÖ in der Gesellschaft definiert werden kann und welche Gruppen sie überhaupt vertritt. Es ist zwar ab und an drauf hingewiesen worden, dass es unter den Bauern in einigen Bundesländern eine Unterstützung gibt, aber in Wirklichkeit ist es auch nicht dazugekommen, dass die FPÖ gesagt hat: „Das sind unsere Hauptziele, das ist das, was wir für unsere Leute brauchen und das ist das, was ihr uns als großer Partner zugestehen müsst.“ Ich glaube es hat nur einen einzigen Punkt gegeben und das war die Gewerbesteuer, die auf Initiative Stegers abgeschafft wurde. Ansonsten hat die FPÖ keine allzu große Rolle gespielt, auch von den Ressorts her. Das Handelsministerium, heutige Wirtschaftsministerium, oder

das Justizministerium haben ja nicht unbedingt die große Kompetenz, in die Innenpolitik wesentlich einzugreifen. Aber auch in allen anderen Fragen, beispielsweise zum Beitritt zur Europäischen Union, hat die FPÖ eigentlich kaum Forderungen gestellt. Ein gutes Beispiel ist auch Holger Bauer, den ich als Staatssekretär im Finanzministerium noch miterlebt habe: Bauer erklärte mir am Vorabend, als er zum Innsbrucker Parteitag abreiste, dass es für ihn vollkommen klar sei, dass die Steger-Leute gewinnen werden und, dass Haider eine Abfuhr bekommen wird. Aber wirklich beeinflusst hat die FPÖ, auch in Person Holger Bauers, inhaltlich nichts. Es ist eigentlich auch seitens der FPÖ fast alles akzeptiert worden, was wir vorgeschlagen haben.

H: *Sind diese fehlenden Konturen der FPÖ, die Sie beschreiben, aus Ihrer Sicht ein Hauptgrund dafür, dass die FPÖ im Verlauf der Zweiten Republik nur dann als Partner in Betracht gezogen wurde, als man Sie zum „Machterhalt“ brauchte?*

L: Zweifellos haben die fehlenden Prinzipien der Freiheitlichen Partei dazu beigetragen, dass man eigentlich nie als richtiger Partner anerkannt wurde. Wenn Sie die FDP mit der FPÖ vergleichen, dann hat die FDP Persönlichkeiten wie einen Theodor Heuss, aber auch andere gesellschaftsliberale Persönlichkeiten und Ansätze hervorgebracht. In Österreich hat die FPÖ bei Rechtsreformen, wie etwa bei der Familienrechtsreform, bei anderen wichtigen, sozialliberalen Themen, eigentlich keine Rolle gespielt. Ich weiß zum Beispiel nicht, was die FPÖ für eine einheitliche Haltung zur Thematik der Abtreibung eingenommen hat. Das ist doch als Beispiel bezeichnend dafür, dass in einer liberalen Partei, wie es die FPÖ sein wollte, doch aus einem so wesentlichem Punkt eine klare Haltung der Partei abzulesen sein sollte. Die FPÖ hat in zwei Punkten klare Haltungen gehabt: Die Haltung zur Neutralität sowie zum Beitritt der EWG. Bemerkenswerterweise hat man genau in diesen beiden Punkten später den konträren Standpunkt eingenommen, ohne, dass in der Partei irgendetwas Grundlegendes passiert wäre. Die erste, kontroversielle Auseinandersetzung in der FPÖ hat es dann erst in der Ausländerfrage gegeben, als Parteimitglieder wie Frischenschlager, vor allem aber Heide Schmidt oder auch Karl Sevelda, eine klare Stellung eingenommen haben und sich von der FPÖ abgewendet haben. Und es gilt nach wie vor: Es gibt keine wirkliche Haltung der FPÖ.

Es ist ihnen sogar der Deutschnationalismus bis zu einem gewissen Grad abhandengekommen, wenn jetzt mit rot-weiß-roten Fahnen geschwenkt wird, während man als Burschenschafter noch immer mit schwarz-rot-gold herumläuft.

H: *Frischenschlager hat in seinem Interview gesagt, dass die SPÖ die FPÖ in der Regierung nie als echten Partner gesehen habe und dass dies die große Hypothek für die Zusammenarbeit war. Wie sehen Sie dies?*

L: Es stimmt sicher, dass eine große Hypothek der Regierungsarbeit war, dass die SPÖ die FPÖ nach der Alleinregierung nicht als echten Partner anerkannt hat. Aber die zweite Hypothek war, dass die FPÖ eben nicht wusste, was sie in der Regierung überhaupt will. Wenn ich so eine Koalition eingehe, und zwar nicht nur als Juniorpartner, sondern als „Zwengerl“, dann muss ich doch versuchen, zumindest ein paar Dinge und eigene Forderungen umzusetzen. Ich habe das Problem gehabt, dass ich einen guten Teil der Wortmeldungen und Forderungen von den Regierungsmitgliedern der FPÖ, insbesondere von Steger, als unernst empfunden habe. Ein gutes Beispiel war die Forderung Stegers, dass wir in ganz Österreich zwei Wasser- und Abwasserleitungen, jeweils für Nutz- und für Trinkwasser, haben müssen. Dies ist zwar grundsätzlich plausibel, aber de facto aufgrund der enormen Kosten niemals umsetzbar, so ist es gekommen wie eine Sternschnuppe, aber auch sofort wieder erloschen. Solche Sternschnuppen hat es gegeben, aber man hat nicht das Gefühl gehabt, dass es die FPÖ so besonders ernst nimmt. Dazu kam noch, dass manche in der FPÖ mit dem Apparat nicht arbeiten konnten, sie hatte kaum Beamte, auf die sie sich verlassen konnte. So ist Steger in ein fast hundertprozentiges, schwarzes Ressort gekommen. So gab es für die FPÖ nicht sehr viel Hilfe von dort. Ich habe auch das Gefühl gehabt, dass manche die Arbeit, die sie überhatten, nicht unbedingt erfunden hatten. Es stimmt schon, die FPÖ ist als Partner nicht wirklich akzeptiert worden, wobei ich ehrlich dazu sagen muss, dass ich diese Zusammenarbeit mit der FPÖ von Anfang an nicht besonders geschätzt habe, weil ich meine grundsätzlichen Bedenken hatte.

H: *Wo sehen Sie in der Regierungsarbeit selbst Ursachen und Gründe für das Scheitern der Koalition im Jahr 1986?*

L: Eins war ziemlich klar: Hätte der Innsbrucker Parteitag mit einem Sieg Stegers beendet, ich weiß nicht, ob die FPÖ nach den Wahlen noch einmal ins Parlament eingezogen wäre. Man hat also schon deutlich gesehen, dass die Popularität der FPÖ-Minister und der FPÖ-Führung nicht besonders groß war und daher sind auch ihre Positionen nicht unbedingt ernst genommen worden, weder innerhalb von der Regierung noch außerhalb von den Medien. Die Medienpräsenz der FPÖ war damals ja katastrophal. Hainburger Au oder andere Themen waren im Wesentlichen Diskussionen innerhalb der SPÖ, die FPÖ hat eigentlich keine Rolle gespielt. Was Zwentendorf betrifft, war es sicherlich so, dass innerhalb der SPÖ und der Gewerkschaften, immer wieder der Gedanke aufkam, eine zweite Abstimmung zu machen. Wobei ein nicht unbeträchtlicher Teil der SPÖ, vor allem seitens der Jüngeren in der Partei, sich schon klar dagegen positioniert hatte, sodass da die FPÖ nicht die entscheidende Komponente war. Sinowatz hätte sich sicherlich nicht getraut, da eine zweite Volksabstimmung zu machen. Bei Reder war es sicherlich so, dass die SPÖ-Minister, also sowohl Gratz als auch Blecha, das sehr gerne an Frischenschlager delegiert hatten und, dass da ein guter Teil Ungeschicklichkeit da war. Aber es kommt ja nicht darauf an, ob jemand geschickt oder ungeschickt ist, sondern welchen Eindruck jemand der Öffentlichkeit vermittelt und der war aus meiner Sicht katastrophal.

H: *In der Affäre Reder-Frischenschlager haben Sie relativ klar Stellung bezogen...*

L: Meine Position war, dass die SPÖ die Haltung Frischenschlagers, unabhängig von seiner persönlichen Konstitution, nicht hinnehmen kann und man bei Steger einen neuen Verteidigungsminister fordern soll. Das habe ich auch in der Regierungsfraktion so vertreten, wurde eigentlich nur von Vranitzky unterstützt. Ich habe Sinowatz in der Folge den Rücktritt erklärt, allerdings haben wir uns vor den Bundespräsidentenwahlen darauf geeinigt, dass dies erst nach den Wahlen erfolgen soll. Ich habe es damals so gesehen, dass ich einigen wenigen, insbesondere den jüngeren Abgeordneten im Parlament, die Möglichkeit durch meine Haltung gegeben habe, auch da ein bisschen den Rücken gestärkt zu bekommen und zu zeigen, dass es doch auch einige Leute in der SPÖ gibt, die da nicht bereit sind, mitzumachen.

Ich war nicht nur bereit, sondern habe das auch gemacht und habe Sinowatz nach der Bundespräsidentenwahl mitgeteilt, dass ich den Rücktritt vollziehen werde. Sinowatz hat mir darauf erklärt, dass er auch zurücktreten und ihm Vranitzky nachfolgen wird und es ist sogar so weit gegangen, dass mir Sinowatz angeboten hat, einer der Bundesgeschäftsführer der SPÖ zu werden. Persönlich habe ich Sinowatz immer sehr geschätzt, er ist sicherlich einer der unterschätztesten Politiker, die wir je gehabt haben. Im Zuge dieses Gesprächs habe ich ihm mitgeteilt, dass ich das auch tun würde und wir haben im Ministerium schon alles zusammengepackt und dann kam Vranitzky, der mich dringend gebeten hatte, seine Nachfolge im Finanzministerium anzutreten. Ich habe mich breitschlagen lassen und mir gedacht: „Naja, das dauert ohnehin nicht lange.“ Man kann sich irren.

H: *Warum war Ihre Meinung in der Sache Frischenschlager so deutlich?*

L: Die Symbolwirkung war es, also das Symbol, dass man einen Kriegsverbrecher so empfängt, wie man einen Staatsgast empfangen würde. Ich halte nach wie vor nichts davon, dass lebenslänglich tatsächlich lebenslänglich sein muss, das gilt auch für Kriegsverbrecher. Der Unterschied ist aber die Optik, als man so tat, als ob der letzte Held nach Österreich zurückgekehrt war. Ich bin einerseits von zu Hause so geprägt worden, andererseits waren auch Themen wie Borodajkewycz und die ganze Verlogenheit der Opferdoktrin von mir nie akzeptiert worden. Und genau dann kommt eine solche Sache und wir sind wieder in einer Situation, die in Wirklichkeit die Wahl Waldheims vorbereitet hat. Ich weiß nicht, ob sich Frischenschlager dessen bewusst ist, aber in Wirklichkeit ist durch seinen Empfang auf offiziellem Weg bestätigt worden, dass auch Reder, wie Waldheim, nur seine Pflicht erfüllt hat, nur noch ein bisschen anders und ein bisschen deutlicher.

H: *Hat es in dieser Situation vielleicht auch eine Rolle gespielt, dass Sie von Anfang an kein Freund der Zusammenarbeit mit der FPÖ waren?*

L: Das ergibt sich irgendwie aus dem, was ich vorher gesagt habe: Die Borodajkewycz-Geschichte hat mich natürlich schon bewegt. Nicht zuletzt war ein Schockerlebnis, dass Kirchweger direkt neben mir erschlagen worden ist.

Wenn Sie so wollen: Ich bin Ökonom geworden, weil ich, vielleicht ein bisschen vereinfacht, mir gedacht habe, dass wir nie wieder eine Situation in der Gesellschaft erleben dürfen, in der die Menschen mit Massenarbeitslosigkeit und Verelendung konfrontiert sind und dann nach einem starken Mann rufen.

H: *Für die FPÖ war eigentlich zum Zeitpunkt des Innsbrucker Parteitags nicht klar, dass eine Wahl Haiders das Ende der Regierung bedeuten würde. Wie hat man das in der SPÖ gesehen?*

L: Für mich war die Reaktion Vranitzkys nicht überraschend. Einer der größten Kritiker der Koalition war ja Haider selbst. Die größten Probleme in der Regierungsarbeit hat der FPÖ eigentlich nicht die Opposition, sondern vielmehr die eigenen Leute, und da vor allem Haider, gemacht. In Wirklichkeit ging es Haider schon damals darum, die Machtfrage in der FPÖ zu stellen. Haider galt eindeutig als Repräsentant des rechten Flügels innerhalb der FPÖ, ganz im Gegensatz zu dem, wie er ursprünglich angetreten ist. Er ist am linken Flügel, in den Bereich Sozial- und Jugendpolitik, angetreten, hat aber dann versucht, in den Kernschichten der FPÖ, die damals noch sehr stark von der Kriegsgeneration geprägt waren, Unterstützung zu bekommen. Auch, weil Vranitzky mich in der Affäre Reder-Frischenschlager als einziger auch unterstützt hat, hat es mich nicht gewundert, dass die Übernahme Haiders das Ende der Koalition bedeutete. Es hat aber auch sicherlich das Kalkül eine Rolle gespielt, bei Absturz der FPÖ ohnehin eine Koalition mit der ÖVP machen zu müssen und dann vielleicht deutlich schlechtere Bedingungen zu haben. Man muss aber auch ehrlich sagen: Haider hat der SPÖ bei der Wahl die Nummer eins gerettet.

H: *Vranitzky verkündete außerdem, mit der FPÖ unter Haider in keine Regierungszusammenarbeit gehen zu werden.*

L: Mit der Beendigung der Koalition mit der FPÖ ist schon ein Aufatmen durch die SPÖ gegangen. Ich würde nicht sagen, dass es bei allen der Fall war, aber ich denke, wenn man eine Abstimmung in der Partei gemacht hätte, ich glaube, 95% der SPÖ wären damit einverstanden gewesen, dass man die Zusammenarbeit

aufkündigt. Auch, weil die FPÖ eine ungeheure Inkompetenz in der Regierungspolitik ausgestrahlt hat. Dazu muss man sagen, dass auch in der späteren Koalition FPÖ-ÖVP die Minister der FPÖ nicht durch besondere Kompetenz aufgefallen sind.

H: *Sehen Sie Parallelen in den Regierungsbeteiligungen der FPÖ 1983 und 2000?*

L: Nach wie vor war und ist eines der Handicaps der FPÖ, dass sie in der Beamtenschaft kaum vertreten ist, dass sie kaum über Personal verfügt, das schon zumindest eine gewisse Affinität zur Regierungsarbeit gehabt hat und die Personaldecke relativ dünn ist.

H: *Nach den Neuwahlen 1986 kehrte man zur Großen Koalition zurück. Wie bewerten Sie das Verhältnis der SPÖ zur ÖVP in dieser Zeit?*

L: 1986 war eine wirkliche Enttäuschung für Alois Mock, der geglaubt hat, die Ernennungsurkunde zum Bundeskanzler schon im Sack zu haben. Mock wollte eine Koalition mit der FPÖ bilden und das ist im Wesentlichen von den Leuten des Wirtschaftsbundes, zum Teil auch von den Bauernbündlern, verhindert worden. Mühsam war es mit der ÖVP, insbesondere mit Leuten wie Mock, der eigentlich über die ersten Jahre hindurch nur die Slogans aus dem Wahlkampf in die Arbeit fließen hat lassen. Anders war die Zusammenarbeit mit Leuten wie etwa Robert Graf, der Handschlagqualität hatte und ein wirklicher Großkoalitionär war. Wenn ich das mit heute vergleiche, so gab es in dieser Großen Koalition zumindest keine Leute, von denen man von vornherein annehmen kann, dass sie die Regierung sprengen möchten, wie heute etwa bei Kurz oder vor allem Sobotka. Es gab also nicht die Hoffnung der ÖVP, dass es da sehr schnell zu einer Veränderung in Richtung Schwarz-Blau kommen wird. Busek hat später sicherlich erwartet, dass es Schüssel mit der Zusammenarbeit mit FPÖ ähnlich sehe wie er, nur hat er da mit dem ungeheuren Ehrgeiz und der Selbstverliebtheit des Wolfgang Schüssel nicht gerechnet.

H: *Wie entwickelte sich die FPÖ unter Haider nach dem Innsbrucker Parteitag aus Ihrer Sicht?*

L: Es ist schon mit Besorgnis gesehen worden, dass der Pfeil bei der FPÖ dann stetig nach oben zeigte. Wir haben aber sehr wohl den Schluss daraus gezogen, dass man eine möglichst gute Regierungsarbeit machen muss. Ich habe persönlich den Schluss daraus gezogen, dass es im Wahlkampf zu einer gewissen Polarisierung zwischen den beiden Regierungsparteien kommen muss. Wenn also Rot gegen Schwarz sehr deutlich auftritt, dann verlieren die Kleineren an Attraktivität. Eine zweite Geschichte, die intern begonnen wurde, war mit der Variante eines Mehrheitswahlrechts zu spielen. Das waren aber dann letztlich nur Glasperlenspiele.

H: *1996 kam es dann zum Ausscheiden Ihrer Person aus der Regierung.*

L: Es waren immerhin neun Jahre. Als Finanzminister muss man auch relativ viel „Nein“ sagen, insbesondere glauben dann die eigenen Leute, dass man sie besonders schlecht behandelt, während man selbst glaubt, man behandle alle gleich schlecht. Hinzu kommt sicherlich auch, dass man sich selbst im Amt verändert. Man muss sich im Klaren sein, dass man auch manchmal ans Ende der Geduld kommt und eben nicht versucht, über fünf Umwege zum Ziel zu kommen. Außerdem habe ich mir immer vorgenommen, den Zeitpunkt meines Ausscheidens selbst zu bestimmen. Hinzu kam der Aspekt, dass mir vorgeworfen wurde, dass ich mich als Finanzminister in bestimmte Bereiche in den Ministerien eingemischt und nicht nur ein fixes Budget freigegeben habe. Es kam zu gewissen Verhärtungen der Standpunkte, insbesondere mit ÖGB-Präsident Verzetnitsch, der sich, ganz anders als Benya, auf lieber auf kleinere Dinge als auf das große Ganze konzentriert hatte. Ich habe das Gefühl gehabt, dass die Parteiführung nicht so hundertprozentig hinter mir steht, das zeigte sich etwa bei den Koalitionsverhandlungen, als ich überraschenderweise von Innenminister Löschnak nicht ins Verhandlungskomitee nominiert wurde. So habe ich nach der Wahl dem Bundeskanzler mitgeteilt, dass ich zurücktreten werde und das habe ich dann, nach der Erstellung des Budgets, auch getan.

H: *Blicken wir noch kurz in die Gegenwart: Wie sehen Sie die aktuelle Situation und das Verhältnis der SPÖ zur FPÖ?*

L: Der Wechsel von Faymann zu Kern hat meiner Ansicht nach den ersten Wahlgang der Bundespräsidentenwahl beeinflusst und zwar insofern, dass Hofer eine Mehrheit an Stimmen gehabt hätte, wenn nicht Kern gekommen wäre, der dann doch eine gewisse Hoffnung auf Veränderung dieser ungeheuer verkrusteten und wenig artikulationsfähigen Regierungspolitik der SPÖ gebracht hat. In Wirklichkeit ist die SPÖ nach wie vor in demselben Dilemma wie früher: Wenn man sich einerseits von der FPÖ abgrenzt, macht man sich andererseits von der ÖVP abhängig. Ich glaube, die Strache-FPÖ ist für die SPÖ genau so wenig koalitionsfähig wie die Haider-FPÖ es war. Bei Haider waren es andere Ursachen, bei Strache Dinge wie ein Kooperationsabkommen mit der Putin-Partei zu machen oder für eine Europa-Armee zu sein und zu sagen, die Österreicher dürfen nicht dabei sein. Also, die Haltung zu Europa, die Haltung zu vielen, gesellschaftspolitischen Fragen führen dazu, dass meines Erachtens die FPÖ nach wie vor kein Partner für die SPÖ sein kann. Das birgt eben die Schwierigkeit, dass man sich wirklich abhängig macht. Außerdem habe ich das Gefühl, dass einige Leute in der ÖVP schon an einer Zusammenarbeit mit der FPÖ basteln, wobei es auch in der SPÖ eine ganze Reihe von Leuten gibt, die seit vielen Jahren schon in die FPÖ-Richtung blinken. Das gab es in der steirischen SPÖ, Teilen der Wiener SPÖ, in den Gewerkschaften, zum Teil aber auch aus ganz pragmatischen Überlegungen heraus, dass mit der FPÖ eher sozialpolitische Forderungen durchgesetzt werden könnten, die man mit der ÖVP nicht durchsetzen kann. Gerade in den letzten Jahren bemüht sich die ÖVP schon redlich, zu nerven, viele Dinge, wo sie ganz genau wissen, dass dies für die SPÖ eine schwierige Geschichte ist, ganz stark in den Vordergrund zu rücken. Dann gibt es noch so Leute wie beispielsweise Burgenlands Landeshauptmann Nissl, die, so glaube ich, ideologisch gar nicht so weit entfernt von der FPÖ sind. Heute passiert eines, was schon 2000 passiert ist, aber damals in der Kleinen Koalition mit Steger nicht passiert ist: Das gesellschaftliche Klima im Land ändert sich, es können Dinge gesagt werden, die vorher vielleicht nicht gesagt werden konnten. Ganz abgesehen davon, dass wir jetzt in einer Situation sind, wo es so eine Offensive von rechts in ganz Europa gibt. Meines Erachtens führt es dann dazu, dass wir zu einer deutlichen Schwächung der Europäischen Integration, wenn nicht sogar zu ihrem Ende, kommen.

9.3 Interview mit Dr. Norbert Steger

Daten zum Interview:

Interviewter:

Dr. Norbert Steger (S)

Interviewer:

Lino Heiduck (H)

Zeit und Ort des Interviews:

Dienstag, 28. März 2017 15:00 Uhr – 16:45 Uhr

1170 Wien

Basis der Dokumentation:

Audioaufzeichnung (vorliegend bei Lino Heiduck), Mitschrift

Anmerkung:

Die in der vorliegenden Arbeit zitierten Passagen des Interviews beziehen sich auf die links am unteren Seitenrand gesondert angeführte Seitenzahl des Interviews.

Erklärung:

ERKLÄRUNG

Das Oral History Interview, das ich, Dr. Norbert Steger, am Dienstag, dem 28. März 2017 in Wien Herrn Lino Heiduck gegeben habe, darf für wissenschaftliche Zwecke (Publikationen, Vorträge, Archivierung) verwendet werden. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Korrektheit der vorliegenden Dokumentation des Interviews.

Wien, 20. April 2017



Dr. Norbert Steger

H: *Wie beschreiben Sie Ihren Weg in die Politik und vor allem in die FPÖ?*

S: Ich habe eigentlich in meiner Jugend wenig über die konkreten Vorkommnisse in der Innenpolitik mitbekommen, war bis 1959 bei den Sängerknaben und deshalb in meiner Jugend – ausgenommen von den Erzählungen meines Vaters, der kurzfristig Staatssekretär im Innenministerium für die ÖVP war, – kaum an Politik interessiert. Wirklich interessiert bin ich bei meinen ersten Vorstellungsgesprächen für spätere Berufe geworden, als ich immer gefragt wurde, bei welcher Partei ich eigentlich bin. Das war für mich das Einstiegsthema, auf der Hochschule waren wir dann in gewisser Weise naiv. Zum RFS-Obmann wurde ich um 1965 in Abwesenheit gewählt, Borodajkewycz etwa habe ich aber nie kennengelernt. Ich war zwar tagsüber schon bei Diskussionen, aber ich war mir zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht sicher, ob ich nicht ein „Roter“ bin, weil ich mit jemandem sehr befreundet war, der dann später VSSÖ-Obmann wurde und von mir ein enger Freund bei den Sängerknaben war. Allerdings haben mir dann die Affäre um Olah und die internen Querelen in der SPÖ gezeigt, dass ich das auch nicht bin. Als ich beim RFS war, war ich noch immer der Meinung, ich sei bei keiner Partei. Danach habe ich, Ende der 1960er-Jahre, mit Frischenschlager den Attersee-Kreis gegründet. Darin habe ich eine unpolitische, vor allem nicht parteipolitische, Vereinigung von Jungakademikern verstanden, die ihre Ansichten den Parteien mitgeteilt hat. Natürlich haben die Parteien nicht darauf gewartet, dass wir ihnen unsere Vorstellungen kundtun und haben so eigentlich durchwegs gar nicht auf unsere Vorschläge geantwortet. Lediglich Friedrich Peter, der uns ohnedies zu ihm zugehörend befand und die Jugend in seiner Partei haben wollte, hat geantwortet. Peter war dann bei einer Veranstaltung dieses Attersee-Kreises, was für ihn nicht unbedingt angenehm war, da wir, vor allem ich, relativ radikal waren. Mein radikales Vorgehen gegenüber Peter verstand ich darin, zu deklarieren, dass jemand kein Obmann einer liberalen Partei sein kann, wenn er selbst bei der SS war. Peter war dann in der Folge eigentlich nicht mein Freund, aber er hat ausgelöst, dass ich der Partei beigetreten bin, weil er mich aufgefordert hat, es besser zu machen. Schon bald organisierte Peter ein Treffen unserer jungen Organisation mit Kreisky. Kreisky war eine unglaublich tolle Persönlichkeit, die nicht umsonst eine ganze Generation geprägt hat. Kreisky hat uns in diesem Gespräch den Liberalismus erklärt. So war Kreiskys Ziel klar: Er wollte

eigentlich, dass die Freiheitliche Partei reformiert wird, um selbst einen Partner zu haben. Am Schluss wurden aus dieser kleinen Gemeinschaft, aus dieser Gruppierung, fast vierhundert Leute. Und da war dann schon klar, dass wir ein wesentlicher Faktor in der Partei sind. Dann haben wir die Partei übernommen, im Glauben, dass wir, mit unseren liberalen Gedanken, wirklich im Kopf der Partei angekommen sind, und, dass die Partei wirklich eine andere ist, aber sie war in Wirklichkeit nicht anders. Der Weg, eine andere Partei aus der FPÖ zu machen, war weit und letztendlich bin ich daran gescheitert, da braucht man sich nichts vormachen.

H: *Ist nicht genau das die Schwierigkeit der FPÖ im Verlauf der Zweiten Republik, nämlich als echter Partner erkannt zu werden, weil es der FPÖ über Jahrzehnte nicht gelungen ist, die Thematik der Minderbelasteten und Ehemaligen klar von der Ideologie der Partei abzugrenzen?*

S: Das Eintreten für die Minderbelasteten kommt per se einmal nach einem urliberalen Prinzip: Jeder wird nach seinen Taten behandelt und Denken ist frei. Nur führte es natürlich dazu, dass viele von ihnen, die im öffentlichen Leben ihren Job verloren hatten und kein Eigenheim hatten, zu uns gekommen sind und eigentlich schon belastet waren, nur nicht verurteilt wurden. Und genau diese Leute waren dann in den Strukturen drinnen, nur wie will man das unterscheiden? Daher ist im Endeffekt eine Nazistruktur in der Partei gewesen und man darf auch nicht vergessen, dass die Abspaltungen in der Partei immer nach rechts und nicht nach links waren. Der erste, der eine Spaltung nach links versuchte, war Jörg Haider, was ja fast ein Treppenwitz ist, weil er hat ja vorher die Partei weit nach rechts geführt, um dann zu versuchen, das alles wieder los zu werden und mit dem BZÖ unbelastet zu sein.

H: *Mit welchen Schwierigkeiten der Vergangenheitsbewältigung waren Sie als Wiener und vor allem als Bundesparteiobmann konfrontiert?*

S: Das wirkliche Problem mit den Nazis war doch, dass die, die es wirtschaftlich nach dem Krieg wieder geschafft haben, doch bei der SPÖ oder der ÖVP längst

verankert waren. Nur die, die es nicht geschafft haben, waren bei der Freiheitlichen Partei. Kreisky hat doch fünf NSDAP-Leute als Minister gehabt hat, Gleißner hat in Oberösterreich klar definierte NSDAP-Funktionäre in die Landeregierung genommen. Die Großparteien haben sich die „Besseren“ aufgeteilt und als ich zur FPÖ gekommen bin, wurde ich zu Bezirksveranstaltungen in Kellerlokalen, deshalb entstand auch der von mir geprägte Begriff „Kellernazi“, eingeladen, wo anstatt einer Weihnachtsfeier ein Film mit dem Titel „Weihnachten in Stalingrad“ vorgeführt wurde. Ich dachte mir nur: In welcher Welt bin ich da? Diese Leute habe ich in der Folge alle aus der Partei entfernt. Natürlich habe ich dadurch eine veritable Feindesgruppe aufgebaut. Und eins muss ich auch sagen: Ich war nie der große Feind des Haider, weil ich habe es immer legitim gefunden, dass er statt mir Obmann sein wollte, aber zwei Dinge waren nicht legitim: Erstens, dass Haider plötzlich auf dem „rechten Klavier“ gespielt hat, weil er wusste, dass ich diese Leute nicht gewinnen kann und damit wusste er auch, dass er in der FPÖ etwas wieder aufbaut, das mittlerweile schon bewältigt war, und zweitens war nicht legitim, wie er mich behandelt hat, weil so behandelt man grundsätzlich Menschen nicht. Es war eine menschenverachtende Behandlung auf dem Innsbrucker Parteitag, aber auch später bei diversen Veranstaltungen, wie etwa beim Wiener Parteitag, wo mir das Rederecht genommen wurde, obwohl ich eigentlich noch immer gewählter Wiener Obmann war. Haider war lange Zeit ziemlich weit links von mir, auch als junger Abgeordneter, als er aber erkannt hat, dass so kein Boden zu gewinnen ist, um die Obmannschaft in der FPÖ zu erlangen, ist er nach Kärnten gegangen und plötzlich war er weit rechts von mir. Durch die Unterstützung genau dieser Personen, die von mir bewusst aus der Partei genommen wurden und bei denen klar war, dass ich sie nie erreichen kann, hat er Boden gewonnen. Etwa hat Haider Scrinzi bei der Präsidentschaftskandidatur 1986 gewähren lassen, obwohl unser Kandidat Gredler war. Dadurch hat Haider eine gewisse Kartei aufgebaut, wo vollkommen klar war, dass ich diese nie erreichen kann. Genau das ist unverzeihlich, weil er damit das Rad der Zeit zurückgedreht hat. Zurück zur Frage Nazi: Unter meiner Obmannschaft gab es keine Nazis in der Partei, vor allem nicht in den oberen Gremien. In den Bundesländern gab es schon sehr viele Deutschnationale und Heimatverbundene, unter denen durchaus Nazis auch geschlummert sind. Parallel dazu gab es in der Partei immer das Problem, dass ein Teil eher links, sprich für die Zusammenarbeit mit der SPÖ, und ein Teil eher rechts,

spricht für die Zusammenarbeit mit der ÖVP, orientiert war. Wie will man denn den Haufen überhaupt führen, wenn immer der eine über den anderen herfallen will?

H: *Lacina hat von einem Treffen in seiner Funktion in der Arbeiterkammer mit Ihnen als Wiener Parteiohmann gesprochen, wo Sie eher so taten als sollte dieses Gespräch geheim bleiben.*

S: Das Treffen kann schon stattgefunden haben, ich kann mich aber nicht mehr genau erinnern. Aber zu meiner Zeit als Wiener Obmann war eigentlich mit der Parteispitze um Friedrich Peter abgesprochen, dass ich der Kontaktmann der FPÖ zur ÖVP sein sollte. Friedrich Peter und Co. waren doch Kreiskys Partner, während ich jährlich Tagungen mit dem Forchtensteiner Kreis, also mit den jungen Schwarzen, abgehalten habe. Peter war eigentlich immer der Meinung, er mache die rot-blaue Koalition und die Jungen sollen dann mit den Schwarzen koalieren. Dass am Ende die Geschichte ganz anders kommt und ich sitze auf einmal dort mit Kreisky nach der Wahl, war zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar. Mein einziges Ziel war eigentlich, dieses rot-schwarze Betonier-System zu beenden. Mein Hauptanliegen war, was immer wieder ein freiheitliches Thema ist – und leider kommen dann manche an die Macht und machen wieder einen Proporz, nur um dabei zu sein – das Beenden dieses starrsinnigen Lagerdenkens. Wir mussten daran arbeiten, dass es zwischen den zwei Blöcken noch eine dritte Kraft, eine Alternative, gibt. Diese liberale Weltanschauung habe ich den Deutschnationalen vermittelt, nur ist hinter mir der Haider gekommen und hat das Feld angezündet, wo die Gewächse langsam gewachsen sind. Nur eines ist auch nicht zu vergessen: Als ich Bundesparteiobmann wurde und durch die Auseinandersetzung mit Götz, ich erinnere mich an den Slogan „Taus-Götz, nein, danke“, bin ich schon sehr weit nach links getrieben worden. Götz wollte natürlich nur mit der ÖVP. Mir war es eigentlich immer ganz egal ob ÖVP oder SPÖ, es ging darum, zu regieren und das System zu verändern. Es ist ja makaber, dass jetzt, Jahrzehnte später, genau dieselbe Thematik wieder diskutiert wird, denn: Der Machtwechsel heißt Demokratie. Die breite Masse der Partei ist schrittweise auf meinen Kurs zugestiegen, aber nicht alle mit ihrem Herzen, sondern nur solange sie das Gefühl hatten, dass ich ihnen die große Welt, also die Regierung, bringe.

H: *Anfänglich stand die FPÖ eher einer Koalition mit der ÖVP näher als einer mit der SPÖ. Wann hat sich dies Ihrer Meinung nach geändert?*

S: Schon in Oberösterreich hat 1967 eine Unterstützung der FPÖ der VP und Heinrich Gleißner den Landeshauptmann gesichert und dann kam es eigentlich immer wieder zu Kontakten. Als Wendepunkt sehe ich eigentlich den Tod von Karl Schleinzer, ab diesem Zeitpunkt war die Basis zur ÖVP eigentlich nicht mehr gegeben. Dann kam noch die Verbindung Götz-Taus, die allerdings in der Partei schon keinen Rückhalt mehr fand.

H: *Wie kam es, dass, trotz der offensichtlich guten Beziehungen zwischen Kreisky und Peter, innerhalb der FPÖ immer wieder mit einer Zusammenarbeit mit der ÖVP geliebäugelt wurde?*

S: Weil die Mehrheit in Freiheitlichen Partei einfach konservativ eingestellt war. Trotzdem war in der Führungsriege um Friedrich Peter, Gustav Zeillinger und Tassilo Broesigke vollkommen klar, dass eine erste Koalition der Freiheitlichen in der Zweiten Republik immer mit den Roten sein muss. Denn das war die einzige Chance, dass die Gewerkschaft und der linke Flügel der SP eine Regierung mit den Freiheitlichen auch akzeptieren würden und es nicht zu gewaltigen Protesten im Land kommt. Die Ursprungsabsprache zwischen Friedrich Peter und mir war ja eigentlich, dass er mit seinen Leuten eine rot-blaue Zusammenarbeit über mehrere Perioden zu Stande bringt und dann soll ich mit meinen in den Jugendorganisationen aufgebauten ÖVP-Kontakten kommen und Schwarz-Blau aufstellen. Bevor Götz gekommen ist, wollte die Führung um Peter mit Kreisky koalieren. Jetzt hat Kreisky in der Zeit seiner Alleinregierung aber sehr viel von dem, was man als sozialliberal bezeichnen kann, schon alleine gemacht. Dadurch ist die Basis immer kleiner geworden, die eine sozialliberale Koalition zwischen SPÖ und FPÖ innerhalb der Freiheitlichen begründbar machte. Der Erfolg des Alexander Götz in der Steiermark, in der zweitgrößten Stadt Österreichs den Bürgermeister zu stellen, hat dazu geführt, dass Götz die Bundespartei an die Schwarzen als Partner für ÖVP-FPÖ verkauft hat. Nach dieser Wahl 1979, wo klar war, dass es keine gesellschaftspolitische Mehrheit

für ÖVP-FPÖ gibt, habe ich Götz vorgeworfen, dass er die Partei viel zu sehr auf den einen Partner fixiert hat und ihr damit den Spielraum genommen hat, mit der SPÖ gesprächsfähig zu sein. Aus dieser Kritik ist die Feindschaft zwischen Götz und mir entstanden, allerdings schon, als noch Götz Parteiobmann war. Als ich Obmann wurde, stellte das für die Partei sicher einen ganz radikalen Bruch dar.

H: *Und gleichzeitig eine Entscheidung für liberale Linie, die auch Weggefährten wie Frischenschlager und Krünes verfolgt haben...*

S: Frischenschlager war kein Liberaler, das ist ein großer Irrtum. Frischenschlager kommt aus einem wirklich rechts orientierten Haus. Den Liberalismus habe ich ihm erst erklärt. Das oberste politische, liberale Prinzip ist, jenseits von allen anderen Themen, den Machtwechsel möglich zu machen. Das ist auch ein Grund für meine Rückkehr zur FPÖ von heute. Es gibt auch jetzt vieles in der Freiheitlichen Partei, das ich nicht teile. Aber ich bin zurückgekehrt zu meinen Wurzeln und möchte mithelfen, dass der Machtwechsel im politischen Spektrum in Österreich das Normalste auf der Welt ist.

H: *Gehen wir noch einmal zurück zur Bildung der Minderheitsregierung Kreisky 1970. Wie beurteilen Sie die Rolle der FPÖ im Nachhinein?*

S: Ich habe damals vertreten, dass es gut ist, die SPÖ alleine regieren zu lassen, weil es auch einen Machtwechsel darstellte. Die Linie „Kein roter Bundeskanzler, kein schwarzes Österreich“, die die FPÖ damals verfolgt hat, bin ich eigentlich umgedreht im Jahr 1983 wieder gegangen. Ich habe gesagt, Kreisky soll Kanzler bleiben, aber die SPÖ darf die alleinige Macht nicht haben. Schon 1970 war Götz mit seinem Freund, Pressechef Müller, der ausschlaggebende Grund für diese Erklärung. So eine Erklärung abzugeben und dann was anderes zu machen, ist die nächste Katastrophe. Ich finde auch, dass sich Friedrich Peter von dem nicht mehr erholt hat, denn die Erklärung hat doch eindeutig geheißen: Wir unterstützen keinen roten Bundeskanzler.

H: *Aber warum kam es zu dieser Erklärung? Hat Peter, trotz seines guten Verhältnisses mit Kreisky, mit einer schwarz-blauen Zusammenarbeit spekuliert?*

S: Bundeskanzler Klaus war doch zu einer schwarz-blauen Zusammenarbeit gar nicht Willens. Man kann historisch und auch in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass Friedrich Peter erpressbar war. Ab dem Augenblick, an dem die Wiesenthal-Angriffe, die seine Beteiligung an Massakern und somit auch seine wesentliche Mitschuld an Kriegsverbrechen in den Raum stellten, immer stärker auf ihn hereingebrochen sind, hat sich Kreisky ganz klar vor Peter gestellt und Wiesenthal in unfassbarer Art und Weise angegriffen. Dass Peter behauptete, dass er nie dabei gewesen ist, als geschossen wurde, war ja logisch. Während das auch Waldheim behauptete und ich es Waldheim auch glaubte, war ich mir bei Friedrich Peter da nicht so sicher.

Ich glaube heute, dass 1970 die Hauptrolle für die Unterstützung Kreiskys gespielt hat, dass die ÖVP der FPÖ eine Zusammenarbeit ganz klar absagte und, dass Friedrich Peter dann relativ rasch erkannt hat, dass die FPÖ nun die historische Chance bekommt, eine Wahlrechtsreform zu realisieren, mit der man langfristig abgesichert ist. Ich glaube nicht, dass die Wiesenthal-Geschichte schon zu diesem Zeitpunkt eine Rolle spielte, da diese ja erst später schrittweise aufgekommen ist. Die FPÖ hat durch die Unterstützung Kreiskys in der Folge auch viel bekommen, wie etwa wichtige Beamten- und Höchstgerichtsposten.

H: *Hätte Kreisky bei der Wahl 1971 nicht die absolute Mehrheit bekommen, wäre es dann Ihrer Ansicht nach schon damals zu einer SPÖ-FPÖ-Koalition gekommen?*

S: Definitiv wäre es dann 1971 zu einer SPÖ-FPÖ-Koalition gekommen. Dann wäre auch der Ablauf ein solcher gewesen, wie ich ihn als junger Politiker erwartet habe: Zuerst kommt die alte Garde der Partei, koalitiert mit den Roten und dann später kommen wir, unsere Generation, und macht es mit der ÖVP. Aber es kam alles anders.

H: *Sprechen wir über die Wahl 1983: Wie zeichnete sich vor der Wahl das Stimmungsbild Kreiskys ab und was waren die Ereignisse am Wahlabend?*

S: Kreisky hat im gesamten Wahlkampf nicht offiziell gesagt, dass er nach der Wahl zurücktritt. Ich habe bis zum Wahlabend wirklich geglaubt, dass es Kreisky noch ein bis zwei Jahre macht, damit sich das festigt.

Am Wahlabend war die ÖVP euphorisch. Das Wahlergebnis per se war schon interessant: Während des Wahltags hat sich zuerst abgezeichnet, dass wir verlieren. So bin ich schon gesessen und habe meine Rücktrittserklärung geschrieben, weil es zuerst geheißen hat, dass wir auf Bundesebene ein Mandat verlieren und am selben Tag auch in Wien aus dem Gemeinderat fliegen. Dann sah ich im Fernsehen später, dass wir sowohl im Bund ein Mandat dazugewonnen haben als auch in Wien in den Gemeinderat eingezogen sind, der Rücktritt war so natürlich obsolet.

Die ÖVP hat sich zu diesem Zeitpunkt schon als Wahlsieger gefühlt. Während Mock sich und die ÖVP als Wahlsieger gefeiert hat, bin ich in der Hofburg mit Kreisky alleine gesessen. Ich war mit ihm zu diesem Zeitpunkt bereits in einem guten Verhältnis, nicht freundschaftlich, aber auf politischer Ebene doch. Kreisky hat mir in diesem Gespräch, nach mehrfacher Nachfrage, versichert, dass er zurücktreten werde, weil es ihm schon alleine aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr möglich ist, dieses Amt weiterzuführen. Er meinte aber gleichzeitig, dass er versuchen werde, bei Bundespräsident Kirchschräger etwas zu erreichen, was es zuvor noch nicht gegeben hatte. Nämlich, dass er als Parteichef und nicht jener, der von der SPÖ schon als Kanzlerkandidat nominiert ist, nämlich Sinowatz, den Auftrag für Sondierungsgespräche bekommt. Zu diesem Zeitpunkt war eigentlich ausgemacht, dass es zu einer gemeinsamen Zusammenarbeit kommen wird, die Gespräche sind schon sehr weit ins Detail gegangen.

H: *Wenn es am Wahlabend so schnell gegangen ist, stellt sich die Frage natürlich, welche Vorbereitungen und Vorgespräche schon vor der Wahl getroffen wurden.*

S: Es hat ganz sicher unter Friedrich Peter, aber auch unter mir, Gespräche mit Kreisky gegeben, aber das ist ja nicht außergewöhnlich. Das ist ja auch jetzt so: Kanzler Kern hat auch schon mehrmals mit Strache im kleinen Kreis geredet. Aber da spricht man nicht über Koalitionen, sondern über Themen. Da geht es eigentlich meistens um die Frage: Was ist dem Gegenüber noch zumutbar?

Kreisky hat mich 1980/81 zum Vorsitzenden des AKH-Untersuchungsausschusses gemacht, weil er wollte, dass diese Sache um Androsch besonders scharf und hart beurteilt wird, um ihn de facto loszuwerden. Der Untersuchungsausschuss entwickelte sich dann aber so, wie sich jeder Untersuchungsausschuss entwickelt: Es werden Erwartungen geweckt, die nicht erfüllbar sind, da am Schluss die Parteien einen Bericht beschließen müssen, der erst recht wieder auf Kompromissen basiert. Kreisky wollte praktisch, dass ich ihm behilflich dabei bin, Androsch loszuwerden. Das wollte und konnte ich nicht erfüllen, das war parteiinterne Sache der SPÖ. Mit der Zeit hat sich der Unmut Kreiskys mir gegenüber auch gelegt, auch durch die „Gasteiner-Erklärung“, wo ich auch innerhalb der FP klargemacht habe, dass es nur mit Kreisky gehen wird. Die Idee war, dass Kreisky bleibt, gleichzeitig die SPÖ die absolute Mehrheit verliert und wir damit ins Spiel kommen. Später hat Kreisky bei der Bestellung Androschs zum CA-Generaldirektor die Stimme der FPÖ gebraucht, um eine Mehrheit im Aufsichtsrat der Creditanstalt zu gelangen.

H: *Mit welchen Hypothesen ist die Regierung 1983 Ihrer Meinung nach gestartet?*

S: Die erste Hypothese war die Kombination Sinowatz-Steger. Zweitens war es eine Koalition der Wahlverlierer, beide Parteien hatten bei der Wahl 1983 Stimmen verloren. Dritte Hypothese war, dass die Ära der SPÖ abgewählt war. Viele, die die SPÖ abgewählt haben, wollten nicht, dass die SPÖ weiterregiert. Viertens gab es nicht genug Schnittmenge zwischen den beiden Parteien, um zu verdeutlichen, dass das jetzt eine sozialliberale Regierung ist, weil die SPÖ unter Kreisky ja schon sozialliberal war. Fünfte Hypothese war, dass Kreisky nicht dem zugestimmt hat, was ich gerne gemacht hätte, nämlich das Kulturressort als Minister zu übernehmen. Ich war in der ganzen Szene verankert, dort wäre ich in ein anderes Feld gekommen und so bin ich in ein Feld gekommen, wo lauter schwarze Tretmienen für mich ausgelegt waren. Sechstens war es eine Hypothese, dass ich als Vizekanzler so ein großes Ressort führen musste.

H: *Aber es war umgekehrt keine Hypothese, dass die FPÖ nicht die entsprechenden personellen Ressourcen hatte, um Regierungsfunktionen entsprechend mit Qualität zu besetzen – dies wird zumindest seitens der SPÖ immer wieder erwähnt.*

S: Nein, die personellen Ressourcen der FPÖ zu dieser Zeit waren gut. Schauen Sie mein Büro von damals an: Sevelda wurde immerhin Generaldirektor der RZB, Steinwendtner war Sonderbeauftragter der Generali für den gesamten künstlerischen Bereich, Dr. Kovar ist Asien-Chef der BASF geworden, Lohrmann ist dann als Nachfolger von Sokol Art-Direktor im ORF geworden, meine Sekretärin Penninger ist Abteilungsleiterin in der EZB geworden, diese Liste kann ich beliebig weiterführen – da kann man doch nicht sagen, das seien schlechte Leute gewesen. Gute Leute waren genug da, man musste sie nur heranlassen.

H: *Wie sehen Sie die Voraussetzungen in der SPÖ für die Zusammenarbeit mit der FPÖ?*

S: Die SPÖ war während der gemeinsamen Regierungszeit immer in drei Gruppen zerfallen: Ein Teil war dafür, die Regierung möglichst rasch zu beenden und wieder die absolute Mehrheit zu erlangen, ein Teil, hauptsächlich aus dem Flügel der Gewerkschaft, wollte die Regierung möglichst bald beenden und wieder in eine große Koalition mit der ÖVP gehen und das restliche Drittel war dafür, dass die Regierung im Sinne Kreiskys funktioniert, damit die SPÖ auf lange Sicht vorne bleibt. Natürlich habe auch ich selbst den Punkt versäumt, wo ich als Minister und Vizekanzler gehen hätte müssen. In Wahrheit hätte ich bei diesem lächerlichen Thema vom 8. Dezember und der Ladenöffnung gehen müssen. Es war mir vom Kanzler Sinowatz, Gewerkschaftspräsident Benya, Außenminister Gratz versprochen, dass ich dies fordern konnte. Plötzlich sagt dann Sinowatz zu mir, dass er das in seiner Partei nicht durchsteht. Dann kommt die Anklage gegen Haslauer und als es soweit war, sind alle von der Regierungsbank geflüchtet und ausgerechnet ich bin alleine dagesessen. Das war eine Kerbe, von der ich mich nie mehr erholt habe, obwohl es in Wahrheit ein unwichtiges Thema war.

Die größte Hürde in der Koalition war meiner Meinung nach eigentlich der Antrag der SPÖ, das Atomsperrgesetz aufzuheben. Sechs Wochen vor Tschernobyl. Das war der zweite Punkt, wo ich den Hut nehmen hätte sollen. Man darf bei solchen Themen, auch wenn man nur eine fünf-Prozent-Partei ist, nicht sitzen bleiben,

sondern muss aufstehen und Flagge bekennen. Das werfe ich mir, mit Recht, historisch vor.

H: *War das überhaupt eine Schwierigkeit der Regierung, dass die FPÖ zu wenig klare Themen hatte, die sie verfolgte?*

S: Das sehe ich nicht so. Ich glaube nur, dass die Themen, die wir damals verfolgt haben, heute nicht mehr präsent sind. Außerdem haben wir in den von uns verfolgten Themen zu wenig Flagge gezeigt. Genauso hätte ich nach der Reder-Geschichte Frischenschlager aus der Regierung nehmen müssen. Und nicht, weil ich gegen Frischenschlager bin, sondern, weil es aufgrund dieser enormen Symbolwirkung eigentlich gar keine Alternative dazu gab. Ich habe ihm damals geraten, im Sinne des Landes zurückzutreten, aber er wollte nicht und so haben wir ihm später den Klubobmann angeboten, weil wir gewusst haben, dass er in der Position des Verteidigungsministers nicht zu halten ist.

H: *Wie haben Sie diese Affäre um Reder und Frischenschlager miterlebt?*

S: Als ich erfahren habe, dass Frischenschlager Reder empfangen hat, habe ich schon gespürt, dass das ein Wahnsinn ist, weil es eben Symbole sind, die nach außen gehen. Politik besteht ganz einfach aus Symbolen, aus Fahnen, aus Überschriften, aus Gefühlen, die man transportiert. Nicht einmal ich als Parteiobmann habe gewusst, dass Frischenschlager nach Graz fliegt und Reder empfängt. Natürlich stellte es eine Hürde für die Regierungsarbeit dar: Lacina hat damals versucht, mit Blecha als Verbündeten, die Regierung zu Fall zu bringen. Im Nachhinein gesehen, ist es Lacina in diesem Zusammenhang primär darum gegangen, die Freiheitlichen wieder loszuwerden. Blecha ist es darum gegangen, Sinowatz loszuwerden. Blecha war immer der Meinung, dass es eine Ungerechtigkeit sei, dass nicht er Parteichef geworden ist, während es Lacina eigentlich nur um Ideologie gegangen ist. Sie haben die Causa Reder-Frischenschlager bewusst dafür verwendet, die Freiheitlichen wieder aus der Regierung zu bringen. So wie Blecha Hainburg dafür verwendet hat.

H: *Zum Innsbrucker Parteitag: War für Sie zum Zeitpunkt des Parteitags klar, dass Vranitzky die Koalition aufkündigen wird?*

S: Mir war klar, dass Vranitzky die Koalition im Falle einer Wahl Haider aufkündigen wird, das habe ich am Parteitag auch bei meiner Stellungnahme kommuniziert. Ich bin auch zu diesem Parteitag gefahren und habe gewusst, dass ich keine Mehrheit habe. Einer der Gründe, warum ich am Innsbrucker Parteitag gestürzt wurde, war, dass ich Frischenschlager als Klubobmann durchgedrückt habe. Die Mehrheit wollte eigentlich Gugerbauer und damit habe ich Oberösterreich verloren. In der Partei hatte man immer die Mehrheit, wenn man Kärnten oder Oberösterreich auf seiner Seite hatte.

H: *Haben Sie von einem Anruf Haider bei Vranitzky gewusst?*

S: Zeillinger hat, während des Parteitags nach einigen Stunden der Diskussion zur Klärung, ob meine Aussage am Parteitag stimmen könnte, dass der Bundeskanzler die Koalition beendet, wenn Haider gewählt wird, Vranitzky angerufen. Er hat den Hörer an Haider weitergegeben, denn Vranitzky hätte sich mit Haider nicht verbinden lassen, weil ich ja Parteiobmann und somit seine Ansprechperson war. Vranitzky hat in diesem Telefonat dann das gemacht, was er immer gemacht hat, nämlich unklar gesprochen. Das Telefonat sollte Klarheit schaffen, was nicht gelungen ist. Haider ist sicherlich davon ausgegangen, dass Vranitzky die Regierung nicht aufkündigen wird. Nach dem Parteitag tagte das Präsidium zur Konstituierung erstmals unter Haider. Er ließ beschließen, die Koalition fortsetzen zu lassen

H: *Wäre es 1987 zu einer Nationalratswahl unter Ihrer Obmannschaft gekommen, wie wäre Ihrer Meinung nach das Ergebnis ausgefallen?*

S: Zwischen sechseinhalb und achteinhalb Prozent hätten wir erreicht. Natürlich haben alle Zeitungen geschrieben, dass wir nur noch drei Prozent haben, aber all diese Umfragen waren ohne Zurechnung. Nur, siebenundzwanzig Prozent, wie sie Haider dann 1999 bekommen hat, hätte ich mit diesem Kurs nie gekriegt. Die Untersuchungen waren, dass unsere oberste Grenze bei fünfzehn Prozent liegt.

Und genau diese Berichte, die besagten, die Partei sei tot, wurden von der ÖVP propagiert, die es einfach gehasst hatte wie die Pest, dass Kreisky einerseits keine Mehrheit mehr hatte, die ÖVP aber dennoch nicht in der Regierung war. Da hat es eine eigene Stabstelle unter der Führung des Abgeordneten Bergmann gegeben, die nur das Ziel hatte, mich persönlich zu verunglimpfen. Dirty campaigning soll in der Politik vorkommen und hat es also schon damals gegeben. In der Politik geht es doch um Stimmungen, aber die Wähler und Journalisten, die es glauben wollen, glauben es auch. Ich war insofern naiv, dass ich dem Spruch „Die Wahrheit siegt“, geglaubt habe. Die Wahrheit siegt auch, aber nur, wenn man ihr ein bisschen hilft, dass sie auch gewinnt. Wenn man sich zurücklehnt, wenig tut, sich auf die Tatsache, dass die Wahrheit siegt, verlässt und die eigene Partei nicht im Griff hat, geht es sich nicht aus. Ich habe etwa Haider absichtlich den Antrag stellen lassen, Androsch zum Generaldirektor der CA zu wählen. Was hat Haider getan? Er ist über den Semmering gefahren, hat die Journalisten angerufen und darüber geschimpft, dass die FPÖ das gemacht hat, obwohl er der Antragssteller war. Und dann ist es halt falsch transportiert und nur schwer rückgängig zu machen. Natürlich hat es auch damit zu tun gehabt, dass ich nicht genug professionelle Leute in der Medienarbeit gehabt habe, das habe ich total unterschätzt.

H: *Abschließend möchte ich Ihnen ein paar Stichworte und Persönlichkeiten nennen, wo mich Ihre Meinung dazu interessieren würde:*

H: *Herbert Alois Kraus.*

S: Herbert Alois Kraus war ein Vorbild von mir, auch das Ende war ähnlich: Er hat sich umgedreht und ist gegangen, auch ich habe mich umgedreht und bin gegangen. Nach einer Niederlage, man geht nicht nach Siegen.

H: *Das liberale Forum.*

S: Ich habe damals das Liberale Forum gegründet, aber nicht als Partei, sondern als neue Jugendgruppe gegen den RFS, weil mir klar war, dass alte Hüte zu beseitigen

sind. Der RFS war tot und es ist auch heute ein Fehler der Partei, dass sie diese Organisation mitschleppen, da wird nichts mehr draus.

H: *Dr. Fred Sinowatz.*

S: Sinowatz war ein sehr gescheiter und anständiger Mensch, in seinen ersten Jahren als Unterrichtsminister sogar ein sehr populärer Mensch, aber hat seine Partei nie im Griff gehabt. Vielleicht auch deswegen, weil er eigentlich Großkoalitionär war, aber eine rot-blaue Koalition geführt hat.

9.4 Interview mit Dr. Friedhelm Frischenschlager

Daten zum Interview:

Interviewter:

Dr. Friedhelm Frischenschlager (F)

Interviewer:

Lino Heiduck (H)

Zeit und Ort des Interviews:

Mittwoch, 8. März 2017 09:55 Uhr – 11:30 Uhr / Cafe Korb (1010 Wien)
sowie gemeinsame Überarbeitung der verschriftlichten Interviewdokumentation am
Donnerstag, 6. April 2017 14:00 Uhr – 15:20 Uhr / Cafe Korb (1010 Wien)

Basis der Dokumentation:

Audioaufzeichnung (vorliegend bei Lino Heiduck), Mitschrift

Anmerkung:

Die in der vorliegenden Arbeit zitierten Passagen des Interviews beziehen sich auf die links am unteren Seitenrand gesondert angeführte Seitenzahl des Interviews.

Erklärung:

ERKLÄRUNG

Das Oral History Interview, das ich, Dr. Friedhelm Frischenschlager, am Mittwoch, dem 8. März 2017 in Wien Herrn Lino Heiduck gegeben habe, darf für wissenschaftliche Zwecke (Publikationen, Vorträge, Archivierung) verwendet werden. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Überprüfung und die Korrektheit der vorliegenden Dokumentation des Interviews.

Wien, 25. März 2017



Dr. Friedhelm Frischenschlager

H: *Wie würden Sie das Verhältnis der beiden Großparteien nach 1945 zum VdU und später zur FPÖ ganz allgemein beschreiben und welche Parameter machten das Dritte Lager zur echten Alternative für die beiden Großparteien in diversen Regierungsbildungen?*

F: Um die Entwicklungen zur Regierungsbildung im Jahr 1983, auch in den Jahrzehnten davor zu verstehen, als bereits Annäherungen zur FPÖ stattfanden, ist das Moment der Lagertheorie in der Zweiten Republik genauer zu betrachten: Ein bestimmendes Moment für die Aktivierung des Dritten Lagers und auch eine meiner persönlichen Motivationen in der Jugend, in die Politik zu gehen, waren: Einerseits das Gefühl des Unrechts seitens SP und VP nach 1945 gegenüber dem Dritten Lager als gesellschaftliche und politische zweite Klasse und andererseits die teilweise Verlogenheit der Großparteien gegenüber dem Dritten Lager und den durch die NS-Zeit belasteten Personen. Lange Zeit stand für die beiden Großparteien in diesem Zusammenhang vor allem die machtpolitische Instrumentalisierung des Dritten Lagers im Vordergrund: Je nach Nützlichkeit in der jeweiligen politischen Situation wurde die „NS-Keule“ geschwungen oder wegen „Geläutertheit“ eben nicht, also das Verhalten der Großparteien in der Aufarbeitung des Zweiten Weltkriegs war auch durch Verlogenheit, Ungerechtigkeit und Prinzipienlosigkeit gekennzeichnet. Der zweite für mich wichtigere Ausgangspunkt im Hinblick auf die Lagertheorie war der Kampf um die Anerkennung des Dritten Lagers als vollberechtigte demokratische politische Kraft in Österreich.

H: *Welche Rolle spielte in diesem Zusammenhang der VdU und die FPÖ?*

F: Das Zweiparteiensystem bedeutete für viele Österreicherinnen und Österreicher massive parteipolitische Pressionen bezüglich ihrer persönlichen Freiheit und Lebenschancen. Das zu ändern war zentrale Motivation von VdU und FPÖ. Man muss sich die politischen Machtverhältnisse einmal als vertikal aufgeteilt zwischen rot und schwarz, und dann horizontal getrennt zwischen den alleine „regierungsfähigen Staatstragenden“ und allen anderen Parteien (FP, KP, später anfänglich auch die Grünen) vergegenwärtigen. So wurde die Lagerpolitik zum Unheil auch der Zweiten Republik. Es war stets die Motivation des Dritten Lagers und ist auch heute noch der

FPÖ, durch volle Ankerkennung als politische Partei im Mehrparteiensystem diese vertikale Linie zu durchbrechen.

H: *Wie verhielten sich SPÖ und ÖVP zum VdU und dann zur FPÖ vor den ersten Gesprächen über eine Regierungsbeteiligung im Jahre 1962, als die FPÖ mit ÖVP-Kanzler Gorbach diese vor der NR-Wahl in Betracht zog?*

F: Hier ist natürlich schon zu Beginn die Rolle der SPÖ bei der Gründung des VdU wesentlich: Die SPÖ unterstützte die Gründung des VdU, um so das „bürgerliche Lager“ zu spalten. Schon das erste Wahlergebnis 1949 zeigte, dass dies nicht der Fall war. Die ÖVP wiederum verfolgte um 1953 die von Julius Raab geprägte „Inhalationstheorie“. Raab wollte nach einem knappen Wahlergebnis 1953, das der ÖVP zwar weniger Stimmen, allerdings aufgrund des verzerrenden Wahlsystems ein Mandat mehr als der SPÖ bescherte, den VdU in die Regierung und damit in die Mitverantwortung ziehen. Dies hat Bundespräsident Theodor Körner aber schließlich verhindert.

H: *Und 1962 wurde es dann seitens der ÖVP nochmals konkret...*

F: Schon vor der Wahl 1962 wurde zwischen Friedrich Peter und Kanzler Alfons Gorbach eine Koalition vereinbart. Ausgegangen ist diese Absicht von der Steiermark. Gorbach wollte diese Koalition, hat aber nach der Wahl festgestellt, dass er das in seiner Partei nicht durchbringt. Die FPÖ und vor allem Friedrich Peter waren nach der Wahl wegen der Neuauflage der Großen Koalition sehr enttäuscht. Er hat sich von der ÖVP gelegt gefühlt.

H: *Schon bald nach Bildung der Regierung kam es zur Affäre um den SPÖ-Innenminister Franz Olah: Er hatte die FPÖ mit einer Spende von einer Million Schilling unterstützt. Wie kam es dazu und welche Rolle hatte die FPÖ in den Absichten Olahs?*

F: Olahs Absicht war die FPÖ zu stärken, um die ÖVP zu schwächen und die Große Koalition mithilfe der FPÖ zu beenden, was ihm innerparteilich heftige

Auseinandersetzungen einbrachte. Merkwürdig war, dass Olah dachte, der Vorwurf der Annäherung an das Dritte Lager und die damit in den Großparteien oft abgelehnte Zusammenarbeit mit der „NS-belasteten FPÖ“ bei ihm als KZ-Opfer keine Rolle spielte. Er nutzte die finanziell sehr prekäre Lage der FPÖ und es kam zur so genannten „Olah-Million“ in Form von ÖGB-Sparbüchern. Bei der Übergabe sagte Olah zu Peter, der mir den Wortlaut später einmal bestätigt hat: „Verwenden Sie dieses Geld zum Wohle und Nutzen der Demokratie.“ 1966 kam es dann zum SP-Wahldesaster und zur ÖVP-Alleinregierung. Die Folge war ein Zusammenrücken von SPÖ und FPÖ auf der gemeinsamen Oppositionsbank.

H: *Dann kam die Wahl 1970 und es gab ein überraschendes Wahlergebnis sowie eine Erklärung der FPÖ, die praktisch eine Regierungsbeteiligung verhinderte...*

F: Strategie der ÖVP war es bei der Wahl 1970 unter Kanzler Klaus die absolute Mehrheit zu halten. Die ÖVP hatte schon im Wahlkampf vor einer Koalition Rot-Blau gewarnt und heftig dagegen mobilisiert („Rot-Blau-Buch“). Innerhalb der FPÖ hoffte man insgeheim – trotz dieser Aussagen der ÖVP und schlechten Erfahrungen – doch auf eine schwarz-blaue Koalition. So befand man sich in einem Dilemma: Einerseits gab es keine Signale der SPÖ für Rot-Blau, obwohl es von der ÖVP in der Öffentlichkeit so propagiert wurde, gleichzeitig gab es den parteiinternen Willen, Schwarz-Blau zu ermöglichen. So kam es zur berühmten FPÖ-Erklärung vom 16. Jänner 1970: Kein roter Kanzler, kein schwarzes Österreich. Diese, bewusst gesetzte, aber verdeckte Botschaft war ein Angebot für eine schwarz-blaue Koalition, wurde seitens der ÖVP nicht aufgegriffen. Das Wahlergebnis brachte eine überraschende Mehrheit der SPÖ. Rechnerisch wäre eine ÖVP-FPÖ-Koalition möglich gewesen, was allerdings Kanzler Klaus verhinderte. Gestützt wurde diese Hoffnung der FPÖ, weil bei der Landtagswahl 1967 in Oberösterreich, bei einem Mandatsgleichstand der Großparteien ein Pakt zwischen Landeshauptmann Heinrich Gleißner und Friedrich Peter weiterhin einen schwarzen Landeshauptmann in Oberösterreich ermöglichte, wobei eine Landtags-Wahlrechtsreform im Sinne der FPÖ mitentscheidend war. Die FPÖ setzte also 1970 auf die Zusammenarbeit mit der ÖVP. Umso größer war die Enttäuschung 1970, als Kanzler Klaus am Wahlabend eine Zusammenarbeit mit der FPÖ auf Bundesebene ausschloss. Gleichzeitig brachte für die FPÖ jene Erklärung

vom 16. Jänner das Problem, dass sie eine Koalition mit der SPÖ ausschloss. Dennoch kam es noch in der Wahnacht zu einem Anruf von Kreisky bei Peter, ob die FPÖ eine SPÖ-Minderheitsregierung unterstützen könnte. Diese Dies wurde seitens der FPÖ der SPÖ zugesagt, gleichzeitig versprach Kreisky die von FPÖ *und* SPÖ schon seit langem geforderte Wahlrechtsreform. Diese beendete die Wahlrechtsbenachteiligung der FPÖ und eröffnete ihr die Chance, sich langfristig zu etablieren und ermöglichte ihr eine politische Neupositionierung in der Zweiten Republik.

H: *Sie sprechen die Neuorientierung der FPÖ an. Wie sehen Sie diese in den Folgejahren bis hin zur Regierungsbildung 1983?*

F: Seit 1964 war Friedrich Peter bestrebt, die Freiheitliche Partei hin zu einer liberalen Partei a lá FDP zu entwickeln. Viele Junge in der FPÖ sahen darin die Zukunft und machten dies zu ihrem zentralen Anliegen. Es war auch für mich persönliches Motiv, die liberale Linie in der FPÖ zu verankern. Dabei gab es auch Rückschläge, vor allem die Affäre um Peter, ausgelöst von Simon Wiesenthal unmittelbar nach der Nationalratswahl 1975 wegen dessen Angehörigkeit 1941 bei einer schwer belasteten SS-Polizeibrigade. Seine Mitgliedschaft bei der Waffen-SS war allgemein bekannt, nicht, dass er bei dieser Polizeibrigade war. Wiesenthals Intention war, Peter als allfälligen Vizekanzler zu verhindern. Ab diesem Zeitpunkt war innerhalb der FPÖ klar, dass die Langzeit-Obmannschaft Peters zu Ende gehen wird. 1978 wurde Götz Obmann, der wieder 1980 von Steger abgelöst wurde. Als Steger die Wahl zum Bundesparteiohmann gegen Ofner gewann, waren die jungen Liberalen in der Partei der Meinung, das Ziel, die FPÖ zur liberalen Partei in Österreich zu machen, sei erreicht. Schon zuvor, 1978 unter Götz, wurde die FPÖ in die Liberale Internationale aufgenommen. Obwohl auch viele für eine Zusammenarbeit mit der ÖVP eintraten, wurde innerhalb der FPÖ immer klarer, dass eine Regierungsbeteiligung zunächst eher mit der SPÖ anzustreben sei, um sich den Vorwurf des Bürgerblocks zu ersparen.

H: *Diverse Experten sprechen heute davon, dass bei der Regierungsbildung 1983 jedes andere Ergebnis als eine SPÖ-FPÖ-Koalition eine große Überraschung gewesen wäre, es schreibt etwa Anton Pelinka: „Jedes andere Ergebnis der*

Sondierungsgespräche als eine Kleine Koalition zwischen SPÖ und FPÖ wäre eine sensationelle Überraschung gewesen“ Wie kam es dazu und gab es bereits Anzeichen für eine gemeinsame Regierungsarbeit?

F: Richtig, es wäre wirklich eine Überraschung gewesen. Eine Koalition von SPÖ und ÖVP war zu diesem Zeitpunkt ziemlich ausgeschlossen, nicht relevant. Die Zusammenarbeit SPÖ-FPÖ hat sich schon seit einiger Zeit abgezeichnet, nicht nur durch die Stützung der Minderheitsregierung Kreisky 1970/71, sondern etwa auch durch die ausschlaggebende Unterstützung FPÖ für die Bestellung von Androsch als CABV-Chef, das war für die Bildung der SP-FP-Koalition wesentlich, vor allem für ÖGB-Präsident Benya.

H: *Wie war die Situation für die FPÖ nach der Wahl und die Grundlage für die Regierung zur gemeinsamen Arbeit?*

F: Die FPÖ hatte ein Riesenglück, weil sie trotz leichten Stimmenverlusten und einem enttäuschenden Wahlergebnis ein Mandat dazugewinnen konnte, eine Auswirkung der unter Kreisky eingeführten Wahlrechtsreform. Ich würde sagen, dass jene Wahlrechtsbenachteiligungen, die die FPÖ in den Jahrzehnten davor ertragen musste, 1983 positiv „abgegolten“ wurden. Grundsätzlich stand schon mit dem Wahlergebnis und vor Beginn der Regierungsarbeit fest: Die Zeiten des Sonnenkönigs Kreisky, zu diesem Zeitpunkt auch schon gesundheitlich angeschlagen, waren vorbei. Das war eine Hypothek, mit der die SP-FP-Koalition in die Arbeit startete. Kreisky hatte schon vor dem Wahltag zu verstehen gegeben, im Falle des Verlustes der absoluten Mehrheit nicht mehr als Kanzler zur Verfügung zu stehen. Nach der Wahl herrschte eine gewisse SP-Depression wegen des Abganges von Kreisky, des Verlustes der absoluten Mehrheit und damit der Alleinregierung. Auch deshalb war die SPÖ nur beschränkt bereit, die FPÖ als Partner zumindest leben zu lassen. Zusätzlich sahen VP- und SP-Sozialpartner die FP-Regierungsbeteiligung als Bedrohung der gewohnten, politischen Machtaufteilung zwischen rot und schwarz, eben der vertikalen Linie des Lagerdenkens. Andererseits bemühte sich die FPÖ als erstmals Mitregierende extreme Koalitionstreue und sah wenig auf die eigenen, parteipolitischen Interessen. Die FPÖ hatte zusätzlich die Schwierigkeit, ohne

Regierungserfahrung zu beginnen. Es war ein holpriger Start, aber eigentlich nur am Anfang. Ab Herbst 1983 konsolidierte sich die Regierung, auch die FPÖ.

H: *In welchen Ereignissen machen Sie die Reibungspunkte fest und wo kamen die Stolpersteine in der gemeinsamen Arbeit auf?*

F: Der erste Stolperstein in der Regierungsarbeit ergab sich mit der heftigen Auseinandersetzung um Ladenöffnungszeiten am Marienfeiertag, den 8. Dezember 1984. Der Salzburger Landeshauptmann Haslauer wollte die Geschäfte offenhalten, Vizekanzler und Handelsminister Steger empfand dies als vernünftig und tat das auch kund. Sozialminister und Gewerkschafter Dallinger von der SPÖ protestierte heftig, die Lage kochte hoch zwischen Regierung und Opposition sowie zwischen SP und FP und Sinowatz erklärte den Fall zur Koalitionsfrage. Damit musste eine der Regierungsparteien als Verlierer aus der Situation herauskommen. Ein schwerer Schlag für die Koalition, völlig ohne Not von der SPÖ herbeigeführt. Der nächste Konflikt ließ nicht lange auf sich warten: Zu Weihnachten 1984/85 entflamte die Auseinandersetzung um die Errichtung des Kraftwerks in Hainburg: Während die SPÖ ihre Niederlage bei der Volksabstimmung zum AKW Zwentendorf insgeheim noch immer nicht akzeptieren wollte, war für die FPÖ klar, Zwentendorf unter keinen Umständen öffnen zu wollen. Die FPÖ war zwar auch gegen Hainburg, konnte dies aber nicht nach außen tragen, da sie innerhalb der Koalition ja schwer gegen Hainburg und Zwentendorf zugleich sein konnte. Somit kam es zu diesem Österreich erschütternden Konflikt, bei dem die FPÖ als Regierungspartei für Hainburg auftreten musste und sich somit für die ganzen Konflikte auch mitverantwortlich zeichnete, obwohl sie eigentlich selbst von Hainburg nicht überzeugt war.

H: *Und dann kam der 24. Jänner 1985 und die Affäre um ihre Person und den Empfang von Walter Reder...*

F: In den Jahrzehnten vor der Freilassung Reders überwog in Österreich die Sicht von Reder als „letztem österreichischen Kriegsgefangenen“. Regierungsspitzen sowie viele andere Persönlichkeiten haben sich für Reder eingesetzt, seitens der SPÖ vor

allem auch Bundeskanzler Kreisky, Bundespräsident Kirchschräger, Kardinal König, ÖVP-Spitzenrepräsentanten, Landeshauptleute etc.

Zum Geschehen der Rückkehr habe ich folgenden Ablauf in Erinnerung: Außenminister Gratz rief mich an und teilte mir mit, das Verteidigungsministerium soll die Rückkehr Reders organisieren. Wie es zu dieser Entscheidung kam, Gratz' und Blechas Gründe, diese Aufgabe von SP-Ministerien an das Verteidigungsministerium abzutreten, ist bis heute unklar, im Nachhinein weiß ich, dass es auch Aufgabe des Innenministeriums hätte sein können. Aber damals ich habe das nicht hinterfragt. Ich weiß nicht, was Gratz motiviert hat, mich zu involvieren, ob es ihm zu heikel war. Ich unterstelle ihm aber nicht, mir die Sache zugeschanzt zu haben. Es kam, wie es gekommen ist: Die Geschichtspolitik ist voll angelaufen und die ÖVP hoffte, die Kleine Koalition auf diesem Weg zu stürzen, weil ein FPÖ-Minister einen ehemaligen Kriegsverbrecher übernahm und so die FPÖ wieder ins rechte Eck stellen konnte. Dass es da ausgerechnet mich traf, der mit seinen Mitstreitern, allen voran Parteiobmann und Vizekanzler Steger, die FPÖ als liberale Partei etablieren wollte, war zu diesem Zeitpunkt für die VP und andere nicht relevant. Es gelang aber nicht die Koalition zu sprengen, die Regierung setzte die gemeinsame Arbeit in der Koalition fort. Kanzler Sinowatz und der Großteil der Regierung stand eigentlich hinter mir und so konnte die Regierung die Affäre übertauchen, aber sie stellte eine weitere Hypothek dar.

Schon bald folgte aber ein nächster Rückschlag für die Regierung: Im Mai 1985 waren es die hohen Schulden der VOEST, der vor allem die SPÖ belastete. Wenig später erschütterte der Weinskandal die Regierungsarbeit, der vor allem am SPÖ-Landwirtschaftsminister Haiden hängen blieb, obwohl er eigentlich in die schwarze Hälfte der Sozialpartnerschaft gehört hätte.

H: *Im Mai 1986 sind Sie dann aus der Regierung ausgeschieden und als Verteidigungsminister zurückgetreten.*

F: Mein Rücktritt erfolgte nicht, wie oft angenommen, wegen der Reder-Affäre, der mehr als ein Jahr zurücklag. Eine Rolle spielte eher die Beschaffung der Draken, die von der ÖVP Steiermark unsachlich skandalisiert wurde, eine Protestwelle auslöste und zu einer Belastung wurde, obwohl diese Abläufe nicht nur völlig korrekt verliefen

sondern, sich vor allem als eine sachlich völlig richtige Entscheidung herausstellte. Mein Rücktritt als Minister löste der von Friedrich Peter von der Funktion des Klubobmanns aus. Steger wollte mich als dessen Nachfolger im Parlament und Helmut Krünes als meinen Nachfolger als Verteidigungsminister. Diese Personalentscheidungen erwiesen sich nachträglich meines Erachtens als innerparteilich taktische Fehler, weil dadurch Jörg Haiders Bestrebungen Auftrieb erhielten.

H: *Wie beschreiben Sie, was dann gekommen ist: den Innsbrucker Parteitag, das verkündete Ende der Regierung durch die SPÖ und die Jahre danach unter Jörg Haider bis zu ihrem Austritt aus der Partei?*

F: Am Tag des Innsbrucker Parteitages haben wir schon gewusst, dass ein Wechsel an der Spitze der FPÖ zu Haider passieren kann, weil die innerparteiliche Opposition Haiders ja schon lange ein Thema war. Ich bin mir nicht sicher, ob Haider auch gewonnen hätte, wenn Krünes einer Gegenkandidatur zu Haider zugestimmt hätte. Am Parteitag konnte man bald erkennen, in welche Richtung die Dinge laufen. Aber selbst danach war nicht sofort klar, ob die Koalition von der SPÖ wegen Haider aufgekündigt wird. Viele Gefolgsleute Haiders konnten sich durchaus vorstellen, dass die Koalition fortgesetzt wird mit Haider an der Spitze der FPÖ, aber nicht als Vizekanzler. Das hat sich dann am nächsten Tag mit der Aufkündigung durch Vranitzky zerschlagen. Die Wahl Haiders bedeutete auch nicht sofort das Ende der liberalen Richtung in der FPÖ. Es gab durchaus auch von Haider zunächst Anzeichen, dass die liberale und die rechtspopulistische Seite in der Partei nebeneinander bestehen könnten und das war unter Haider anfangs auch der Fall und der Grund warum ich in der FPÖ und in Funktionen blieb. Das hat sich dann relativ rasch gewandelt, indem sich die FPÖ radikalisierte und mit den liberalen Anliegen nicht mehr vereinbar war.

H: *Anfang Februar 1993 haben Sie dann mit Heide Schmidt und drei weiteren Abgeordneten die Partei verlassen und das Liberale Forum gegründet.*

F: Das war eigentlich dann das Ergebnis einer mit 1986 anlaufende Entwicklung. Unsere Idee, aus der FPÖ eine liberale Alternative zu den Großparteien zu machen,

wurde nach und nach durch die Politik Haiders unmöglich. Entscheidend für die Gründung des Liberalen Forums waren also einerseits die rechtspopulistischen, ausschließlich Stimmen maximierenden Tendenzen Haiders und andererseits z.B. die anti-europäische Haltung, die er mit der Zeit in der Partei durchsetzen konnte. Zu einer interessante Wende Haiders kam es dann noch nach der Wahlniederlage 2006 mit der Abspaltung des BZÖ. Für ganz kurze Zeit wollte Haider wieder dort anschließen, wo er die FPÖ Entwicklung 1986 unterbrach: Er sprach in den ersten Interviews von liberalen Anliegen, die er nun mit der BZÖ verfolgen wollte. Diese Diktion verwendete er nur kurzzeitig. Er ist also 20 Jahre später inhaltlich andeutungsweise zur Zeit vor seiner FP-Übernahme zurückgekehrt, eine für mich sehr interessante Facette seines politischen Lebens.

H: *Und heute...*

F: Heute hat diese FPÖ die Chance durch die extreme Schwäche der “Großen Koalition und ihrer Parteien SPÖ und ÖVP, mit ihrem Kurs wieder an die Macht zu kommen, trotz der Erfahrungen mit der VP-FP-Koalition 2000-2006. Die Problematik der inhaltlichen politischen Linie Partei ist geblieben.

Eines ist heute aber klar: Das Lagerdenken, das die Erste Republik zugrunde richtete und lange Zeit die Innenpolitik der Zweiten Republik beherrschte, ist mit den Wahlerfolgen der FPÖ wohl endgültig vorbei.

9.5 Interview mit Dr. Erhard Busek

Daten zum Interview:

Interviewter:

Dr. Erhard Busek (B)

Interviewer:

Lino Heiduck (H)

Zeit und Ort des Interviews:

Montag, 03. April 2017 15:00 Uhr – 15:44 Uhr
idm (Hahngasse 6, 1090 Wien)

Basis der Dokumentation:

Audioaufzeichnung (vorliegend bei Lino Heiduck), Mitschrift

Anmerkung:

Die in der vorliegenden Arbeit zitierten Passagen des Interviews beziehen sich auf die links am unteren Seitenrand gesondert angeführte Seitenzahl des Interviews.

Erklärung:

ERKLÄRUNG

Das Oral History Interview, das ich, Dr. Erhard Busek, am Montag, dem 03. April 2017 in Wien Herrn Lino Heiduck gegeben habe, darf für wissenschaftliche Zwecke (Publikationen, Vorträge, Archivierung) verwendet werden. Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Korrektheit der vorliegenden Dokumentation des Interviews.

Wien, 21. April 2017



Dr. Erhard Busek

H: *Beginnen wir mit der Gründung des VdU. Welche Rolle spielten hierbei die beiden Großparteien, vor allem die SPÖ?*

B: Die Gründung des VdU wurde vorwiegend von SPÖ-Innenminister Helmer unterstützt. Innerhalb der SPÖ gab es eine differenzierte Meinung, es war eine strategisch-taktische Überlegung des Helmer mit dem VdU eine absolute Mehrheit der ÖVP zu verhindern, die es 1945 bis 49 gegeben hat. Das Verhindern der absoluten Mehrheit als wesentliches Ziel wurde erreicht, allerdings verlor die SPÖ auch Stimmen an den VdU. Ein wichtiges Kriterium dieser Wahl waren auch die ehemaligen Nationalsozialisten, die ihr Wahlrecht zurückbekamen. Zu diesem Zeitpunkt war die ÖVP sicher VdU-kritischer als die SPÖ. Wahrscheinlich war bei der SPÖ die Überlegung jene, die Ehemaligen wären potentiell eher schwarze Wähler und so wäre es besser, man gründe eine eigene Partei, den VdU, als die Ehemaligen würden die ÖVP unterstützen. Es gab ja auch Überlegungen seitens der ÖVP, vor allem aus der steirischen Landespartei und durch Alfons Gorbach, die ehemaligen Nazis einzufangen.

H: *Welche Rolle spielte der VdU bzw. die FPÖ in der ÖVP nach 1949?*

B: Man muss bemerken, dass ein Teil der Gründer des VdU auch keine Nazis waren. Der berühmte Herbert Kraus, der erste Obmann etwa, war kein Nazi. Die Einstellung innerhalb der ÖVP zu dieser Partei war sehr unterschiedlich. Während in Kärnten, vor allem um den Kärntner Landwirtschaftskammerpräsidenten und ÖVP-Politiker Hermann Gruber, die ehemaligen Nazis und eine Zusammenarbeit mit diesen klar abgelehnt wurde, gab es in der steirischen ÖVP gewisse Nahverhältnisse. Die niederösterreichische ÖVP war wiederum klar gegen den VdU und noch mehr gegen die FPÖ. Also man sieht: Es gab in den Ländern unterschiedliche politische Traditionen, die meist auch mit der Geschichte in der Monarchie und den Vorgängen der Ersten Republik zu tun hatten.

H: *Wann hat sich die FPÖ zu einem möglichen Partner entwickelt? War es zu jener Zeit, als man versuchte, das liberale Moment in der Partei in den Vordergrund zu rücken?*

B: Der liberale Flügel der FPÖ ist mit freiem Auge schwer sichtbar. Das war ein Versuch, sich in diese Richtung zu bewegen, ist aber dann unter Steger grandios gescheitert. Zur Verteidigung der FPÖ ist zu sagen, dass liberale Politik in Österreich überhaupt keine große Bedeutung hat.

H: *Als Kreisky alleine regiert hat, waren Sie u.a. Generalsekretär der ÖVP. Wie beurteilen Sie die politischen Beziehungen Kreiskys zu anderen Parteien, insbesondere zur FPÖ?*

B: Es waren nie so viele ehemalige NSDAP-Mitglieder in einer Regierung wie im Kabinett Kreisky. Wobei ich nicht behaupte, dass Kreisky diese absichtlich ausgesucht hat, aber durch den Versuch, mit Peter gemeinsame Sache zu machen, haben diese Gruppen in der SPÖ eine gewisse Chance bekommen. Kreisky selbst hatte einen bestimmten, ich möchte fast sagen, historischen Defekt und der hieß Wöllersdorf. Das Anhaltelager Wöllersdorf, wo er selbst eine Zeit lang eingesperrt ist, hat ihn insofern geprägt, dass mit ihm gemeinsam Nazis dort inhaftiert waren und auch, wie er selbst, unter dem Regime der Vaterländischen Front und Kanzler Schuschnigg gelitten haben. Kreisky hatte praktisch eine stärkere Ablehnung gegenüber dem Christlich-Sozialen als gegenüber dem Nationalen, das kam aus der Zeit 1934-38.

H: *Diese Ablehnung Kreiskys war ja auch an den Verhandlungen für eine Koalition 1983 zu erkennen.*

B: Das ist ja auch sehr deutlich geworden, als Vranitzky aus der Koalition SPÖ-FPÖ ausgestiegen ist. Kreisky hat sich da geäußert und dies massiv kritisiert. Er wäre der Meinung gewesen, die Regierung sollte weitergeführt werden. Das hat sich auch später in den Regierungsverhandlungen gezeigt, als Kreisky sich darüber geärgert

hat, dass die SPÖ der ÖVP das Außenministerium überlassen hat. Da ist der persönliche Bezug des Kreisky zu seiner eigenen Geschichte sehr deutlich gewesen.

H: *Wie beurteilen Sie die Beziehung von Kreisky mit der FPÖ?*

B: Kreisky pflegte ein funktionierendes Gesprächsklima zu Peter. Ich habe es einmal überkritisch charakterisiert: Die Relation zwischen Kreisky und Peter war, dass Kreisky Peter entnazifiziert und Peter Kreisky umgekehrt entjudet hat. Das ist sehr extrem ausgedrückt, aber die persönliche Psychologie spielte hier sicher eine Rolle.

H: *Wie beurteilen Sie die Zusammenarbeit von SPÖ und FPÖ in der Regierung Sinowatz? Welche Themen waren Ihrer Meinung nach wesentlich für das Scheitern?*

B: Natürlich hat der Frischenschlager-Reder-Handsschlag die Regierung in ihrer Arbeit erschüttert. Die Verstaatlichte war ein Dauerthema in der SPÖ, somit war die Krise der Verstaatlichten beziehungsweise die herben Maßnahmen, die dann Finanzminister Laccina gesetzt hat, ein gefundenes Fressen für die Opposition. Die Ladenschlussfrage sehe ich für die Regierungsarbeit nicht so problematisch.

H: *Was macht und machte eine Regierungszusammenarbeit mit der FPÖ in der Zweiten Republik per se schwierig?*

B: Der Hauptgewinn der ÖVP während der Kleinen Koalition von SPÖ und FPÖ bestand darin, dass die FPÖ ihr eigenes Publikum nicht zufriedenstellen konnte. Da hat dann Haider angesetzt, es war ein FPÖ-interner Prozess, der da passiert ist. Es hat Versuche gegeben, etwa war Josef Taus bemüht, Götz zu gewinnen. Da hat es mehrere Gespräche gegeben, an einem habe ich auch teilgenommen, in diesen Gesprächen kamen die Divergenzen in der FPÖ aber auch deutlich hervor. Innerhalb der ÖVP gab es in Hinblick auf die Arbeit mit der FPÖ immer eine Divergenz: Es gab einen alten, christlich-sozialen Kern, der etwas gegen die FPÖ hatte, was wiederum mit der politischen Position der katholischen Kirche in früheren Zeiten zusammenhängt, weil die FPÖ eigentlich immer eine starke antiklerikale

Komponente hatte. Andererseits gab es durchaus Stimmen in der ÖVP, die sich eine Zusammenarbeit mit der FPÖ vorstellen konnten.

Der Grund für Gespräche zwischen Taus und Götz war eigentlich die Suche nach einer Alternative. Sicherlich hat aber die Situation in der Stadt Graz eine wesentliche Rolle gespielt.

H: *Im Wahlkampf 1970 hat die FPÖ mit den Worten „Kein Roter Kanzler, kein schwarzes Österreich“ plakatiert. Warum hat die ÖVP dieses bewusst gesetzte Zeichen der FPÖ für eine gemeinsame Zusammenarbeit nicht aufgegriffen?*

B: Die Diskussion einer möglichen Zusammenarbeit mit der FPÖ hat es zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht gegeben. Das hing mit der Person des Josef Klaus zusammen. Josef Klaus war innerparteilich von bestimmten Gruppen verdächtigt, dass er eigentlich deutschnational orientiert ist. Diese innere Diskussion der ÖVP war nicht zu unterschätzen. Klaus hat sich immer gegen diesen Verdacht gewehrt und hat dann, unter anderem am Wahlabend 1970 vor laufender Kamera, erklärt, keine Koalition mit der FPÖ zu machen.

H: *Also kam auch in der ÖVP immer die Thematik der Vergangenheitsbewältigung auf, wenn es um eine Zusammenarbeit mit der FPÖ ging?*

B: Definitiv. Die SPÖ hat sich bei Annäherungen an die FPÖ aufgrund der Vergangenheit sicher leichter getan. Kreisky war nicht im Verdacht, ein Nazi zu sein. Da hat er selbst die jüdische Karte sehr geschickt gespielt.

H: *Wie beurteilen Sie die liberale Bewegung innerhalb der FPÖ und vor allem die Rolle von Parteiobmann Steger?*

B: Steger wollte die Nazi-Vergangenheit ganz dezidiert abschütteln. Da hat sicher auch die Rolle zur FDP in Deutschland eine Rolle gespielt. Intern in der FPÖ hat er diesen Gedanken aber nicht ganz durchgebracht und letztlich ist er ja auch daran gescheitert.

H: *Was waren die Schwierigkeiten für die FPÖ, wenn man es mit der FDP in Deutschland vergleicht?*

B: Die FDP hat einfach ganz andere Wurzeln. Da spielt die Geistesgeschichte der Gründer eine entscheidende Rolle, das waren aus Baden-Württemberg stammende Protestanten, keine mit der NSDAP in Verbindung zu bringende Personen. Die FDP hat mit der FPÖ eigentlich nie was im Sinn gehabt.

H: *Nach dem Innsbrucker Parteitag hat Vranitzky die rot-blaue Regierung aufgekündigt. Wie beurteilen Sie diese Situation?*

B: Die politische Situation nach dem Innsbrucker Parteitag war wesentlich dadurch gekennzeichnet, dass Kanzler Vranitzky mit dem Typus Haider nicht konnte. Es war seine Erkenntnis, dass bestimmte Dinge nur dann umzusetzen sind, wenn es eine breite Mehrheit gibt.

H: *War die Person Haider eine Gefahr für die Machtverhältnisse der ÖVP?*

B: Die Richtung der ÖVP war, unbedingt wieder in die Regierung zu wollen. Dafür war man bereit, alle Preise zu zahlen. Ich habe innerparteilich den Standpunkt vertreten, dass wir nach dem Wahlergebnis 1987 nicht in die Regierung gehen sollten, solange wir nicht führende Kraft waren. Langfristig habe ich Recht behalten. Damals war die Gier, unbedingt in die Regierung zu kommen, relativ stark. Vor der Wahl hatten alle innerhalb der Volkspartei angenommen, dass die ÖVP auf Position eins kommt, da sind sogar schon Posten vergeben worden. Das war sicherlich auch bei Mock ein psychisches Element, das ihn auch von seinem Krankheitsbild her sehr stark beeinflusst hat.

H: *Welche Hypothesen hat die Regierung Sinowatz auf den Schultern getragen?*

B: Die größte Hypothek war sicher der Mangel jedweder Regierungserfahrung seitens der FPÖ. Das existierende Personenangebot der FPÖ war auch nicht

übertrieben. Das Problem des Steger war, dass er innerparteilich befriedend auftreten musste.

Die größte Hypothek der SPÖ war eigentlich die Post-Kreisky-Phase. Kreisky war weg, der bis dahin die Strategie quasi im Solo bestimmt hat. Sinowatz war ein eher kompromissorientierter Typ, der auch keine wie auch immer geartete Nähe zur FPÖ hatte.

H: *Kann man die Regierungsbeteiligungen der FPÖ ab 1983 und ab 2000 irgendwie vergleichen?*

B: Eigentlich kann man die beiden Regierungsbeteiligungen der FPÖ nicht miteinander vergleichen. Das bestimmende Element für die ÖVP war im Jahr 2000, aus der dritten Position überhaupt im Spiel zu bleiben. Daher hat die ÖVP zuerst versucht, einen gewissen Preis zu zahlen, wobei sie das Glück gehabt hat, in Wolfgang Schüssel einen hervorragenden Taktiker zu haben. Schüssel musste eigentlich dankbar sein, dass es in der europäischen Öffentlichkeit einen so starken Druck gegen den Haider gegeben hat, denn es wäre sicher anders gekommen, wenn Haider Vizekanzler geworden wäre.

H: *Was waren Gründe dafür, dass die FPÖ von einem „politischen“ Zwerg zu einem echten Player aufsteigen konnte?*

B: Die FPÖ hat ab 1986 davon profitiert, dass die Ablehnung gegenüber der Großen Koalition in einer beachtlichen Bevölkerungsgruppe schon sehr stark war. Davon hat die FPÖ eigentlich sehr stark gelebt, weniger von inhaltlichen Komponenten. Deshalb betrachte ich auch die Regierungsbeteiligung der ÖVP im Jahr 1987 als taktischen Fehler.

H: *War für Sie klar, dass in der FPÖ unter Haider nichts mehr so sein wird, wie es vorher war?*

B: Das steht außer Frage. Haider hatte einen gesunden Instinkt, vorhandene Probleme zu erkennen und zur Sprache zu bringen. Er hat nicht den Eindruck

erweckt, dass er sie lösen kann, aber das ist dann in der Politik oft nicht gefragt. Dabei hatte er eine große mediale Unterstützung.

Ich glaube, dass Haider's stark rechts orientierte Vorgehensweise in gewisser Weise dadurch begründbar ist, dass er der Versuchung erlegen ist, das entsprechende Echo zu Stande zu bringen. Er hat vom Entsetzen über sich und seine Politik gelebt. Er manifestierte sich als einzige Alternative der damaligen Zeit, das schwarz-rote System zu Fall zu bringen.

H: *Inwiefern hat die ÖVP vor der Regierungsbildung 2000 überhaupt in Betracht gezogen, mit der FPÖ zusammenzuarbeiten?*

B: Nicht sehr. Es war eigentlich ein Coup des Wolfgang Schüssel, sicher gestützt durch die Tatsache Dritter zu sein und verbunden mit der Schwierigkeit seiner Aussage, dass es die ÖVP in keiner Regierung gäbe, wenn man Dritter werde. Das dann zustande zu bringen war aus der Sicht Schüssels ein strategisches Meisterstück, aus meiner Sicht eine Notwendigkeit. Ich habe ihn, auch mit öffentlichen Wortmeldungen, in der ersten Runde mit der FPÖ unterstützt, die zweite Runde habe ich für einen Fehler gehalten, da hätte ich Schwarz-Grün bevorzugt.

H: *Wie bewerten Sie die Rolle der FPÖ in Hinblick auf die SPÖ und die ÖVP in Zukunft?*

B: Ich glaube, das geht in äußerst unterschiedliche Richtungen. Es sind eher pragmatische Überlegungen, mit welcher Kraft man eine Mehrheit erreicht. Was die FPÖ, auch aufgrund des Ergebnisses der Bundespräsidentenwahl, allerdings berechnen muss, ist, dass es nicht klar ist, sollten beide Großparteien verlieren, dass die FPÖ dann automatisch gewinnt.

H: *Würden Sie die Entwicklung der FPÖ im Verlauf der Zweiten Republik beschreiben müssen, welche Meilensteine würden Sie nennen?*

B: In der ersten Phase stand sicher die Vergangenheitsbewältigung im Vordergrund, die Große Koalition war auch aufgrund der Besatzungsmächte alternativlos. Dann ist

die FPÖ ein bisschen am Fleck geblieben und Kreisky war eine ungeheure Chance, überhaupt ins Spiel zu kommen. In dem Ausmaß, in dem die Große Koalition die Bürger verärgert hat, sind die Chancen der FPÖ als dritter Spieler am Feld gestiegen. Eine richtige Strategie, wie man langfristig in die Regierung kommen könnte, hat die FPÖ in dieser Zeit eigentlich nicht entwickelt. Die FPÖ ist dann in Krisen gekommen, bedingt durch Haider, aber in Wahrheit war es auch eine Linienfrage. Die Abnahme der Lagermentalität spielte ebenfalls eine Rolle.

H: *In Ihrer Analyse spielt die Regierungsbeteiligung 1983 bis 86 eigentlich keine Rolle...*

B: Die Regierungsbeteiligung der FPÖ in den Jahren 1983 bis 86 ist eigentlich auch in der Erinnerung getilgt. Die Steger-FPÖ hat eigentlich keine merkbaren Spuren hinterlassen. Welches politische Thema würden Sie mit der FPÖ unter Steger verbinden? Ich kenne keines. Die FPÖ hat damals eigentlich kein Thema gefunden, für das sie eigentlich gestanden sind und das wird ihnen, bei der Rechtsentwicklung der beiden jetzigen Regierungsparteien, möglicherweise auch jetzt passieren.